



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Demokratie bei Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill
und John Dewey

Philosophische Grundlegung und Umsetzung im Unterricht

verfasst von / submitted by

Michelle Lau

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStG
UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg. UniStG
UF Psychologie und Philosophie UniStG

Betreut von / Supervisor

Univ.-Prof. Mag. Dr. Konrad P. Liessmann

Danksagung

Zuerst möchte ich meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann danken, der mir in der Wahl und Umsetzung meines Themas vollste Autonomie gewährt und mich stets mit wertvollen inhaltlichen Impulsen und Feedback unterstützt hat. Seiner Anregung ist es auch zu verdanken, dass dieser Arbeit neben der fachphilosophischen Aufarbeitung auch eine fachdidaktische Umsetzung hinzugefügt wurde. Er möge mir also an dieser Stelle auch den etwas überbordenden Umfang der vorliegenden Endfassung verzeihen.

Mein Dank gilt auch Univ.-Prof. Dr. Thomas Fröschl, dessen Expertise in Bezug auf John Dewey und den Amerikanischen Pragmatismus mir sehr geholfen hat.

MMag. Alfred Germ, MA danke ich für die Abhärtung und die unerbittliche Anstachelung zur Kontroversität. Seine Seminare waren mir im Lauf der Jahre immer ein Vergnügen und haben mein Interesse für die politische Bildung geweckt und vertieft.

Schließlich danke ich selbstverständlich auch allen, die das Zustandekommen dieser Arbeit indirekt unterstützt haben: meiner Familie für die langjährige emotionale und finanzielle Unterstützung und die Erziehung zur Mündigkeit, die zumindest im Großen und Ganzen geglückt ist; meinen besten Freunden für die anhaltende Weggefährtenschaft und Ermutigung sowie für die intellektuellen Impulse und Diskussionen; und schließlich meinem Freund, der selbst trotz häufiger physischer Abwesenheit viele demokratiethoretische telefonische Monologe über sich ergehen hat lassen.

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Michelle Lau, erkläre hiermit eidesstattlich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, alle meine Quellen und Hilfsmittel angegeben und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe.

Weiter versichere ich, die Arbeit weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsleistung vorgelegt oder veröffentlicht zu haben.

Michelle Lau

Wien, am 18. Juni 2018

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	1
2 Unsere Autoren	3
2.1 Alexis de Tocqueville: aristokratischer Liberaler, liberaler Aristokrat	3
2.2 John Stuart Mill: Elitärer Egalitärer	6
2.3 John Dewey: Amerikas Gewissen	8
3 Freiheit.....	11
3.1 Die Verschiebung des Freiheitsbegriffs	12
3.2 Die Tyrannei der Mehrheit	14
3.3 Gewaltenteilung und Institutionen	20
3.4 Individuelle, bürgerliche und soziale Freiheiten	23
3.4.1 Das Schadensprinzip.....	24
3.4.2 Freiheit der Meinung, der Gedanken und der Presse	26
3.4.3 Schattenseiten der freien Presse.....	32
3.4.4 Lebensformexperimente	35
3.5 Demokratie als Geisteshaltung.....	37
3.5.1 Mills Ermahnung.....	38
3.5.2 Deweys Kritik am absolutistischen Denken.....	40
3.5.3 Scientific Inquiry und Freie Intelligenz	42
3.6 Liberalismus in der Krise.....	45
4 Gleichheit.....	49
4.1 Die Liebe zur Gleichheit.....	50
4.2 Paradoxien der Gleichheit	51
4.3 Die Kehrseite der Gleichheit: Durchschnittlichkeit und Konformismus.....	54
4.3.1 Gleichheit als kollektive Mittelmäßigkeit.....	54
4.3.2 Die Kehrseite der Kehrseite: Vorzüge der Mittelmäßigkeit	57
4.3.3 Gleichheit ohne Freiheit: Konformismus, Uniformität und Individualitätsverlust.....	62
4.4 Das Volk und die Eliten.....	64
4.4.1 Das Volk	64
4.4.2 Die Eliten	66

4.4.3 Die angemessene Funktion von Volk und Eliten: ein Repräsentationsverhältnis auf Basis gegenseitigen Vertrauens.....	71
4.5 Ökonomische Ungleichheit und Neoliberalismus im demokratischen Kontext.....	86
5 Solidarität	90
5.1 Agency und Individualität in der Massengesellschaft	91
5.1.1 Die Tyrannei der Zentralgewalt und die Entmachtung des Individuums	91
5.1.2 Überforderung durch Komplexität der Handlungszusammenhänge	94
5.2 Partizipation und Teilhabe	96
5.2.1 Entwicklung und Passivität – Input versus Output.....	96
5.2.2 Assoziationen als Korrektiv gegen Zentralisierung.....	97
5.2.3 Partizipation als Modus der Entwicklung und Mündigkeit	102
5.3 Scientific Inquiry als Überwindung des Antagonismus zwischen Autorität und Freiheit.....	109
5.4 Gemeinwohl	110
5.4.1 Gemeinwohl und Konflikt.....	111
5.4.2 Wohlverstandenes Eigeninteresse als Schnittstelle von Individuum und Gemeinwohl	113
5.4.3 Soziale und gesellschaftliche Verantwortung und Verpflichtung des Individuums	116
5.4.4 Wohlfahrts- und Interventionsstaat: Verantwortung und Befugnisse des Staates	121
5.4.5 Wiederauflebender Liberalismus und Wohlfahrt	127
6 Conclusio: das demokratische Projekt	129
7 Fachdidaktik.....	133
7.1 Politische Philosophie: An der Schnittstelle zur politischen Bildung	133
7.2 Vorschlag einer Unterrichtssequenz	140
7.2.1 Didaktische Überlegungen und Grundlegung	140
7.2.2 Planungsmatrizen	143
Literaturverzeichnis.....	149
Abstract	156
Unterrichtsmaterialien	158

1 Einleitung

Das Thema dieser Arbeit bildet die viel diskutierte philosophische und politische Kategorie der Demokratie, ein Gegenstand so weitläufig wie konkret und so abstrakt wie praktisch. Zentrale demokratische Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität waren immer schon Gegenstand philosophischer Reflexion, lange bevor die Demokratie selbst zu einer Leitidee der Aufklärung avancierte und durch die Französische und Amerikanische Revolution endgültig ihren Status als reale Möglichkeit gesellschaftlichen Gestaltens etablierte. Heute kann die Demokratie, trotz anhaltender Kritik und wiederholt auftretendem Alarmismus, als anhaltendes und weitgehend erfolgreiches Experiment angesehen werden. Im 21. Jahrhundert lebt ein größerer Teil der Weltbevölkerung in demokratischen Gesellschaften als je zuvor und die offenen Kritikerinnen und Kritiker dieser Gesellschaftsform sind dementsprechend seltener und vorsichtiger geworden. Die Fragen nach der konkreten Ausgestaltung der Demokratie, der Gewichtung unterschiedlicher demokratischer Güter sowie der Heranbildung mündiger Bürgerinnen und Bürger bleiben dennoch in höchstem Maße umstritten und aktuell. Besonders in den Bildungskontext hat die letztere Frage in den vergangenen Jahrzehnten Einzug gehalten, wobei der nicht ungerechtfertigte Verdacht der politischen Indoktrinierung eine flächendeckende und über bloße Institutionenkunde hinausgehende Behandlung politischer Themen im Unterricht bis heute weitgehend verhindert hat.¹ Die politische Bildung ist deshalb in Österreich zwar noch immer kein eigenständiges Fach, immerhin aber ein Unterrichtsprinzip.² Neben einer fundierten fachphilosophischen Aufarbeitung der Demokratie nach drei ausgewählten Philosophen will diese Arbeit die politische Bildung als ein solches ernst nehmen und sie als zentrales Aufgabengebiet der politischen Philosophie konstituieren.

Bei einem Feld von solcher Breite und Vielschichtigkeit ist eine Eingrenzung der betrachteten Aspekte wie auch der behandelten Positionen geboten, um den Rahmen dieser Untersuchung

¹ Vgl. Germ, Alfred: Konzeptuelles Lernen in der Politischen Bildung. Theoriebildung – Fachdidaktische Umsetzung – Praxisbeispiele. Wien: LIT 2015, 31.

Vgl. Hellmuth, Thomas; Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele. Wien (u.a.): Böhlau 2010, 66-68.

² Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Unterrichtsprinzipien: Politische Bildung. In: des Bundesministerium für Bildung Wissenschaft und Forschung (6.4.2018) Online unter: https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.html [03.06.2018].

nicht zu sprengen. Aus diesem Grund wurden drei Philosophen zur genaueren Betrachtung ausgewählt, Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und John Dewey, deren Ausführungen zur Demokratie im Zentrum der Auseinandersetzung stehen werden. Nach einer knappen biografischen und historischen Kontextualisierung dieser Denker erfolgt zunächst eine komparative Analyse ihrer Ideen, die das Kernstück dieser Arbeit darstellt, aber auch die Basis für die folgende fachdidaktische Aufarbeitung bildet. Dabei soll sich durch das Aufzeigen von Ähnlichkeiten, Kontinuitäten, aber auch Differenzen im Denken dieser drei Philosophen der Frage angenähert werden, wie demokratische Kategorien der Freiheit, Gleichheit und Solidarität sowie ihre Interaktion miteinander gedacht werden können. Weitere Spannungsfelder, die von wiederkehrender Bedeutung sein werden, bestehen in dem Verhältnis von Konflikt und Konsens, Individualität und Autorität sowie Mehrheiten und Eliten, wobei es mehr um die Reflexion dieser der Demokratie mehr oder weniger inhärenten Paradoxien gehen wird als um die Bereitstellung endgültiger Lösungsstrategien. Die Primärwerke der drei ausgewählten Denker stehen im Zentrum der Untersuchung, wobei die englischen Originalausgaben im Falle von Mill und Dewey aus naheliegenden Gründen gewählt wurden, die englische Übersetzung von *Democracy in America* wiederum deshalb, um den Vergleich zu den anderen Werken zu vereinfachen. Für die Zwecke der Unterrichtsplanung wird wiederum auf deutsche Ausgaben zurückgegriffen. Zusätzlich wird auch einschlägige Sekundärliteratur konsultiert, allerdings vornehmlich zur Kontextualisierung und Vertiefung der Primärtexte sowie einige Publikationen aus dem sozial- und politikwissenschaftlichen Bereich, was der transdisziplinären Natur der Thematik geschuldet ist. Es versteht sich von selbst, allein schon aufgrund der schmalen Auswahl der betrachteten Philosophen, dass dabei zu keiner Zeit ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

Im Anschluss an die geschilderte fachphilosophische Analyse wird im Rahmen einer fachdidaktischen Aufarbeitung zunächst die politische Philosophie als Schnittstelle zwischen Philosophieunterricht und politischer Bildung konstituiert und fruchtbar gemacht, woraufhin eine siebenstündige Unterrichtssequenz für die Umsetzung der behandelten Thematik in der zwölften Schulstufe vorgeschlagen wird, wobei Lehrplanbezug sowie philosophie- und politikdidaktische Prinzipien und Überlegungen Eingang finden werden. Die eigens erstellten Unterrichtsmaterialien werden außerdem gesammelt im Anhang zur Verfügung gestellt.

2 Unsere Autoren

Bevor wir uns der genaueren Analyse der Ideen unserer Denker zuwenden, scheint eine kurze Einführung in ihr Leben und Wirken angebracht. Immerhin sollten wir uns vergegenwärtigen, mit wem wir es überhaupt zu tun haben, bevor wir ihre Ratschläge zur Gestaltung unserer Gesellschaft genauer analysieren. Die Auswahl dieser drei Philosophen im Besonderen ist zwar auch schlicht der gebotenen Eingrenzung geschuldet und somit nicht als repräsentativ zu erachten, erfolgte allerdings auch nicht willkürlich. Unsere Denker, der französische Aristokrat Tocqueville, der englische Utilitarist Mill und der amerikanische Pragmatist Dewey, beschäftigen sich mit ähnlichen Aspekten der demokratischen Kategorien, die im Zentrum dieser Untersuchung stehen, allerdings doch auf unterschiedliche Weise und mit teilweise sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Alle drei sind indes auf die eine oder andere Art als Verfechter eines Liberalismus zu betrachten. Während Tocqueville und Mill in etwa zur selben Zeit lebten und wirkten und auch miteinander in Kontakt standen, war der Kontext, in dem Dewey seine Ideen formulierte, zum Teil schon ein sehr anderer und kann deshalb Aufschluss über die historische Evolution und Adaption demokratischer und liberaler Theorien geben. Wir wollen uns also kurz die jeweiligen Perspektiven und Umstände unserer Denker vergegenwärtigen.

2.1 Alexis de Tocqueville: aristokratischer Liberaler, liberaler Aristokrat

Alexis de Tocqueville gilt als ein scharfsinniger früher Theoretiker der Demokratie, als diese noch in den Kinderschuhen steckte sowie als Pionier der modernen Soziologie und Politikwissenschaft. Er wurde 1805 in eine aristokratische Familie geboren und war dementsprechend von den turbulenten politischen Zuständen Kontinentaleuropas im Schatten der Französischen Revolution und ihrem jakobinischen Erbe, das in seinen Augen ein vortreffliches Beispiel für die Gefahren und tyrannischen Potentialitäten einer radikalen Gleichheitsideologie darstellte, stark geprägt.³ Dieser Skepsis, zusammen mit seiner aristokratischen Abstammung, ist auch die Tatsache geschuldet, dass er lange und bis heute

³ Vgl. Hereth, Michael: Tocqueville zur Einführung. Hamburg: Junius 1991, 9.

Vgl. Cunningham, Frank: Theories of Democracy. A Critical Introduction. London/New York: Routledge 2002, 8.

Vgl. Mansfield, Harvey C.: Tocqueville. A Very Short Introduction. Oxford/New York: Oxford University Press 2010, 7.

leichtfertig als konservativer Denker klassifiziert wird, seiner eigenen Identifikation als Liberaler neuen Typs zum Trotz.⁴ Schon John Stuart Mill, der zweite Autor in unserem transatlantischen Dreieck, verwies auf diese verwunderliche Fehlklassifikation seines Zeitgenossen als einer der „pillars of Conservatism“⁵ und Gegner der Demokratie, fügte jedoch scherzhaft hinzu, dass seine Beliebtheit und Rezeption von diesem Missverständnis nur profitiert habe.⁶ Tocqueville studierte in den 1820er Jahren zunächst Recht in Paris, beschäftigte sich allerdings auch vornehmlich autodidaktisch mit den Schriften von Pascal, Montesquieu und Rousseau.⁷ Trotz seiner aristokratischen Abstammung brach er in seinem Denken in vielerlei Hinsicht mit dem Legitimus zugunsten meritokratischer Ideale und war indes ohnehin von der Anachronizität feudalistischer Standesbegriffe überzeugt, was seine Entscheidung beeinflusst haben mag, durchaus gegen familiären Widerstand, eine englisch-protestantische Bürgerliche zu heiraten und 1830 gar einen Eid auf die neue Verfassung abzulegen.⁸ Seiner Auffassung gemäß, dass Politik maßgeblich durch Tun und nicht bloße Theorie erlernt werde, widmete er sich dieser mehrfach im Laufe seines Lebens und trotz turbulenter Perioden. So bekleidete er beispielsweise nach der Revolution von 1848 das Amt des Außenministers, bis er sich nach Louis Napoleons Coup endgültig aus der politischen Landschaft zurückzog.⁹

Democracy in America, das Werk, das ihn berühmt machte und welches auch im Kontext dieser Untersuchung von zentraler Bedeutung sein wird, erschien in zwei Bänden (1835 und 1840) und bestand maßgeblich in Tocquevilles Reflexionen über seine Amerika-Reise, die er zusammen mit seinem Gefährten Gustave de Beaumont unter dem Vorwand, das amerikanische Strafsystem zu analysieren, angetreten hatte.¹⁰ Die amerikanische Demokratie stellt für ihn darin vor allem ein Lehrstück dar, ungetrübt und ungehindert von den feudalistischen Altlasten Europas, anhand dessen sowohl positive wie negative und problematische Aspekte demokratischer Gesellschaftsgestaltung identifiziert werden können.

⁴ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 3.

⁵ Mill, John Stuart: „De Tocqueville on Democracy in America [II]“. In: Robson, J.M. (Hg.): Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII: Essays on Politics and Society. London: Routledge 1996, 153-204, 156.

⁶ Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 156.

⁷ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 14.

⁸ Vgl. Hereth: Tocqueville zur Einführung, 10f.

Vgl. Mansfield: Tocqueville, 9.

⁹ Vgl. Hereth: Tocqueville zur Einführung, 11.

Vgl. Mansfield: Tocqueville, 9f.

¹⁰ Vgl. Nolla, Eduardo: „Editor’s Introduction“, In: de Tocqueville, Alexis: Democracy in America. Herausgegeben von Eduardo Nolla, übersetzt von James T. Schleifer. Indianapolis: Liberty Fund 2012, xvii- cxlix, lxi- lxxv.

Die Analyse und teilweise auch scharfe Kritik an diesem Exempel der demokratischen Regierungsform dient allerdings für Tocqueville niemals der grundsätzlichen Ablehnung oder Bekämpfung der Demokratie. Tatsächlich hält er eine solche Reaktion gegen fortschreitende Demokratisierung und Egalisierung für vergeblich, da er diese als gleichsam gottgewollte und unaufhaltsame Entwicklung, als „providential fact“¹¹, betrachtete. “To want to stop democracy would then seem to be struggling against God himself”,¹² konstatiert er sogar in dieser Hinsicht. Sein primäres Interesse gilt demnach der Frage, wie diese unaufhaltsame Bewegung konkret und intelligent auszugestalten wäre, um den negativen Effekten und tyrannischen Tendenzen bestmöglich entgegenzuwirken.¹³ Weder ein enthusiastischer Verteidiger noch Gegner der Demokratie, geht es ihm vordergründig um ein besseres Verständnis dieses Phänomens, „if only to know at least what we must hope or fear from it“,¹⁴ um zumindest das Beste aus dieser neuen Regierungs- und Gesellschaftsform zu machen.¹⁵ John Stuart Mill, der von der abwägenden Analyse Tocquevilles sichtlich beeindruckt war, verglich ihn in seiner Rezension zu *Democracy in America* gar mit Montesquieu¹⁶ und bezeichnete ihn als denjenigen Philosophen, „whose impartiality as between aristocracy and democracy is unparalleled in our time“.¹⁷ Nicht zufällig lassen sich demnach in Mills Denken einige Parallelen und Konzepte ausmachen, die stark von Tocqueville inspiriert oder zumindest beeinflusst zu sein scheinen.

Neben *Democracy in America* wird uns außerdem eine schmalere und etwa zeitgleich erschienene Schrift Tocquevilles beschäftigen, nämlich seine Überlegungen zum Pauperismus und der sozialen Frage. Sein zweites großes Hauptwerk, *L'Ancien Régime et la Révolution*, das nach Tocquevilles Rückzug aus der Politik im Jahr 1856 erschien, nur einige Jahre vor seinem Tod, böte Anlass für anderweitige geschichtsphilosophische Reflexionen, wird uns im Rahmen dieser Aufarbeitung jedoch nicht weiter beschäftigen können.

¹¹ de Tocqueville, Alexis: *Democracy in America*. Herausgegeben von Eduardo Nolla, übersetzt von James T. Schleifer. Indianapolis: Liberty Fund 2012, 10. (Ab sofort mit DA abgekürzt)

¹² Tocqueville: DA, 14.

¹³ Vgl. Cunningham: *Theories of Democracy*, 9.

¹⁴ Tocqueville: DA, 28.

¹⁵ Vgl. Hereth: *Tocqueville zur Einführung*, 12.

¹⁶ Vgl. Mill, John Stuart: “De Tocqueville on Democracy in America [I]”. In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII: Essays on Politics and Society*. London: Routledge 1996, 47-90, 57.

¹⁷ Mill: *De Tocqueville on Democracy in America [I]*, 50.

2.2 John Stuart Mill: Elitärer Egalitärer

Der nächste unserer Denker war, wie bereits erwähnt, ein Zeitgenosse Tocquevilles und wurde 1806, nur ein Jahr nach diesem, als erstes Kind des Intellektuellen James Mill geboren. Aufgrund der Bemühungen seines Vaters, John Stuart zur zukünftigen Spitze der von ihm und seinem noch weitaus bekannteren Freund Jeremy Bentham angeführten Bewegung der sozialreformerischen Philosophical Radicals zu machen, erhielt er eine außerschulische, aber allem Anschein nach ebenso breite wie intensive Bildung, las beispielsweise die Platonischen Dialoge bereits im Kindesalter im altgriechischen Original und erteilte seinen jüngeren Geschwistern im Alter von zehn Jahren Latein-Lektionen.¹⁸ Diese maßgeschneiderte Erziehung diente James Mill auch dazu, die enorme Rolle der Bildung für die menschliche Entwicklung zu untermauern, ein Motiv, das auch John Stuart zeitlebens zutiefst in seinem Denken prägte und ihn auch für die Ideen einiger bedeutender Frühsozialisten empfänglich machte.¹⁹ Ein weiterer Aspekt seines Denkens entwickelte sich jedoch entgegen der rationalistischen Ausrichtung der Philosophical Radicals, nachdem Mill im Alter von 20 Jahren seine einsetzende depressive Krise ausgerechnet durch die Rezeption romantischer Poesie therapierte und sich im Anschluss auch den emotionaleren Aspekten der *conditio humana* zuwandte.²⁰ Nicht zuletzt deshalb wird seine Philosophie maßgeblich von dem Versuch geprägt sein, die Tradition der radikalen Aufklärung und Rationalität mit Aspekten der romantischen Schule zu versöhnen. Dies führte auch regelmäßig zum Vorwurf, zu ‚kompromisslerisch‘ zu sein und kein kohärentes philosophisches System zu vertreten,²¹ wobei gerade dieser Aspekt auch als zentrale Stärke betrachtet werden kann, die Mills Denken seine charakteristische Offenheit und Flexibilität sowie Skepsis gegen jeglichen Dogmatismus verlieh. Diese Vielseitigkeit und konstruktive Tendenz zum Eklektizismus spiegelt sich auch in der Breite der Mill'schen Interessensgebiete wider: Neben der Demokratietheorie befasste er sich mit Themen der Ökonomie, Logik und Erkenntnistheorie, wobei er sich mit einem konsequenten empirischen Fokus gegen den konservativ konnotierten Intuitionismus, aber auch Apriorismus hervortat²², und avancierte

¹⁸ Vgl. Kuenzle, Dominique; Schefczyk, Michael: John Stuart Mill zur Einführung. Hamburg: Junius 2009, 17f.

Vgl. Macleod, Christopher: John Stuart Mill. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy (25.8.2016).

Online unter: <https://plato.stanford.edu/entries/mill/> [13.6.2018].

¹⁹ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung. 18.

²⁰ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung. 19.

Vgl. Macleod, Christopher: John Stuart Mill.

²¹ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung. 13.

²² Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung. 12.

Vgl. Macleod, Christopher: John Stuart Mill.

zu einem der wichtigsten Vertreter einer utilitaristischen Ethik; Aspekte seines Schaffens, die uns im Folgenden allerdings nur peripher oder indirekt beschäftigen können. Allgemein war sein Denken jedoch von der tiefen Überzeugung gekennzeichnet, dass die Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände ein maßgebliches Ziel der Philosophie darstellt.²³

Seine nach eigenen Angaben sehr glückliche, wenngleich von vielen Zeitgenossen gemäß viktorianischer Moralvorstellungen als skandalös empfundene Ehe mit der verwitweten Frauenrechtlerin Harriet Taylor, die sich schon lange vor dem Tod ihres ersten Mannes zu einer intellektuellen Weggefährtin Mills entwickelt hatte, ist nicht zuletzt in Bezug auf Mills, für damalige Verhältnisse außerordentliches, Engagement für die Gleichstellung der Frau von Relevanz.²⁴ Das Ausmaß ihrer direkten Beteiligung an Mills Schriften ist in der Forschung zwar umstritten, Mill selbst attestiert ihr allerdings ganz wesentliche Bedeutung und bezeichnet sie in seiner Widmung von *On Liberty* gar als „the inspirer, and in part the author, of all that is best in [his] writings“.²⁵ Den Korpus seiner bedeutendsten Werke publizierte er innerhalb kurzer Zeit, nachdem seine Weggefährtin 1858 an den Folgen der Tuberkulose verstarb, darunter auch das soeben genannte Werk, welches im folgenden Jahr, das auch das Todesjahr Tocquevilles markiert, erschien und bis heute einen Kerntext der liberalen Tradition darstellt.²⁶ Neben seiner Freiheitsschrift werden im Rahmen dieser Arbeit im Besonderen seine *Considerations on Representative Government* (1861) von Relevanz sein, in denen Mill die Demokratie ganz explizit als beste Regierungsform verfiicht sowie einige spätere Werke, wobei sein enorm umfangreicher Korpus an Artikeln und Rezensionen, bis auf die Rezensionen zu Tocquevilles *Democracy in America*, ausgespart wurden; zum einen, um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, zum anderen, weil sich viele der dort geäußerten Ideen ebenfalls und oft in genauer ausgeführter Form auch in den verwendeten Hauptwerken finden.

Neben Mills philosophischer Auseinandersetzung mit der Demokratie versuchte auch er sich zumindest kurzzeitig in der Politik und setzte sich als Parlamentsabgeordneter der Liberalen Partei unter anderem für die Ausweitung des Wahlrechts, insbesondere auf Frauen, sowie

²³ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung, 22.

²⁴ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung, 20.

Vgl. Macleod, Christopher: John Stuart Mill.

Siehe dazu auch paradigmatisch: Mill, John Stuart: "The Subjection of Women". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XXI: Essays on Equality, Law and Education*. Toronto: University of Toronto Press 1984, 259-340.

²⁵ Mill, John Stuart: "On Liberty". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII: Essays on Politics and Society*. London: Routledge 1996, 213-310, 216. (ab sofort mit OL abgekürzt)

²⁶ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung, 20.

andere zu dieser Zeit eher mäßig populäre Anliegen ein und verlor schließlich auch die Wahl für seine nächste Amtszeit.²⁷ Seine realpolitischen Ambitionen betrachtete Mill daher als weitgehend gescheitert, weshalb er sich bis zu seinem Tod 1873 wieder der abstrakten Auseinandersetzung zuwandte. Er wurde neben Harriet Taylor Mill in Avignon als die seinerzeit „alles überragende Figur der angelsächsischen Philosophie und Ökonomie“²⁸ beerdigt, wohlgernekt ohne jemals eine Schule besucht oder an einer Universität studiert oder gelehrt zu haben.²⁹

2.3 John Dewey: Amerikas Gewissen

John Dewey war nicht nur ein Mitbegründer und Wortführer des Amerikanischen Pragmatismus, sondern vor allem auch “educational innovator, a Progressive Era reformer, and one of his country’s last great public intellectuals.”³⁰ Während dem Pragmatismus im deutschsprachigen Raum bis heute nicht sehr viel und vor allem nicht besonders positive Aufmerksamkeit zuteilwird, hat sich diese Denkschule mit ihrem Fokus auf hypothesengeleitetes Handeln, Dewey selbst spricht bevorzugt von Experimentalismus, Naturalismus, oder auch naturalistischem Humanismus³¹, wesentliche Bedeutung in der anglo-amerikanischen Tradition errungen und stellt somit in gewissem Maße auch den ambitionierten Versuch einer Synthese der geisteswissenschaftlichen und theorielastigen philosophischen Tradition mit Prinzipien und Methoden der modernen, empirischen Naturwissenschaft dar.

1859 in Vermont geboren, ist Dewey Kind einer doch sehr anderen Zeit und Kultur als unsere beiden anderen Autoren. Der Aufstieg des Totalitarismus, zwei Weltkriege und die große Depression werden sein Denken maßgeblich prägen. Nach einer kurzen Zeit als Schullehrer schlug er seine akademische Karriere ein und kam in seinem Studium an der Johns Hopkins Universität mit der Hegelianischen Philosophie in Kontakt, aber auch mit den großen liberalen und demokratischen Denkern, darunter John Stuart Mill, in dessen Tradition Dewey sich zu

²⁷ Vgl. Macleod, Christopher: John Stuart Mill.

Vgl. Ten, Chin Liew: “Democracy, Socialism, and the working classes”. In: Skorupski, John (Hg.): The Cambridge Companion to Mill. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 372-395, 373.

²⁸ Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung, 10.

²⁹ Vgl. Macleod, Christopher: John Stuart Mill.

³⁰ Hickman, Larry A.; Alexander, Thomas M.: “Introduction”. In: Hickman, Larry A. and Alexander, Thomas M. (Hg.): The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, ix-xiii., ix.

³¹ Vgl. Suhr, Martin: John Dewey zur Einführung. Hamburg: Junius 2005, 9.

einem Verfechter des modernen Liberalismus entwickeln wird.³² Seine frühe Philosophie war maßgeblich von dem Versuch geprägt, die Grundsätze des Idealismus mit aufkommenden Ansätzen der experimentellen Psychologie zu vereinen, wobei er sich im Laufe seines Lebens, im Besonderen mit dem Beginn seiner Tätigkeit in der neu gegründeten University of Chicago ab 1894, immer stärker von einer idealistischen Metaphysik distanzierte und sich stattdessen den Aspekten des Experimentellen und Empirischen stärker zuwandte.³³ Diese Transformation mündete tatsächlich in eine sehr grundsätzliche Kritik Deweys an der philosophischen Tradition und ihrem Fokus auf rigide und absolutistische Prinzipien und Systeme, ja gar auf Pseudo-Probleme, fernab von jeglicher realen Erfahrung und Relevanz. Dementsprechend stellte Dewey seine Philosophie immer auch in den Dienst realer gesellschaftlicher Applikation und sozialer Reform.³⁴ In der Zwischenkriegszeit unternahm Dewey zahlreiche Auslandsreisen und begann, sich sowohl mit dem Kapitalismus als auch mit dem Kommunismus kritisch auseinanderzusetzen, verurteilte sowohl den gewaltbereiten revolutionären Sozialismus wie die Proponenten einer Rückkehr zum Laissez-Faire Liberalismus. Beide Positionen litten für Dewey an der „disease he loathed most – namely absolutism“³⁵. Ähnlich wie Tocqueville und Mill handelte er sich mit dieser Abneigung gegen jeden Dogmatismus bei allen Fraktionen einen Ruf der Heterodoxie und Kompromisslerei ein, wurde vom rechten Spektrum als Bolschewik, vom linken als Reaktionär klassifiziert.³⁶ Ähnlich wie bei Mill zeugt auch das Gesamtwerk John Deweys von der enormen Vielseitigkeit seiner philosophischen Interessensgebiete. Neben seinen Beiträgen zu Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie stellen vor allem seine Publikationen zur Bildungs- und Erziehungstheorie einen bedeutenden Teil seines philosophischen Vermächtnisses dar. Während es uns verziehen sei, für unsere Zwecke auf die Beiträge zu diesen Bereichen weitgehend zu verzichten, sei an dieser Stelle lediglich auf das grundsätzliche Prinzip

³² Vgl. Festenstein, Matthew: Dewey's Political Philosophy. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy (6.2.2014). Online unter: <https://plato.stanford.edu/entries/dewey-political/> [13.6.2018]

Vgl. Suhr: John Dewey zur Einführung, 12.

Vgl. Rogers, Melvin L.: "Introduction: Revisiting the Public and Its Problems". In: Dewey, John: The Public and its Problems. An Essay in Political Inquiry. Herausgegeben und mit einer Einleitung von Melvin L. Rogers. Athens: Swallow Press 2016, 1-43, 2, 4.

³³ Vgl. Festenstein: Dewey's Political Philosophy.

³⁴ Vgl. Hickman: Introduction, x.

Vgl. McDermott, John J.: "Introduction". In: Boydston, Jo Ann (Hg.): John Dewey. The Later Works, 1925-1953. Volume 11: 1935-1937. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, xi-xxxii, xiii.

Vgl. Suhr: John Dewey zur Einführung, 15.

³⁵ McDermott: Introduction, xvii.

³⁶ Vgl. Suhr: John Dewey zur Einführung, 17.

hingewiesen, das sich durch all seine Schriften zieht, nämlich seine Auffassung vom Denken als etwas wesentlich Praktisches, woraus sich auch seine pragmatische Theorie der Intelligenz als Werkzeug zur Auswertung von Erfahrung sowie zur Antizipation zukünftiger Möglichkeiten und Alternativen ergibt.³⁷

In seiner Demokratietheorie fordert Dewey vor allem die Ausweitung demokratischer Ideen und Prinzipien auf vielfältige Bereiche des Lebens und der Kultur sowie aktiver Partizipation und Diskussion öffentlicher Angelegenheiten, weshalb er oft als Vertreter der deliberativen und partizipativen Demokratie klassifiziert wird.³⁸ Sein Denken ist auch in vielerlei Hinsicht von der demokratischen Krise der 1920er und 30er Jahre geprägt, die von massiver Skepsis gegenüber Wert und Umsetzbarkeit einer umfassenden demokratischen Teilhabe geprägt war.³⁹ Seinen konsequenten Anti-Elitismus entwickelte Dewey nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit den großen Demokratiekritikern seiner Zeit, allen voran Walter Lippmann mit seiner These von der grundsätzlichen Unzulänglichkeit und Manipulierbarkeit der demokratischen Bürgerschaft.⁴⁰ In diesem Zusammenhang wird sich vor allem *The Public and its Problems* (1927) als aufschlussreich erweisen.

Von großem Interesse in unserem Kontext sind außerdem Deweys Werke über den Liberalismus und seine Verknüpfung dessen mit Elementen eines demokratischen Sozialismus, vornehmlich *Liberalism and Social Action* (1935) und *Freedom and Culture* (1939), die nicht zufällig in der Zeit der großen Depression verfasst wurden und maßgeblich auf die davon aufgeworfenen Probleme reagierten. Bis zu seinem Tod im Jahr 1952 hatte Dewey sich zum paradigmatischen amerikanischen Philosophen der Demokratie aufgeschwungen, Henry Commager bezeichnete ihn aufgrund des Ausmaßes seines öffentlichen Einflusses gar als das Gewissen der amerikanischen Bevölkerung.⁴¹

³⁷ Vgl. Suhr: John Dewey zur Einführung, 20, 65f.

³⁸ Vgl. Rogers: Revisiting the Public and Its Problems, 5f.

³⁹ Vgl. Rogers: Revisiting the Public and Its Problems, 19-21.

⁴⁰ Vgl. Rogers: Revisiting the Public and Its Problems, 21-24.

Vgl. Festenstein: Dewey's Political Philosophy.

⁴¹ Vgl. Talisse, Robert B.: A Pragmatist Philosophy of Democracy. New York/London: Routledge 2007, 27.

3 Freiheit

Wir beginnen unsere Untersuchung mit der Freiheit, die bei all unseren Autoren einen hohen Stellenwert genießt, obgleich sie zum Teil recht unterschiedliche Auffassungen über sie äußern und sie auf unterschiedliche Weise erlangen und schützen wollen. Nicht selten ist dabei der Freiheitsbegriff von einer affektiven, ja fast pathetischen Komponente durchtränkt. “I have only one passion, the love of liberty and human dignity”⁴², schreibt Tocqueville beispielsweise in einem Brief im Jahr 1837. Ein wiederkehrendes Motiv in beiden Teilen seiner Abhandlung über die amerikanische Demokratie ist daher die Erhaltung der Freiheit in einer Welt, die sich in einer unwiderstehlichen Bewegung zur Gleichheit befindet. John Stuart Mill hält ähnlich große Stücke auf sie und postuliert gar: “[a]fter the primary necessities of food and raiment, freedom is *the first and strongest want of human nature*.”⁴³ Die Liebe der Freiheit steht für ihn in einem unweigerlichen Antagonismus zur (ebenfalls allzu menschlichen) Liebe zur Macht über andere⁴⁴, weshalb er den Kampf zwischen Freiheit und Autorität als “the most conspicuous feature in the portions of history with which we are earliest familiar”⁴⁵ identifiziert. Sein bis heute wirkmächtiges Werk *On Liberty* verschreibt sich ganz der Verteidigung und Aufarbeitung zentraler Freiheiten und wird uns in diesem Kapitel daher wertvolle Dienste leisten. Oft werden Mills dortige Ausführungen, meines Erachtens zu Unrecht, als klassische Verteidigung eines negativen Freiheitsbegriffs ausgelegt. Mit den Problemen und Mängeln eines eben solchen beschäftigt sich schließlich John Dewey mit seiner Kritik des Laissez-Faire Liberalismus. Er zeigt nicht nur Defizite und Grenzen der freien Presse und Meinungsäußerung auf, die Tocqueville und Mill in ihrem vielleicht überbordenden Enthusiasmus vernachlässigen, sondern versucht auch einen neuen und für die Herausforderungen seiner Zeit angemessenen Liberalismus-Begriff zu formulieren, der, trotz seiner Abgrenzungsversuche, in vielen Aspekten von Mill beeinflusst zu sein scheint. Er wird jedenfalls expliziter als die beiden anderen Autoren positive Voraussetzungen für die Freiheit formulieren und einfordern.⁴⁶ Allen gemeinsam scheint jedoch eine tiefsitzende Skepsis gegenüber absoluten Wahrheitspostulaten und Dogmen zu sein. Besonders im Rückgriff auf

⁴² Zitiert nach: Nolla: Editor’s Introduction, lvi.

⁴³ Mill: *The Subjection of Women*, 336. (eigene Hervorhebung).

⁴⁴ Vgl. Mill: *The Subjection of Women*, 338.

⁴⁵ Mill: *OL*, 217.

⁴⁶ Vgl. Dewey, John: *Freedom and Culture*. New York: G.P. Putnam’s Sons 1939, 7f. (ab sofort mit FC abgekürzt)

Mill und Dewey wird dieser Vorbehalt genauer konkretisiert und als grundlegend demokratische Geisteshaltung mit besonderer Relevanz für die Akzeptanz individueller Freiheitsräume konstituiert.

Da die Transformation des Freiheitsbegriffs in unterschiedlichen historischen Kontexten ein zentrales Motiv für unsere Autoren darstellt, wollen wir sogleich mit diesem Aspekt beginnen, um also die Frage zu klären, welcher Freiheitsbegriff in demokratischen Kontexten von Nöten sein könnte.

3.1 Die Verschiebung des Freiheitsbegriffs

Der bereits angeschnittene Kampf zwischen Freiheit und Autorität, den Mill als so prägendes historisches Motiv, vom alten Griechenland bis hin zur Englischen Geschichte, betrachtet, spielte sich stets zwischen Herrschenden und Untertanen beziehungsweise einem bestimmten Teil der Untertanen ab.⁴⁷ Die zu erringende Freiheit war immer eine rein negative, eine Freiheit von illegitimen Eingriffen der Machthabenden, eine Beschränkung ihrer Machtbefugnisse und der Möglichkeiten, diese zu missbrauchen. Oberstes Ziel war demnach der Schutz gegen die Tyrannei der Herrschenden, deren Herrschaft als notwendigerweise antagonistisch zu den Interessen der Beherrschten konstituiert wurde.⁴⁸ Mit der Idee demokratischer Herrschaft des Volkes über sich selbst verschiebt sich jedoch der Fokus dieses Kampfes um Freiheit unweigerlich. Das Volk, nun vermeintlich Souverän über sich selbst, herrscht nicht gegen die eigenen Interessen, sondern im Namen und Sinne eben dieser. Der Antagonismus zwischen Herrschaft und Beherrschung wird scheinbar entschärft; Herrschaft als Instrument zum Wohle der Beherrschten macht die Idee der radikalen Einschränkung eben dieser Macht zu einer zweitrangigen, ja überflüssigen. "The nation did not need to be protected against its own will"⁴⁹, fasst Mill die neue Auffassung zusammen, welche er vor allem im kontinentaleuropäischen Denken als vorherrschend verortet. Eine Ausnahme dieser Auffassung, mit der Mill auch im Besonderen vertraut war und welche seine eigenen Vorbehalte gegen dieses Credo wahrscheinlich stark prägte, bildet Alexis de Tocqueville. Seine Beschreibung der Tyrannei der Mehrheit als distinkt demokratische Gefahr zeichnet ein ganz anderes Bild von der vermeintlich unproblematischen Herrschaft des Volkes über sich selbst

⁴⁷ Vgl. Mill: OL, 217.

⁴⁸ Vgl. Mill: OL, 217.

⁴⁹ Mill: OL, 218.

und gibt auch Aufschluss über Mills spätere Formulierung desselben Problems. Seinen diesbezüglichen Ausführungen widmet sich daher das kommende Kapitel. Zunächst sei jedoch zusammengefasst: Mill und Tocqueville kritisieren diese zu bereitwillige Verschiebung des Freiheitsbegriffs und warnen vor einer zu laschen Kontrolle einer Autorität und Herrschaft, nur weil diese nun mit dem demokratischen Volk identifiziert ist, pochen also auf die inhärenten Gefahren der Autorität, unabhängig davon, wem diese angeblich gebührt und wer sie ausübt.

Dewey führt genau diese durch Tocqueville und Mill befürwortete Rückverschiebung später ihrerseits auf historische Umstände zurück: Da die Demokratie sich in Auflehnung gegen etablierte Formen von Staatlichkeit, Herrschaft und Autorität durchringen musste, war sie in ihrer frühen Phase jeglicher Autorität gegenüber zurecht skeptisch und schließlich "deeply tinged by fear of government".⁵⁰ In dem resultierenden radikalen Individualismus wird der alte Antagonismus zwischen Beherrschten, nun zwar als Individuen konstituiert aber damit umso isolierter, und Autorität wieder hergestellt, was für Dewey ein Versäumnis der Möglichkeit darstellt, stattdessen nach einer sinnvollen Vereinigung dieser für ihn nur vermeintlich gegensätzlichen Pole zu streben. Das Problem der demokratischen Freiheit ist laut ihm ein weit komplexeres als die Abschirmung der längst nicht mehr trennscharfen Sphären von Regierung und Regierten.⁵¹ Daher fordert Dewey, ein gutes Jahrhundert nach Tocqueville und Mill, eine erneute Verschiebung der von diesen vorgenommenen Rückverschiebung des Freiheitsbegriffs, die den Antagonismus von Autorität und Freiheit zu überwinden vermag.

Dieser kurze Einblick in den realen, befürchteten oder gewünschten Wandel des Freiheitsbegriffs soll nicht nur die enorme Bedeutung der paradoxen Beziehung zwischen Herrschaft und Freiheit demonstrieren, sondern auch die Offenheit und Unabgeschlossenheit dieses Problems veranschaulichen. Jede Epoche hat ihre einzigartigen Ausgangsbedingungen und Schlüsselprobleme, jedes Individuum, auch unsere Autoren, seine eigenen Ideale und Vorbehalte. Welche ihrer Ausführungen uns im heutigen Kontext, wiederum beinah ein

⁵⁰ Dewey, John: *The Public and its Problems. An Essay in Political Inquiry* Herausgegeben und mit einer Einleitung von Melvin L. Rogers. Athens: Swallow Press 2016, 124. (ab sofort als PP abgekürzt)

⁵¹ Vgl. Dewey, John: "Liberalism and Social Action". In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey. The Later Works, 1925-1953. Volume 11: 1935-1937*. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, 1-65, 24. (ab sofort als LSA abgekürzt)

Jahrhundert nach Dewey, lehrreich und notwendig erscheinen, bleibt damit ein Gegenstand anhaltender Diskussion.

3.2 Die Tyrannei der Mehrheit

“[W]hen I feel the hand of power pressing on my head, knowing who is oppressing me matters little to me, and I am no more inclined to put my head in the yoke, because a million arms present it to me.”⁵²

Dieses Zitat veranschaulicht sehr deutlich Tocquevilles grundsätzliche Abneigung gegenüber Tyrannei und Fremdbestimmung jeglicher Art. Seine Ausführungen zur Tyrannei der Mehrheit, welche er als spezifische Gefahr demokratischer Zeitalter ansieht, sind in jeder Auseinandersetzung mit Freiheit und Autorität wohl unerlässlich. Was aber soll nun wirklich von der Herrschaft des Volkes über sich selbst befürchtet werden? Wie soll ein Volk gegen die eigenen Interessen herrschen und sich selbst tyrannisieren können?

Tocqueville sieht mannigfaltige Möglichkeiten. Zunächst die offensichtlichste: Auch in demokratischen Gesellschaften herrscht niemals das gesamte Volk und schon gar nicht, wie Mill bemerkt,⁵³ jedes Individuum über sich selbst. Vielmehr besteht oftmals eine Herrschaft der Mehrheit *im Namen des Volkes*,⁵⁴ oder auch, wie Mill es formuliert, eine Herrschaft „of each by all the rest“.⁵⁵ Das Volk, das regiert, ist also nicht zwingend identisch mit dem Regierten. Die Volksherrschaft ist demnach eine Mehrheitsherrschaft, wobei die Zugehörigkeit zu Mehrheiten und Minderheiten zumindest grundsätzlich fluktuieren kann. Dieser Gegensatz zwischen “the government of the whole people by the whole people, equally represented”⁵⁶, für Mill das Ideal tatsächlicher Demokratie, und “the government of the whole people by a mere majority of the people exclusively represented”⁵⁷, in welcher der Mehrheit ungerechtfertigte Privilegien zugesprochen werden, prägt auch entscheidend seine Ausführungen zur Repräsentativregierung und lässt ihn für die Wichtigkeit proportionaler Repräsentation plädieren.⁵⁸ Mill bemerkt außerdem scharfsinnig, dass es sogar genügen kann,

⁵² Tocqueville: DA, 725.

⁵³ Vgl. Mill: OL, 219.

⁵⁴ Vgl. Tocqueville: DA 278.

⁵⁵ Mill: OL, 219.

⁵⁶ Mill, John Stuart: *Considerations on Representative Government*. Waiheke Island: Floating Press 2009, 161. (absofort als CRG abgekürzt)

⁵⁷ Mill: CRG, 161.

⁵⁸ Vgl. Mill: CRG, 162f.

bloß als Mehrheit *anerkannt* zu werden, um diese Vorherrschaft beanspruchen zu können.⁵⁹ Dass die Interessen dieser tatsächlichen oder gar nur proklamierten Mehrheiten nicht zwingend mit den Interessen der gesamten Bevölkerung übereinstimmen müssen, wird somit schlagartig deutlich.⁶⁰ Sie könnten sogar den Interessen einiger Gruppen, Minderheiten im Besonderen, diametral entgegenlaufen, sodass eine Unterdrückung der zahlenmäßig Unterlegenen zur realen Gefahr wird, wenn das Majoritätsprinzip als uneingeschränkt hingenommen wird. Diese Möglichkeit sah Tocqueville nicht zuletzt in Amerika in der sehr drastischen Form der Versklavung einer ethnischen Minderheit exemplifiziert.⁶¹ Zugleich besteht für die amtierenden echten oder vermeintlichen Mehrheiten die verlockende Möglichkeit, partikulare Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen⁶² zu vertreten, während diese gerade als öffentliche und allgemeine Interessen maskiert werden.⁶³ Auch heute lohnt es sich deshalb, stets hellhörig zu werden, wenn politische Parteien oder Figuren für sich beanspruchen, die scheinbar monolithischen Interessen ‚des Volkes‘ zu kennen und zu vertreten.

Während sich diese Konstellation im offensichtlichen Machtmissbrauch gegen Minderheit ausdrücken kann, betont Tocqueville die subtileren Effekte der Tyrannei der Mehrheit jedoch viel stärker. Gerade nicht in der offenkundigen legalen und administrativen Diskriminierung und Unterdrückung sieht er die große Gefahr, sondern in der kaum merklichen, ja schrittweise verinnerlichten Tyrannei der öffentlichen Meinung, die sich vorwiegend durch gesellschaftliche und moralische Zwänge ins Innerste der menschlichen Sitten und Gewohnheiten schleicht. Von der Macht der allgemeinen Meinung geht demnach ein fast unwiderstehlicher Konformitätsdruck aus, der die Menschen nicht nur in ihrem äußerlichen Verhalten, sondern bis in ihre innersten Meinungen und tiefsten Überzeugungen leitet.⁶⁴ Sah sich das Individuum zuvor mit einer einzigen, personifizierten Quelle der Herrschaft in Form eines Despoten konfrontiert, so ist die despotische Herrschaft in der Demokratie gleichsam ins Unentrinnbare auf alle Mitglieder der Gesellschaft multipliziert. Der vermeintlich ‚absolute‘ Despot kann zwar alle Missetaten nach Belieben strafen und unterdrücken, die ihm

⁵⁹ Vgl. Mill: OL, 219.

⁶⁰ Vgl. Mill: CRG, 145.

⁶¹ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 78.

⁶² Mill benutzt hier auch die von Bentham entlehnte Formulierung der „sinister interests“. Vgl. z.B.: Mill: CRG, 145.

⁶³ Vgl. Tocqueville: DA, 280.

Vgl. Mill: CRG, 145.

⁶⁴ Vgl. Tocqueville: DA, 719.

unterkommen, niemals aber kann er alle Missetaten wahrnehmen, die solche Strafe und Unterdrückung verlangt hätten. Gegen die heimliche Zirkulation von subversivem und verbotenem Gedankengut, so Tocqueville, waren die absolutesten Monarchen letztlich hilflos; die Kontrolle der innersten Gesinnung ihrer Untertanen blieb ihnen schlussendlich versagt.⁶⁵ Nun jedoch hat es das demokratische Subjekt mit einem Souverän zu tun, welcher, beinahe gottgleich, „simultaneously omnipotent and omnipresent“⁶⁶ ist. Genau dieser Omnipotenz gegenüber hegt Tocqueville ein tiefes Misstrauen, gleichgültig aus welcher Quelle sie stammen mag.⁶⁷ Warum ausgerechnet eine numerische Überlegenheit irgendetwas an der Legitimität solcher Ansprüche ändern sollte, ist ihm unergründlich, denn durch den Zusammenschluss, so konstatiert er, erlangen die Menschen noch längst nicht größere Weisheit, Geduld oder sonstige überlegene und erhabene Merkmale, die sie als Einzelne nicht aufgewiesen haben.⁶⁸ Ganz im Gegensatz zu idealisierten und romantischen Vorstellungen des Volkes als kollektive Intelligenz, die gleichsam automatisch einen zum Besten aller Glieder funktionierenden Gemeinwillen hervorbringen muss, ist das Volk für Tocqueville nur eine Ansammlung fehlbarer Individuen, weshalb er auch schließt: “the power to do everything that I refuse to any one of my fellows, I will never grant to several.”⁶⁹ Die allgemeine Tendenz geht jedoch, zu Tocquevilles Besorgnis, in die gegenteilige Richtung. Im gesellschaftlichen Zustand wachsender Gleichheit vertrauen wir immer weniger den Urteilen anderer Individuen, umso stärker und unreflektierter dafür dem Urteil der Masse. Somit wird die allgemeine Meinung zum einzigen Leitfaden individueller Vernunft.⁷⁰ Immerhin sei dem Menschen eben nichts so vertraut wie die Affirmation einer vermeintlich überlegenen Weisheit in seinem Unterdrücker, früher in Gestalt angeblich überlegener gesellschaftlicher Schichten, nun in Gestalt der Masse.⁷¹ In der Tendenz, der Tyrannei der Mehrheit zum Opfer zu fallen, identifiziert er also einen gleichsam vordemokratischen Unterwerfungsduktus, der in demokratischen Verhältnissen weiter fortwirkt. Diejenigen also, die den Despotismus selbst und nicht nur den Despoten hassen, tun laut Tocqueville gut daran, sich dies stets zu vergegenwärtigen und

⁶⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 417.

⁶⁶ Tocqueville: DA, 329.

⁶⁷ Vgl. Tocqueville: DA, 412.

⁶⁸ Vgl. Tocqueville: DA, 411.

⁶⁹ Tocqueville: DA, 411.

⁷⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 718.

⁷¹ Vgl. Tocqueville: DA, 721.

Vorsicht zu üben, nicht lediglich einen Unterdrücker mit einem anderen, ein Joch mit dem nächsten zu ersetzen.⁷²

Über konkrete Auswirkungen des Phänomens in Amerika berichtet Tocqueville ausführlich. Obwohl die freie Meinungsäußerung dort so hoch gehalten werde wie sonst nirgendwo und rege Diskussion in allen noch unentschiedenen Dingen vorherrsche, so verstumme doch jegliche Diskussion immer dort, wo eine Mehrheitsentscheidung getroffen wurde.⁷³ So kommt es, dass Tocqueville das folgende Urteil über das Land der freien Meinungsäußerung schlechthin fällt: "I know of no country where, in general, there reigns less independence of mind and true freedom of discussion than in America."⁷⁴ Ein „formidable circle“⁷⁵ werde um das Denken gezogen, innerhalb dessen Grenzen die freieste Diskussion gestattet und erwünscht sei, während das Überschreiten dieser Grenzen der angemessenen Spekulation mit Verachtung gestraft würde.⁷⁶ Diese unsichtbare und gerade nicht rechtlich demarkierte Grenze der freien Meinungsäußerung wird durch sozialen Druck aufrechterhalten, durch allgemeine Normen und Auffassungen und durch soziale und alltägliche Ausgrenzung derer, die sie übertreten, bis diese schließlich selbst aufrichtige Reue für ihren Verstoß empfinden.⁷⁷ Eine Art sozialer Tod und soziale Ächtung ersetzen die Ketten und Henker vergangener Tyrannieen und perfektionieren und verfeinern den Despotismus. Diese Strafmittel lassen den Körper unversehrt, doch wirken umso potenter auf die Seele der Menschen selbst.⁷⁸

An dieser Stelle sollten wir uns kurz vergegenwärtigen, dass Tocqueville mit dieser scharfen Kritik keineswegs Argumente gegen die Demokratie aufstellen will. Denn trotz der Vehemenz, mit welcher er diese demokratischen Gefahren und Defizite betont, verweist er im Anschluss doch explizit darauf, dass diese trotz allem dem alten Despotismus zweifellos vorzuziehen seien. Mit seiner üblichen Nüchternheit appelliert er dabei vor allem an den Pragmatismus derer, die der Demokratie auch noch so skeptisch gegenüberstehen mögen:

⁷² Während Mill Tocqueville darin Recht gibt, dass diese der Tyrannei der Mehrheit zugrunde liegende Tendenz der Demokratie vorausgeht, weist er auch auf die besondere Verbreitung des Phänomens in England hin und argumentiert somit noch klarer dafür, dass diese Tendenz der Demokratie zumindest nicht ausschließlich zu Last gelegt werden kann. Vielmehr verortet er die Ursache in der illegitimen Dominanz der kommerziellen Klassen, welche sowohl in England als auch in Amerika, unabhängig von der Demokratie, vorherrsche. (Vgl. Mill: Tocqueville in America [II], 196.)

⁷³ Vgl. Tocqueville: DA, 417.

⁷⁴ Tocqueville: DA, 417.

⁷⁵ Tocqueville: DA, 418.

⁷⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 418.

⁷⁷ Vgl. Tocqueville: DA, 418.

⁷⁸ Vgl. Tocqueville: DA, 418.

“Shouldn’t the gradual development of democratic institutions and mores then be considered, not as the best, but as the sole means that remains for us to be free; and without loving the government of democracy, wouldn’t we be disposed to adopt it as the most applicable and most decent remedy that may be opposed to the present ills of society?”⁷⁹

Nach Tocqueville muss man die Demokratie also nicht lieben und schon gar nicht in ihr die Lösung aller Probleme vermuten, muss sie aber zunächst als die beste und vielleicht einzige Lösung akzeptieren, mit der die Freiheit erhalten werden kann, möge sie auch noch so vielen Risiken ausgesetzt sein.⁸⁰ Gerade deshalb besteht für ihn überhaupt die dringliche Frage, wie diese inhärenten Schwächen und Gefahren der Demokratie im Zaum gehalten werden können. Nichts weniger steht mit der klugen Implementierung und dem Gelingen dieser immer noch so neuen Gesellschaftsform auf dem Spiel als der langfristige Schutz der Freiheit gegen eine Tyrannei, die in ihren Ausmaßen alle bisherigen Formen absolutistischer Herrschaft zu übertreffen vermag: “if we do not succeed over time in establishing among us the peaceful dominion of the greatest number, we will arrive sooner or later at the unlimited power of one man.”⁸¹ Diese ominöse Warnung hat nicht zuletzt im Lichte des 20. Jahrhunderts eine ungleich nachdrücklichere Qualität angenommen.

Andererseits kann Tocquevilles Sorge um diese Tyrannei auch als exzessiv angesehen werden. Selbst Mill, der viele von Tocquevilles Vorbehalten teilt und in seine eigenen Ausführungen übernehmen wird, hält zumindest den Grad seines Alarmismus für unangemessen und seine Warnungen für zu vage, zu ominös: “He speaks of the tyranny of the majority in general phrases, but gives hardly any instances of it, nor much information as to the mode in which it is practically exemplified.”⁸² Mill fügt sogleich selbst reale Beispiele für Tyrannei an, die er von Tocqueville vernachlässigt sieht, nämlich gegen Gruppen, deren Minderheitenstatus gerade nicht fluktuierend, sondern festgeschrieben ist. Auch bei ihm liegt der Fokus dabei auf gesellschaftlichen Dynamiken und nicht primär auf tatsächlichen Gesetzen. So wurde beispielsweise in Massachusetts, trotz Ermangelung eines offenen Gesetzes gegen katholische Schulen, ein Ursulinenkonvent von einem Mob niedergebrannt, “aware that no jury would be found to redress the injury.”⁸³ In ähnlicher Weise gingen die Plünderungen und mutwilligen

⁷⁹ Tocqueville: DA, 512.

⁸⁰ Man ist an dieser Stelle auch an das berühmte Diktum Winston Churchills erinnert, die Demokratie sei die schlechteste Regierungsform mit Ausnahme aller anderen.

⁸¹ Tocqueville: DA, 514.

⁸² Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 176.

⁸³ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 177.

Zerstörungen der Häuser, Schulen und Kirchen afroamerikanischer Bürgerinnen und Bürger sowie jenen, die sich für die Abolition engagierten, in New York und Philadelphia vorstatten, oder auch die gewaltsamen Ausschreitungen gegen eine Buchdruckerei mit kriegskritischer Ausrichtung, welche im Mord an einem Herausgeber kulminierten und dennoch keine rechtlichen Konsequenzen nach sich zogen.⁸⁴ In solchen Fällen, so gesteht Mill ein, können die Auswirkungen der Tyrannei der Mehrheit fatal sein und sich selbst *gegen* eigentlich bestehende Gesetze durchsetzen: “For where the majority is the sole power, and a power issuing its mandates in the form of riots, it inspires a terror which the most arbitrary monarch often fails to excite.”⁸⁵ Nicht nur unterschiedliche Interessen verschiedener Gruppen, so warnt Mill also, sondern aktive Animositäten zwischen ihnen können den Ausschlag für entsetzliche Taten und Unterdrückung bieten, was besonders bei relativ statischen Gruppenzugehörigkeiten, wie Religion, Ethnizität, aber auch politischer Ausrichtung, dramatische Konsequenzen haben kann.⁸⁶ Ob man Tocqueville wirklich die Vernachlässigung dieses Aspekts vorwerfen kann, wäre allerdings zu hinterfragen, da dieser sich nicht nur extensiv mit der Rolle von ethnischen Differenzen in der amerikanischen Gesellschaft beschäftigt, sondern in einer Fußnote auch auf ganz ähnliche und drastische Beispiele für die Tyrannei der Mehrheit verweist, nämlich die Einschüchterung von befreiten Afroamerikanern in Philadelphia, die diese schließlich von der Nutzung ihres Wahlrechts abhielt, und die Ermordung zweier kriegsoppositioneller Journalisten in Baltimore.⁸⁷

Wie drastisch wir die beschriebenen Effekte für den aktuellen Kontext bewerten mögen, es lohnt sich, sie im Gedächtnis zu behalten und geeignete Korrekture zu identifizieren, die ihnen gegebenenfalls entgegenwirken können. Wir wollen also die dahingehenden Vorschläge unserer Autoren genauer erkunden.

⁸⁴ Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 177.

⁸⁵ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 177.

⁸⁶ Vgl. Mill: CRG, 148.

Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 176f.

⁸⁷ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 41f.

3.3 Gewaltenteilung und Institutionen

“So when I see the right and the ability to do everything granted to whatever power, whether called people or king, democracy or aristocracy, whether exercised in a monarchy or a republic, I say: the seed of tyranny is there and I try to go and live under other laws.”⁸⁸

Wieder eröffnet Tocqueville die nachfolgende Betrachtung, wieder werden wir auf die Gefahr ungeteilter Macht aufmerksam gemacht. An dieser Stelle ist ein Hinweis darauf angebracht, dass dieser Vorbehalt gänzlich gegen die seinerzeit übliche Linie der Demokratiekritik geht. War es damals Usus, die Demokratie für ihre Schwäche und mangelnde Effektivität anzuprangern, so verweist Tocqueville gerade auf ihre „irresistible strenght“.⁸⁹ Nicht Mangel an Stärke und Ressourcen wird den Niedergang von Demokratien markieren, sondern deren Missbrauch.⁹⁰ Dementsprechend favorisiert er einen institutionellen Rahmen, der zumindest auf der Ebene staatlicher Macht eine klare Teilung der Zuständigkeiten festschreibt.

“Suppose [...] a legislative body composed in such a way that it represents the majority [...]; an executive power that has a strength of its own; and a judicial power independent of the two other powers; you will still have a democratic government, but there will no longer be hardly any chances for tyranny.”⁹¹

Die Notwendigkeit solch formaler Rahmenbedingungen, auch wenn diese manchmal als Ärgernis empfunden werden, ist ein wiederkehrendes Motiv in beiden Teilen von *Democracy in America*. Sie bremsen den demokratischen Übermut für unbedachte Aktion ein, demonstrieren Respekt vor anderen und ermöglichen gemeinsames Agieren auf einem Niveau, das über unmittelbare familiäre und bekanntschaftliche Verhältnisse hinausgeht.⁹²

Den Vorbehalt gegen uneingeschränkte, monolithische Herrschaft teilt Mill im Besonderen, fürchtet er doch die Durchsetzung illegitimer „sinister interests“⁹³, oder „class interest[s]“⁹⁴ durch unrechtmäßig breite Machtbefugnisse. Die *ausgewogene* Repräsentation aller Interessen muss daher bereits in institutionellen Rahmenbedingungen so gut wie möglich befördert werden. Dabei ist es für ihn von größter Wichtigkeit “that no class, and no combination of classes likely to combine, shall be able to exercise a preponderant influence in

⁸⁸ Tocqueville: DA, 413.

⁸⁹ Tocqueville: DA, 413.

⁹⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 424.

⁹¹ Tocqueville: DA, 415.

⁹² Vgl. Mansfield: Tocqueville, 27.

⁹³ Mill: CRG, 145.

⁹⁴ Mill: CRG, 239.

the government".⁹⁵ Als relevantes Beispiel nennt er die höchst unterschiedlichen Interessen der Arbeiterschaft und der Industriellen, welche folglich in ausgeglichener Weise repräsentiert sein sollten.⁹⁶ Die konstitutionelle Festschreibung und Regelung institutioneller Rahmenbedingungen ist dabei von zentraler Bedeutung, um Machtmissbrauch und repräsentativen Ungleichgewichten schon präventiv vorzubeugen. "All trust in constitutions is grounded on the assurance they may afford, not that the depositaries of power *will* not, but that they *can not* misemploy it."⁹⁷ Eine demokratische Regierung sollte demnach weniger von blindem Vertrauen in die ehrbaren Absichten der Machthabenden vertrauen müssen, wie dies für andere Regierungsformen der Fall ist, paradigmatischerweise für die absolutistische Monarchie, von welcher selbst Friedrich der Große höchst persönlich eingestehen musste, sie sei, ganz abhängig vom jeweiligen Herrscher und seiner persönlichen Handhabung und Qualität, entweder „die schlimmste oder aber die beste“⁹⁸ aller Regierungen.

John Dewey verweist schließlich auf einen weiteren zentralen Vorteil der klugen Aufteilung von Macht: Diese beugt nicht nur dem bewusst intendierten Machtmissbrauch vor, den Mill so stark befürchtet, sondern wird auch dem schlichten Faktum der Fehlbarkeit menschlicher Wahrnehmung im Angesicht einer komplexen Realität gerecht.⁹⁹ Selbst eine kollektive demokratische Öffentlichkeit ist nicht fähig, alle Konsequenzen ihrer Entscheidungen exakt vorherzusagen und errichtet durch die geschickte Limitierung von Macht ein präventives Korrektiv gegen die eigene Fehlbarkeit, errichtet institutionelle Dämme und Kanäle, "so that actions are confined within prescribed limits, and insofar have moderately predictable consequences".¹⁰⁰ Somit können staatliche Rahmenbedingungen nach Dewey als "structures which canalize action"¹⁰¹ definiert werden, ähnlich einem Flussbett, das den Verlauf eines Stromes bestimmt. Diese Rahmenbedingungen „befehlen“¹⁰² demnach auch nur in dem Sinne, in dem ein Flussbett die Strömung „befiehlt“, machen uns also erst handlungsfähig und verschmälern den Rahmen des für uns in unseren täglichen Interaktionen Erwart- und Befürchtbaren. Die Auswirkung ist eine doppelte: Dem Individuum erlaubt diese gesetzlich-

⁹⁵ Mill: CRG, 157.

⁹⁶ Vgl. Mill: CRG, 158.

⁹⁷ Mill: CRG, 189. (eigene Hervorhebung)

⁹⁸ Friedrich der Große: „Regierungsformen und Herrscherpflichten“. In: Volz, Gustav Berthold (Hg.), Friedrich der Große. Historische, militärische und philosophische Schriften, Gedichte und Briefe. Köln: Anaconda 2006, 351-363, 353.

⁹⁹ Vgl. Dewey: PP, 98.

¹⁰⁰ Dewey: PP, 98.

¹⁰¹ Dewey: PP, 99.

¹⁰² Original: „command“, Dewey: PP, 99.

institutionelle Rahmung eine relativ sichere Einschätzung des Verhaltens anderer, und somit, auf gesellschaftlicher Ebene, eine gegenseitig zuträgliche Kooperation.¹⁰³

Der Rahmen selbst, so könnte man gegen diese Analogie einwenden, ist natürlich viel wandelbarer und flexibler, als es ein Flussbett gemeinhin ist. Seine genaue Funktion und Form kann und soll, das würde auch Dewey unterschreiben, stets neu überdacht und gegebenenfalls angepasst werden.¹⁰⁴ Dewey verweist allerdings auch darauf, dass ein institutioneller Rahmen noch bei weitem keine Garantie für die Erhaltung und positive Entwicklung der Demokratie darstellt. Diese Auffassung, dass sich die angeblich inhärente menschliche Liebe zur Freiheit innerhalb der notwendigen Schranken von selbst entfalten würde, sei vielleicht zu Beginn der amerikanischen Demokratie möglich und angemessen gewesen, längst jedoch nicht mehr in Deweys Kontext, in welcher autoritäre und totalitäre Regime im Aufschwung begriffen sind und Menschen ihre Freiheit nicht nur bereitwillig, sondern scheinbar mit Enthusiasmus aufgeben.¹⁰⁵ Politische Institutionen sind keine aus sich selbst heraus wirksamen Ursachen, sondern ihrerseits Effekte, hervorgebracht, bedingt und erhalten durch eine demokratische Kultur, die für Dewey ungleich mehr umfasst als das bloß Politische. Sie umspannt den gesamten Komplex der Gegebenheiten und Verhältnisse, in die Menschen eingebettet sind, innerhalb derer sie gemeinsam leben und agieren.¹⁰⁶ Mill argumentiert bereits lange vor Dewey in ähnlicher Weise, wobei er den Fokus doch stärker auf die einzelnen Individuen der Gesellschaft legt. Gute Regeln und Institutionen, so Mill, können nie einen Ersatz für die Menschen darstellen, die mit und in ihnen arbeiten und agieren, sie exekutieren und formen.¹⁰⁷ Selbst im juristischen Bereich, wo die Wichtigkeit hoch strukturierter, klarer und geregelter Abläufe offensichtlich ist, kann auch das beste System nicht für die Defizite der darin agierenden Individuen kompensieren:

“Of what efficacy are rules of procedure in securing the ends of justice if the moral condition of the people is such that the witnesses generally lie, and the judges and their subordinates take bribes?”¹⁰⁸

Im Besonderen ist es aber auch Tocqueville, der, trotz seiner Wertschätzung für die mildernden formalen Bedingungen, auf die entscheidende Rolle der „mores“¹⁰⁹, im Sinne der

¹⁰³ Vgl. Dewey: PP, 113.

¹⁰⁴ Siehe dazu auch das Kapitel 3.5.3: Scientific Inquiry und Freie Intelligenz, ab Seite 42.

¹⁰⁵ Vgl. Dewey: FC, 4, 7.

¹⁰⁶ Vgl. Dewey: FC, 6.

¹⁰⁷ Vgl. Mill: CRG, 40.

¹⁰⁸ Mill: CRG, 40.

¹⁰⁹ Tocqueville: DA, 466.

Sitten und Gewohnheiten der Menschen, ihrer „habits of the heart“¹¹⁰, hinweist. Entgegen klassischer liberaler Auffassungen erhebt er diese mores in ihrer Relevanz über formale Gesetze, da sie es sind, die letztere erst erhalten.¹¹¹ Demokratische Institutionen ohne demokratische Kultur, eine Demokratie ohne Demokraten, ist demnach langfristig nicht lebensfähig. Institutionelle Arrangements stellen somit eine zweifellos förderliche und notwendige Bedingung für eine gelingende Ausgestaltung der Demokratie und die Erhaltung der Freiheit dar, keinesfalls jedoch eine hinreichende.

3.4 Individuelle, bürgerliche und soziale Freiheiten

Ein weiteres unentbehrliches Korrektiv zum Schutze der Freiheit besteht in der expliziten Festschreibung und Garantie von konkreten, individuellen Freiheiten, unabhängig von äußeren Merkmalen oder der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen. Mag uns heute ein Bekenntnis zu zentralen Grundfreiheiten fast banal erscheinen, sollten wir doch nicht vergessen, dass diese zu Zeiten Tocquevilles und Mills gerade hart erkämpft werden mussten und dass das tatsächliche Verhältnis zwischen Freiheiten und legitimen gesellschaftlichen Einforderungen und Beschränkungen auch heute noch längst nicht als geklärt angesehen werden kann. Dieser immer noch so aktuellen Thematik des legitimen Einflusses der Gesellschaft über das Individuum widmet sich Mill extensiv in seiner Schrift *On Liberty*, wobei er sich dabei auch maßgeblich gegen die Idee Auguste Comtes von einer Zwangsherrschaft der Gesellschaft über individuelle Interessen wendet.¹¹² Trotz Mills Wertschätzung legaler und institutioneller Rahmenbedingungen liegt der Fokus seiner Diskussion neben der staatlichen Intervention im engeren Sinne vor allem auch auf der sehr viel breiteren Einmischung der Gesellschaft in die Angelegenheiten der Individuen sowie Einzelner untereinander. Parallelen zu Tocquevilles Ausführungen über die Effekte der Tyrannei der Mehrheit sind dabei oft augenscheinlich.¹¹³

¹¹⁰ Tocqueville: DA, 466.

¹¹¹ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 30.

¹¹² Vgl. Höffe, Otfried: „Ein systematischer Rückblick auf John Stuart Mills Denken“. In: In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (Hg.): John Stuart Mill: Über die Freiheit (Klassiker Auslegen, Band 47), Berlin: de Gruyter 2015, 181-193, 191.

Vgl. Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas: „Einleitung“. In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (Hg.): John Stuart Mill: Über die Freiheit (Klassiker Auslegen, Band 47), Berlin: de Gruyter 2015, 1-10, 2.

¹¹³ Vgl. Ryan, Alan: „Mill in a liberal landscape“. In: Skorupski, John (Hg.): The Cambridge Companion to Mill. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 497-540, 500.

“[W]hen society is itself the tyrant [...] its means of tyrannizing are not restricted to the acts which it may do by the hands of its political functionaries. Society can and does execute its own mandates: and if it issues wrong mandates instead of right, or any mandates at all in things with which it ought not to meddle, it practises a *social tyranny more formidable than many kinds of political oppression*, since, though not usually upheld by such extreme penalties, it leaves fewer means of escape, penetrating much more deeply into the details of life, and enslaving the soul itself.”¹¹⁴

Es stellt sich demnach die Frage, in welchen Dingen Staat und Gesellschaft sowie Individuen untereinander legitimerweise intervenieren können, sollen oder müssen, und in welchen nicht. Mill erkennt also ganz klar an, dass es legitime Einschränkungen der Freiheit geben muss, betont sogar, dass selbst die direkte staatliche Intervention genauso oft zu Unrecht abgelehnt wie befürwortet werde.¹¹⁵ Mill ist also keineswegs der radikale Verfechter eines libertären Laissez-Faire Individualismus, für den ihn manche, im Positiven wie im Negativen, halten¹¹⁶, und welche von Dewey so scharf kritisiert werden. Eine solche Doktrin nämlich, so Dewey, biete durch die Konstituierung der Sphären individueller und staatlicher Belange als gänzlich getrennt nur scheinbar eine Lösung auf die Freiheitsfrage, während das tatsächliche Problem, nämlich das legitime Ausmaß dieser Sphären, „the *relation between authority and freedom*“¹¹⁷, schlicht außen vor bleibt.¹¹⁸ In dieser Hinsicht verfolgt Dewey, mit letztlich größerer Konsequenz, ein ganz ähnliches Projekt wie Mill, der ebenfalls bereit ist, legitime Einschränkungen für das Laissez-Faire Prinzip zu setzen.¹¹⁹ Wir wollen uns also sogleich John Stuart Mills Versuch, diese Relation zu bestimmen, genauer ansehen.

3.4.1 Das Schadensprinzip

Gleich zu Beginn legt Mill das zentrale und vermeintlich simple Prinzip seiner Freiheitsschrift offen, das im Kern all seinen folgenden Argumenten zugrunde liegt und auch als Freiheits- oder Schadensprinzip bezeichnet wird.¹²⁰ Dieses besagt kurz und knapp: “that the sole end for

¹¹⁴ Mill: OL, 219f. (eigene Hervorhebung)

¹¹⁵ Vgl. Mill: OL, 223.

¹¹⁶ Siehe dazu genauer das Kapitel 5.4.3: Soziale und gesellschaftliche Verantwortung und Verpflichtung des Individuums, ab Seite 116.

¹¹⁷ Dewey, John: “Authority and Social Change”. In: Boydston, Jo Ann (Hg.): John Dewey. The Later Works, 1925-1953. Volume 11: 1935-1937. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, 130-145, 131

¹¹⁸ Vgl. Dewey: Authority and Social Change, 131.

¹¹⁹ Vgl. Kuenzle, Dominique; Schefczyk, Michael: John Stuart Mill zur Einführung. Hamburg: Junius 2009, 172f. Vgl. Schefczyk; Schramme: Einleitung, 6.

¹²⁰ Vgl. Schefczyk; Schramme: Einleitung, 8.

which mankind are warranted, individually or collectively, in interfering with the liberty of action of any of their number, is self-protection.”¹²¹ Durch den Zusatz “individually or collectively” wird bereits impliziert, dass dieses Prinzip sowohl für staatliche Intervention im engeren Sinne wie auch für gesellschaftliche und individuelle Aktivität gilt. Wie für Tocqueville ist also auch für Mill die Quelle der Intervention zweitrangig, wenn es um die Bestimmung ihrer Legitimität geht. Neben Selbstschutz zählt auch die Verhinderung von Schaden für andere zu einer validen Rechtfertigung von Intervention und Zwang, allerdings dezidiert nicht die Verhinderung von Schaden für den Akteur selbst.¹²² Mill führt in diesem Zusammenhang zwei grundlegende Kategorien von Angelegenheiten, Handlungen und Verhalten ein: Jene, die nur (oder eigentlich primär) uns selbst betreffen und jene, welche die Gesellschaft betreffen und somit legitimerweise etwas angehen.¹²³ Diese scheinbar simple basale Unterteilung leidet natürlich auch unter ihrer Vagheit und bietet viel Spielraum für bewusste Fehlinterpretation. Eine genauere Analyse ist also angezeigt. “The only part of the conduct of any one, for which he is amenable to society, is that which concerns others”¹²⁴, konstatiert Mill, jedoch: “Over himself, over his own body and mind, the individual is sovereign.”¹²⁵ Diese Sphäre dessen, was nur einen selbst betrifft, umreißt also die Grenzen einer distinkt negativen Minimalfreiheit, “a minimum which justice demands for any competent member of a civilized society”.¹²⁶

Wir finden den Grundgedanken dieses von Mill explizit postulierten Prinzips außerdem bereits in Tocquevilles *Democracy in America*, wo dieser sich zu dem Problem legitimer gesellschaftlicher Autorität folgendermaßen äußert:

“[I]n all that concerns the mutual duties of citizens, he [the citizen] has become a subject. In all that concerns only himself, he has remained the master; he is free and is accountable for his actions only to God.”¹²⁷

Das Freiheitsprinzip Mills tendiert also seiner Konzeption nach zwar klar zur Verhütung von Schaden durch Unterlassung bestimmter Handlungen und Verhaltensweisen, ist allerdings nicht darauf beschränkt. Schaden, wie Mill ausdrücklich festhält, kann auch gerade durch

¹²¹ Mill: OL, 223.

¹²² Vgl. Mill: OL, 223.

¹²³ Vgl. Mill: OL, 279-282.

¹²⁴ Mill: OL, 224.

¹²⁵ Mill: OL, 224.

¹²⁶ Riley, Jonathan: „The Right to Liberty“. In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (Hg.): John Stuart Mill: Über die Freiheit (Klassiker Auslegen, Band 47), Berlin: de Gruyter 2015. (11-32), 17.

¹²⁷ Tocqueville: DA, 108.

Unterlassung zugefügt werden und dementsprechend kann mit dem Schadensprinzip auch für die Pflicht und den Zwang zu bestimmten Verhaltensweisen argumentiert werden.¹²⁸

3.4.2 Freiheit der Meinung, der Gedanken und der Presse

Die von Mill aufgrund der beschriebenen Unterscheidung in Dinge, die uns primär selbst betreffen und Dinge, die die Gesellschaft als Ganzes signifikant betreffen, geforderten Freiheiten lauten wie folgt: "liberty of conscience, in the most comprehensive sense; liberty of thought and feeling; *absolute* freedom of opinion and sentiment on all subjects, practical or speculative, scientific, moral, or theological"¹²⁹ sowie Freiheit der Äußerung und Publizierung der Meinungen. Letztere, gesteht Mill, hätten zwar den Anschein, in die Kategorie der gesellschaftsrelevanten Angelegenheiten zu fallen, seien jedoch praktisch unzertrennlich mit der Freiheit der Gedanken verknüpft.¹³⁰

Ein von Mill viel beklagtes Merkmal der menschlichen Natur besteht in ihrer Tendenz, die eigenen Meinungen und moralischen Gefühle für unfehlbar zu halten und sie in der Folge nur allzu eifrig anderen aufzwingen zu wollen. Die Suche nach einer absoluten Wahrheit überschattet dabei nur allzu häufig die Reflexion darüber, ob unsere Auffassung tatsächlich bindendes Gesetz für andere freie Individuen sein sollte.¹³¹ In der Religionsfreiheit sieht Mill eine seltene Ausnahme dieser Tendenz, ein Bereich, in welchem die Geschichte ausreichend drastische und zahlreiche Beispiele geliefert hat, um die Nützlichkeit einer diesbezüglichen Toleranz mit relativer Nachhaltigkeit in den Köpfen zu verankern. Und selbst diese eingeschränkte Toleranz gegenüber anderer Glaubensbekenntnisse werde häufiger aus religiöser Indifferenz als aus Prinzip praktiziert.¹³² Mills Beharren auf einer absoluten Freiheit des Gewissens und der Meinungsäußerung ist nicht zuletzt ein Versuch, dieser unglücklichen Tendenz zu Dogmatismus und Engstirnigkeit ein starkes Gegengewicht entgegenzusetzen. Dabei ist er auch sehr auf den gesellschaftlichen Konformitätsdruck der Mehrheit bedacht, der auch Tocqueville so viel Aufmerksamkeit schenkt. Die Unterdrückung einer Meinung, so schließt Mill, wird mit populärer Zustimmung keineswegs gerechtfertigter, sondern umso schädlicher.

¹²⁸ Vgl. Mill: OL, 225.

Vgl. Riley: The Right to Liberty, 21.

¹²⁹ Mill: OL, 225. (eigene Hervorhebung)

¹³⁰ Vgl. Mill: OL, 225f.

¹³¹ Vgl. Mill: OL, 222.

¹³² Vgl. Mill: OL, 222.

“If all mankind minus one, were of one opinion, mankind would be no more justified in silencing that one person, than he, if he had the power, would be justified in silencing mankind.”¹³³

Bei der Entscheidung über die Zulässigkeit wie auch immer gearteter Meinungen oder Ideen kann also keinesfalls ein Mehrheitsprinzip in Anschlag gebracht werden. Da man sich nun allerdings Meinungen vorstellen kann, die dem utilitaristischen Nützlichkeitsprinzip entgegenlaufen, wird Mill gerne vorgeworfen, sein Freiheitsprinzip sei mit seinen utilitaristischen Doktrinen unvereinbar.¹³⁴ Dieser Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer, denn Mill sieht im radikal freien Austausch von Meinungen, egal wie gefährlich und schädlich sie scheinen mögen, den größten langfristigen Nutzen für die Entwicklung der Menschheit im weitesten Sinn. Wer die Äußerung einer Meinung unterdrückt, der beraubt nach Mill nämlich nicht nur den möglichen Sender und Empfänger, sondern die gesamte Menschheit um eine Möglichkeit tieferer Einsicht und Erkenntnis. Mill beschreibt verschiedene Szenarien und arbeitet heraus, warum in jedem Fall ein Verlust für die Menschheit durch die Unterdrückung einer bestimmten Meinung entsteht.

Erste Möglichkeit: “If the opinion is right, they are deprived of the opportunity of exchanging error for truth”¹³⁵. Der Schaden, der aus Unterdrückung einer wahren Meinung entsteht, ist noch unschwer nachzuvollziehen. Zweite Möglichkeit aber: „if wrong, they lose, what is almost as great a benefit, the clearer perception and livelier impression of truth, produced by its collision with error.”¹³⁶ Demnach profitieren unserer Meinungen, selbst wenn sie schon korrekt sind, auch immer von der Konfrontation mit falschen Meinungen, Einwänden und Gegen-Argumenten, denn auf diese Art werden sie uns umso mehr in ihrer ganzen Wahrheit bewusst. Wahrheiten, die nicht mehr lebhaft und authentisch disputiert werden, so Mill, verlieren mit der Zeit ihre Kraft und Bedeutung.¹³⁷ Sie degenerieren von „living truth“¹³⁸ zu „dead dogma“,¹³⁹ leeren Hüllen der einst lebendigen Lehre, und verlieren somit auch die Wirkung, die sie zuvor in den Köpfen derer entfalteteten, die an sie glaubten. Inhaber solcher Dogmen vergessen, *warum* ihre Meinungen wahr sind und sind folglich außer Stande, sie

¹³³ Mill: OL, 229.

¹³⁴ Vgl. Kuenzle; Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung. Hamburg: Junius 2009, 14.
Vgl. Schefczyk; Schramme: Einleitung, 9.

¹³⁵ Mill: OL, 229.

¹³⁶ Mill: OL, 229.

¹³⁷ Vgl. Mill: OL, 247.

¹³⁸ Mill: OL, 243.

¹³⁹ Mill: OL, 243.

gegen den mildesten Angriff zu verteidigen.¹⁴⁰ In diesem Zustand passiven, rein habituierten Respekts für eine inhaltsentleerte Idee oder Wahrheit verliert diese auch zunehmend ihren Einfluss auf die Menschen, ihren Willen und ihr Verhalten.¹⁴¹ Problemlos lassen sich diese Ausführungen auf das Phänomen beziehen, das in aktuellen Diskussionen gerne als Demokratieverdrossenheit bezeichnet wird. Während die Gültigkeit demokratischer Ideale heute kaum jemals angezweifelt oder zur Diskussion gestellt wird, ist dieser Siegeszug der einst mit so viel Pathos verbrämten und verteidigten Ideale von einer Entzauberung begleitet. Die Akzeptanz der demokratischen Ideale erfolgt ohne Reflexion, ohne Begeisterung und ohne aktive Befürwortung. Es stellt sich allerdings die Frage, was nach Mill hier die Alternative sein sollte, kann man sich doch schwerlich die Rückkehr offen antidemokratischer, autoritärerer oder menschenverachtender Doktrinen in die öffentliche Diskussion wünschen, um eine lebendige Befürwortung und Verteidigung der Demokratie aufrechtzuerhalten.

Dieses Dilemmas ist sich auch Mill akut bewusst. Die Anzahl an Positionen, die sich als wahr durchsetzen werden und demnach nicht mehr regelmäßiger und gründlicher Diskussion unterzogen werden, muss unweigerlich in dem Maße des gesellschaftlichen und intellektuellen Fortschritts anwachsen, wie er eingesteht. Meinungen, die sich im Lichte der Entwicklung und Diskussion als fehlerhaft erwiesen haben, sollten natürlich nicht um ihrer selbst willen künstlich am Leben gehalten werden. Mit diesem Fortschritt ist aber zugleich eben der Niedergang in der Lebendigkeit derjenigen Überzeugungen verbunden, die sich durchgesetzt haben; ein Paradox, für das auch Mill keine endgültige Lösung finden kann. Zumindest könnte man mit Mill die These aufstellen, dass eine Demokratie, während sie sich ein Erstarren autoritärer Tendenzen zwar nicht *wünschen* kann, im Falle eines solchen zumindest gerüstet sein sollte, diesen nicht mit verzweifelterm Verbot, sondern mit selbstbewussten und wohl durchdachten Argumenten entgegenzutreten. Denn von der Richtigkeit und Überlegenheit demokratischer Ideale überzeugt zu sein, jedoch jegliche Gegenmeinung, die angeblich ohnehin leicht mit Argumenten und Fakten zu entkräften wäre, zu unterbinden, enthält einen eindeutigen performativen Widerspruch und erweckt, mit Mill gedacht, den Verdacht, dass zu viele in ihrer unablässigen Affirmation, *dass* die Demokratie richtig sei, tatsächlich vergessen haben, *warum* sie es ist.

¹⁴⁰ Vgl. Mill: OL, 244.

¹⁴¹ Vgl. Mill: OL, 249.

Die dritte und laut Mill die wohl wahrscheinlichste Möglichkeit ist jedoch die, dass die unterdrückte Meinung zumindest einen Teil der Wahrheit, vielleicht auch nur ein Körnchen davon, enthält.¹⁴² Als eindrucksvolles Beispiel für die Mehrheit seiner Zeitgenossen zieht Mill das Christentum zur Verdeutlichung heran. Weit entfernt davon, der christlichen Moral einen gewissen Verdienst abzusprechen, weist Mill doch gnadenlos auf die Defizite und Lücken eben dieser hin und erklärt somit, warum sogar diese wohl am bereitwilligsten als absolute Wahrheit hingenommene Doktrin gelinde gesagt unvollständig ist und von Ergänzungen profitieren kann. Solche Ergänzungen und Komplementierungen zu weit verbreiteten und nur selten reflektierten Meinungen mit vernachlässigten Aspekten können gerade durch non-konforme, ‚häretische‘ Meinungen geleistet werden, selbst wenn diese ihrerseits weit von der absoluten Wahrheit entfernt sind.¹⁴³ Ja, Mill postuliert sogar:

“Truth gains more even by the errors of one who, with due study and preparation, thinks for himself, than by the true opinions of those who only hold them because they do not suffer themselves to think.”¹⁴⁴

Schutz und aktive Beförderung eben solcher ketzerischer Meinungen hält Mill daher für ein gutes Korrektiv gegen den von ihm so bedauerten Schlummer einer einmal entschiedenen Meinung. “[I]n the human mind, one-sidedness has always been the rule, and many-sidedness the exception”¹⁴⁵, wie er beklagt, und die Abschwächung dieser Tendenz ist ein zentrales Anliegen im Sinne des Fortschritts der Menschheit. Darin liegt für Mill letztlich der unschätzbare Wert freier Meinungsäußerung und auch einer freien Presse, die uns mit unterschiedlichsten Perspektiven und Meinungen konfrontiert, um das Level geistiger Aktivität und aus Überzeugung vertretener Meinungen zu steigern. Denn jede Epoche mag ihre Genies hervorbringen, welche die Ketten der Tradition und Vergangenheit in ihrem Denken zu sprengen vermögen, niemals jedoch kann in einem Zeitalter mentaler Sklaverei ein mündiges und intellektuell aktives Volk entstehen.¹⁴⁶ Gerade dies aber wäre ein unbedingtes Ziel für demokratische Zeitalter und Gesellschaften, und definitiv für Mill, der im mentalen Wohl die Grundvoraussetzung allen anderen Wohls und somit das Potential langfristigen Fortschritts verortet.¹⁴⁷ Aus den beschriebenen Gründen ist das Festhalten an seinem

¹⁴² Vgl. Mill: OL, 252.

¹⁴³ Vgl. Mill: OL, 252.

¹⁴⁴ Mill: OL, 243.

¹⁴⁵ Mill: OL, 252.

¹⁴⁶ Vgl. Mill: OL, 243.

¹⁴⁷ Vgl. Mill: OL, 257.

Freiheitsprinzip also durchaus kompatibel mit seiner grundlegenden Orientierung am Nutzenprinzip. Eine ähnliche Vorgehensweise lässt sich in Bezug auf sein Plädoyer für die Gleichstellung der Geschlechter in *The Subjection of Women* feststellen, wo er postuliert “the legal subordination of one sex to the other [...] is wrong in itself, and now one of the chief hindrances to human improvement”.¹⁴⁸ Auch hier soll also die Befreiung der weiblichen Hälfte der Gesellschaft vor dem Hintergrund eines langfristigen, höheren Zwecks kontinuierlicher Glücksmaximierung und Fortentwicklung vollzogen werden. Freiheit fungiert, auch wenn sie kurzfristig Aufruhr, Streit und Konflikt provozieren mag, als “the only unfailing and permanent source of improvement”.¹⁴⁹ Mills Position zum Gegensatzpaar von Konsens und Konflikt ist somit ganz klar: “Not the violent conflict between parts of the truth, but the quiet suppression of half of it, is the formidable evil”.¹⁵⁰ Konsens ist also kein an und für sich erstrebenswerter Zustand, gerade weil er allzu leicht zu der von Mill so geringgeschätzten Übernahme toter Dogmen führt, es sei denn er entspringt aus “fullest and freest comparison of opposite opinions”.¹⁵¹ Jegliche Art von Konsens, der konstruktive anstatt lähmende Wirkung haben soll, muss somit gerade durch Konflikt generiert worden sein und für weiteren Konflikt offen bleiben.

Wer nun den Optimismus für übertrieben hält, mit dem Mill den freien Austausch der Gedanken preist, wird vielleicht eher zu Tocquevilles nüchternerer Einschätzung neigen. Dieser verweist ganz klar auf die Begrenztheit des menschlichen Geistes, die auch durch die freieste Diskussion nicht gesprengt werden kann. Eine aktive und gründliche Reflexion mit jeder unserer Auffassungen sei somit überhaupt nicht wünschenswert und der Mensch, der so verfare, würde zwar in ständiger oberflächlicher Agitation verharren, niemals jedoch zu einem Ergebnis in irgendeiner Angelegenheit kommen.¹⁵² Die Unabhängigkeit des Denkens kippt hier in eine Sturheit, eine Weigerung, sich in irgend einer Angelegenheit mit einer vorgefertigten und bewährten Meinung zufrieden zu geben. Eine solche Intelligenz aber wäre „independent and weak at the very same time“¹⁵³ und sein Inhaber kaum lebens- und handlungsfähig. Tocqueville schließt also, dass ein gewisser Grad an Selektivität schlichtweg unvermeidbar ist, wenn es um die gründliche Untersuchung unserer Meinungen geht:

¹⁴⁸ Mill: *The Subjection of Women*, 261.

¹⁴⁹ Riley: *The Right to Liberty*, 12.

¹⁵⁰ Mill: OL, 257.

¹⁵¹ Mill: OL, 260.

¹⁵² Vgl. Tocqueville: DA, 715.

¹⁵³ Tocqueville: DA, 715.

“[A]mong the various subjects of human opinions, he must make a choice and adopt many beliefs without discussing them, in order to go more deeply into a small number that he has reserved to examine for himself.”¹⁵⁴

Paradoxerweise ist daher für Tocqueville diese Form der freiwilligen ‚intellektuellen Sklaverei‘ in manchen Meinungen gerade die Grundvoraussetzung für die produktive Nutzung unserer Freiheit in anderen.¹⁵⁵ Tatsächlich ist diese Beobachtung heute vielleicht aktueller als je zuvor, befinden wir uns doch in einer Welt fortschreitender Komplexität und Spezialisierung. Eine gründliche Vertrautheit mit allen Angelegenheiten, selbst jenen, die unser Leben direkt betreffen, stellt eine fundamentale Überforderung für den Einzelnen dar.¹⁵⁶ Vielleicht muss also tatsächlich zugestanden werden, dass wir uns in vielen Dingen wohl damit begnügen müssen, gründliche Reflexion auszulagern und uns mit dem Wissen zufrieden zu geben, dass es zumindest jemanden gibt, der diese gewissenhaft übernimmt. Mit Tocqueville Worten: “authority must always be found somewhere in the intellectual and moral world.”¹⁵⁷

Auch Mills enthusiastische Befürwortung des Konflikts kann mit den Ausführungen Tocquevilles konterkariert werden. Dieser sieht es nämlich als durchaus heilsam und förderlich, wenn eine Reihe zentraler Ideen, heute würden wir vielleicht von Grundwerten sprechen, von der Mehrzahl der Bevölkerung als „ready-made beliefs“¹⁵⁸ akzeptiert werden. “[W]ithout common ideas, there is no common action, and, without common action, there are still men, but not a social body.”¹⁵⁹ Als besonders nützliche Dogmen klassifiziert Tocqueville, völlig gegen Mills Analyse, religiöse Überzeugungen,¹⁶⁰ ein ganz eigenes Thema in seinem Denken, dessen genauere Untersuchung an dieser Stelle allerdings zu stark ausufern würde. Wie drastisch also die Unterschiede in Meinungen, die als Grundwerte einer Gesellschaft betrachtet werden, tatsächlich sein können, ohne von konstruktiver Deliberation in destruktive und unlösbare Auseinandersetzung zu kippen, und ob die Rolle sich gegenseitig widersprechender religiöser Grundüberzeugungen dabei nicht eine eher gefährliche als heilsame ist, bleibt jedenfalls bis heute eine Frage von höchster Relevanz und gerade für Demokratien ein allgegenwärtiges Problem.

¹⁵⁴ Tocqueville: DA, 715.

¹⁵⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 716.

¹⁵⁶ Siehe dazu genauer das Kapitel 5.1: Agency und Individualität in der modernen Massengesellschaft, ab Seite 91.

¹⁵⁷ Tocqueville: DA, 714.

¹⁵⁸ Tocqueville: DA, 713.

¹⁵⁹ Tocqueville: DA, 713.

¹⁶⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 743.

Auch für John Dewey sind bürgerliche Freiheiten von höchster Wichtigkeit, wobei er allerdings gerade die Beschränkung eben dieser auf das Individuum und somit seine Konstituierung als dem Gemeinwesen gegenüber vermeintlich antagonistisch kritisiert. Denn identifizieren wir die Freiheiten als der individuellen Sphäre zugehörig, so werden diese akut angreifbar, wenn sie mit der Sphäre des Gesellschaftlichen, besonders mit dem gesellschaftlichen Status Quo, zu kollidieren scheinen, der nur allzu bereitwillig mit dem öffentlichen Wohl gleichgesetzt wird.¹⁶¹

“As long as freedom of thought and speech is claimed as a merely individual right, it will give way, as do other merely personal claims, when it is, or is successfully represented to be, in opposition to the general welfare.”¹⁶²

Stattdessen schlägt er vor, Freiheiten als „exceedingly potent modes of action“¹⁶³ zu betrachten, welche auch einen inhärenten Wert für die Gesellschaft erfüllen. Dewey stimmt also mit Mill auch darin überein, Freiheiten nicht bloß als unveräußerliche individuelle Rechte zu definieren, sondern nachdrücklich auf ihren sozialen Wert und Nutzen zu verweisen.¹⁶⁴

3.4.3 Schattenseiten der freien Presse

Während besonders Mill enorme Hoffnungen in die positive Wirkung einer freien Presse setzt, in ihr gar die Grundvoraussetzung demokratischer Deliberation in einem modernen Flächenstaat verorten, sozusagen die Extension der antiken Agora auf die nationale Ebene¹⁶⁵, weist Dewey, ernüchert durch die Entwicklungen seiner Zeit, auf Defizite und sogar Gefahren der Presse hin. Zwar stellen eine freie Presse sowie allgemeine Alphabetisierung für ihn durchaus Grundvoraussetzungen für freie Institutionen dar. Ihre zentrale Funktion in dieser Hinsicht bestünde vorrangig in der Schaffung einer transparenten und authentischen öffentlichen Meinung, welche als Fundament für gesellschaftliche Aktion und Entwicklung fungieren sollte.¹⁶⁶ Zugleich generieren eben diese Faktoren jedoch paradoxerweise gerade auch neue und akute Probleme für die Demokratie.¹⁶⁷ Zum einen besteht die Gefahr, dass die Medien sich in der Aneinanderreihung trivialer, sensationalistischer und letztlich willkürlicher Bruchstücke von Information und Ereignissen erschöpfen, eine Tendenz, die auch Tocqueville

¹⁶¹ Vgl. Dewey: LSA, 47f.

¹⁶² Dewey: LSA, 47.

¹⁶³ Dewey: LSA, 47.

¹⁶⁴ Vgl. Dewey: LSA, 48.

¹⁶⁵ Vgl. Mill: CRG, 16.

¹⁶⁶ Vgl. Dewey: PP, 201.

¹⁶⁷ Vgl. Dewey: FC, 42.

schon in Amerika beobachten konnte.¹⁶⁸ Zusammenhängende oder gar sinnstiftende Narrative bleiben dabei außen vor, soziale Zusammenhänge und Konsequenzen der mundgerechten und kontingenten ‚Nachrichten‘ werden ausgespart.¹⁶⁹ Die Folge ist das Gegenteil der erstrebten Transparenz: Die Bevölkerung wird lediglich abgelenkt, überfordert, verwirrt.¹⁷⁰ Zweitens, und dies korreliert mit dem bereits angesprochenen Dilemma, wie mit anti-demokratischen Meinungen innerhalb der Demokratie umgegangen werden kann:

“The democratic belief in free speech, free press and free assembly is one of the things that exposes democratic institutions to attack. For representatives of totalitarian states, who are the first to deny such freedom when they are in power, shrewdly employ it in a democratic country to destroy the foundations of democracy.”¹⁷¹

Um also die eigenen Ideale der freien Meinungsäußerung und Presse nicht selbst zu untergraben, muss eine Demokratie unweigerlich das Risiko in Kauf nehmen, dass diese Freiheiten von Individuen oder Gruppen genau zu diesem Zweck missbraucht werden. Drittens kann gerade die Presse auch durch partikulare Interessen vereinnahmt und missbraucht werden, eine Gefahr, die Dewey für noch problematischer hält.¹⁷² Dabei verweist er im Besonderen auf ökonomische Entwicklungen, die Konzentration und Zentralisierung der Produktionsmittel nämlich, welche einen unweigerlichen Einfluss auf die öffentliche Presse ausüben.¹⁷³ Finanzielle Interessen liefern “an unresisted motive for tampering with the springs of political action in all that affects them.”¹⁷⁴ Die mächtigen und wohlhabenden üben über den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung und Deliberation also einen problematischen und unproportionalen Einfluss aus; eine Beobachtung, die heute bestimmt nicht weniger aktuell ist als noch zu Deweys Zeiten. Hieraus kann sich die besonders problematische Situation ergeben, dass eine Bevölkerung zwar denkt, intellektuelle Freiheit zu besitzen, wo in Wirklichkeit keine, oder nur gelenkte und eingeschränkte, existiert. Kann das Individuum gegen Zensur und externe Unterdrückung noch rebellieren, so führt eine solche Situation zu „complacency in virtual enslavement, to sloppiness, superficiality, and recourse to sensations

¹⁶⁸ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 39, 46.

¹⁶⁹ Vgl. Dewey: PP, 201.

¹⁷⁰ Vgl. Dewey: FC, 42-44.

Vgl. Dewey: PP, 201.

¹⁷¹ Dewey: FC, 149.

¹⁷² Vgl. Dewey: FC, 42, 149.

¹⁷³ Vgl. Dewey: FC, 149.

¹⁷⁴ Dewey: PP, 203.

as a substitute for ideas”¹⁷⁵. Diese Formulierung erinnert durchaus an Tocquevilles niederschmetterndes Urteil über Amerika als Land, in dem zwar formale Meinungs- und Pressefreiheit herrsche, jedoch zugleich am wenigsten Originalität und Unabhängigkeit der Gedanken.¹⁷⁶

Dies führt uns schließlich zur letzten und drastischsten Problematik der Presse: Dass diese unreflektierte Grundhaltung der Bevölkerung, die nämlich gerade glaubt, sie hätte es mit einer freien Presse zu tun, nur allzu leicht von Demagogen instrumentalisiert werden kann.¹⁷⁷ So kann eine Propaganda-Maschinerie entstehen, die ihre Legitimität gerade aus dem Deckmantel der Unparteilichkeit und Objektivität bezieht. Gerade durch die medialen Instrumente der Massenkommunikation, die einerseits eine Ausweitung der antiken Polis ermöglichen können, wird also zugleich die gezielte Manipulation und Indoktrination der Bevölkerung und somit eine drastische Verzerrung der öffentlichen Meinung möglich, eine Erkenntnis, die durch die bewusste Instrumentalisierung dieser Mittel durch totalitäre Regime zu Deweys Zeit besonders akut war. Einerseits, so bemerkt er, zeigt diese organisierte Manipulation den enormen Erfolg des demokratischen Ideals der Volksherrschaft: “The days are past when government can be carried on without any pretense of ascertaining the wishes of the governed.”¹⁷⁸ Stattdessen vollzieht sich hier nun also eine Verschiebung der Problemlage, indem zwar die Zustimmung der Regierten als notwendig anerkannt wird, diese aber sogleich mit undemokratischen, manipulativen Mitteln zu erreichen gesucht wird. Eine solche Manipulation wird also paradoxerweise mit dem Siegeszug demokratischer Ideen auf breiter Ebene überhaupt erst notwendig. Der moderne Despot will die totale Macht, ohne von den Massen als Unterdrücker wahrgenommen zu werden,¹⁷⁹ denn im Zeitalter der Massenkommunikation “[t]he smoothest road to control of political conduct is by control of opinion”.¹⁸⁰ Die geschickte und akribische Kontrolle und Führung von Volksmassen, die von totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts zur höchsten Kunst erhoben wurde, legt hierfür eindrucksvoll Zeugnis ab. In *The Public and its Problems* kommt Dewey daher zum

¹⁷⁵ Dewey: PP, 191.

¹⁷⁶ oder auch an die modernere Kritik Chomskys an medialen Mechanismen und im Besonderen seine Auffassung des „manufactured consent“.

¹⁷⁷ Vgl. Dewey: PP, 192.

¹⁷⁸ Dewey: PP, 202.

¹⁷⁹ Vgl. Dewey: FC, 10.

¹⁸⁰ Dewey: PP, 202.

ernüchternden Schluss, dass das Ideal einer freien Presse, wie es auch von Mill imaginiert wird, wohl das letzte demokratische Ideal sein wird, das tatsächlich zur Erfüllung kommt.¹⁸¹

3.4.4 Lebensformexperimente

“The only freedom which deserves the name, is that of pursuing our own good in our own way, so long as we do not attempt to deprive others of theirs, or impede their efforts to obtain it.”¹⁸²

Der radikalen Freiheit in Gedanken und Meinungen muss für Mill auch eine radikale Freiheit in der Sphäre des tatsächlichen Handelns und der Lebensgestaltung nach eigenen Prioritäten, individuellem Charakter und Geschmack folgen.¹⁸³ Dies nämlich fällt ganz eindeutig in die Domäne der Dinge, die vorrangig uns selbst betreffen, selbstverständlich immer vorausgesetzt, dass die präferierte Lebensgestaltung nicht andere in ihrer Freiheit einschränkt oder diesen gar aktiv Schaden zufügt. Sofern aber das nicht der Fall ist, muss sich das Individuum in diesen Dingen nicht um soziale Urteile und Gefühle kümmern, egal, ob andere unsere Entscheidungen nun als irrig, falsch oder gar pervers betrachten mögen.¹⁸⁴ Die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens nach eigenen Vorstellungen stellt für Mill gar die konstitutive Eigenschaft einer modernen Gesellschaftsordnung im Vergleich zur alten und rigiden dar. Die Menschen sind tatsächlich als Individuen in der Welt, “no longer born to their place in life, and chained down by an inexorable bond to the place they are born to, [...] free to employ their faculties, and [...] to achieve the lot which may appear to them most desirable.”¹⁸⁵ Nicht zuletzt aus diesem Grund setzt Mill sich so vehement gegen die anhaltende Unterordnung der Frau ein, die eine “monstrous contradiction to all the principles of the modern world”¹⁸⁶ darstellt. Dieser Freiheit der Lebensgestaltung widmet Mill auch in *On Liberty* ein gesamtes Kapitel, in dem er die Individualität als zentrales Element des Glücks konstituiert.¹⁸⁷ Zu Beginn des Kapitels bringt er noch einmal mit Nachdruck die Gültigkeit des Schadensprinzips in Anschlag, das immer seine limitierende Funktion behält:

¹⁸¹ Vgl. Dewey: PP, 198.

¹⁸² Mill: OL, 226.

¹⁸³ Vgl. Mill: OL, 226.

¹⁸⁴ Vgl. Mill: OL, 226.

¹⁸⁵ Mill: The Subjection of Women, 272f.

¹⁸⁶ Mill: The Subjection of Women, 323.

¹⁸⁷ Vgl. Mill: OL, 260.

“Acts, of whatever kind, which, without justifiable cause, do harm to others, may be, and in the more important cases absolutely require to be, controlled by the unfavourable sentiments, and, when needful, by the active interference of mankind. The liberty of the individual must be thus far limited; he must not make himself a nuisance to other people.”¹⁸⁸

Abseits dessen ist allerdings die Freiheit der Lebensgestaltung, Mill spricht auch von “different experiments of living”¹⁸⁹, eine ebenso basale Grundvoraussetzung und ebenso wertvolles Korrektiv wie die Freiheit der Gedanken, Meinungen und der Presse. Wo bloße Tradition und Sitten über das Leben der Menschen regieren, zuungunsten persönlicher Unterschiede in Charakter und Präferenzen, dort sieht Mill das menschliche Glück sowie den individuellen und sozialen Fortschritt behindert.¹⁹⁰ Denn: “the free development of individuality is one of the leading essentials of well-being”¹⁹¹ sowie notwendige Voraussetzung von Zivilisation, Bildung und Kultur.¹⁹² Angesichts dieser doch sehr hochtrabenden humanistischen Ideale verwundert es wenig, dass Mill an dieser Stelle auch auf Wilhelm von Humboldts nicht weniger ausgeschmückte Auffassung von der proportionierlichen Entfaltung individueller Anlagen und Potentiale zurückgreift.¹⁹³ Die Existenz bestimmter Normen und Gebräuchlichkeiten ist dabei an sich noch nichts Verwerfliches, solange diese keinen zu großen Konformitätsdruck ausüben, um für alle Mitglieder der Gesellschaft verpflichtend zu werden. “Customs are made for customary circumstances, and customary characters; and his [the individual’s] circumstances or his character may be uncustomary.”¹⁹⁴

Oder aber, man will den vorherrschenden Sitten eben nicht aus bloßer Tradition folgen, sondern aus bewusster Entscheidung und Reflexion über ihre Angemessenheit.¹⁹⁵ Wie bei den Meinungen und Urteilen, die wir fällen, geht es auch bei der Wahl der für uns angemessenen Lebensweise weniger um die tatsächlich inhaltliche Dimension, sondern um die Art und Weise, wie wir zu unseren Schlüssen kommen. In der bewussten Wahl unserer Lebensweise sind wir zum Einsatz und zur Schärfung all unserer besten und menschlichsten Fähigkeiten angehalten, von exakter Wahrnehmung über Urteilskraft, mentaler Aktivität bis hin zu moralischer Präferenz. All dies bleibt außen vor bei denjenigen, die aus purer Tradition handeln: “He who

¹⁸⁸ Mill: OL, 260.

¹⁸⁹ Mill: OL, 261.

¹⁹⁰ Vgl. Mill: OL, 261.

¹⁹¹ Mill: OL, 261.

¹⁹² Vgl. Mill: OL, 261.

¹⁹³ Vgl. Mill: OL, 261.

¹⁹⁴ Mill: OL, 262.

¹⁹⁵ Vgl. Mill: OL, 262.

lets the world, or his own portion of it, choose his plan of life for him, has no need of any other faculty than the ape-like one of imitation.”¹⁹⁶ Wir erniedrigen uns demnach also, wenn wir die uns innewohnenden menschlichen Vermögen nicht nutzen, um unseren eigenen Lebensweg zu entwerfen.

Tatsächlich findet sich diese Auffassung auch bei John Dewey mit ähnlichem Nachdruck wieder. Dieser klassifiziert nämlich die individuelle Freiheit und Möglichkeit, eigene Potentiale in vollem Umfang zu realisieren, als Kernziele des Liberalismus überhaupt.¹⁹⁷ Eine Festschreibung und versuchte Kontrolle der Richtung persönlicher Entfaltung ist dagegen ein zutiefst illiberales Unterfangen, das Dewey längst nicht nur in undemokratischen Gesellschaften beobachtet. So bemerkt er ironisch:

“The disciples of Lenin and Mussolini vie with the captains of capitalistic society in endeavouring to bring about a formation of dispositions and ideas which will conduce to a preconceived goal.”¹⁹⁸

Dem würde wohl auch Mill emphatisch zustimmen, der seinerseits postuliert: „whatever crushes individuality is despotism, by whatever name it may be called, and whether it professes to be enforcing the will of God or the injunctions of men.”¹⁹⁹ Nur wenn eine solche Vorstellung der Lenkung auf bereits vorgefasste Ziele aufgegeben wird, kann eine experimentelle soziale Methode Fuß fassen, im Rahmen welcher nach den besten Umständen für die tatsächlich freie Entfaltung persönlicher Potentiale gesucht werden kann.²⁰⁰

3.5 Demokratie als Geisteshaltung

Die bereits abgehandelten Zugeständnisse und Einforderungen persönlicher Freiheit, sei es in Angelegenheiten der Meinung oder der Lebensgestaltung, verweisen gleichermaßen auf eine bestimmte Grund- und Geisteshaltung, welche als grundlegend demokratische identifiziert werden kann. Die Basis dieser Geisteshaltung besteht in einem ultimativen Eingeständnis von Fehlbarkeit und damit einhergehend dem freiwilligen Verzicht auf absolute Wahrheitsansprüche, begleitet von einem Bestreben, eigene sowie gesellschaftlich vorherrschende und scheinbar selbstverständliche Auffassungen im Lichte empirischer und

¹⁹⁶ Mill: OL, 262.

¹⁹⁷ Vgl. Dewey: LSA, 38.

¹⁹⁸ Dewey: PP, 218f.

¹⁹⁹ Mill: OL, 266.

²⁰⁰ Vgl. Dewey: PP, 219.

experimenteller Erkenntnisse zu überprüfen. Während der menschliche Geist von Natur aus einen unglücklichen und übermächtigen Hang zur Einseitigkeit aufweist und somit dazu tendiert, ein Dogma mit einem neuen, einen Despoten mit einem anderen, zu ersetzen, muss eine demokratische Geisteshaltung dezidiert undogmatisch, offen für Revision und vor allem offen für einen „reasonable pluralism“²⁰¹ im Sinne von John Rawls bleiben, also akzeptieren, dass es verschiedene, ja sogar einander widersprechende Sichtweisen auf die Welt geben kann, die dennoch als vernünftig anerkannt werden müssen.²⁰² Zwei wirkmächtige Beschreibungen einer solchen Geisteshaltung finden sich einerseits bei Mill und andererseits bei Dewey. Wir wollen uns die Argumente dieser beiden also genauer vor Augen führen.

3.5.1 Mills Ermahnung

Nicht nur Individuen, so postuliert Mill, sondern auch ganze Zeitalter sind grundsätzlich fehlbar und kommende Generationen müssen als Absurdität ansehen, was für die eine noch Selbstverständlichkeit war.²⁰³ Sogar (oder vielleicht vor allem) jenen Dingen, die uns intuitiv richtig und ‚common sense‘ erscheinen, müssen wir demnach stets mit einer gesunden Dosis an Skepsis begegnen. Ein aus heutiger Sicht sehr eindringliches Beispiel Mills bietet dabei auch seine Analyse der Unterdrückung und Unterordnung der Frau, deren Sinnhaftigkeit und gar Notwendigkeit aus bloßer traditioneller Selbstverständlichkeit heraus legitimiert wurde und weder einer kritischen Deliberation noch empirisch-experimenteller Prüfung unterzogen wurde.²⁰⁴ In seiner Freiheitsschrift führt Mill noch drei weitere und konkretere Beispiele an, um seiner Fehlbarkeitsthese Nachdruck zu verleihen: Sokrates, Jesus und Marcus Aurelius.

Die ersten beiden bilden Beispiele für Opfer eines Unfehlbarkeitsanspruches, und wahrlich: tragische Beispiele. Sokrates, Ahnherr der Philosophie, „head and prototype of all subsequent teachers of virtue“²⁰⁵, Inspiration für Platon und Aristoteles gleichermaßen, wurde von seinen Zeitgenossen (auf demokratischem Wege, von allen Dingen!) zum Tode verurteilt für seine

²⁰¹ Zitiert nach: Skorupski, John: „Introduction: The fortunes of liberal Naturalism.“ In: Skorupski, John (Hg.): *The Cambridge Companion to Mill*. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 1-34, 27.

²⁰² Vgl. Talisse: *A Pragmatist Philosophy of Democracy*, 36.

Um ein Beispiel aus dem Elfenbeinturm zu bemühen: ein Kantianer und eine Utilitaristin vertreten grundsätzlich unterschiedliche und einander widersprechende Auffassungen über ethische Gütekriterien, können aber, im Idealfall, die Position des anderen zumindest als grundsätzlich nicht völlig abwegige und somit legitime, koexistierende Gegenposition akzeptieren und folglich ein friedfertiges Miteinanderleben in derselben Gesellschaft als möglich betrachten.

²⁰³ Vgl. Mill: OL, 230.

²⁰⁴ Vgl. Mill: *The Subjection of Women*, 264.

²⁰⁵ Mill: OL, 235.

angebliche Immoralität und Gotteslästerei. Ebenso erging es dem Sohn Gottes höchst persönlich: Als Lästere der Gottes wurde er hingerichtet.²⁰⁶ Mit ihren Verurteilern geht Mill jedoch überraschend milde ins Gericht, waren sie doch von der Richtigkeit ihrer Entscheidung zutiefst überzeugt und unterschieden sich darin nicht von der Überzeugung des gemeinen Londoner Kirchenvaters. Deshalb mahnt Mill seine Zeitgenossen, nicht Akte unmenschlicher Barbarei in diesen Taten zu sehen, sondern gerade das unvermeidliche Wirken, das ein Anspruch auf Unfehlbarkeit entfalten muss; und hätten die meisten, die sich zu seiner Zeit über die Hinrichtung Jesus entrüsteten, damals als ebenso fromme Juden gelebt, wie sie sich selbst als fromme Christen und Engländer wännen, sie hätten dasselbe getan.²⁰⁷

Das dritte Beispiel, das des großen und auch von Mill bewunderten römischen Kaisers Marcus Aurelius ist jedoch das interessanteste. Ein großer und edler Geist wird hier nicht zum Opfer des Unfehlbarkeitsanspruches, sondern selbst zum Täter. Bei Sokrates und Jesus irrte die Masse, die Gesellschaft, das Zeitalter, und tötete in ihrer Überzeugung die Überbringer von Weisheit und Wahrheiten. Nun ist es der Weise selbst, der irrt, der Philosophen-König par excellence, wenn es jemals einen gegeben hat. Ausgerechnet unter diesem (nach Mills Zeugnis) reflektiertesten, erleuchtetsten und warmherzigsten, der in seinem Gemüt dem Christentum näher war als die meisten Christen, erreichten die Christenverfolgungen ihre höchste Intensität seit Nero.²⁰⁸ Die Implikation ist so klar wie drastisch: Wann immer wir uns anmaßen, eine Sache mit absoluter Sicherheit entscheiden zu können, so maßen wir uns an, unfehlbarer und weiser zu sein als der große Marcus Aurelius.²⁰⁹ Dasselbe Argument lässt sich anhand unzähliger analoger Beispiele untermauern. So verweist Mill, wieder im Zusammenhang mit der scheinbar natürlichen Unterdrückung der Frau, auch auf die Sklaverei, die selbst einem so außergewöhnlichen Intellekt wie Aristoteles noch als natürliches Gesetz erschien.²¹⁰ Weder uns noch sonst jemandem sollte deshalb die Befugnis zugestanden werden, *für andere* über Wahrheit und Unwahrheit, Gut und Schlecht zu entscheiden und diese so um ihre eigene Reflexions- und Urteilsfähigkeit zu bringen. "All silencing of discussion is an assumption of infallibility,"²¹¹ wie Mill es in einer Art und Weise auf den Punkt bringt, die in Zeiten von Deplatforming und Safe Spaces wieder an Relevanz gewonnen hat.

²⁰⁶ Vgl. Mill: OL, 235.

²⁰⁷ Vgl. Mill: OL, 235.

²⁰⁸ Vgl. Mill: OL, 236.

²⁰⁹ Vgl. Mill: OL, 237.

²¹⁰ Vgl. Mill: The Subjection of Women, 269.

²¹¹ Mill: OL, 229.

Eine demokratische Grundhaltung würde demnach ganz wesentlich darin bestehen, seine Meinungen als jederzeit anfechtbar zu akzeptieren, während der Anspruch auf Widerspruchslosigkeit zweifellos einem Despoten besser zu Gesicht stünde. Wie oft wir uns in dieser Hinsicht, innerhalb der Grenzen unseres eigenen Verstandes, ganz und gar despotisch verhalten, sei an dieser Stelle jedem zur eigenständigen Reflexion überlassen.

3.5.2 Deweys Kritik am absolutistischen Denken

Auch Dewey stellt sich in ganz ähnlicher Weise in den Dienst dieses Kampfes gegen absolute Wahrheitsansprüche und wirft in dieser Hinsicht auch der philosophischen Tradition selbst ihren extremen Hang zu verabsolutierenden, monistischen Konzeptionen der Welt vor.²¹² Diese einseitigen Erklärungsmuster, der „absolutistic character of philosophy“²¹³, müssen immer in eine unhaltbare Reduktion der komplexen Wirklichkeit münden, von der Überbetonung der Vernunft durch die Philosophie der Aufklärung bis hin zur marxistischen Reduktion aller gesellschaftlichen Phänomene auf ökonomische Verhältnisse.²¹⁴ An dieser Stelle endet für Dewey auch das konstruktive Potential von Austausch und Konflikt:

“As long [...] as conflict is conducted on the assumption, upon each side, that there is already possession of the truth, a position that amounts to denial for the need of any scientific examination of conditions in order to determine the policies that should be undertaken, the rivalry of parties will be a source of division and confusion.”²¹⁵

Diesen absoluten Denkweisen setzt Dewey die Notwendigkeit für offenes und pluralistisches Denken entgegen, das von einem ganz ähnlichen Fehlbarkeitsparadigma gekennzeichnet ist, wie Mill es befürwortet. Dewey unterscheidet hier zwischen Wissen und Meinung, allerdings gerade nicht in einem die Meinung abwertenden Sinn.²¹⁶ Wissen, so Dewey, bezieht sich auf bereits Geschehenes, auf gemachte Erfahrung und bereits Getanes und ist somit auch durchaus wichtig, um authentische öffentliche Strategie zu informieren. Das allerdings, was noch getan werden soll, das Zukünftige, die Ziele unseres Handelns und unserer politischen Strategien und Aktionen, involvieren immer ein gewisses Ausmaß an Unsicherheit und Fehlbarkeit. Wir sind darauf angewiesen, möglichst akkurate Antizipationen und

²¹² Vgl. Dewey: FC, 14.

²¹³ Dewey: PP, 214.

²¹⁴ Vgl. Dewey: FC, 14, 16.

²¹⁵ Dewey: FC, 73.

²¹⁶ Vgl. Dewey, John: “Philosophy and Democracy”. In: Hickman, Larry A. and Alexander, Thomas M. (Hg.): The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, 71-78, 75.

Spekulationen über eine letztlich kontingente und niemals völlig berechenbare Zukunft anzustellen.²¹⁷ Gerade aus diesem Grund ist für Dewey die inhaltliche Dimension immer zweitrangig und der methodischen untergeordnet, welche eine kluge und flexible Adaption bestehender Urteile, Meinungen, Strategien und Systeme in den Vordergrund stellt. Wissen ist bloße Information und als solche immer statisch. Obgleich intelligentes Handeln und Gestalten nicht ohne Wissen möglich ist, so garantiert es noch lange nicht, dass sich im Wissenden eine intelligente Geisteshaltung entwickelt, die intelligentes Handeln ermöglicht. Kurz: "Knowledge is partial and incomplete, any and all knowledge, till we have placed it in the context of a future which cannot be known, but only speculated about and resolved upon."²¹⁸ Oder, wie Martin Suhr es auf den Punkt bringt: „In einer Welt wirklicher Ungewissheiten kann es nur Vorschläge geben, keine endgültigen Lösungen“.²¹⁹

In *The Challenge of Democracy to Education* stellt Dewey bloßem Wissen dagegen „Understanding“²²⁰ gegenüber, wobei wieder nur zweiteres mit Anwendung korreliert und somit die Grundlage für intelligentes Handeln liefern kann.²²¹ Wissen bildet die Voraussetzung für Verstehen, Verstehen allerdings erst „the spring of intelligent action“.²²² Wirkliche Erkenntnis ist, was uns dabei hilft, unsere Umwelt nach unseren Bedürfnissen und Wünschen zu gestalten und zu verändern und erfüllt somit auch eine Erschließungsfunktion neuer Handlungsmöglichkeiten und größerer zukünftiger Freiheit.²²³ Die Interpretation von gesammeltem Wissen muss also radikal offen bleiben, um der Unvorhersehbarkeit zukünftiger Ereignisse gewachsen zu bleiben und gerecht zu werden. Konflikte zwischen pluralen Interpretationen, die von der grundsätzlichen Offenheit ihrer eigenen Position ausgehen, sind also, im Gegensatz zu Konflikten zwischen dogmatischen Fraktionen, von höchster Wichtigkeit für Dewey. Die demokratische Regierung muss, diesen Gedanken übernimmt er von Thomas Jefferson, als Experiment angesehen werden, in welchem es keine unanfechtbaren Dogmen geben kann. Ganz in diesem Sinne kritisiert Dewey daher sogar den reflexartigen Götzendienst

²¹⁷ Vgl. Dewey: PP, 200.

²¹⁸ Dewey: *Philosophy and Democracy*, 75.

²¹⁹ Suhr: *John Dewey zur Einführung*, 91.

²²⁰ Dewey, John: "The Challenge of Democracy to Education". In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey. The Later Works, 1925-1953. Volume 11: 1935-1937*. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, 181-190, 183.

²²¹ Vgl. Dewey: *The Challenge of Democracy to Education*, 183.

²²² Dewey: *The Challenge of Democracy to Education*, 183.

²²³ Vgl. Suhr: *John Dewey zur Einführung*, 112.

an der amerikanischen Verfassung, da auch diese keine zeit- und kontextlose, unantastbare Reliquie darstellt.²²⁴

3.5.3 Scientific Inquiry und Freie Intelligenz

Diese grundsätzlich experimentelle, empirische Ausrichtung verweist auf ein zentrales Konzept Deweys, nämlich den Einsatz der wissenschaftlichen Methode in sozialen und gesellschaftlichen Belangen, welche er gemeinhin als ‚Scientific Inquiry‘ bezeichnet. Wissenschaft, so Dewey, ist weit mehr als ein bloßer Korpus von Konklusionen, nämlich eine distinkte Geisteshaltung und Bereitschaft, bestimmte Methoden, im Besonderen die der Beobachtung, Überprüfung und Reflexion, anderen vorzuziehen.²²⁵ In dieser Hinsicht ist Wissenschaft für Dewey eines der konstitutiven Elemente einer demokratischen Kultur und bringt eine distinkte Moral und Haltung hervor, die den natürlichen menschlichen Impulsen als wirkmächtiges Korrektiv entgegenstehen²²⁶, nämlich:

“willingness to hold belief in suspense, ability to doubt until evidence is obtained; willingness to go where evidence points instead of putting first a personally preferred conclusion; ability to hold ideas in solution and use them as hypotheses to be tested instead of as dogmas to be asserted and [...] enjoyment of new fields for inquiry and of new problems.”²²⁷

“Apart from a scientific attitude, guesses, with persons left to themselves, tend to become opinions and opinions dogmas”,²²⁸ warnt Dewey, beklagt die nur begrenzte Anerkennung dieser Grundhaltung auf technische und naturwissenschaftliche Bereiche und fordert ihre Ausweitung gerade und vor allem auf menschliche, politische, gesellschaftliche Belange.²²⁹ Meinungen, im Sinne der versuchten Antizipation der zukünftigen Konsequenzen politischer und gesellschaftlicher Handlungen, fungieren in diesem Modell als „working hypotheses“²³⁰, die sich durch Wissen, welches aus Erfahrung und dessen Auswertung generiert wurde, bewähren können, oder eben auch nicht, in welchem Falle sie modifiziert und einer erneuten Überprüfung durch neue Erfahrung unterzogen werden müssen. Diese Methode der Scientific Inquiry ist also ganz wesentlich eine der Diskrimination und Austestung durch verifizierbare

²²⁴ Vgl. Dewey: FC, 158.

²²⁵ Vgl. Dewey: FC, 145.

²²⁶ Vgl. Dewey: FC, 146.

²²⁷ Dewey: FC, 145.

²²⁸ Dewey: FC, 146.

²²⁹ Vgl. Dewey: PP, 192.

²³⁰ Dewey: FC, 95.

Dewey: PP, 220.

Konsequenzen²³¹, vor allem aber auch ein Arbeitsmodell der von Dewey so nachhaltig befürworteten Versöhnung von Autorität und Freiheit.²³² Theorien sind damit nie rein abstrakte und selbstbezügliche Entitäten, sondern Mittel zum Zweck wirklicher gesellschaftlicher Innovation und Verbesserung realer Umstände. “[A]ny isolated subject-matter becomes unqualified in the degree of its disconnections.”²³³ Alle vermeintlichen Wissensinhalte müssen mit Verstehen, und somit mit aktivem Handeln gekoppelt sein, stehen in direktem Zusammenhang, in einer Feedback-Schleife, mit der Welt und mit empirischen Erfahrungen und sind damit zu jeder Zeit radikal kontextgebunden und revidierbar.²³⁴

Dewey kontrastiert diesen Zugang als distinkt demokratische Grundhaltung gegenüber absolutistischen Ideologien, die immer schon die Auslegung neuer Erfahrung vorwegnehmen und die Erfahrung somit der rigiden Idee unterordnen. Eine demokratische und freie Gesellschaft kann nicht unabhängig von einer solchen grundsätzlichen Geisteshaltung gedacht werden, weshalb Sidney Hook, seinerseits wirkmächtiger Vertreter des amerikanischen Pragmatismus und Theoretiker der Demokratie, Dewey mit der folgenden Feststellung ehrt: “It is not mere chance that the greatest philosopher of experimental empiricism [...] is also the greatest philosopher of democracy.”²³⁵ Bei Ideologen und Doktrinären, seien es Vertreter von Individualismus oder Kollektivismus, geht es nach Dewey stattdessen niemals um die Erarbeitung konkreter und den Umständen angemessener Lösungen. Im Gegenteil, der Ideologe geht deduktiv vor, er arbeitet rückwärts von seiner bereits gefassten Konklusion.

“He is exempt from the *responsibility* of discovering the concrete correlation of changes, from the need of tracing particular sequences or histories of events through their complicated careers. He knows in advance the sort of thing which must be done, just as in ancient physical philosophy the thinker knew in advance what must happen, so that all he had to do was to supply a logical framework of definitions and classifications.”²³⁶

Was also in der Philosophie gemeinhin als höchstes Gütekriterium galt und mitunter noch immer gilt, Abstraktheit im höchst möglichen Grade, wird von Dewey hier gerade als intellektuell faul und unverantwortlich kritisiert; ein durchaus harsches Urteil.

²³¹ Vgl. Dewey: LSA, 25.

²³² Siehe dazu genauer das Kapitel 5.3: Scientific Inquiry als Überwindung des Antagonismus zwischen Autorität Freiheit, ab Seite 109.

²³³ Dewey: PP, 214.

²³⁴ Vgl. Dewey: PP, 220.

²³⁵ Hook, Sidney: „The democratic Way of Life“. In: Talisse, Robert B.; Tempio, Robert (Hg.): Sidney Hook on Pragmatism, Democracy, and Freedom: The Essential Essays. Amherst: Prometheus 2002, 275-288, 286.

²³⁶ Dewey: PP, 220. (eigene Hervorhebung)

An die Stelle dieser geschlossenen und rigiden Denksysteme muss in einer Demokratie eine experimentelle soziale Methode die vorherrschende sein, damit nicht lediglich ein Dogma mit dem nächsten ersetzt wird.²³⁷ Dasselbe, was für Theorien gilt, muss auch für gefasste politische Strategien und Prinzipien gelten. Auch diese sind lediglich als, hoffentlich durchdachte und fundierte, „working hypotheses“²³⁸ zu betrachten, nicht als rigide Programme, die es mit allen Mitteln plangemäß durchzusetzen gilt. In ihrer Umsetzung und Implementierung sind sie also immer Gegenstand von “ready and flexible revision in the light of observed consequences.”²³⁹ Nur durch einen solchen kontinuierlichen Prozess kollektiver Inquiry sieht Dewey eine langfristige Grundlage authentischer und transparenter öffentlicher Meinungsbildung ermöglicht. Es geht ihm also, ähnlich wie bei Mill, mehr um den Prozess, durch welchen sowohl Individuen wie auch die gesamte Öffentlichkeit zu Meinungen, Urteilen und Handlungen kommen, als um die konkrete inhaltliche Dimension.²⁴⁰ Die Parallele zu Mills Besorgnis um unreflektierte, übernommene und schließlich dogmatisierte Meinungen wird im folgenden Zitat besonders deutlich: “No longer will views generated in view of special situations be frozen into absolute standards and masquerade as eternal truths.”²⁴¹ Denn auch für Dewey geht von leichtfertig geformten und manipulierten Meinungen eine große Gefahr aus, selbst wenn sie zufällig wahr sein mögen.²⁴² Die Auffassung von Meinungen als Arbeitshypothesen entspricht also in vielen Punkten Mills Fehlbarkeitsthese. Nach Deweys Konzept kommt der freien, kooperativen Intelligenz dabei die zentrale Aufgabe zu, eine Neuerschaffung des Alten und Bekannten durch Vereinigung mit dem Neuen zu gewährleisten,²⁴³ also auf Basis vergangener Erfahrung Ideen und Ziele zu formulieren und deren Konsequenzen zu antizipieren. Mit Diskussion ist also erst die Problemerkörterung geleistet, auf welche eine Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten aktiver Lösungen und langfristiger sozialer Pläne folgen muss.²⁴⁴ Freie Intelligenz ist ganz wesentlich auf die Zukunft gerichtet, auf das Entwerfen neuer komplexer Ziele und Möglichkeiten.²⁴⁵ Diese Methode mag ihre Nachteile haben, mag beispielsweise schwerfällig und stets ergebnisoffen bleiben und

²³⁷ Vgl. Dewey: PP, 219f.

²³⁸ Dewey: PP, 220.

²³⁹ Dewey: PP, 220.

²⁴⁰ Vgl. Dewey: PP, 199.

²⁴¹ Dewey: PP, 221.

²⁴² Vgl. Dewey: PP, 199.

²⁴³ Vgl. Dewey: LSA, 37.

²⁴⁴ Vgl. Dewey: LSA, 52.

²⁴⁵ Vgl. Suhr: John Dewey zur Einführung, 65f.

so zu wenig konkrete, substantielle und vor allem beständige Ergebnisse liefern. Alternativen zu dieser freien Intelligenz, die von Gegnern des Liberalismus impliziert werden, bestehen laut Dewey allerdings stets in "either drift and casual improvisation, or the use of coercive force stimulated by unintelligent emotion and fanatical dogmatism".²⁴⁶ Der Verzicht auf den Anspruch, bereits substantielle und absolute Lösungen bieten zu können, zeichnet die freie Intelligenz gerade gegenüber solchen autoritären und oft mit Gewalt und Unterdrückung implementierten ‚Lösungen‘ aus. So liegt es in der Natur der wissenschaftlichen Methode, die Diversität und Pluralität von Meinungen nicht nur zu tolerieren, sondern zu begrüßen, während sie allerdings durchaus auf ein Abwägen dieser Meinungen im Lichte empirischer Prüfung und Bewährung besteht,²⁴⁷ eine Einstellung, die Hook treffend als „open-minded about possibilities, but tough-minded about evidence“²⁴⁸ charakterisiert. Der Effekt, den Dewey sich durch die Verbreitung dieser Methode erhofft:

“When democracy openly recognizes the existence of *problems* and the need for probing them as problems as its glory, it will relegate political groups that pride themselves upon refusing to admit incompatible opinions to the obscurity which already is the fate of similar groups in science.”²⁴⁹

Somit konstituiert Dewey die freie Intelligenz als “the opposite of preconceived dogma”²⁵⁰ und Schutzwall gegen den Fanatismus vorgefertigter Zwecke.²⁵¹ “[I]ntelligence does not pretend to *know* save as a result of experimentation.”²⁵²

3.6 Liberalismus in der Krise

Bevor wir die Freiheit zunächst hinter uns lassen, um zum zweiten schillernden Fixpunkt des demokratischen Dreigestirns voranzuschreiten, sei an dieser Stelle noch kurz auf Deweys scharfsinnige Analyse des Liberalismus und dessen weiterer Entwicklung verwiesen. Dabei ist eine Bestandsaufnahme der von Dewey aufgeworfenen Probleme zunächst von

²⁴⁶ Dewey: LSA, 37.

²⁴⁷ Vgl. Dewey: FC, 102.

²⁴⁸ Hook, Sidney: „The philosophical Heritage of the Atlantic Democracies“. In: Talisse, Robert B.; Tempio, Robert (Hg.): Sidney Hook on Pragmatism, Democracy, and Freedom: The Essential Essays. Amherst: Prometheus 2002, 250-266, 253.

²⁴⁹ Dewey: FC, 102.

²⁵⁰ Dewey: LSA, 55.

²⁵¹ Vgl. Hook: The democratic Way of Life, 287.

²⁵² Dewey: LSA, 55.

vordergründiger Bedeutung, während die Lösungsansätze zu diesen Problemen uns in den kommenden Kapiteln begegnen werden.

Der Liberalismus-Begriff wird von Dewey mehrfach genauer aufgeschlüsselt und historisch analysiert, vor allem mit dem Ziel der Abgrenzung seines eigenen Liberalismus-Begriffs zur Laissez-faire Doktrin. Dem frühen Liberalismus spricht Dewey zwar noch große Verdienste zu, die auch maßgeblich in der Erringung persönlicher Freiheiten gegen etablierte Autoritäten bestanden. Durch dieses historische Erbe war jedoch die Versuchung groß, die Sphären von Freiheit und Individualität als antagonistische Bereiche anzunehmen, wobei der Sphäre der Autorität eine inhärente Tendenz zugeschrieben wurde, sich ungebührlich auszuweiten und in die Sphäre individueller Freiheit einzudringen.²⁵³ An dieser Stelle verweist er auf die folgenschwere Spaltung zwischen den Economists, welche die Laissez-Faire Doktrin kompromisslos ausweiteten, und den Utilitaristen, unter ihnen auch Mill, welche die Beschränkung individueller und ökonomischer Freiheit durch gesellschaftliche Autorität anerkannten und somit den Grundstein für den modernen Liberalismus legten, der einen rein negativen Freiheitsbegriff hinter sich ließ und später unter anderem die Ideale der amerikanischen Progressiven informieren würde.²⁵⁴ Der Laissez-Faire Liberalismus hielt dagegen an einer negativen und protektiven Definition der Freiheit und einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber gesellschaftlicher und staatlicher Intervention fest. In dieser Doktrin erkennt Dewey einen zentralen Widerspruch: Während sie einerseits das Prinzip jeglicher Autorität als grundsätzlich illegitim anprangert, so erhebt sie zugleich die ökonomischen Bedürfnisse und Unternehmungen unter Bezug auf vermeintliche ökonomische Gesetze²⁵⁵, zum Stellenwert einer „supreme authority in social life.“²⁵⁶ Während sie die Zentralisierung und Monopolisierung von Macht fürchtet, solange diese als staatliche gedacht wird, rechtfertigt sie die Aufrechterhaltung einer neuen, alles umspannenden Macht, nämlich der ökonomischen.²⁵⁷ Diese nun alles bestimmende Macht “has consistently and persistently denied *effective freedom* to the economically underpowered and underprivileged.”²⁵⁸ Im Kontext seiner Zeit macht Dewey also die entscheidende Beobachtung, dass die formale Gleichbehandlung und Freiheit in einer Gesellschaft von Ungleichen nicht ausreicht, ja dass

²⁵³ Vgl. Dewey: Authority and Social Change, 130f.

²⁵⁴ Vgl. Dewey: LSA, 12, 17, 18.

²⁵⁵ Vgl. Dewey: LSA, 9f.

²⁵⁶ Dewey: Authority and Social Change, 136.

²⁵⁷ Vgl. Dewey: Authority and Social Change, 136f.

²⁵⁸ Dewey: Authority and Social Change, 136. (eigene Hervorhebung)

die ‚Freiheit‘ des Arbeiters, seine Arbeitskraft unter ausbeuterischen Verhältnissen zu verkaufen oder aber den Hungertod zu sterben, eine Farce ist. Auch von der Entfaltung persönlicher Potentialitäten kann unter diesen Umständen keine Rede sein, bleiben doch viele, und wie Dewey meint, die meisten Menschen, von den Prozessen gesellschaftlicher Aktion und persönlicher Entfaltung ausgeschlossen, da ihnen schlicht die Mittel und Möglichkeiten dazu fehlen.²⁵⁹ Die moderne Schule des Liberalismus, zu welcher sich auch Dewey bekennt, vertritt dagegen einen stärker positiv definierten Freiheitsbegriff und konstituiert Freiheit somit nicht als etwas dem Individuum gleichsam voraussetzungsfrei Mitgegebenes, sondern etwas, das aktiv erstrebt und erhalten werden muss.²⁶⁰ Dabei wird von dieser Schule also gemeinhin akzeptiert, „that organized society must use its powers to establish the conditions under which the mass of individuals can possess *actual* as distinct from *merely legal* liberty.“²⁶¹ Die Laissez-faire Schule und die mit ihr verknüpfte individualistische Bewegung identifiziert Freiheit dagegen weiterhin mit der Abwesenheit von organisierter Kontrolle und somit tatsächlich mit der bloßen de facto Verfügung über ökonomische Macht. „Instead of bringing freedom to those who lacked material possessions, it has imposed upon them further subjection to the owners of the agencies of material production and distribution.“²⁶²

Dieser ökonomische Liberalismus des Wettbewerbs scheitert laut Dewey nicht nur in der Gewährleistung der Freiheit, sondern bringt die grundsätzliche Idee der Freiheit zunehmend in Verruf, ja kreierte gar ein moralisches und soziales Vakuum, welches allzu leicht durch Diktaturen gefüllt wird, die der Freiheit nicht bloß vernachlässigend, sondern feindlich gegenüberstehen.

„In many countries, the demand for collective and organized guidance and support has become so urgent that the very idea of individual freedom has gone into the discard and become an idea not to be praised but to be despised.“²⁶³

Und auch in Ländern, die nicht der Diktatur anheimgefallen sind, verliere eine so konzipierte Freiheit zunehmend ihren Glanz und ihre Attraktivität, zugunsten von Werten wie Sicherheit, Ordnung und Solidarität, die scheinbar von dem vorherrschenden Liberalismus nicht in

²⁵⁹ Vgl. Dewey: LSA, 21.

²⁶⁰ Vgl. Dewey: LSA, 21.

²⁶¹ Dewey: LSA, 21. (eigene Hervorhebung)

²⁶² Dewey: Authority and Social Change, 138f.

²⁶³ Dewey: Authority and Social Change, 139.

ausreichendem Ausmaß gewährleistet werden.²⁶⁴ Ein solcher Begriff des Liberalismus, folgert Dewey, ist daher zum Scheitern verurteilt; er kann die Ideale, in deren Namen er gerade seine Überlegenheit proklamiert, nicht verwirklichen.²⁶⁵ Zur Frage, wie ein Liberalismus, der sowohl mit Idealen der Gleichheit als auch der Solidarität leichter vereinbar wäre, konzipiert sein müsste, werden wir allerdings erst später zurückkehren.

²⁶⁴ Vgl. Dewey: *Authority and Social Change*, 140.

²⁶⁵ Vgl. Dewey, John: "Democracy is Radical". In: Hickman, Larry A. and Alexander, Thomas M. (Hg.): *The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy*. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, 337-339, 337f.

4 Gleichheit

Wir gehen an dieser Stelle zum nächsten großen Abschnitt unserer Betrachtung über und beschäftigen uns mit der Gleichheit. Von vielen als demokratischer Grundwert par excellence gehandelt und geschätzt, stellt sie doch oftmals ein ambivalentes Gut dar, was auch unseren Autoren akut bewusst war. So erkennt Tocqueville neben einem noblen Aspekt des demokratischen Instinkts zur Gleichheit, einer "manly and legitimate passion for equality",²⁶⁶ auch einen niederen, einen "depraved taste for equality".²⁶⁷ Während der erste nach der Erhebung der Vielen in den Status möglicher Exzellenz trachtet, strebt der andere nach der Degradierung und Erniedrigung der Edlen und Erhobenen auf das Niveau der Niederen, Schwachen und Missgünstigen. Daraus ergeben sich konkrete Konfliktpunkte des Gleichheitsanspruches mit den bereits umrissenen Grundvoraussetzungen demokratischer Freiheit. Die demokratische Liebe zur Gleichheit droht in Monotonie, Uniformität und Mittelmäßigkeit zu münden und verleitet nur allzu schnell dazu, Gleichheit in Knechtschaft der Ungleichheit in Freiheit vorzuziehen.²⁶⁸ Dieses Verhältnis zwischen faktisch Ungleichen aber formal Gleichen beschäftigt auch Mill, der sich besonders mit der Rolle von Exzellenz und Verdienst, sowie Möglichkeiten und Ausmaß legitimer Hervorhebung durch solche, beschäftigt. Besonders die Schlüsse, die er auf dieser Basis über das Wahlrecht zieht, weisen dabei einen aus heutiger Sicht beißenden Elitismus auf. Überraschend zeitgemäß mutet dagegen sein vehementer Einsatz für ein „principle of perfect equality“²⁶⁹ zwischen den Geschlechtern an, wobei auch dieses stets im Sinne einer Gleichheit der Möglichkeit verstanden wird.

John Dewey hat seinerseits ebenso wirkmächtige Beiträge zur Klärung dieses Verhältnisses zwischen Eliten und Volk geleistet, wobei er erneut harte Worte der Kritik für die philosophische Tradition findet, indem er ihr, aufgrund ihrer stetigen Verabsolutierung von Systemen der Autorität und Hierarchie, ein Bekenntnis zu einer "metaphysics of feudalism"²⁷⁰ unterstellt. Gleichheit beinhaltet für Dewey dagegen gerade die radikale Anerkennung von

²⁶⁶ Tocqueville: DA, 89.

²⁶⁷ Tocqueville: DA, 89.

²⁶⁸ Vgl. Tocqueville: DA, 89.

²⁶⁹ Mill: Subjection of Women, 261.

²⁷⁰ Dewey: Philosophy and Democracy, 77.

Einzigartigkeit und Unersetzlichkeit.²⁷¹ In der Frage nach dem Verhältnis zwischen real existierenden gesellschaftlichen Eliten und der restlichen, durchschnittlichen, aber die Mehrheit konstituierenden Bevölkerung werden uns vor allem Mill und Dewey anschauliche Analogien, wenn auch unterschiedliche Antworten liefern. Schließlich wird Deweys Aufarbeitung des Liberalismus und seines Verhältnisses zu drastischen ökonomischen Ungleichheiten den Abschluss unserer Reflexionen zur Gleichheit bilden und sogleich zum Thema der Solidarität überleiten.

4.1 Die Liebe zur Gleichheit

Tocqueville attribuiert dem demokratischen Geist nicht nur eine Liebe zur Gleichheit, sondern eine inhärente Präferenz derselbigen über andere Werte und Güter. Seine besondere Sorge gilt dabei der Freiheit, für welche wiederum er selbst, wie wir mittlerweile ermitteln konnten, eine innige Liebe hegt. Er führt mehrere Gründe für diese Präferenz der Gleichheit über Freiheit im Besonderen an. Zum einen sieht er in ersterer einen stabileren, langanhaltenderen Zustand:

“If a people could ever succeed in destroying by itself or only in decreasing the equality that reigns within it, it would do so only by long and difficult efforts. It would have to modify its social state, abolish its laws, replace its ideas, change its habits, alter its mores. But, to lose political liberty, it is enough not to hold on to it, and liberty escapes.”²⁷²

Weiter sind die Gefahren exzessiver Freiheit viel offensichtlicher und auch den schlichtesten Geistern zugänglich, während die Gefahren exzessiver Gleichheit sich nur den besonders Aufmerksamen erschließen.²⁷³ Die Übel der Freiheit sind außerdem ebenso leicht sichtbar wie unmittelbar, während die der Gleichheit subtiler sind, sich nur zeitweise offenbaren, schleichend implementieren und so oft kaum bemerkt werden. Bei den Vorteilen gestaltet es sich genau umgekehrt: Die Vorzüge der Gleichheit scheinen unmittelbar und offensichtlich, die der Freiheit offenbaren sich erst mit der Zeit. Somit erscheint es den Menschen, als käme die Gleichheit zu einem geringeren Preis:

“Men cannot enjoy political liberty without purchasing it at the cost of some sacrifices, and they never secure it except by a great deal of effort. But the pleasures provided by equality are

²⁷¹ Vgl. Dewey: *Philosophy and Democracy*, 77.

²⁷² Tocqueville: DA, 876.

²⁷³ Vgl. Tocqueville: DA, 876.

there for the taking. Each one of the small incidents of private life seems to give birth to them, and to enjoy them, you only have to be alive.”²⁷⁴

Tocqueville erkannte also bereits lange vor Dewey, dass Freiheit durch aktive Bemühung erkaufte und verteidigt werden muss. Die Freiheit, sowie andere wertvolle Güter und Ideale, laufen daher durch die demokratische Präferenz für Gleichheit Gefahr, vernachlässigt zu werden. Die Menschen werden für sie blind, “they see in the whole universe only one single good worthy of desire”²⁷⁵, die Gleichheit. Wenn die Menschheit also Gleichheit um jeden Preis zu erlangen trachtet, so ist sie selbst bereit, Gleichheit in Sklaverei zu dulden: „They will suffer poverty, enslavement, barbarism, but they will not suffer aristocracy.”²⁷⁶

4.2 Paradoxien der Gleichheit

“Democratic institutions awaken and flatter the passion for equality without ever being able to satisfy it entirely. Every day, at the moment when people believe they have grasped complete equality, it escapes from their hands and flees [...]”²⁷⁷

Mit der starken Liebe zur Gleichheit in demokratischen Gesellschaften ist jenes Phänomen verbunden, das bis heute als Tocqueville-Paradox bekannt ist. Auf der einen Seite gilt die Gleichheit als der demokratische Wert überhaupt und wird von demokratischen Gemütern erstrebt und ersehnt wie nichts anderes. Auf der anderen Seite bleibt die wahre und volle Gleichheit immer abstrakte Illusion und schimmernde Versprechung, die niemals zur Gänze umgesetzt werden kann. Das unersättliche demokratische Verlangen nach immer vollkommenerer Gleichheit bleibt also unbefriedigt.

“You can imagine men having arrived at a certain degree of liberty that satisfies them entirely. They then enjoy their independence without restlessness and without fervor. But men will never establish an equality that is enough for them.”²⁷⁸

Die Unmöglichkeit perfekter Gleichheit in sozialen und gesellschaftlichen Belangen führt Tocqueville auf das schlichte Faktum individueller Ungleichheit zurück. Selbst wenn es gelänge, soziale Umstände und Rahmenbedingungen vollständig anzugleichen, „there would still be inequality of intelligence that, coming directly from God, will always escape the

²⁷⁴ Tocqueville: DA, 877.

²⁷⁵ Tocqueville: DA, 877.

²⁷⁶ Tocqueville: DA, 878.

²⁷⁷ Tocqueville: DA, 316.

²⁷⁸ Tocqueville: DA, 946.

laws.”²⁷⁹ Das Faktum der gottgegebenen, heute wohl treffender der natürlichen, Ungleichheit der individuellen Anlagen entzieht sich der Sphäre unserer politischen Bemühungen. Gerade in Gesellschaften allerdings, welche kaum bemüht sind, den Grad der Ungleichheit, der sehr wohl auf äußere Umstände zurückzuführen und somit beeinflussbar ist, Gesellschaften, welche geradezu auf diesen Ungleichheiten aufbauen, fallen diese kaum negativ auf. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft aber, welche die Gleichheit als erstrebenswertes Gut anerkennt und diese aktiv auf weite Teile des gesellschaftlichen Lebens ausweitet, müssen alle verbleibenden Unterschiede als Provokation herausstechen, selbst jene, die vielleicht auf Unterschiede in den natürlichen Anlagen zurückzuführen sind. In Tocquevilles Worten:

“When inequality is the common law of a society, the greatest inequalities do not strike the eye. When all is nearly level, the least inequalities offend it. This is why the desire for equality always becomes more insatiable as equality is greater.”²⁸⁰

Dies ist das Verhängnis der demokratischen Gesellschaft: Mit fortschreitender Bewegung zur Gleichheit erscheint jegliche noch verbleibende Ungleichheit als Affront, als Ärgernis, als unerträgliche Demütigung. Alle Errungenschaften und Verbesserungen in Bezug auf die Gleichheit können somit kaum wahrgenommen und geschätzt werden, werden diese Erfolge doch beständig von einer weiteren, fortbestehenden Ungleichheit getrübt. Tocqueville attestiert der demokratischen Gesellschaftsform nicht zuletzt aus diesem Grund eine besondere Art der Melancholie, in Mitten ihrer scheinbaren Fülle.²⁸¹ Die Menschen können nie dort verharren, wo sie sind, streben immer weiter nach der vollständigen und letztlich unerreichbaren Gleichheit und am Ende, “they die before having fully savored its sweet pleasures.”²⁸² Diese Ausführungen sind im aktuellen Kontext noch immer höchst interessant, beobachtet man die intensive moralische Empörung und den Abscheu, welche zum Teil verhältnismäßig kleinen verbleibenden Unterscheidungen und Kategorisierungen zwischen Menschen entgegen gebracht werden.

Tocqueville verortet jedoch noch einen weiteren paradoxen Effekt des demokratischen Hungers nach Gleichheit:

“When [...] conditions differ little, the least advantages have importance. Since each man sees around him a million men who possess all the same or analogous advantages, pride becomes

²⁷⁹ Tocqueville: DA, 946.

²⁸⁰ Tocqueville: DA, 946.

²⁸¹ Vgl. Tocqueville: DA, 946.

²⁸² Tocqueville: DA, 946.

demanding and jealous; it becomes attached to miserable nothings and defends them stubbornly.”²⁸³

Die Gleichheit wird also einerseits gleichsam unersättlich erstrebt und zugleich doch geflohen. Die ersehnte Gleichheit frustriert und demütigt im Ausmaß ihrer Realisierung nun den Einzelnen, der sich, in einem Meer aus Gleichen untergehend, krampfhaft an jegliche Möglichkeit zur Hervorhebung und Behauptung seiner Individualität klammert. Diese Tendenz liegt für Tocqueville schlicht in der menschlichen Natur: “the particular pride of individuals will always try to escape from the level, and will want to form somewhere an inequality from which he profits.”²⁸⁴ Die Gleichheit wird also laut Tocqueville auf einer psychologischen Ebene als Enttäuschung der individuellen Einzigartigkeit, einem zentralen Aspekt demokratischer Freiheit, erlebt. Auf diesen Prozess führt Tocqueville auch die Eitelkeit und selbstbezogene Isoliertheit demokratischer Individuen zurück²⁸⁵: Die Gleichheit, anstatt sie untereinander zu verbinden, trennt sie im Gegenteil umso schärfer voneinander und macht sie zu Kontrahenten in einem ständigen Wettbewerb. Anstatt Solidarität zwischen Gleichwertigen erfolgt der gnadenlose, messende und bewertende Vergleich zwischen als gleich konstituierten Wettstreitern. So lautet das Schicksal der demokratischen Bürgerschaft: “They destroyed the annoying privileges of a few of their fellows; they encounter the competition of all.”²⁸⁶ Dieser Kampf um eine hervorgehobene Position trägt daher zur Agitation der demokratischen Seele weiter bei und schürt Misstrauen und Eifersucht. Im Gegensatz zu Mill, der die optimistische Meinung vertritt, Neid und Missgunst würden mit dem Ausmaß der meritokratischen Elemente persönlicher Errungenschaften abnehmen²⁸⁷, erkennt Tocqueville also gerade das Gegenteil: Dass Ungleichheit nämlich einen umso schmerzhafteren Stachel hat, wenn sie als „verdient“, als legitim anerkannt werden muss. Konnte man sich über eine ständische und willkürliche Ungleichheit noch mit ihrer Ungerechtigkeit hinwegtrösten, so wird die Ungleichheit in demokratisch-meritokratischen Kontexten als radikal selbstverschuldet erlebt. Der Unterlegene ist nicht mehr unterlegen geboren, er *ist* unterlegen. Ein unglückliches Schicksal wird zum persönlichen Versagen.

²⁸³ Tocqueville: DA, 1087.

²⁸⁴ Tocqueville: DA, 1070.

²⁸⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 1087.

²⁸⁶ Tocqueville: DA, 945.

²⁸⁷ Vgl. Mill: CRG, 78.

4.3 Die Kehrseite der Gleichheit: Durchschnittlichkeit und Konformismus

Sowohl für Tocqueville als auch für Mill besteht die Kehrseite demokratischer Gleichheit in ihrem Hang zur Uniformität, ihrer Skepsis gegenüber Exzellenz und somit ihre Neigung zu kollektiver Mittelmäßigkeit.²⁸⁸ Wir wollen uns zunächst mit diesem Aspekt der Durchschnittlichkeit beschäftigen und dabei auch nach möglichen Vorteilen dieser Tendenz fragen, bevor wir uns dem Phänomen des Konformismus zuwenden.

4.3.1 Gleichheit als kollektive Mittelmäßigkeit

Die demokratische Tendenz zur Mitte und ihre Auswirkungen sind allen unseren Autoren bewusst. Die Extreme der Gesellschaft rücken näher zusammen, die Mehrheit aggregiert sich im Durchschnitt. Dies betrifft zunächst sowohl ökonomische Verhältnisse als auch persönliche Merkmale einzelner. Tocqueville fasst zusammen:

“Great wealth disappears; the number of small fortunes increases; desires and enjoyments multiply; there is no more extraordinary prosperity or irreversible poverty. Ambition is a universal sentiment; there are few vast ambitions.”²⁸⁹

Auch das intellektuelle Niveau der Bevölkerung sieht er in ähnlicher Weise beeinflusst. So beschreibt er die Situation in Amerika wie folgt:

“I do not think there is any country in the world where, in proportion to the population, there exist so small a number of ignorant and fewer learned men than in America. There primary education is available to every one; higher education is hardly available to anyone. [...] No class exists that honours intellectual work“.²⁹⁰

Die Gleichheit der Erziehung und Lebensumstände führt also zu einer soliden, wenn auch mittelmäßigen allgemeinen Bildung, über die jedoch kaum jemand hinauszugehen vermag. Die Folgen für die politische Kultur sind dementsprechend:

“In general, only simple conceptions take hold of the mind of the people. An idea that is false, but clear and precise, will always have more power in the world than a true, but complicated, idea.”²⁹¹

²⁸⁸ Vgl. Mill: CRG, 177.

²⁸⁹ Tocqueville: DA, 1280.

²⁹⁰ Tocqueville: DA, 87.

²⁹¹ Tocqueville: DA, 265.

Dieses ernüchternde Urteil über die Notwendigkeit, komplexe Probleme, Prinzipien und Strategien auf kurze, eingängige Slogans und Mantras zu reduzieren, ist heute wohl noch ebenso zutreffend, obwohl sich das durchschnittliche Bildungsniveau noch ungleich weiter gehoben hat, seit Tocqueville diese Zeilen verfasste. Gibt es tatsächlich einmal großes Talent oder außerordentliche Fähigkeiten und Errungenschaften, so werden sie laut Tocqueville mit Skepsis beäugt, zumindest jedenfalls nicht geschätzt oder gar gefördert. Folglich haben es gerade außerordentliche Charaktere in der politischen Arena schwer, und wenden sich von dieser ab,²⁹² wodurch die Demokratie zunehmend zu einer Regierung der Mittelmäßigen über Mittelmäßige wird.

Der eifrige Wettstreit um Hervorhebung, auf den bereits hingewiesen wurde, wird nach Tocquevilles Beobachtungen für gewöhnlich nur auf der materiellen Ebene ausgetragen. Während also alle in einen Wettbewerb um finanzielle und materielle Gewinne treten, verschwinden zunehmend alle anderen Unterschiede. Geld wird immer mehr zum letzten und distinguierenden Merkmal, durch welches sich das Individuum von der Masse abheben kann.²⁹³ Diese Vorherrschaft monetärer Interessen und Ambitionen trägt weiter zur Eintönigkeit und Durchschnittlichkeit der demokratischen Gesellschaft bei. Tocqueville spricht von einer monotonen Agitation: "The appearance of American society is agitated, because men and things change constantly; and it is monotonous, because all the changes are the same."²⁹⁴ Damit einher geht eine zunehmende Eindimensionalität menschlichen Strebens, Denkens und Handelns. "Variety is disappearing from the human species; the same ways of acting, thinking and feeling are found in all the corners of the world."²⁹⁵ Der demokratische Geist ist demnach dazu verdammt, kleinen, trivialen Dingen und Ambitionen zu huldigen, in ständiger Aktivität und Agitation, ohne doch jemals Dinge von wahrer Größe oder Relevanz zu unternehmen.²⁹⁶ Das liegt auch daran, dass sich die meisten mit niedrigen und vulgären Freuden und Wünschen begnügen.²⁹⁷ Diese selbstbezogene Kleingeistigkeit aller Bestrebungen und Anstrengungen erscheint Tocqueville nicht nur entwürdigend, sondern kann auch zu einer Stagnation der Innovation und Entwicklung führen. Vor dieser warnt er eindringlich:

²⁹² Vgl. Tocqueville: DA, 317, 327.

²⁹³ Vgl. Tocqueville: DA, 1090.

²⁹⁴ Tocqueville: DA, 1090.

²⁹⁵ Tocqueville: DA, 1091.

²⁹⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 1121.

²⁹⁷ Vgl. Tocqueville: DA, 1126.

“If citizens continue to enclose themselves more and more narrowly within the circle of small domestic interests and to be agitated there without respite, you can fear that they will end by becoming as if impervious to these great and powerful public emotions that disturb peoples, but which develop and renew them.”²⁹⁸

Die Liebe zur ruhigen und ungestörten Pflege der privaten Interessen und materiellen, leiblichen Freuden kann also zum gesellschaftlichen Verhängnis werden, das die notwendige Erneuerung und Entwicklung blockiert, die Synthese des Alten mit dem Neuen, welche auch für Mill und Dewey von so zentraler Bedeutung ist. Tocqueville befürchtet weiter über die Neigungen demokratischer Individuen:

“that they will finally allow themselves to be possessed so well by a cowardly love of present enjoyments, that the interest in their own future and that of their descendants will disappear, and that they will prefer to follow feebly the course of their destiny, than to make, if needed, a sudden and energetic effort to redress it.”²⁹⁹

Man könnte diese Sorge mit Dewey vielleicht folgendermaßen formulieren: Die Fixierung auf kurzfristige und direkte Ergebnisse und Freuden blockiert den notwendigen Prozess der Scientific Inquiry, welche langfristige und weitreichende Pläne entwerfen und deren Konsequenzen antizipieren sollte. Das Resultat, das aus dieser Tendenz hervorgehen könnte: „even while constantly moving, humanity no longer advances.”³⁰⁰

John Stuart Mill übernimmt viele von Tocquevilles Sorgen, kritisiert aber auch dessen Gleichsetzung von Exzellenz mit aristokratischen Herrschaftsformen. Während gerade die Demokratie oft und gründlich für ihre allgemeine Inkompetenz, Ignoranz und Durchschnittlichkeit kritisiert wird, so Mill, übertrifft die Erbmonarchie sie doch bei Weitem in all diesen Unzulänglichkeiten.³⁰¹ Er dreht dabei den Mittelmäßigkeitsvorwurf gleichsam um und wendet ihn gerade gegen die Monarchie:

“Since European life assumed a settled aspect, any thing above mediocrity in an hereditary king has become extremely rare, while the general average has been even below mediocrity, both in talent and in vigor of character.”³⁰²

²⁹⁸ Tocqueville: DA, 1150.

²⁹⁹ Tocqueville: DA, 1151.

³⁰⁰ Tocqueville: DA, 1151.

³⁰¹ Vgl. Mill: CRG, 136.

³⁰² Mill: CRG, 137.

Gerade die Volksherrschaft ist laut Mill notwendig, um diesem “obstructive spirit of trained mediocrity”³⁰³ der Monarchie originelle Konzeptionen, ja sogar Genie entgegenzusetzen.³⁰⁴ Er kritisiert außerdem Tocquevilles Gleichsetzung von Klugheit und Beständigkeit mit Tugenden aristokratischer Herrschaftsformen und entgegnet, die einzige Form der Beständigkeit, die man in einer Aristokratie immer vorfinde, sei ihre „tenacity in clinging to its own privileges.”³⁰⁵

4.3.2 Die Kehrseite der Kehrseite: Vorzüge der Mittelmäßigkeit

“if, instead of acting within the bosom of a brilliant society, it is enough for you to live in the midst of a prosperous society; if, [...], in your view, the principal object of a government is not to give the entire body of the nation the most strength or the most glory possible, but to provide for each of the individuals that make up the society the most well-being and to avoid the most misery; then equalize conditions and constitute the government of democracy.”³⁰⁶

Trotz der beschriebenen Vorbehalte Tocquevilles gegen die Effekte der demokratischen Mittelmäßigkeit betrachtet er diese keineswegs ausschließlich mit Bedauern. Tatsächlich verortet er in dieser Tendenz zu Mitte genauso eine positive und fortschrittliche Kraft, eine ausgleichende und zutiefst bescheidene. Zwar sind Demokratien recht ungeeignet dafür, immense Spuren in der Geschichte zu hinterlassen³⁰⁷ und neigen nur wenig zu aristokratischer Größe, „poetry, fame and glory”³⁰⁸; ihre Vorzüge und Stärken liegen jedoch für Tocqueville anderen Orts. Während sie weniger große Taten hervorbringt, so bringt sie ebenso wenige große Verbrechen hervor, und während große Meisterleistungen des Intellekts und der Staatskunst selten gesehen und wenig geschätzt sind, so wird zumindest ein solides Maß an intellektueller und moralischer Substanz der breiten Masse der Bevölkerung zuteil, welches gezielt auf die Verbesserung der Lebensumstände eben dieser fokussiert und angewendet wird.³⁰⁹ Heroische Tugenden werden von friedlichen Gewohnheiten abgelöst, Verbrechen von

³⁰³ Mill: CRG, 142.

³⁰⁴ Vgl. Mill: CRG, 142.

³⁰⁵ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 78.

³⁰⁶ Tocqueville: DA, 400.

³⁰⁷ Vgl. Tocqueville: DA, 400.

³⁰⁸ Tocqueville: DA, 400.

³⁰⁹ Vgl. Tocqueville: DA, 400.

milden Lastern.³¹⁰ Die Tendenz zur Mitte in Demokratien blockiert also vielleicht den Weg zu spektakulärer Größe, erspart aber eben auch das Schlimmste:

“if you meet less brilliance there than within an aristocracy, you will find less misery; pleasures will be less extreme and well-being more general; knowledge not as great and ignorance more rare; sentiments less energetic and habits more mild; there you will notice more vices and fewer crimes”.³¹¹

Daher liegt der große, wenn auch vielleicht unspektakuläre Verdienst der Demokratie in der kontinuierlichen Beförderung des Wohlergehens der Bevölkerung:

“The nation taken as a body will be less brilliant, less glorious, less strong perhaps; but the majority of citizens there will enjoy a more prosperous lot, and the people will appear untroubled, not because they despair of being better, but because they know they are well-off.”³¹²

Diese Ambivalenz der Mittelmäßigkeit anerkennend gesteht Tocqueville schließlich seine rein persönliche psychologische Disposition ein, die ihn zum Bedauern dieser neigen lässt: Die Aristokratie erlaubt mit ihren Extremen den Beobachtenden, sich auf die positiven, beeindruckenden und glorreichen Extreme zu konzentrieren und den Blick dagegen von den elendesten und tragischsten Extremen abzuwenden. Tocqueville erkennt an, dass seine Ehrfurcht vor den edlen Elementen der Aristokratie genau auf dieser Verzerrung beruht und somit seiner limitierten und unvollkommenen Perspektive geschuldet ist. Gegen diese persönliche Präferenz kommt er jedoch zum Schluss, dass die demokratischen Verhältnisse relativer Durchschnittlichkeit wohl objektiv den aristokratischen vorzuziehen seien, ja gar die von Gott bevorzugten sein müssten:

“It is natural to believe that what most satisfies the sight of this creator and preserver of men, is not the singular prosperity of a few, but the greatest well-being of all; so what seems to me decline, is in his eyes progress; what hurts me, agrees with him. Equality is perhaps less elevated; but it is more just, and its justice makes its grandeur and its beauty.”³¹³

Auch Dewey bringt eine Wertschätzung jener milden und ausgleichenden Effekte der Mittelmäßigkeit zum Ausdruck:

³¹⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 400.

³¹¹ Tocqueville: DA, 21.

³¹² Tocqueville: DA, 21.

³¹³ Tocqueville: DA, 1282.

“An average presents qualities that are open to easy criticism. But as compared with the fanaticism generated by monistic ideas when they are put into operation, the averaging of tendencies, a movement toward a mean, is an achievement of splendour.”³¹⁴

Er wendet sich zweifellos auch gegen Demokratiekritiker wie Walter Lippmann, die sich in ihren Argumenten nur allzu oft auf die Mittelmäßigkeit und Unzulänglichkeit der Bevölkerung berufen³¹⁵, wenn er postuliert:

„The ‘common man’ may be common but for that reason he strikes a certain balance, and the balance struck is a greater safeguard of democracy than any particular law can be, even if written into the Constitution.”³¹⁶

Während die Mittelmäßigkeit also durchaus vorteilhafte Aspekte aufweist, so beinhaltet wiederum die Exzellenz einige Nachteile. Denn auch der fähigste und herausragendste Herrscher wird zum Verhängnis, wenn er seine Exzellenz gegen die Interessen der Beherrschten zum Einsatz bringt. Genau diese Konstellation sieht Mill in aristokratischen Systemen, und ganz besonders unter den erfolgreichsten von ihnen, gegeben: “These aristocracies, [...] which manifest the most skill in adapting their means to their ends, are distinguished even beyond other aristocracies in the badness of their ends.”³¹⁷ Die Größe und Exzellenz, die von den Mitgliedern aristokratischer Klassen gemeinhin angestrebt wird, ist dabei oft weit davon entfernt, den Wohlstand und das Glück der Bevölkerung zu mehren, ja oftmals gänzlich inkompatibel mit diesem.³¹⁸ Die Demokratie hingegen, wenn auch durch weniger Exzellenz in ihren Mitteln der Herrschaft und Regierung ausgezeichnet und trotz etwaiger Rückschläge und Fehler aufgrund dieser Mängel, strebt langfristig letztlich zum Wohl der Bevölkerung.³¹⁹ Den mittelmäßigen, aber demokratischen politischen Eliten und Staatsbediensteten mögen vielleicht viele Fehler unterlaufen, „but they will never systematically follow a tendency hostile to [the] majority”.³²⁰ Mit anderen Worten: Ihre Mittel mögen mangelhaft sein, ihre Zwecke sind jedoch im Einklang mit dem Wohl der Bevölkerung. Mit einer aristokratischen Elite verhält es sich genau umgekehrt: Ihre Mittel sind wohlbedacht, effizient, nachhaltig, weitsichtig; doch die Zwecke, die durch diese Mittel verfolgt werden, stehen im Gegensatz zu den Interessen der gewöhnlichen Bevölkerung. Eine solche

³¹⁴ Dewey: FC, 95.

³¹⁵ Vgl. Rogers: Revisiting the Public and its Problems , 21-27.

³¹⁶ Dewey: FC, 95.

³¹⁷ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 79.

³¹⁸ Vgl. Mill: CRG, 139.

³¹⁹ Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 172.

³²⁰ Tocqueville: DA, 381.

mittelmäßige Implementierung nobler Ziele ist also unschwer einer kompetenten Implementierung unlauterer Ziele vorzuziehen, ein Punkt, der uns in der Auseinandersetzung mit der Rolle gesellschaftlicher Eliten erneut begegnen wird.

Es bleibt noch ein dritter Punkt zu erwähnen, nämlich die relative Irrelevanz persönlicher Exzellenz in der Demokratie. Während Tocqueville darauf hinweist, dass die kompetentesten und fähigsten Figuren in Demokratien gerade nicht zur Politik gravitieren und dort wenig geschätzt werden, ist es eine Bemerkung seines Reisekameraden Beaumont, die Mills Interesse weckt: "The trust is that great talents are not needed for carrying on, in ordinary times, the government of an already well-ordered society."³²¹ Die Stärke der Demokratie besteht also gerade darin, einen so reibungslosen und wohl organisierten Regierungsapparat bereitzustellen, dass persönliche Exzellenz in politischen Positionen nicht zwingend vonnöten ist. Dieser Punkt spricht *für* die Demokratie, nicht gegen sie, in ähnlicher Weise wie es für die Cockpit-Technologie eines Flugzeugs spricht, dass der Pilot, der sie bedient, kein Genie sein muss, um sie zu bedienen und eine sichere Landung zu gewährleisten. Dadurch ist also eine gewisse Sicherheit vor Risiken gegeben, die mit dem völligen Verlass auf persönliche Leistung und der immer gegebenen Möglichkeit des Versagens eben dieser einhergehen.

Dewey führt noch einen weiteren Grund für diese relative Überflüssigkeit herausragender Größe in demokratischen Systemen an. Während er nicht ausschließt, dass eine demokratische Gesellschaft genauso intelligente und originelle Genie-Figuren hervorbringen kann wie andere Gesellschaften, weist er darauf hin, dass diese für das Gelingen einer solchen deshalb nicht unbedingt notwendig sind, weil sie sich gerade durch eine intelligente Organisation auszeichnet, in welcher sich die Fähigkeiten und Kapazitäten Einzelner akkumulieren und kombinieren können.³²² Eine Demokratie ist nicht auf individuelle Exzellenz angewiesen, da sie auf ein reiches Kontingent an kollektiver Intelligenz und Kompetenz der Bevölkerung sowie vorangehender Generationen zurückgreifen kann.

"There are few individuals who have the native capacity that was required to invent the stationary steam-engine, locomotive, dynamo or telephone. But there are none so mean that they cannot intelligently utilize these embodiments of intelligent once they are a part of the organized means of associated living."³²³

³²¹ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 76.

³²² Vgl. Dewey: LSA, 38.

³²³ Dewey: LSA, 38.

Eine moderne Welt setzt immer weniger auf individuelles Genie, sondern vollbringt ihre größten Leistungen und Erfolge gerade durch Kooperation. Dewey verweist hier auf die enormen Fortschritte in Wissenschaft und Technik, welche so viele Unternehmungen ermöglichen, die zuvor undenkbar gewesen wären. All diese Errungenschaften sind Ergebnisse einer „vast multitude of cooperative efforts, in which one individual uses the results provided for him by a countless number of other individuals, and uses them so as to add to the common and public store.“³²⁴ So besteht also auch in demokratischen Gesellschaften durchaus die Möglichkeit für herausragende und exzellente Errungenschaften und Leistungen, obgleich diese in zunehmendem Maße durch Kooperation, nicht durch individuelles Genie, realisiert werden.³²⁵

Dies heißt allerdings nicht, dass individuelles Genie und Talent in demokratischen Gesellschaften nicht dennoch gefördert und geschätzt sein sollten. Tocqueville hält es beispielsweise für umso wichtiger, dass herausragenden Interessen und Fähigkeiten Raum und Möglichkeit zur Entfaltung gegeben wird, um gerade eine intellektuelle Elite auch in demokratischen Kontexten zu kultivieren. Er argumentiert hier ganz im Sinne der Entfaltung der natürlichen Anlagen derer, die solche Interessen und Potentiale aufweisen und konstituiert eine höhere und humanistische Bildung somit als Minderheiten-Recht, das nicht verweigert werden sollte, nur weil es, wie er eingesteht, nicht den Anlagen und Interessen der Mehrheit entspricht:

“Greek and Latin must not be taught in all schools; but it is important that those destined by their nature or their fortune to cultivate letters, or predisposed to appreciate them, find schools where they can perfectly master ancient literature and be thoroughly penetrated by its spirit. A few excellent universities would be worth more to achieve this goal than a multitude of bad colleges where superfluous studies done badly prevent necessary studies from being done well.”³²⁶

Die Möglichkeit, besondere Begabungen und Interessen zu entfalten sowie die Möglichkeit, in irgendeiner Weise überdurchschnittlich und herausragend zu sein, muss also, ganz im Sinne der Freiheit individueller Lebensgestaltung, anerkannt werden und sollte nicht als Gegensatz zu demokratischer Gleichheit aufgefasst werden. Auf diese Weise kann dem Trend zur

³²⁴ Dewey: LSA, 38.

³²⁵ Siehe dazu auch das Kapitel 5.3: Scientific Inquiry als Überwindung des Antagonismus zwischen Freiheit und Autorität, ab Seite 109

³²⁶ Tocqueville: DA, 817.

Mittelmäßigkeit auch ein Korrektiv aristokratischer Werte und Anlagen entgegengestellt werden, welche für Tocqueville im Besonderen “the taste for the infinite, the sentiment for the grand and the love for non-material pleasures”³²⁷ umfassen. Auch Mill, obwohl er diese Qualitäten wohl nicht unbedingt als aristokratisch bezeichnen würde, sieht immerhin gerade in einer Minderheit mit herausragender Bildung ebenfalls ein wirksames Korrektiv gegen die Instinkte der demokratischen Mehrheit.³²⁸

4.3.3 Gleichheit ohne Freiheit: Konformismus, Uniformität und Individualitätsverlust

Während die Mittelmäßigkeit also als weniger dramatische und in vielerlei Hinsicht sogar positive Begleiterscheinung der demokratischen Gleichheit angesehen werden kann, so gibt es eine weitere und weit beunruhigendere Tendenz der Gleichheit, mit zentralen Elementen der Freiheit zu kollidieren. Für Tocqueville, wie wir erinnern uns, ist ein Szenario der Gleichheit ohne Freiheit eine durchaus realistische Möglichkeit:

“You can imagine a people among whom there would be neither caste, nor hierarchy, nor class; where the law, recognizing no privileges, would divide inheritances equally; and who, at the same time, would be deprived of enlightenment and liberty.”³²⁹

Dieses Motiv einer allumspannenden Gleichheit, die vor allem eine Gleichheit in Armut, Elend und Ignoranz bedeutet, ist ein durchaus beeindruckendes und illustriert nachdrücklich, dass Gleichheit allein noch kein Kriterium einer erstrebenswerten Gesellschaftsform darstellen kann. Sie kann in dieser Form auch kein erstrebenswertes Gut für die Demokratie darstellen, da sie vor allem Demagogen und Tyrannen in die Hände spielt: “a despot can find it in his interest to make his subjects equal and to leave them ignorant, in order to keep them slaves more easily.”³³⁰ Diese Tendenz, die Tocqueville als Merkmal absolutistischer Monarchien verortet, stellt somit eine Gefahr für eine stabile Demokratie dar. Gerade während des Kalten Krieges wurden mehrfach Parallelen zwischen Tocquevilles Beschreibung dieses unfreien und unterdrückenden Gleichheitszustands und kommunistischen Regimen gezogen und Dewey verweist noch früher, ganz unabhängig von Tocquevilles Ausführungen, auf diesen düsteren Aspekt einer Gleichheit, wenn diese mit Uniformität und Gehorsam identifiziert wird. So postuliert er, dass gerade im nationalsozialistischen Deutschland die eingeforderte

³²⁷ Tocqueville: DA, 957.

³²⁸ Vgl. Mill: CRG, 182.

³²⁹ Tocqueville: DA, 770.

³³⁰ Tocqueville: DA, 770.

Uniformität zweifellos auch von einem Gleichheitspathos begleitet sei, der sich als Fortschritt zu der zuvor herrschenden enormen Ungleichheit zwischen den Klassen inszeniert und gerade daraus wesentliche Teile seiner Attraktivität bezieht.³³¹

Eine demokratische Gleichheit kann also nicht in dieser absolutistischen „equal servitude“³³² bestehen, schon gar nicht in einer rassistisch konstituierten „Artgleichheit“ wie unter dem Nationalsozialismus, sondern muss an grundlegende Freiheiten und eine grundsätzliche Entwicklungsidee gekoppelt werden: Nicht gleich arm, geknechtet und ignorant soll das Volk sein, sondern gleich wohlhabend, frei und gebildet, wobei ‚gleich‘ hier immer als Annäherungsfunktion verstanden wird und nicht als dogmatischer und um jeden Preis zu verwirklichender Endzustand. Demnach wäre demokratische Gleichheit als eine ergebnisoffene Gleichheit der Ausgangspositionen und freien Entfaltungs- und Handlungsmöglichkeiten zu konstituieren, welche somit mit der Forderung nach freier und experimenteller Lebensgestaltung vereinbar ist. Wie Mill schon beinahe pathetisch feststellt:

„It is not by wearing down into uniformity all that is individual in themselves, but by cultivation it and calling it forth [...] that human beings become a noble and beautiful object of contemplation“³³³

Wie auch Dewey schreibt, war die demokratische Gleichheit niemals als eine „equality of natural gifts“³³⁴ gemeint, sondern als moralisches, politisches und legales Prinzip.³³⁵

“The democratic faith in human equality is belief that every human being, independent of the quantity or range of his personal endowment, has the right to equal opportunity with every other person for development of whatever gifts he has.”³³⁶

Dies schließt die Anerkennung der Überlegenheit in spezifischen anderen Bereichen und Qualitäten keineswegs aus, ja es ermöglicht diese erst auf Basis tatsächlichen Verdienstes. Erst durch die Etablierung der politischen und legalen Gleichheit, so Dewey, kann die ungehinderte Entfaltung der Anlagen aller und ihre Bewährung nach tatsächlich meritokratischen Gesichtspunkten erfolgen, anstatt die Hierarchisierung anhand von vorgefertigten Kategorien von Abstammung und Status zu vollziehen.³³⁷

³³¹ Vgl. Dewey: FC, 37.

³³² Tocqueville: DA, 771.

³³³ Mill: OL, 266.

³³⁴ Dewey: FC, 63.

³³⁵ Vgl. Dewey: FC, 63.

³³⁶ Dewey, John: “Creative Democracy – The Task Before Us”. In: Hickman, Larry A. and Alexander, Thomas M. (Hg.): The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, 340-343, 341.

³³⁷ Vgl. Dewey: FC, 63.

4.4 Das Volk und die Eliten

Die Diskussion um Eliten, direkte Demokratie und Populismus ist in aktuellen Debatten allgegenwärtig. Im Democracy Index des Economist für das Jahr 2017 ist gar von einem „deepening divide between the people and the experts“³³⁸ die Rede. Eben dort findet sich auch die folgende beunruhigende Diagnose Edward Luce's:

“our societies are split between the will of the people and the rule of the experts — the tyranny of the majority versus the club of self-serving insiders; Britain versus Brussels; West Virginia versus Washington. It follows that the election of Trump and Britain's exit from the EU are a reassertion of the popular will.”³³⁹

Die Polarisierung zwischen einer politischen Klasse oder einer wie auch immer definierten Elite und den durchschnittlichen Wählerinnen und Wählern und deren vermeintlichem Willen stellt also ein Schlüsselproblem aktueller demokratischer Gesellschaften dar. Wie viele Unterschiede kann, darf und soll es zwischen demokratischen Bürgerinnen und Bürgern geben? Wie viel besondere und herausragende Expertise ist in einer elitären Gesellschaftsgruppe wünschens- und erstrebenswert? Wie viel Expertise ist der regulären Bevölkerung zumutbar, wie viel einzufordern? Und wie könnte eine konstruktive Aufteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen sogenannten Eliten und dem sogenannten Volk aussehen, oder handelt es sich dabei um einen nur scheinbaren Antagonismus, den es ohnehin zu entschärfen, vielleicht zu überwinden gilt? Bevor wir versuchen, einige dieser Fragen durch Rückbezug auf unsere Autoren zu erörtern, scheint eine genauere Analyse dieses angeblichen Gegensatzpaars angezeigt.

4.4.1 Das Volk

Das Volk stellt schon immer eine dankbare und naheliegende Angriffsfläche für Kritiker der Volks-Herrschaft dar. Seit jeher wird es als mangelhaft, impulsiv, ungebildet und schlicht umfassend unfähig zur Selbstregierung konstruiert. Die Verurteilung Sokrates' zum Tode stellt ein schmachvolles historisches Exempel in dieser Hinsicht dar. Auch Tocqueville verweist auf diesen Mangel an Selbstbeherrschung und Weitsicht, ohne dabei jedoch die Demokratie grundsätzlich diskreditieren zu wollen.³⁴⁰ Er geht dabei auch nicht moralisierend vor, sondern

³³⁸ The Economist Intelligence Unit: Democracy Index 2017. Free speech under attack. (London u.a. 2018)
Online unter: http://pages.eiu.com/rs/753-RIQ-438/images/Democracy_Index_2017.pdf, 4. [13.6.2018]

³³⁹ Luce, Edward, zitiert nach: The Economist Intelligence Unit: Democracy Index 2017, 4.

³⁴⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 364.

verweist schlicht auf die unumgehbare Begrenztheit menschlicher Möglichkeiten: Der durchschnittliche Mensch in einer demokratischen Gesellschaft ist ohnehin schon in stetiger Bewegung, hat dieses und jenes in seinen privaten Angelegenheiten zu tun, und muss sich zusätzlich mit politischen Fragen auseinandersetzen, die so umfang- und folgenreich sind, dass es schlicht und einfach zu viel verlangt wäre, sich zu all den Dingen, mit denen er sich beschäftigen muss, eine vollständige und vollends durchdachte Meinung zu bilden.³⁴¹ Da der demokratische Mensch ständig in Anspruch genommen ist, immer in der Situation Entscheidungen zu treffen und Position beziehen zu müssen, ist er zu gedankenlosem Handeln und mittelmäßigem Intellekt verurteilt.³⁴² Für Tocqueville ist dies nur einer der unvermeidbaren, jedoch nicht fatalen, Nachteile der spezifisch demokratischen Herrschaftsform, wie sie eben in jeglicher Herrschaftsform zu finden sind. Wie so oft fungiert seine Kritik hier also eher als Ermahnung zur Vorsicht bei der klugen Ausgestaltung der Demokratie. Dieselben Argumente werden allerdings nur zu gerne auch von ausgesprochenen Gegnern der Demokratie in Anschlag gebracht. Das inkompetente Volk wird zum Todschlag-Argument gegen eine Herrschaftsform, die diesem zu viel Einfluss zugestehen will. Gerade Walter Lippmann popularisierte diese Argumentationsweise im Amerika der 20er Jahre so eindringlich, dass Dewey ihn als den wohl formidabelsten Kritiker der Demokratie anerkannte.³⁴³ Mit empirischen Erkenntnissen über die Unzulänglichkeit menschlichen Denkens und Urteilens untermauert plädierte Lippmann für die Unzurechenbarkeit des Volkes in Regierungsgeschäften und legitimiert eine Herrschaft der Eliten ohne, oder bestenfalls mit minimaler Konsultierung dieses Volkes.³⁴⁴

Dem Volk wird weiter seinerseits eine Ablehnung oder sogar Verachtung für Eliten attestiert, die mit den von Tocqueville identifizierten Paradoxien der Gleichheit erklärbar sind: jegliche erhobene, elitäre und privilegierte Position muss in demokratischen Zeitaltern Misstrauen und Geringschätzung provozieren und die Überlegenheit anderer ist für demokratische Gemüter nur schwer zu ertragen: „there is no superiority, *however legitimate*, that they do not grow tired of seeing.”³⁴⁵ Mit dieser Tendenz geht demnach fast unweigerlich ein Misstrauen

³⁴¹ Vgl. Tocqueville: DA, 1084.

³⁴² Vgl. Tocqueville: DA, 315, 1084.

³⁴³ Vgl. Rogers: Revisiting the Public and its Problems, 21-23, 26.

³⁴⁴ Vgl. Rogers: Revisiting the Public and its Problems, 21-27.

³⁴⁵ Tocqueville: DA, 316. (eigene Hervorhebung)

gegenüber Expertentum sowie ein Hang zum Anti-Intellektualismus einher, die auch ein zentrales Element populistischer Bewegungen darstellen, über die noch zu sprechen sein wird.

4.4.2 Die Eliten

Auch die sogenannten Eliten kommen ihrerseits regelmäßig in Verruf und werden für Probleme der Demokratie verantwortlich gemacht. Wir wollen hier einen breiten Elitenbegriff benutzen, der vor allem Personen und Gruppen einschließt, welche in überdurchschnittlichem Ausmaß sozialen und politischen Einfluss auszuüben befähigt sind, was also politische, kulturelle und intellektuelle sowie finanzielle Eliten beinhaltet. Historisch gesehen scheint eine Skepsis den gesellschaftlichen Eliten gegenüber aus demokratischer Perspektive durchaus nicht abwegig, stellten sie doch in der Regel genau jene Gesellschaftsgruppen dar, die sich gegen demokratische Ideen wandten und auf die bereits genannte Inkompetenz des Volkes zur Selbstregierung pochten. Auch in der jüngeren Vergangenheit spielten gerade intellektuelle Eliten eine zentrale Rolle in der Rationalisierung totalitärer Welt- und Gesellschaftsbilder, wie beispielsweise anhand der Weimarer Republik sehr deutlich nachgewiesen werden kann. Schon Dewey weist auf diese problematische und ambivalente Rolle der Bildung hin, die, entgegen dem Optimismus der Aufklärung, gerade nicht automatisch zu einer humanistischen und demokratischen Weltsicht führte. Gerade das deutsche Schulsystem, so Dewey, sei zwar für seine Effizienz bekannt und gerühmt, die Alphabetisierung in Deutschland eine der höchsten der Welt; und dennoch: "German lower schools furnished the intellectual fodder for totalitarian propaganda, and the higher schools were the centers of reaction against the German Republic."³⁴⁶ Die Gefahr antidemokratischer Eliten ist also eine durchaus bedrohliche und wächst mit dem Ausmaß der Kompetenz und Effizienz dieser Eliten gerade an. Wie bereits angeschnitten wurde, stellt nämlich eine äußerst fähige und begabte politische Elite, welche fest entschlossen ist, ohne oder gegen die Bevölkerung zu regieren, eine viel größere Bedrohung für die Demokratie dar als die Regierung durch Mittelmäßige, deren Interessen jedoch mit jenen der Bevölkerung übereinstimmen, „for, in this case, virtues could become nearly useless, and talents, destructive.“³⁴⁷ Wir wollen uns zunächst der Frage widmen, von welchen Eliten laut unseren Autoren eine besondere

³⁴⁶ Dewey: FC, 41.

³⁴⁷ Tocqueville: DA, 380.

Gefahr ausgehen kann, bevor wir uns im Anschluss möglichen positiven und gar essentiellen Rollen und Funktionen angemessener Eliten zuwenden.

Im Zusammenhang mit ökonomisch-finanziellen Eliten spricht Tocqueville von der Möglichkeit, dass diese früher oder später zu einer neuen Form der Aristokratie, inmitten demokratischer Verhältnisse avancieren könnten. Das Vorhandensein einer wohlhabenden Schicht ist dabei per se noch nicht das Problem, solange die Zugehörigkeit zu dieser fluktuiert.

“When conditions are nearly equal, men constantly change place; there is still a class of valets and a class of masters; but it is not always the same individuals, or above all the same families that compose it; and there is not more permanence in command than in obedience.”³⁴⁸

Hier sind also die Dienenden und Meister grundsätzlich auf einer Augenhöhe, und die einen dienen den anderen nur aufgrund eines freiwilligen, „temporary and free agreement of their two wills.“³⁴⁹ Außerhalb dieses Vertrages stehen sich Herr und Knecht also theoretisch als Gleichwertige gegenüber, und durch die stets gegebene Möglichkeit, die Positionen sogar zu tauschen, bleibt der Selbstwert des Knechtes intakt.³⁵⁰ In diesem Zustand bilden die Wohlhabenden demnach auch keine konstante Gruppe, die ihre Klasseninteressen gegen andere durchzusetzen trachtet. Diese Beschreibung erinnert zunächst stark an den mythischen American Dream vom Tellerwäscher, der sich allein durch harte, ehrliche Arbeit und ein wenig Geschick zum Millionär aufschwingt. Doch so naiv ist Tocqueville nicht in seiner Einschätzung der Möglichkeit und vor allem Wahrscheinlichkeit einer solchen Biographie. Seine Beobachtungen der ökonomischen Verhältnisse und Entwicklungen erweisen sich dabei rückblickend als enorm hellichtig. So erkennt er an, dass die vermeintliche Chancengleichheit im Wettbewerb um finanziellen Vorteil immer schon enorm zuungunsten derer verzerrt ist, die bereits über viel Reichtum verfügen, prophezeit unter anderem die Herausbildung einer neuen Aristokratie aus den industriellen Produktionsverhältnissen und beschreibt die Degradierung und Ausbeutung einer immer statischer werdenden Arbeiterklasse.³⁵¹ Aus den Produktionsverhältnissen zunehmender Arbeitsteilung und -spezialisierung ergibt sich nämlich folgende Konstellation: Die Herstellenden und Arbeitenden werden zunehmend auf die Einübung isolierter und anspruchsloser Tätigkeiten und Handgriffe beschränkt, wobei sie als Arbeitende zwar effizienter werden, als Personen dagegen degradiert.³⁵² Dies limitiert und

³⁴⁸ Tocqueville: DA, 1013.

³⁴⁹ Tocqueville: DA, 1014.

³⁵⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 1015.

³⁵¹ Vgl. Tocqueville: DA, 982, 1028.

³⁵² Vgl. Tocqueville: DA, 982.

prägt in der Folge den gesamten Erlebnis- und Denkhorizont eines solchen Menschen nachhaltig, "he no longer belongs to himself, but to the profession that he chose."³⁵³ Die erhöhte Effizienz kommt also zu einem hohen Preis: Der arbeitende Knecht wird immer abhängiger, limitierter und schwächer, während der industrielle Herr sich entwickelt, aktiv die Arbeitskraft für sich nutzt, generiertes Kapital klug re-investiert.³⁵⁴ Ganz im Gegensatz zur klassisch hegelianischen Dialektik von Herr und Knecht vollziehen sich für Tocqueville also gerade eine Intensivierung der Herrschaftsdichotomie und eine Verhärtung der Rollen, worin er nun die Keimzelle einer neuen und distinkten Form der Aristokratie verortet.³⁵⁵ Je stärker die Arbeiterklasse an Geldmitteln und Fähigkeiten verarmt, desto leichter wird es also, sie auszubeuten und zu unterdrücken.³⁵⁶ Auf diese Weise wird sie zu einer relativ stabilen unterprivilegierten Klasse, während zugleich die industrielle Elite ihrerseits immer stabiler wird.³⁵⁷ Das meritokratische Prinzip, die Dynamik und Mobilität, die Kennzeichen der demokratischen Ordnung sein sollten, werden durch diese Verfestigung unterminiert: Herkunft wird erneut zum ausschlaggebenden Faktor für die Entfaltungs- und Lebensmöglichkeiten der Individuen.³⁵⁸ Auch der große Verfechter der Meritokratie John Stuart Mill erkennt diese beunruhigende Entwicklung, die ihn gegen Ende seines Lebens dem Sozialismus gegenüber immer positiver stimmt:

"No longer enslaved or made dependent by force of law, the great majority are so by force of poverty; they are still chained to a place, to an occupation, and to conformity with the will of an employer, and debarred by the accident of birth both from the enjoyments, and from the mental and moral advantages, which others inherit without exertion and independently of desert."³⁵⁹

Zwar meint Tocqueville, dass diese neue Elite von Reichen deshalb nur begrenzten Schaden anrichten könne, weil sie keine eigene Klasse mit eigener Identität und gemeinsamen Interessen bilde. Keine gemeinsamen Traditionen, Hoffnungen und Ziele binden sie aneinander, wie dies bei herkömmlichen Aristokratien der Fall war.³⁶⁰ Allerdings bindet diese Reichen auch nichts an die Armen und Geknechteten. Die industriellen Eliten wollen die

³⁵³ Tocqueville: DA, 982.

³⁵⁴ Vgl. Tocqueville: DA, 982.

³⁵⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 982f.

³⁵⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 1029.

³⁵⁷ Vgl. Tocqueville: DA, 983.

³⁵⁸ Vgl. Tocqueville: DA, 1030.

³⁵⁹ Mill, John Stuart: "Chapters on Socialism". In: Robson, J.M. (Hg.): Collected Works of John Stuart Mill, Volume V: Essays on Economics and Society. London: Routledge 1996, 703-753, 710.

³⁶⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 984.

industrielle Bevölkerung nicht *regieren*, sondern lediglich für ihre finanziellen Interessen *nutzen*.³⁶¹ Über ein Jahrzehnt vor dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests diagnostiziert Tocqueville also schon die Auflösung der feudalen, aber idyllischen Verhältnisse, die Zerstörung der „buntscheckigen Feudalbande“³⁶² und deren Ersetzung mit dem nackten Interesse und barer Zahlung. Das rührselige Verantwortungsgefühl des alten Adels weicht der kalkulierten Ausbeutung: “the manufacturing aristocracy of today, after impoverishing and brutalizing the men it uses, delivers them in times of crisis to public charity to be fed.”³⁶³ Nacktes finanzielles Kalkül kennzeichnet also das Verhältnis zwischen dem Volk und dieser neuen industriellen Elite und vernichtet somit scheinbar jegliche Form der Solidarität, welche sogar noch in den Macht- und Ungleichheitsverhältnissen des Feudalismus eingegossen war. Die feudale Solidarität zwischen Ungleichen weicht einer Entsolidarisierung der theoretisch Gleichen und faktisch noch immer Ungleichen. Diese „manufacturing aristocracy“³⁶⁴ ist demnach „one of the harshest that has appeared on the earth“³⁶⁵, wengleich Tocqueville zugleich die Gefahr, die von ihr ausgeht, wie erwähnt, als eher gering und limitiert ansieht, gerade wegen des mangelnden Bandes, das sie untereinander verbinden und solidarisieren könnte. Sollte jedoch eine permanente Ungleichheit der Voraussetzungen und Verhältnisse jemals wieder Fuß fassen, prophezeit Tocqueville, so wird es aufgrund eben dieser elitären Klasse sein.³⁶⁶ An anderer Stelle ist Tocqueville selbst skeptisch, ob sich eine solche Bindung untereinander nicht gerade bei den extrem wohlhabenden industriellen Eliten nicht doch einstellen könnte. Diese bilden laut ihm nämlich eine so kleine und überschaubare Gruppe, dass sie sich untereinander zur Verfolgung ihrer Interessen unschwer koordinieren und so enormen Einfluss auf ökonomische Gegebenheiten üben können: “Being few, they can easily be in league with each other, and set the price that they please for work.”³⁶⁷ Diese nun koordinierbaren Klasseninteressen bieten also einen hohen Anreiz für Kollusion, Korruption, Monopol-Bildung und Wucher; Phänomene, die uns auch heute noch allzu bekannt sind. Während Tocqueville also vor allem auf den Einfluss der Wohlhabenden auf ökonomische Gegebenheiten hinweist, bemerkt Mill, dass diese durchaus auch ganz direkt in politische

³⁶¹ Vgl. Tocqueville: DA, 984.

³⁶² Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Das kommunistische Manifest*. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. Vorwort von Max Adler. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1919, 16.

³⁶³ Tocqueville: DA, 984.

³⁶⁴ Tocqueville: DA, 985.

³⁶⁵ Tocqueville: DA, 985.

³⁶⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 985.

³⁶⁷ Tocqueville: DA, 1028.

Angelegenheiten eingreifen, ja die politische Elite bilden. Dieser schreibt Mill eine durchaus starke und problematische gemeinsame Identität zu, die sich dem Volk gegenüber als überlegen konstruiert und danach trachtet, diese Überlegenheit auch aufrecht zu erhalten.³⁶⁸ Er spricht dabei das bis heute höchst relevante Thema des Einflusses finanzieller Mittel in der Politik an und kritisiert die etablierten Eliten scharf für ihre Untätigkeit gegenüber solcher Bestechungen.³⁶⁹ Ebenso wirft er der politischen Elite ein eigennütziges und exkludierendes Verhalten vor und enttarnt ihre Befürwortungen gleichen Wahlrechts als scheinheilig: "They care comparatively little who votes, as long as they feel assured that none but persons of their own class can be voted for."³⁷⁰ Eine solche Elite, die hauptsächlich mit der illegitimen Erhaltung der eigenen Vormachtstellung beschäftigt ist, ist also unschwer als problematisch zu identifizieren und Mill fordert demnach auch nicht umsonst die kostenfreie Möglichkeit für willige KandidatInnen, sich zur Wahl aufzustellen, und sogar eine gesetzliche Limitierung der erlaubten Ausgaben im Wahlkampfprozess, sodass der Vorteil derer, die über solche Geldmittel verfügen, auf ein Minimum reduziert würde.³⁷¹ "So long as the elected member, in any shape or manner, pays for his seat, all endeavours will fail to make the business of election any thing but a selfish bargain on all sides."³⁷²

Was aber ist die Rolle derjenigen Eliten, die sich durch persönlichen Verdienst und überlegene Expertise etabliert haben? Jene, die vermeintlich besser wissen als das Volk selbst, was das Beste für es ist und wie es zu erreichen wäre? Wir haben gesehen, dass die geringe Wertschätzung für solche intellektuellen Eliten in demokratischen Gesellschaften von Tocqueville und Mill stark bedauert wird. Besonders Mill verfißt mehrfach das meritokratische Prinzip als das einzig legitime und legt viel Hoffnung in geistige Exzellenz. Wäre für ihn also eine Expertokratie vorzuziehen? Tatsächlich grenzt er eine solche, reine Herrschaft intellektueller und politischer Eliten, die er auch als Bürokratie bezeichnet, von der repräsentativen Regierungsform der Demokratie ab.³⁷³ Während eine Bürokratie zwar viele Vorteile aufweise, darunter das reiche Kontingent an Erfahrung und Expertise der BürokratInnen sowie wohl erprobtes und überlegtes Vorgehen, hat sie auch den zentralen Nachteil, dass sie nicht im selben Ausmaß wie die Demokratie die „individual energy of

³⁶⁸ Vgl. Mill: CRG, 248.

³⁶⁹ Vgl. Mill: CRG, 248.

³⁷⁰ Mill: CRG, 148.

³⁷¹ Vgl. Mill: CRG, 246.

³⁷² Mill: CRG, 250.

³⁷³ Vgl. Mill: CRG, 141.

mind“³⁷⁴ zu schulen vermag. Im reibungslosen und durchkoordinierten Regierungsgeschäft gehen Originalität und der Blick für das große Ganze verloren. “The disease which afflicts bureaucratic governments, and which they usually die of, is routine”³⁷⁵, sie werden statisch, verkommen zur “pendantocracy”,³⁷⁶ verlieren ihren dynamischen und innovativen Charakter. Als illustratives Beispiel nennt Mill die chinesische „bureaucracy of Mandarins“.³⁷⁷ Während Mandarinentum also keine wünschenswerte Entwicklung sein kann, so spielen gerade intellektuelle und wissenschaftliche Eliten für Mill wie auch Dewey eine zentrale Rolle für das Gelingen einer Demokratie. Im Folgenden soll also versucht werden, den vermeintlichen Antagonismus zwischen Volk und Eliten zu entwirren und nach angemessenen Rollen und legitimen Ansprüchen dieser beiden Pole zu fragen.

4.4.3 Die angemessene Funktion von Volk und Eliten: ein Repräsentationsverhältnis auf Basis gegenseitigen Vertrauens

4.4.3.1 Ein kompetentes Volk und seine Befugnisse

Zum einen muss geklärt werden, was den durchschnittlichen Bürgerinnen und Bürgern zugemutet werden kann und legitimerweise von ihnen eingefordert werden muss. Es bedarf also einer realistischen Bestimmung eines kompetenten Volkes, bei welcher auf perfektionistische Ansprüche, wie etwa an die vermeintliche Omnikompetenz demokratischer Bürgerinnen und Bürger, die Lippmann so scharf kritisiert³⁷⁸, von vornherein verzichtet wird. Immerhin, so relativiert auch Mill bereits, wäre es albern und unangemessen, von jeder Person zu verlangen, jegliche indirekte und weit entfernte Angelegenheit zum ständigen und vordergründigen Objekt ihres Lebens zu machen.³⁷⁹ Die folgenden Ausführungen sind daher klar als Richtungsweisung aufzufassen und nicht als absolute und statische Anforderungen. Immerhin wäre ein absolutistischer Unfehlbarkeitsanspruch an das Volk weder im Sinne Mills, noch im Sinne Deweys, wohingegen richtungsweisende Ansprüche im Sinne eines anzustrebenden Ideals durchaus angebracht, ja geboten scheinen. Deweys dahingehende Diagnose lautet folgendermaßen:

³⁷⁴ Mill: CRG, 141.

³⁷⁵ Mill: CRG, 141.

³⁷⁶ Mill: CRG, 141.

³⁷⁷ Mill: CRG, 143.

³⁷⁸ Vgl. Dewey: PP, 183.

³⁷⁹ Vgl. Mill: CRG, 155.

“If it is possible for persons to have their beliefs formed on the ground of evidence, procured by systematic and competent inquiry, nothing can be more disastrous socially than that the great majority of persons should have them formed by habit, accidents of circumstance, propaganda, personal and class bias.”³⁸⁰

Auch für Dewey, wie schon für Mill, ist also eine möglichst weite Verbreitung und Förderung selbstständigen und unabhängigen Denkens und Urteilens, was für ihn auch die wissenschaftliche Grundhaltung miteinschließt, von höchster Wichtigkeit, und zwar gerade nicht nur für eine intellektuelle Elite, sondern, im jeweils zumutbaren Ausmaß, für die gesamte Bevölkerung, auf dass ein geistig aktives Volk entstehe, wie es auch schon Mill imaginiert. Ein solches Volk darf also zwar in seinen intellektuellen und auch zeitlichen Möglichkeiten begrenzt und durchaus mittelmäßig sein, muss allerdings intellektuellen Mut aufweisen. Es sei zwar leicht, sich über das Niveau einer solchen sich verbreitenden Intelligenz der Massen zu amüsieren, doch:

“any knowledge which gives the habit of forming an opinion, and the capacity of expressing that opinion, constitutes a political power; and if combined with the capacity and habit of acting in concert, a formidable one.”³⁸¹

Gerade in Zeiten der Massenmedialität und damit einhergehenden Manipulationsmöglichkeiten ist dieser Mut zur Bedienung des eigenen Verstandes laut Dewey wichtiger als je zuvor. Nur durch einen wachen und reflektierten Umgang mit Informationen, die uns von allen Seiten zukommen, können die positiven Effekte dieser Entwicklungen ausgeschöpft werden, während die ebenfalls ermöglichte Option pseudo-öffentlicher Meinungsfabrikation und -manipulation im Zaum gehalten wird.³⁸²

“[T]he future of democracy is allied with spread of the scientific attitude. It is the sole guarantee against wholesale misleading by propaganda. More important still, it is the only assurance of the possibility of a public opinion intelligent enough to meet present social problems.”³⁸³

Die allgemeine Verbreitung der wissenschaftlichen Grundhaltung, im Sinne undogmatischer, ergebnisoffener und empirischer Inquiry, ist daher aufs Engste mit dem Schicksal der Demokratie verknüpft. Diese Wissenschaftlichkeit fungiert als mehr als bloßes Werkzeug,

³⁸⁰ Dewey: FC, 148.

³⁸¹ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [II], 165.

³⁸² Vgl. Dewey: FC, 148.

³⁸³ Dewey: FC, 148f.

generiert gerade ihrerseits “new desires and new ends”³⁸⁴, die alten und oft zutiefst undemokratischen Zwecken entgegengestellt werden können. Gerade wissenschaftliche Eliten, die von einem solchen Geist eigentlich erfasst sein sollten, tun nach Dewey also gut daran, der einfachen Bevölkerung die Befähigung zum wissenschaftlichen Denken und Verstehen nicht abzusprechen. Ein vermeintlicher Überlegenheitsanspruch durch Rekurs auf die wissenschaftliche Haltung ist für Dewey also ein Widerspruch in sich. “Such attitude is saved from being professional snobbery only when it is the result of sheer thoughtlessness.”³⁸⁵ Nicht für die Überlegenheit der wissenschaftlichen Eliten spricht es, wenn die wissenschaftliche Haltung auf sie beschränkt bleibt, sondern für ein kulturelles Versagen in der Dissemination dieser Haltung, die nicht zuletzt auch als Versagen eben dieser Eliten zu betrachten ist.³⁸⁶

Wir stellen also fest, dass ein demokratisches Menschenbild, auch wenn es Limitationen eingesteht, im Kern die radikale Auffassung vertreten muss, dass jede Person grundsätzlich, zumindest unter den richtigen Voraussetzungen, über die Möglichkeiten verfügt, für sich selbst zu denken und ihr eigenes Leben, frei von Zwang, Bevormundung und Unterdrückung, zu bestimmen.³⁸⁷ Ganz im Einklang mit Mills Ausführungen zu dem Recht auf individuelle Lebensgestaltung können wir die Entscheidungen einzelner Individuen, vielleicht sogar der meisten, bedauerlich oder fragwürdig finden, niemals jedoch Anspruch darauf erheben, deshalb *für sie* entscheiden zu wollen. Die Freiheit eines mündigen Menschen beinhaltet eben immer die Freiheit, von dieser sehr schlechten Gebrauch zu machen, und während ein jeder berechtigt ist, seine begründeten Bedenken und Ratschläge in solchen Fällen zum Ausdruck zu bringen, so darf sich doch niemand anmaßen, er könne oder solle jemanden zu seinem Glücke zwingen. Konsequentergibt sich daraus auch ein Vertrauen in die Fähigkeit des Volkes insgesamt, seine eigenen Interessen in angemessenem Ausmaß kennen und vertreten zu können. Daraus folgt allerdings nicht, dass es diese auch selbst implementieren und exekutieren können muss oder darf. Diese Aufgabe delegiert das Volk schließlich gemäß dem Repräsentationsprinzip an eine ausgewählte Gruppe, die spezifisch mit dieser Aufgabe der Umsetzung und schlaun Implementierung betraut ist. In dieser beauftragten und temporären politischen Elite kann allerdings besondere Expertise und Qualifikation nur von

³⁸⁴ Dewey: FC, 147.

³⁸⁵ Dewey: FC, 147.

³⁸⁶ Vgl. Dewey: FC, 147.

³⁸⁷ Vgl. Dewey: Creative Democracy, 341f.

Vgl. Mill: CRG, 71.

Vorteil sein. Die Doppelseitigkeit des Repräsentationsverhältnisses wird in den folgenden Ausführungen Mills besonders deutlich. Er postuliert einerseits:

“In no government will the interests of the people be the object, except where the people are able to dismiss their rulers as soon as the devotion of those rulers to the interests of the people becomes questionable.”³⁸⁸

Doch gute Intentionen der Herrschenden vorausgesetzt ist die beste Regierung für Mill zweifellos “the government of the wisest, and these must always be a few.”³⁸⁹ Die Aufgabe eines kompetenten Volkes besteht für Mill demnach primär darin, diese politische Elite klug und bedacht zu wählen:

“The proper duty of a representative assembly in regard to matters of administration is not to decide them by its own vote, but to take care that the persons who have to decide them shall be the proper persons.”³⁹⁰

In diesem Zitat ist auch bereits Mills Skepsis gegenüber direktdemokratischen Ambitionen des Volkes vorweggenommen, die für ihn die Grenze der angemessenen Autorität des Volkes zu überschreiten scheinen. Immerhin ist Regierung und Legislation für Mill immer noch “a work of skilled labor and special study and experience”³⁹¹ und somit eine Aufgabe für die „specially trained and experienced Few”.³⁹² Trotzdem sieht er allerdings das Volk als letzten Souverän fortbestehen: “The people ought to be the masters, but they are masters who must employ servants more skilful than themselves”.³⁹³ Demnach wählt sich das souveräne Volk also keineswegs seine Herren, um sich diesen sogleich zu unterwerfen, sondern ernennt fähige Diener, die der klugen und geschickten Implementierung der Volksinteressen verpflichtet sind. Die überlegene Fähigkeit, für die diese gerade in ihre erhobene Position gewählt wurden, muss im Gegenzug jedoch auch vom Volk anerkannt werden. Mill zieht den Vergleich zum Verhältnis zwischen Patient und Arzt. So wie der erste zwar eine klare Erwartung an seinen Arzt stellt, nämlich dass dieser ihn gesund mache und sein Leiden lindere, und ihn für die diesbezüglichen Resultate auch zur Verantwortung ziehen muss, so muss er ihm andererseits in der genauen Vorgehensweise zu diesem Zweck vertrauen, kann ihm nicht vorschreiben, wie er seine Behandlung durchzuführen hat.³⁹⁴ Bringt die Behandlung nicht die

³⁸⁸ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 72.

³⁸⁹ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 72.

³⁹⁰ Mill: CRG, 117.

³⁹¹ Mill: CRG, 128.

³⁹² Mill: CRG, 131.

³⁹³ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 72.

³⁹⁴ Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 72.

erwünschten Ergebnisse, so ist der Patient natürlich berechtigt, stattdessen einen neuen Arzt zu beauftragen, eine Sicherheit, die natürlich von essentieller Bedeutung ist. Während der Zeit ihrer Regierung steht den Ernannten jedoch ein freies, kein imperatives Mandat zu.³⁹⁵ Primäre Pflicht eines kompetenten Volkes stellt für Mill daher kompetente Wahl und wenn nötig Ersetzung der fähigsten und erfahrensten Personen zur politischen Leitung dar. Eine repräsentative Demokratie dieser Art vereint für ihn alle positiven Qualitäten von Volks- und Elitenherrschaft bei gleichzeitiger Eindämmung ihrer Schwächen,³⁹⁶ während direkt-demokratische Elemente von ihm dagegen auch deshalb skeptisch betrachtet werden, weil sie das Zugeständnis des freien Mandats und die darin implizierte Vertrauensbekundung an die Beauftragten untergraben.³⁹⁷ Seine Warnung ist in dieser Hinsicht eindeutig, meint er doch, vielleicht etwas hyperbolisch, die größte und einzige Gefahr der Demokratie läge in der "substitution of delegation for representation",³⁹⁸ also dem Beharren des Volkes, die Entscheidungen der von ihnen ernannten RepräsentantInnen direkter Kontrolle zu unterwerfen und sie somit zu einem „mere mouthpiece“³⁹⁹ zu degradieren. Dies wäre in Mills Augen ähnlich absurd wie die Ambition eines Patienten, dem von ihm aufgesuchten Arzt die genaue Art seines Vorgehens diktieren zu wollen.

Mill spricht sich im Allgemeinen einerseits für die größtmögliche Ausweitung des Wahlrechts, im Besonderen für das Frauenwahlrecht aus, was zu seiner Zeit auch im liberalen Flügel bei Weitem keine Selbstverständlichkeit darstellte. Andererseits nimmt er vielerorts auch bemerkenswerte und aus heutiger Sicht wohl höchst problematische Einschränkungen vor. So erklärt er beispielsweise: "I regard it as wholly inadmissible that any person should participate in the suffrage without being able to read, write, and [...] perform the common operations of arithmetic."⁴⁰⁰ An dieser Stelle wird also klar, dass es für Mill durchaus so etwas wie Minimalanforderungen gibt, die an ein zurechnungsfähiges und kompetentes Volk gestellt werden können. Gerade universelle Bildung, an dessen positive und veredelnde Effekte Mill zeitlebens zutiefst glaubte, müsse daher dem allgemeinen Wahlrecht unbedingt vorausgehen

³⁹⁵ Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 72f.

Vgl. Buchsteil, Hubertus; Hummel, Siri: „Demokratiethorie und Methode. Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill.“ In: Blum, Harald; Krause, Skadi (Hg.): Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie. Paderborn: Wilhelm Fink 2016, 225-259, 243f, 246.

³⁹⁶ Vgl. Mill: CRG, 45.

Vgl. Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 72.

³⁹⁷ Vgl. Mill: CRG, 114.

³⁹⁸ Mill: De Tocqueville on Democracy in America [I], 74.

³⁹⁹ Mill: CRG, 260.

⁴⁰⁰ Mill: CRG, 194.

und für jede Person möglichst leicht zugänglich sein.⁴⁰¹ Hierin besteht auch sein grundsätzliches Argument für die Legitimität des Ausschlusses jener, die nicht einmal die elementarste Bildung erfahren haben: Da diese allen ohne Probleme zugänglich sein muss, kann das Versäumnis, sie zu erlangen, als persönliche Schuld angelastet werden. Nicht die Gesellschaft, so Mill, sondern nur die eigene Faulheit eines solchen Individuums würde es von der Ausübung des Wahlrechts abhalten.⁴⁰² Das Recht auf politische Partizipation geht bei Mill also mit einer starken komplementären Komponente der Verantwortlichkeit einher, und wer seinen Pflichten als kompetenter Bürger und kompetente Bürgerin nicht nachkommt, kann folglich gerechtfertigterweise auch seiner Rechte enthoben werden.

“No one [...] will maintain that power over others, over the whole community, should be imparted to people who have not acquired the commonest and most essential requisites for taking care of themselves—for pursuing intelligently their own interests, and those of the persons most nearly allied to them.”⁴⁰³

An dieser Stelle scheint Mill ein formales Bildungsniveau etwas voreilig als notwendige sowie auch hinreichende Bedingung für die Ausbildung moralisch-politischer Tugendhaftigkeit zu postulieren.⁴⁰⁴ Weiter sind – und hier wäre Mills Attribution als Selbstverschuldung wohl am stärksten anzufechten – auch gerade Empfänger staatlicher und privater Wohltätigkeit sowie Insolvente und Steuerflüchtige miteingeschlossen:

“He who can not by his labor suffice for his own support, has no claim to the privilege of helping himself to the money of others. By becoming dependent on the remaining members of the community for actual subsistence, *he abdicates his claim to equal rights* with them in other respects.”⁴⁰⁵

Mill plädiert also für den Ausschluss derjenigen Individuen, die ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft in seinen Augen vernachlässigen, ja eine Belastung für sie darstellen, vom Recht des Wählens,⁴⁰⁶ wobei das Recht also genau genommen zu einem Privileg wird. Während die intentionale Steuerhinterziehung sich noch am unproblematischsten als klar selbstverschuldete Vernachlässigung bürgerlicher Pflichten ausweisen lässt, so wird dies im Falle von Insolvenzen und sozialer Bedürftigkeit zur unhaltbaren Generalisierung. Doch selbst

⁴⁰¹ Vgl. Mill: CRG, 194f.

⁴⁰² Vgl. Mill: CRG, 194.

⁴⁰³ Mill: CRG, 195.

⁴⁰⁴ Vgl. Ten, Chin Liew: “Democracy, Socialism, and the working classes”. In: Skorupski, John (Hg.): The Cambridge Companion to Mill. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 372-395, 384.

⁴⁰⁵ Mill: CRG, 198. (eigene Hervorhebung)

⁴⁰⁶ Vgl. Mill: CRG, 198.

unabhängig von dieser Problematik stellt Mills Argumentation hier eine klare Relativierung des grundsätzlichen Vertrauens in die Selbstbestimmungsfähigkeit *aller* Individuen dar, ob sie diese nun klug einsetzen oder nicht. Warum gerade diese Gesellschaftsgruppen nun nicht das sonst von Mill selbst postulierte Recht haben, ihre eigenen Interessen zu vertreten und zu artikulieren, bleibt unklar.⁴⁰⁷ Mill scheint den Entzug des Wahlrechts in diesen Fällen nicht als Bevormundung oder als Entmündigung vom grundsätzlichen Gebrauch der Freiheit der Betroffenen anzusehen. Im Gegenteil sieht er das gleichberechtigte Wahlrecht solcher Individuen, die es versäumen, ihre Selbstbestimmung nicht zum Nachteil der Gesellschaft zu missbrauchen, scheinbar gerade als illegitimen Eingriff und Bevormundung gegenüber jenen, die ihre Freiheit verantwortlich nutzen. Während erstere weiterhin jedes Recht zum Missbrauch ihrer Freiheit, die, wir erinnern uns, als voraussetzungsfreie Sphäre von Minimalrechten konstituiert sind, beibehalten, wird ihnen das nach Mill keineswegs voraussetzungslose Recht auf gleichwertige politische Mitbestimmung aberkannt. Der Ausschluss ist also für ihn gerechtfertigt, weil sich das Individuum jederzeit durch persönliche Entscheidung und Anstrengung diesem wieder entziehen kann.⁴⁰⁸ In welchem Ausmaß dies für soziale Bedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, oder gar Armut in Vollbeschäftigung tatsächlich zutrifft, muss allerdings, wie bereits angedeutet, stark hinterfragt werden.

Weiter plädiert Mill sogar für eine unterschiedliche Gewichtung unter den zur Wahl Berechtigten, um den Weiseren, Gebildeteren und Tugendhafteren, die er als stets in der Minderheit ansieht, angemessenen Einfluss zu verschaffen.⁴⁰⁹ Ein gleiches Wahlrecht für alle stellt für ihn also tatsächlich kein intrinsisch positives und anzustrebendes Gut dar.⁴¹⁰ Diese Tatsache der Überlegenheit in intellektuellen Angelegenheiten, ja Angelegenheiten der Tugend, muss nach Mills Einschätzung von den Unterlegenen bereitwillig eingestanden werden, haben diese doch auch Interesse daran, dass in Dingen, welche Weise und Dumme betreffen, die Weisen das letzte Wort haben.⁴¹¹

“Every one has a right to feel insulted by being made a nobody, and stamped as of no account at all. No one but a fool [...] feels offended by the acknowledgment that there are others whose opinion, and even whose wish, is entitled to a greater amount of consideration than his.”⁴¹²

⁴⁰⁷ Vgl. Ten: Democracy, Socialism, and the working classes, 384.

⁴⁰⁸ Vgl. Mill: CRG, 199.

⁴⁰⁹ Vgl. Mill: CRG, 200.

⁴¹⁰ Vgl. Mill: CRG, 210.

⁴¹¹ Vgl. Mill: CRG, 201.

⁴¹² Mill: CRG, 202.

Auch unter dem wahlberechtigten Volk gibt es für Mill also eine Hierarchie, ein elitäres Prinzip, das das Ausmaß der legitimen Mitbestimmung festlegt. Ist die gleiche Repräsentation für ihn zwar zentral, so sieht er doch gute Gründe gegen gleiches Wahlrecht.⁴¹³ Auch hier bringt Mill natürlich den Vorbehalt ein, diese Überlegenheit sei niemals aufgrund von materiellem Besitz zu verleihen, sondern durch Verdienst, Talent und Tugend, und sollte auch nicht so unproportional gewährt werden, dass ein Missbrauch der begünstigten Klasse gegen die Interessen anderer möglich wird.⁴¹⁴ Allerdings überschätzt er dabei wohl auch grob die Bereitwilligkeit der breiten Bevölkerung, sich freiwillig und verständnisvoll selbst als untalentierte, dumm oder gar wenig tugendhaft zu klassifizieren und sich der Leitung hochwertiger Individuen unterzuordnen. So vermutet er, ganz gegen Tocquevilles Einschätzung, dass Unmut und Missgunst der Bevölkerung sich viel mehr gegen unverdiente und willkürliche Hervorhebung wenden würden, nicht aber gegen eine solche „verdiente“ Überlegenheit.⁴¹⁵ Wer von beiden schließlich eher Recht behält in der Frage, ob der Stachel der Ungleichheit mit der scheinbaren Legitimität eben dieser nun erträglicher oder gerade umso schmerzhafter wird, muss an dieser Stelle wohl offen bleiben. Viel mehr stellt sich die große Frage, wie diese Überlegenheit konkret operationalisiert werden soll. Mill schlägt vor, berufliche Qualifikation und Erfolg sowie den Grad formaler Bildung heranzuziehen.⁴¹⁶ Diese könnten durchaus Aufschluss über die Intelligenz einer Person geben, argumentiert er. Die Tatsache, dass die zuvor erwähnte Tugendhaftigkeit der Individuen hier nicht mehr weiter erwähnt wird, kann dabei durchaus als Eingeständnis der Unmessbarkeit einer solchen angesehen werden und die Vergeblichkeit des Projekts einer validen Klassifizierung der Bürgerinnen und Bürger nach solchen Qualitätskriterien veranschaulichen.

Auf der anderen Seite setzt Mill sich allerdings stark für die Ausweitung des Wahlrechts auf die Arbeiterschaft ein. Diese von ihm bei Weitem nicht als intellektuelle Klasse wahrgenommene Gruppe hat für ihn dennoch dasselbe Recht wie andere gesellschaftliche Gruppen, ihre Interessen zu artikulieren und mit ihrer eigenen Perspektive gehört zu werden.⁴¹⁷ Dass die Probleme der Arbeiterschaft zwar ständig im Parlament diskutiert werden, jedoch gerade nie unter der Perspektive und Konsultation der Arbeiterschaft selbst,

⁴¹³ Vgl. Cunningham: Theories of Democracy, 30.

⁴¹⁴ Vgl. Mill: CRG, 205.

⁴¹⁵ Vgl. Mill: CRG, 203.

⁴¹⁶ Vgl. Mill: CRG, 204.

⁴¹⁷ Vgl. Mill: Chapters on Socialism, 707.

hält Mill dabei für äußerst bedauerlich.⁴¹⁸ Die Ausführungen Mills zur Gleichheit und zu den angemessenen Befugnissen eines kompetenten Volkes bleiben also in vielerlei Hinsicht ambivalent.

4.4.3.2 Kompetente Eliten und ihre Befugnisse und Pflichten

Eingangs soll erneut und knapp der mittlerweile bereits offensichtlichste Aspekt erwähnt werden: Alle unsere Autoren plädieren in der Frage nach legitimer Überlegenheit in Status, Einfluss und Herrschaft für das meritokratische Prinzip persönlicher Leistung und Fähigkeit. Eine hervorgehobene Stellung muss verdient und erarbeitet werden.

“It is to be hoped that every advance [...] appears to be the fruit of effort, so that there is no overly easy greatness, and that ambition is forced to set its sights on the goal for a long time before achieving it.”⁴¹⁹

Darin sieht Tocqueville auch eine Schulung der Kapazität für langfristiges und abgewogenes Denken derer, die etwa mit der Regierung ganzer Länder betraut sind, und somit ein Korrektiv zu den Leidenschaften und Defiziten der Masse, die dem Florieren demokratischer Gesellschaften ansonsten abträglich sein könnten.⁴²⁰ Als Beispiel für eine elitäre Gesellschaftsgruppe, die in besonderem Maße über die von Tocqueville geschätzten korrektiven Eigenschaften und Sitten verfügt, nennt er interessanterweise die Juristen.⁴²¹ In ihnen verortet er „habits of order, a certain taste for forms, a sort of instinctive love for the regular succession of ideas“⁴²² und somit Abneigung gegen den oft allzu leichtfertigen und revolutionären demokratischen Geist.⁴²³ Tocqueville nennt sie auch als einzige von ihm in Amerika beobachtete Elite, die vom Volk als legitim erachtet würde, da sie nicht durch Reichtum und Adel, sondern durch Expertise auf ihrem Gebiet, langjährige harte Arbeit und Engagement zu ihrer Stellung avancierten.⁴²⁴ Entgegen seiner eigenen These, dass jeglicher Elitenstatus, gerade einer durch Verdienst unter formal Gleichen, Missgunst hervorrufen müsse, stellt er hier fest, dass Richter und Juristen Ansehen und Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung genießen und somit ihre Funktion als “sole counterweight of democracy”⁴²⁵ wirkmächtig erfüllen können.

⁴¹⁸ Vgl. Mill: CRG, 72f.

⁴¹⁹ Tocqueville: DA, 968.

⁴²⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 966.

⁴²¹ Vgl. Tocqueville: DA, 432.

⁴²² Tocqueville: DA, 432.

⁴²³ Vgl. Tocqueville: DA, 432.

⁴²⁴ Vgl. Tocqueville: DA, 439f.

⁴²⁵ Tocqueville: DA, 439.

Die notwendige Bedingung für legitime Eliten besteht also zunächst in ihrer meritokratischen Qualifizierung sowie den damit unweigerlich verbundenen hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten, die ein Korrektiv für demokratische Laster darstellen. Dies ist allerdings noch keine hinreichende Definition, denn, wie bereits mehrfach angeschnitten wurde, kann auch die intelligenteste, verdienstvollste und edelste Elite sich gegen die Demokratie und gegen die Interessen und das Wohl des Volkes richten, wobei dies gerade im Ausmaß ihrer Befähigung umso problematischer wird. Die kompetenten Eliten müssen sich also auch bereitwillig in den Dienst des Volkes stellen, denn wie bereits Mill formuliert, sind sie Diener des Volkes und nicht Meister.⁴²⁶ Dies gilt nach Dewey bei Weitem nicht nur für politische Eliten, die in noch offensichtlicherem Maße vom Volk als Diener erwählt werden, sondern gerade auch für intellektuelle und wissenschaftliche Eliten in allen gesellschaftlichen Bereichen und Positionen. Seine Ermahnung gegen diese Eliten, sich als dem Volk gegenüber überlegen mit ihrer intellektuellen und wissenschaftlichen Exzellenz zu schmücken, ist uns bereits begegnet und sei an dieser Stelle noch einmal wiederholt: Zwar ist die organisierte Durchführung von Scientific Inquiry durchaus eine Aufgabe für dafür befähigte und qualifizierte wissenschaftliche Eliten. Gerade ihnen kommt nach Dewey allerdings auch eine zentrale soziale Verantwortung zu, die „contagious diffusion of the scientific attitude“⁴²⁷ sowie ihrer Erkenntnisse voranzutreiben, wissenschaftlich generierte Einsichten einer breiten Masse also möglichst zugänglich zu machen.⁴²⁸ Diese Aufgabe jedoch kann keinesfalls bewältigt werden, wenn die Bevölkerung als grundsätzlich unfähig zur Ausbildung einer wissenschaftlichen Grundhaltung und zum Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen angenommen wird, und auch nicht „without abandoning once for all the belief that science is set apart from all other social interests as if possessed of a peculiar holiness.“⁴²⁹

Auch Mill spricht sich, ganz im Sinne seiner Forderung nach einem geistig aktiven Volk, gegen ein solches selbstbeweihräucherndes Verhalten intellektueller Eliten aus. Ihre Exzellenz sollte gerade nicht als Abgrenzungsmerkmal fungieren, sondern als Inspiration für die durchschnittliche Masse, nach Verbesserung und Veredelung zu streben. Einer Elite kommt also auch nach Mill die zentrale Aufgabe zu, das gemeine Volk zunehmend auf ihr Level *anzuheben*. Sie fungiert maßgeblich als Vorbild. Als problematisches Gegenbeispiel führt Mill

⁴²⁶ Vgl. Mill: De Tocqueville in America [I], 72.

⁴²⁷ Dewey: FC, 153.

⁴²⁸ Vgl. Dewey: PP, 225.

⁴²⁹ Dewey: FC, 153.

die katholische Kirche an, welche die Lektüre häretischer Schriften nur dem Klerus gestattete und sie der breiten Masse vorenthielt, ja untersagte. Während die katholische Elite also befugt war, ihre Positionen aufgrund fundierter Reflexion zu halten, galt für die Massen ein blinder und unhinterfragter Glaube und die unkritische Akzeptanz der Auslegung des Klerus als angemessen.⁴³⁰ Dieses Zugeständnis einer überlegenen „mental culture“⁴³¹ an eine vermeintlich überlegene Elite bei gleichzeitigem Ausschluss eines vermeintlich zu dummen Volkes ist also auch nach Mill als illegitim zu betrachten, ja als Scheitern einer Elite an ihrer ureigensten Aufgabe, das Volk zum Streben nach Exzellenz zu inspirieren.

4.4.3.3 Lektionen des Populismus oder: der drückende Schuh

Es sei an dieser Stelle ein kurzer gesellschaftswissenschaftlicher Exkurs zu dem nur allzu aktuellen Thema des Populismus gestattet, bei welchem die Polarisierung von Volk und Eliten sowie die Verortung ihrer legitimen Einflussphären ebenfalls eine hervorgehobene Problematik darstellt.

Der Populismus ist, insoweit stimmt die Forschung überein, ein genuin demokratisches Phänomen, der „Schatten der repräsentativen Demokratie“⁴³², also ein wiederkehrender, wenn auch ambivalenter Bestandteil der modernen Demokratie, und spezifisch dieser.⁴³³ Umstritten ist vor allem, ob er auf die Demokratie vornehmlich positive und korrektive Effekte ausübt oder überwiegend destruktive. Während der Populismus gerade im deutschsprachigen Raum oft als gänzlich anti-pluralistische und somit auch anti-demokratische Kraft verortet wird⁴³⁴, wird zunehmend auch nach solchen positiven Aspekten und tiefer liegenden Ursachen gefragt. Die Populismus-Forscherin Karin Priester konstatiert beispielsweise über das Phänomen, es sei unter anderem das „Ergebnis einer gestörten Kommunikationsbeziehung zwischen Eliten und Volk“⁴³⁵ und könne deshalb als dahingehendes Frühwarnsystem fungieren.⁴³⁶ Während der Populismus, der ohnehin für seine politische Wandelbarkeit und Komplexität berüchtigt ist, zweifellos problematische Aspekte beinhaltet und in vielen

⁴³⁰ Vgl. Mill: OL, 246.

⁴³¹ Mill: OL, 46.

⁴³² Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp 2017, 18.

⁴³³ Vgl. Pelinka, Anton: „Populismus. Zur Karriere eines Begriffes“. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hg.), Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie? Wien: New Academic Press 2012, 9-20., 18f. Vgl. Werz, Nikolaus: „Einleitung. Populismus und Populisten“. In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Wiesbaden: Springer 2003, 7-14, 7.

⁴³⁴ Vgl. z.B.: Müller: Was ist Populismus?, 14, 19, 26.

⁴³⁵ Priester, Karin: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt/New York: Campus 2007, 28.

⁴³⁶ Vgl. Priester: Populismus, 28.

Ausformungen, spezifisch einer rechts-autoritär konnotierten, tatsächlich als anti-demokratische Kraft klassifiziert werden kann, wollen wir uns an dieser Stelle im Besonderen mit dieser distinkt korrektiven Funktion und Ausformung beschäftigen und sie anschließend mit John Deweys simpler Analogie des drückendes Schuhs in Beziehung setzen.

Die (oft moralisch konnotierte) Polarisierung des Volkes mit den herrschenden Eliten stellt, wie bereits erwähnt, ein zentrales Merkmal populistischer Bewegungen dar. Nicht selten wird dabei der „common man“ mit „common sense“ dem wissenschaftlich-abstrakten und als weltfremd wahrgenommenen Wissen als überlegener und dennoch vernachlässigter Gegenpol gegenüber gestellt.⁴³⁷ Es kann also von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber herrschenden Eliten und im Besonderen auch ExpertInnen, die als bevormundende Sozialingenieure empfunden werden, gesprochen werden, die auch in Anti-Intellektualismus und reflexartige Bürokratie- und Institutionenfeindlichkeit kippen können.⁴³⁸ Das gewöhnliche Volk, so der übliche Impetus, muss sich gegen die intellektuelle Bevormundung einer abgehobenen, elitären Klasse behaupten, sich zumindest wieder Gehör verschaffen.⁴³⁹ Besonders beim sogenannten Protest-Populismus, der gewöhnlich auf schmale Themen und Anliegen fokussiert ist und diese mittels direkter Aktionen zu artikulieren sucht, ist diese Inszenierung als vergessener und benachteiligter Teil des Volkes oft sehr ausgeprägt.⁴⁴⁰ Waren schon die Urheber des Populismus-Begriffs, die amerikanische People's Party, mit ihren Protesten gegen die Macht von Eisenbahneignern, Trusts und Großbanken dieser Kategorie zuzuordnen, so fallen in der aktuellen politischen Landschaft beispielsweise Bürgerproteste wie Stuttgart 21 oder auch die Occupy-Bewegung darunter.⁴⁴¹ Besonders die Slogans der letzteren veranschaulichen diesen Behauptungsgestus der zu Unrecht unterdrückten Mehrheit paradigmatisch: ‚Wir sind die 99 %‘, lautet die durchgängige Botschaft, eine Re-Affirmation des Volkes gegen das ominöse eine Prozent, gegen ‚die da oben‘. Oft ist dabei eine moralisierende und ihrerseits exkludierende Komponente augenscheinlich: Die Eliten werden als dem „wahren Volk“ gegenüber feindlich konstruiert und von dieser Gruppe gleichsam ausgeschlossen.⁴⁴² Interessanterweise vollzieht sich also in diesem populistischen

⁴³⁷ Vgl. Priester: Populismus, 8.

⁴³⁸ Vgl. Priester: Populismus, 25.

⁴³⁹ Vgl. Priester: Populismus, 8.

⁴⁴⁰ Vgl. Priester, Karin: Wesensmerkmale des Populismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (26.1.2012) Online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all> [13.6.2018].

⁴⁴¹ Vgl. Priester: Wesensmerkmale des Populismus.

⁴⁴² Vgl. Müller: Was ist Populismus?, 42.

Gedankengang die Wiederaufrichtung des Antagonismus zwischen Herrschenden und Beherrschten, den Mill als kennzeichnend für die vordemokratische Auffassung von Freiheit ansieht und den Dewey so dringlich zu überwinden trachtet. Diese Kritik am ‚Establishment‘ findet besonders in krisenhaften Zeiten und Umständen geeigneten Nährboden, kann aber auch gerade deshalb als Indikator für bestehende und ungenügend gelöste Spannungsfelder angesehen werden, ja selbst für unlösbare Spannungsfelder, die der modernen Demokratie gleichsam eingeschrieben sind, wie beispielsweise das angemessene Verhältnis von Repräsentation und Volkssouveränität, mit welchem die Eliten-Frage stark verknüpft ist.⁴⁴³ Populismus könnte somit als eine Reaktion auf diese allgemeine Ambivalenz, und damit als natürlicher Bestandteil der repräsentativen Demokratie betrachtet werden, als immer mögliche Kritik an dieser, nicht demokratisch genug zu sein und somit als Ermahnung, nicht zu sehr in eine oligarchische oder expertokratische Regierungsform zu kippen.⁴⁴⁴ Auch das mittlerweile vorherrschende neoliberale Narrativ, das im Sinne der von Dewey so scharf kritisierten Laissez-Faire Doktrin politische Deliberation und freie Wahl des Volkes mit dem Verweis auf vermeintliche ökonomische Alternativlosigkeiten zunehmend unterminiert, kann als weiterer Faktor angesehen werden, der dem Populismus als Krisenphänomen und Rebellion gegen solche „Verkrustung und vermeintlichen Alternativlosigkeit“⁴⁴⁵ Auftrieb verschafft.⁴⁴⁶ Trotz aller problematischen Elemente und dem zweifellos vereinfachenden und anti-intellektuellen Habitus kann Populismus in dieser Ausformung als Protest- und Krisenphänomen also durchaus als Seismograph für ungelöste, vernachlässigte und tabuisierte Themen und Sorgen der Bevölkerung fungieren.⁴⁴⁷

An dieser Stelle wollen wir uns einer schlagkräftigen Analogie Deweys zuwenden. In *The Public and its Problems* weist er auf einen zentralen, die demokratische Regierung im Besonderen auszeichnenden Aspekt hin: Die grundsätzliche Anerkennung der Existenz gemeinsamer Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft, worin diese auch immer bestehen mögen.⁴⁴⁸ Die

⁴⁴³ Vgl. Priester: Wesensmerkmale des Populismus.

⁴⁴⁴ Vgl. Pelinka: Populismus, 15.

⁴⁴⁵ Priester: Populismus, 28.

⁴⁴⁶ Vgl. Decker, Franz: Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs. In: Bundeszentrale für politische Bildung (26.1.2012)
Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/75850/populismus-und-der-gestaltwandel-des-demokratischen-parteienwettbewerbs?p=all> [13.6.2018].

⁴⁴⁷ Vgl. Priester: Wesensmerkmale des Populismus.

Vgl. Werz, Einleitung, 11.

⁴⁴⁸ Vgl. Dewey: PP, 224.

Interessen des ehemals zur Irrelevanz verdamnten Pöbels sind gezwungenermaßen von Interesse für eine demokratische Regierung. Obliegt die politische Lösung und Ausgestaltung erhobener Probleme und Anliegen zwar den politischen und intellektuellen Eliten, so ist eine Einbeziehung des Volkes zur Erörterung seiner eigenen Interessen unerlässlich, ein Punkt, den Mill bereits in seiner Argumentation für das Wahlrecht der Arbeiterschaft anbringt. Dieses Verhältnis zwischen administrativen sowie intellektuellen Eliten, die über notwendiges Know-How, Expertise und prozedurales Wissen zur konkreten Umsetzung verfügen, und der Bevölkerung, deren Interessen sie mit diesen Ressourcen zu verfolgen haben, bringt Dewey folgendermaßen auf den Punkt: “The man who wears the shoe knows best that it pinches and where it pinches, even if the expert shoemaker is the best judge of how the trouble is to be remedied.”⁴⁴⁹ An dieser Stelle ist man fast an Tocqueville erinnert, der die angemessene Rolle regierender Eliten ebenfalls in der Herrschaft im Sinne des Volkes, also für demokratische Ziele, mittels ‚aristokratischer‘ Mittel wie Weitsicht, Informiertheit und Erfahrung besteht, wobei diese für Dewey längst nicht mehr aristokratisch sind, sondern schlicht und einfach Mittel und Merkmale von intelligenter Scientific Inquiry. Wie dem Schuhmacher kommt ExpertInnen und Regierenden also die zentrale Rolle zu, die Probleme des Volkes adäquat und effizient zu lösen. Zu diesem Zweck müssen die genannten Eliten daher immer in aktivem Austausch mit den Interessen ihrer KlientInnen bleiben, am Puls der öffentlichen Deliberation, im Rahmen welcher allgemeine gesellschaftliche Anliegen, Probleme und Interessen ausdiskutiert und verhandelt werden, wenn sie dieser legitimen und durchaus zentralen Funktion gerecht werden wollen.⁴⁵⁰ Eine Regierung von ExpertInnen, die sich jedoch von den Interessen der Massen abkoppelt und aufhört, durch sie informiert und geleitet zu sein, muss für Dewey unweigerlich zu einer Oligarchie degenerieren.⁴⁵¹ Solche fehlgeleiteten Eliten sind, wir erinnern uns an Tocquevilles Analyse, gerade wenn sie besonders kompetent sind, eine weitaus größere Gefahr für die Demokratie und das Wohlbefinden der Bevölkerung als ein vielleicht mittelmäßiges und impulsives Volk. Entgegen den Diffamierungsversuchen der Demokratie-Gegner seiner Zeit formuliert Dewey daher eine pointierte und wirkmächtige Verteidigung des Volkes: “The world has suffered more from leaders and authorities than from the masses.”⁴⁵² Anstatt also mit intellektueller Arroganz auf das vermeintlich so

⁴⁴⁹ Dewey: PP, 224.

⁴⁵⁰ Vgl. Dewey: PP, 224f.

⁴⁵¹ Vgl. Dewey: PP, 225.

⁴⁵² Dewey: PP, 225.

problematische Volk hinabzublicken, tun Eliten gut daran, sich diese Tatsache gründlich zu vergegenwärtigen. Auch wenn das Volk nicht kompetent genug sein mag, die von ihm identifizierten Probleme zu beheben, so ist ihre Diagnostizierung dieser Probleme, die Verortung des Drückens im metaphorischen Schuh, zunächst grundsätzlich zur Kenntnis zu nehmen und anzuerkennen. Diese Feedback-Schleife zwischen Bevölkerung und Eliten, in welcher das Volk mittels öffentlicher Deliberation Probleme aufwirft, welche sogleich von den Eliten mittels relevanter Expertise bestmöglich gelöst werden, worauf die Dissemination der dabei gewonnenen Erfahrungen zurück an das Volk erfolgt, welches seinerseits somit auf möglichst informierter Grundlage zukünftige und neue Probleme erörtern kann, ist also für Dewey der Kern einer konstruktiven Beziehung zwischen Volk und ExpertInnen jeder Art. SpezialistInnen, ja sogar PhilosophInnen, müssen ihre Ansprüche auf endgültige, substantielle Antworten, ihre Unfehlbarkeitsansprüche also, dabei aufgeben und sich damit zufriedengeben, ihre Expertise in den Dienst dieses Austausches zu stellen.⁴⁵³ In dieser Funktion werden Eliten von Dewey demnach auch nicht nur anerkannt, sondern explizit begrüßt und als ganz wesentlicher Teil einer wohl funktionierenden demokratischen Öffentlichkeit konstituiert. Sie sind allerdings Teil der Prozesse dieser Öffentlichkeit und stehen nicht über diesen.⁴⁵⁴ Gegenüber unrechtmäßigen Machtbestrebungen und als Schutzwall gegen die Oligarchisierung muss einem demokratischen Volk also einerseits auf jeden Fall „an intelligent distrust of its leadership“⁴⁵⁵ zugestanden werden. Andererseits erkennen wir, dass das Verhältnis zwischen Eliten und Volk in einer modernen, repräsentativen Demokratie auch maßgeblich von einem gewissen Maß an gegenseitigem Vertrauen geprägt sein muss, wenn es diese konstruktive Funktion erfüllen soll. Wenn ein kompetentes Volk den Eliten, ähnlich wie der Patient dem Arzt in Mills Analogie, einen gewissen Vertrauensvorschuss und freien Handlungsspielraum für die konkrete Umsetzung angestrebter Zustände zugestehen muss, so müssen sich Eliten im Gegenzug nicht nur der gewissenhaften Erfüllung der an sie erteilten Aufträge verschreiben, sondern auch ein grundsätzliches Vertrauen in das Volk setzen, wenn es um die Bestimmung von Problemen, die Verortung der drückenden Stelle im Schuh geht. Ein solches Gleichgewicht gegenseitigen Vertrauens und verantwortungsbewusster Wahrnehmung eigener Befugnisse und Pflichten ist zweifellos ein sensibles und wird auch

⁴⁵³ Vgl. Cunningham: Theories of Democracy, 145.

⁴⁵⁴ Vgl. Cunningham: Theories of Democracy, 145.

⁴⁵⁵ Hook: The Democratic Way of life, 281.

innerhalb demokratischer Ordnungen fluktuieren und stets neu auszuhandeln sein. In diesem Sinne kann der Populismus in der dargestellten Ausformungsweise, gleichsam als „Störer eines Burgfriedens der Etablierten“,⁴⁵⁶ zumindest als ein mögliches Frühwarnsystem für ein Ungleichgewicht in dieser Beziehung, und somit als Korrektiv für ein solches, angesehen werden. Im besten Falle korrigiert der Populismus also Defizite einer repräsentativen Demokratie, wie Volksferne und Intransparenz, indem er die Interessen jener artikuliert und re-affirmiert (wenn auch oft in drastischer und polemischer Weise), die bereits zu lange den drückenden Schuh tragen mussten, und kann somit dazu beitragen, dass WählerInnen ihr Vertrauen in die Politik aufrechterhalten beziehungsweise wiedererlangen.⁴⁵⁷ In jedem Fall ist es also geboten, populistische Forderungen in ihren inhaltlich-programmatischen Dimensionen nicht vorschnell zu verwerfen, sondern sie als Problemdiagnosen eines zum Teil überforderten und vernachlässigten Volkes ernst zu nehmen.⁴⁵⁸

4.5 Ökonomische Ungleichheit und Neoliberalismus im demokratischen Kontext

Den Abschluss unserer Betrachtungen zur Gleichheit bildet ein erneuter Rückgriff auf Deweys Ausführungen zum Stand und Problem des Laissez-Faire Liberalismus, wobei an dieser Stelle dessen Rolle im demokratischen Kontext sowie die Problematik enormer ökonomischer Ungleichheit von vorrangigem Interesse sind.

So wirft Dewey den Verteidigern der Laissez-Faire Doktrin ihre Rationalisierung wachsender ökonomischer und gesellschaftlicher Ungleichheiten vor. Er identifiziert zwei übliche Reaktionen: zum einen der Verweis auf die Ungleichheit natürlicher Anlagen, bei gleichzeitiger Gleichsetzung dieser mit der Ungleichheit finanzieller Vermögen und gesellschaftlichem Status. Der freie und faire Wettbewerb natürlicher Talente wird also als grundlegende Ursache ökonomischer Ungleichheit angenommen.⁴⁵⁹ Dewey, welcher selbst ein Verfechter eines solchen Wettbewerbs der Fähigkeiten ist, entkräftet dennoch dieses Argument mit dem

⁴⁵⁶ Hartleb, Florian: Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie? In: Bundeszentrale für politische Bildung (26.1.2012)

Online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75856/populismus-als-totengraeber-oder-moegliches-korrektiv-der-demokratie?p=all> [13.6.2018].

⁴⁵⁷ Vgl. Decker, Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs.

Vgl. Hartleb: Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?.

⁴⁵⁸ Vgl. Hartleb: Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?.

⁴⁵⁹ Vgl. Dewey: LSA, 29.

Verweis auf die schiere Disproportionalität ökonomischer Ungleichheiten. Diese seien nämlich so betont, dass sie kaum mehr als verhältnismäßig zu natürlichen Unterschieden angesehen werden könnten, und selbst wenn sie es wären, argumentiert er weiter, so wäre diese Tatsache dennoch als so empörend zu erachten, dass wir trotzdem in diesen natürlichen Prozess mildernd eingreifen sollten.⁴⁶⁰ Denn bloßer Bezug auf ein vermeintlich natürliches Gesetz reicht uns in anderen moralischen Belangen auch längst nicht aus, um das Natürliche auch als das Erstrebens- und Erhaltenswerte anzuerkennen, nein, die Natur kann genauso einen Affront gegen die menschliche Auffassung von Fairness darstellen wie jede künstliche Ungerechtigkeit. So würden beispielsweise nur die Wenigsten dafür argumentieren, man sollte nicht mit künstlichen Mitteln wie medizinischen Prozeduren gegen natürliche Übel wie Säuglingssterblichkeit oder Krankheit vorgehen. Diese Übel für gut zu befinden, nur weil sie natürlicherweise vorkommen, wäre wohl ein naturalistischer Fehlschluss allererster Güteklasse. Genau diese Denkweise verortet Dewey allerdings in dem Bezug auf „natürliche“ ökonomische Gesetze (eigentlich ein Oxymoron, sind ökonomische Systeme doch eigentlich Musterbeispiele für künstlich von Menschenhand errichtete Entitäten), die die Verelendung ganzer Gesellschaftsschichten angeblich auslösten. Gerade in der Emanzipation von scheinbaren Naturnotwendigkeiten bestünde die zentrale Rolle einer, immer in gewissem Ausmaß künstlichen, Gesellschaft, inklusive ihrer Kultur, Technik und Wirtschaftssysteme. Die Regeln eines selbst errichteten Systems als unveränderlich und gegeben zu akzeptieren, wenn sie sich als für die Gesellschaft als nachteilig erweisen, wäre demnach absurd.

Die zweite Argumentationsstrategie der Laissez-Faire Vertreter verfällt dagegen in eine „unceasing glorification of the virtues of initiative, independence, choice and responsibility, virtues that centre in and proceed from individuals as such“,⁴⁶¹ also eine Glorifizierung vermeintlich individualistischer Ideale. Dewey wendet diese Argumentation jedoch um und beschuldigt die Laissez-Faire Doktrin gerade des Verrats an einem tatsächlichen und robusten Individualismus. Sein Einwand ist hier einerseits, wie so oft, ein empirischer:

“Instead of independence, there exists parasitical dependence on a wide scale - witness the present need for the exercise of charity, private and public, on a vast scale. The current argument against the public dole on the ground that it pauperizes and demoralizes those who receive it has an ironical sound when it comes from those who would leave intact the

⁴⁶⁰ Vgl. Dewey: LSA, 29.

⁴⁶¹ Dewey: LSA, 29.

conditions that cause the necessity for recourse to the method of support of millions at public expense.”⁴⁶²

Sein zweiter Einwand gegen die Doktrin ist allerdings ein viel grundsätzlicherer: “it conceives of initiative, vigor, independence exclusively in terms of their *least significant manifestation*. They are limited to exercise in the economic area.”⁴⁶³ Der vermeintliche Fokus auf persönliche Exzellenz wird somit in Deweys Augen zur Farce, bleibt er doch auf ökonomische Klugheit beschränkt und findet kaum Anwendung in anderen Facetten gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie Wissenschaft, Kunst oder Kameradschaftlichkeit,⁴⁶⁴ eine Einseitigkeit, die bereits Tocqueville in Amerika ins Auge sprang.⁴⁶⁵ Jegliche Exzellenz, die sich außerhalb bezahlter Erwerbstätigkeit abspielt, bleibt völlig außen vor. Darin sieht Dewey eine extreme und unhaltbare Überhöhung materialistischer Aspekte auf Kosten von kulturellen Werten, die den Idealen des ursprünglichen Liberalismus, wie ihn auch Mill verstand, entgegenläuft.⁴⁶⁶ “The economic-material phase of life, which belongs in the basal ganglia of society, has usurped for more than a century the cortex of the social body.”⁴⁶⁷

Einerseits soll uns diese scharfsinnige Analyse, die in Zeiten des aktuellen Neoliberalismus nicht weniger aktuell ist als zu Deweys Zeiten, also davor warnen, einen zu engen und auf bloß ökonomisches Geschick beschränkten Exzellenz-Begriff hinzunehmen und stattdessen eine Pluralität möglicher Bereiche herausragender Leistungen und Qualitäten anzuerkennen. Andererseits mahnt Dewey auch davor, den Kapitalismus nicht mit einem notwendigen Grundbestandteil demokratischer Gesellschaften und ihres Wohlstands zu verwechseln. Eine solche Gleichsetzung bezeichnet Dewey gar als „as absurd a piece of metaphysical speculation as human history has ever evolved“,⁴⁶⁸ denn alle die Fortschritte und Errungenschaften in Freiheit, Lebensqualität und materiellem Überfluss sieht er als Errungenschaften der Wissenschaft und Technik an, als Früchte der Scientific Inquiry. Entgegen der Annahmen der Laissez-Faire Doktrin fordert Dewey gerade die aktive Organisation dieses Überflusses, sodass materielle Sicherheit und Fülle für alle Individuen gewährleistet sind.⁴⁶⁹ Nur eine solche sozialisierte und grundlegend solidarische Wirtschaftsform, und das bringt uns sogleich zum

⁴⁶² Dewey: LSA, 29.

⁴⁶³ Dewey: LSA, 29. (eigene Hervorhebung)

⁴⁶⁴ Vgl. Dewey: LSA, 29f.

⁴⁶⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 1090f.

⁴⁶⁶ Vgl. Dewey: LSA, 30.

⁴⁶⁷ Dewey: LSA, 43.

⁴⁶⁸ Dewey: FC, 72.

⁴⁶⁹ Vgl. Dewey: LSA, 62f.

dritten Kapitel unserer Erörterung, kann auch unsere Wertschätzung für unterschiedliche Exzellenz-Auffassungen und das Streben nach diesen gewährleisten und ermöglicht die Befreiung menschlicher Energien zur Verfolgung höherer Werte und Ziele.⁴⁷⁰

⁴⁷⁰ Vgl. Dewey: LSA, 63.

5 Solidarität

Mit Deweys Einforderung positiver Vorbedingungen für tatsächlich freie und gleiche Entfaltungsmöglichkeiten ist bereits ein wesentliches Thema, das uns in diesem Kapitel beschäftigen wird, vorweggenommen, nämlich die Frage nach der Sozialstaatlichkeit, ihren Vorzügen und Verhängnissen und ihrer angemessenen Ausgestaltung. Bei diesem Thema tut sich tatsächlich eine merkliche Kluft zwischen unseren Autoren auf. Wir werden Tocquevilles massiven Vorbehalten gegen staatliche Wohlfahrt begegnen, die sich bei Mill zunächst in abgeschwächter Form wiederfinden, sich aber besonders in seinen letzten Lebensjahren stark zu transformieren scheinen. Dewey wird schließlich am klarsten Partei für eine staatlich regulierte Wohlfahrt ergreifen und diese explizit mit Argumenten für Freiheit und Gleichheit in Bezug setzen. Über die Frage der Verantwortung gegenüber einem sogenannten Gemeinwohl scheinen sich dagegen alle Autoren einig in der klaren Befürwortung solcher Auffassungen, was bei der Vagheit des Begriffs allerdings kaum überrascht. Die Unterschiede in der jeweiligen Auffassung des Gemeinwohls und wie dieses konkret zu erreichen sei, werden noch aufzuzeigen sein, wobei auch im Besonderen die Rolle von Konflikt und Konsens von Interesse sein werden.

Bevor wir uns aber diesen Fragen zuwenden, gilt es, noch eine ganz andere Thematik abzuhandeln, die bereits im Zusammenhang mit dem Spannungsfeld zwischen Volk und Eliten angerissen wurde, nämlich die Rolle, Funktion und Richtung von politischer und gesellschaftlicher Partizipation und Teilhabe. Hier lassen sich bemerkenswerte Ähnlichkeiten feststellen, wenn es um die grundsätzliche Bottom-Up Orientierung aller Autoren geht. Wir werden die Vorbehalte gegen eine übermäßige Zentralstaatlichkeit aller Autoren kurz nachzeichnen und im Anschluss herausarbeiten, warum sie einer pluralistischen, multipolaren und aktiven Partizipation der Bevölkerung so positiv gegenüberstehen. Den Einstieg soll zunächst allerdings eine bis heute höchst relevante Bestandsaufnahme und Problemanalyse der modernen Gesellschaft leisten, da die Ausführungen unserer Autoren in weiten Teilen auch als Reaktion auf diese Problematik gesehen werden können: die fortschreitende Schrumpfung des individuellen Einfluss- und Handlungsbereichs.

5.1 Agency und Individualität in der Massengesellschaft

5.1.1 Die Tyrannei der Zentralgewalt und die Entmachtung des Individuums

“The same equality that allows each citizen to conceive vast hopes makes all citizens individually weak. It limits their strengths on all sides, at the same time that it allows their desires to expand.”⁴⁷¹

Allen unseren Autoren ist bewusst, dass mit einer modernen Massengesellschaft ein akuter Verlust an Identität einhergeht, ein Gefühl individueller Schwäche und Isolation, ja Bedeutungs- und Orientierungslosigkeit. Wir erinnern uns an Tocquevilles Analyse, dass mit zunehmender Gleichheit alle Individuen in ein Konkurrenz-Verhältnis zu allen anderen eintreten, in eine endlose Jagd nach Selbstprofilierung und vor allem ökonomischem Vorteil.⁴⁷² Die Demokratie als diejenige Regierungsform, die maßgeblich auf der Ausweitung der Gleichheit basiert, ist demnach diesen Gefahren in besonderem Maße ausgeliefert.

“Equality places men side by side, without a common bond to hold them. Despotism raises barriers between them and separates them. It disposes them not to think about their fellows and makes indifference into a kind of public virtue. So despotism, which is dangerous in all times, is to be particularly feared in democratic centuries.”⁴⁷³

Die Demokratie bricht die Ketten der feudalen Zugehörigkeiten, “constantly leads [the individual] back toward himself alone and threatens finally to enclose him entirely within the solitude of his own heart.”⁴⁷⁴ Die Folge ist eine radikale Fragmentierung sozialer Rollen und Verantwortlichkeiten, und der Rückzug des überforderten Individuums in seine privaten und unmittelbaren Beziehungen.⁴⁷⁵ Das Volk ist nun zur Ansammlung befreiter und gleicher Individuen geworden, die sich zueinander jedoch in einem Verhältnis der Gleichgültigkeit befinden. Dieses Urteil erscheint durchaus recht hyperbolisch, und tatsächlich zeigt auch Tocqueville Ambivalenzen bezüglich seiner Einschätzung. Zum einen betont er, dass diese Gefahr vor allem in neuen und gerade erst bitterlich errungenen Demokratien relevant sei, wo also gerade das Erbe der Ungleichheit den Genuss der Gleichheit noch vergiftet und wo die bitteren Animositäten zwischen den einst Ungleichen sich also in den Zustand der Gleichheit

⁴⁷¹ Tocqueville: DA, 945.

⁴⁷² Vgl. Tocqueville: DA, 945.

⁴⁷³ Tocqueville: DA, 889.

⁴⁷⁴ Tocqueville: DA, 883.

⁴⁷⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 883.

fortschreiben.⁴⁷⁶ Darin liegt auch der immense Vorteil Amerikas als von Grund auf neu gegründete politische Entität, fern ab der alten feudalen Ordnung und ohne von dieser im selben Ausmaß belastet zu sein. Gerade in Europa, wo dieses Erbe noch tief verwurzelt ist, sieht Tocqueville deshalb in der frühen Phase der Demokratisierung großes Potential für einen Verfall in Despotie, wobei ihm das Beispiel der Französischen Revolution wie so oft tief in den Knochen zu stecken scheint.

Anderenorts zeigt sich Tocqueville noch deutlicher ambivalent in der Frage, ob die zunehmende Gleichheit wirklich zu der beschriebenen Entsolidarisierung führen muss. So sagt er über die Effekte der Gleichheit der Voraussetzungen zwar erneut an einer Stelle: "When conditions are equal, each man willingly becomes isolated within himself and forgets the public."⁴⁷⁷ Nur kurz zuvor postuliert er dagegen: "The more similar conditions become, the more men exhibit [a] reciprocal disposition for mutual obligation."⁴⁷⁸ Obwohl die erste Deutung in seinen Ausführungen überwiegt, scheint sich Tocqueville also selbst nicht ganz sicher zu sein, ob die Gleichheit nun solidarisiert oder entsolidarisiert, uns von der Gesellschaft abschottet, oder mit ihr verbindet.

Eindeutiger ist dagegen seine Haltung gegenüber der stetigen Zentralisierung, die er als wesentliches Merkmal seines Zeitalters ansieht.

"While the old social state of Europe deteriorates and dissolves, sovereigns develop new beliefs about their abilities and their duties; they understand for the first time that the central power that they represent can and must, by itself and on a uniform plan, administer all matters and all men."⁴⁷⁹

In diesem zunehmend überbordenden Anspruch der zentralen Verwaltung und Bevormundung erkennt Tocqueville große Gefahren und die Quelle einer radikalen Entmachtung des Individuums. Die gesellschaftliche Übermacht, die "unity, ubiquity, omnipotence of the social power"⁴⁸⁰, schwingt sich zum Sinnbild einer „unique, simple, providential and creative power“⁴⁸¹ auf, während das Individuum seiner Handlungs- und Einflussmöglichkeiten sukzessive beraubt wird und sich letztlich in der Masse auf- und untergehen sieht.⁴⁸² Tatsächlich wird Tocquevilles Begriff von der Tyrannei der Mehrheit im

⁴⁷⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 886.

⁴⁷⁷ Tocqueville: DA, 1141.

⁴⁷⁸ Tocqueville: DA, 1006.

⁴⁷⁹ Tocqueville: DA, 1198.

⁴⁸⁰ Tocqueville: DA, 1198.

⁴⁸¹ Tocqueville: DA, 1199.

⁴⁸² Vgl. Tocqueville: DA, 1196.

zweiten Teil der *Democracy in America* nicht mehr gebraucht und weicht der Untersuchung dieser noch subtileren und mildereren Kraft.⁴⁸³ In der Milde und auch der Effizienz einer solchen weichen Tyrannei der Zentralisierung liegt gerade ihr Verhängnis, denn durch diese wird sie nicht mehr geflohen und hinterfragt, sondern begrüßt, was langfristig die Bevölkerung in einem Zustand der Abhängigkeit und Unmündigkeit zurücklassen muss.

“Above those men arises an immense and tutelary power that alone takes charge of assuring their enjoyment and of looking after their fate. It is absolute, detailed, regular, farsighted and mild. It would resemble paternal power if, like it, it had as a goal to prepare men for manhood; but on the contrary it seeks only to fix them irrevocably in childhood; it likes the citizens to enjoy themselves, provided that they think only about enjoying themselves.”⁴⁸⁴

Wir sehen sogleich, inwiefern diese Gefahr auch mit der allzu großen demokratischen Liebe für materielle und kurzfristige Freuden korreliert, für die hier systematisch ein langwieriger und fordernder Prozess der Reifung eingetauscht wird. Der Mensch fällt also nur allzu bereitwillig in eine selbstbezogene politische Apathie und geht seinen privaten Freuden und Unternehmungen nach, “he exists only in himself and for himself alone, and if he still has a family, you can say that at least he no longer has a country.”⁴⁸⁵ Steven Bilakovicz zieht hier den passenden Vergleich zu den Szenarien in Aldous Huxleys *Brave New World* oder auch Neil Postmans *Amusing Ourselves to Death*.⁴⁸⁶ Tocqueville warnt also, besonders im zweiten Teil seiner Analyse zu Amerika, nicht vor einer Dystopie offener Unterdrückung, sondern im Gegenteil vor einer sanften, und schleichenden; einer letztlich komfortablen Tyrannei der Infantilisierung, die nicht mehr geflohen, sondern willkommen geheißen wird. „[I]t does not break wills, but it softens them, bends them and directs them”.⁴⁸⁷ Eine solche Zentralgewalt arbeitet nicht gegen, sondern für das Glück der Bevölkerung, erhebt dabei jedoch den Anspruch, einzige Quelle und einziger Agent dieses Glücks zu sein. Sie beherrscht im Namen des Glücks der Beherrschten, “attends to their security, provides for their needs, facilitates their pleasures, conducts their principal affairs, directs their industry, settles their estates, divides their inheritances”.⁴⁸⁸ Sie enthebt die Bevölkerung so vollständig wie möglich von “the

⁴⁸³ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 78.

⁴⁸⁴ Tocqueville: DA, 1250.

⁴⁸⁵ Tocqueville: DA, 1250.

⁴⁸⁶ Vgl. Bilakovicz, Steven: *Democracy without Politics*. Cambridge (MA)/London: Harvard University Press 2012, 219.

⁴⁸⁷ Tocqueville: DA, 1252.

⁴⁸⁸ Tocqueville: DA, 1251.

trouble to think and the difficulty of living”,⁴⁸⁹ erzwingt selten Handlungen, aber verhütet eigenständiges Handeln, wodurch die menschliche Aktivität verkümmert.⁴⁹⁰ “[F]inally it reduces each nation to being nothing more than a flock of timid and industrious animals, of which the government is the shepherd.”⁴⁹¹ Für diesen bedauerlichen Zustand und die menschliche Disposition, ihn nicht nur zu ertragen, sondern zu genießen, so Tocqueville, habe die Gleichheit sehr wohl den Boden bereitet.⁴⁹² Deshalb könne diese Art der Unterwerfung äußerlich in völligem Einklang mit den Formen der Freiheit etabliert werden, “in the very shadow of the sovereignty of the people.”⁴⁹³

5.1.2 Überforderung durch Komplexität der Handlungszusammenhänge

“Even when [consequences] can be anticipated, the results are produced by factors over which the average person has hardly any more control than he has over those which produce earthquakes.”⁴⁹⁴

John Dewey beschäftigt sich ebenfalls wiederholt mit dem Problem der Selbstwirksamkeit, insbesondere der Absehbarkeit eigener und gesellschaftlicher Handlungskonsequenzen in einer Zeit der exponentiell anwachsenden und zunehmend undurchschaubaren Komplexität. Die Menschen befinden und erkennen sich “in the grip of immense forces whose workings and consequences they have no power of affecting”⁴⁹⁵, wobei er im Besonderen auf die sich verselbstständigenden Dynamiken des menschen-gemachten ökonomischen Systems anspielt, dem, zum natürlichen und alternativlosen System hochstilisiert, alle Akteure mehr oder weniger hilflos gegenüberstehen und ausgesetzt sind.⁴⁹⁶ In diesem Kontext sind wir auch bereits Deweys Kritik an einer sensationalistischen Informationskultur begegnet, die moderne Bürgerinnen und Bürger zwar permanent mit isolierten Informationen und Ereignissen versorgt, dabei aber Zusammenhänge und sinnstiftende Narrative vernachlässigt und so das Gefühl der Isolation und der Hilflosigkeit letztlich verschärft.⁴⁹⁷ Gegen eine zu leichtfertige Arroganz in Bezug auf den scheinbaren Wissens- und Informationsreichtum seiner Zeit

⁴⁸⁹ Tocqueville: DA, 1251.

⁴⁹⁰ Vgl. Tocqueville: DA, 1252.

⁴⁹¹ Tocqueville: DA, 1252.

⁴⁹² Vgl. Tocqueville: DA, 1251f.

⁴⁹³ Tocqueville: DA, 1253.

⁴⁹⁴ Dewey: FC, 58.

⁴⁹⁵ Dewey: FC, 159.

⁴⁹⁶ Vgl. Dewey: FC, 58.

⁴⁹⁷ Vgl. Dewey: FC, 44.

erinnert er an dieses Faktum der Orientierungslosigkeit einer bloß theoretisch „informierten“ modernen Öffentlichkeit, wobei seine Unterscheidung zwischen Wissen und Verstehen sehr augenscheinlich wird. Es lohnt sich, seine Ausführungen in voller Länge zu betrachten, da sie auch heute noch, im sogenannten ‚Information Age‘, beunruhigend zutreffend sind:

“Before we engage in too much pity for the inhabitants of our rural regions before the days of invention of modern devices for circulation of information, we should recall that they knew more about the things that affected their own lives than the city dweller of today is likely to know about the causes of his affairs. They did not possess nearly as many separate items of information, but they were compelled to know, in the sense of *understanding*, the conditions that bore upon the conduct of their own affairs. Today the influences that affect the actions performed by individuals are so remote as to be unknown. We are at the mercy of events acting upon us in unexpected, abrupt, and violent ways.”⁴⁹⁸

Jeder Bauer, der vielleicht noch niemals über den Tellerrand seines Geburtsortes hinausgeblickt hatte, verstand also tatsächlich mehr von den Umständen und Faktoren, die sein eigenes Leben betrafen, als der scheinbar informierte, ja vielleicht hoch gebildete urbane Bürger der modernen Demokratie. Diese Tendenz faktischer Hilflosigkeit und Überforderung läuft nun, wie unschwer ersichtlich ist, dem Ziel der Demokratie, das ja gerade in der Verteidigung Schaffung von mehr Wahl, mehr Handlungs-, Gestaltungs- und Freiräumen bestehen sollte, diametral entgegen. In einer solchen Situation, in welcher scheinbar auch politischen Akteuren in Bezug auf zentrale Aspekte die Hände gebunden sind, wird die demokratische Wahl zur Farce und verkommt zur Ernennung und periodischen Auswechslung eines Zugführers, der unfähig ist, den Kurs des Zuges zu verändern. Dewey erkennt diese Tendenz auch in dem Aufblühen ganz dementsprechender Sozialtheorien wieder, welche die Einflussgröße Mensch auf nahezu Null reduzieren, darunter nicht zuletzt die marxistische Degradierung des Individuums auf die bloße Charaktermaske des Systems sowie die Reduktion der enormen Pluralität gesellschaftlicher Phänomene auf den Faktor ökonomischer Verhältnisse.⁴⁹⁹

Nicht zuletzt auf die erörterten Probleme individueller Agency und Isolierung soll in den folgenden Kapiteln über Teilhabe und Partizipation ein Antwortversuch unternommen werden.

⁴⁹⁸ Dewey: FC, 44f. (Hervorhebung im Original)

⁴⁹⁹ Vgl. Dewey: FC, 75-77.

5.2 Partizipation und Teilhabe

5.2.1 Entwicklung und Passivität – Input versus Output

Bevor wir uns den Ausführungen unserer Autoren zum Thema der Partizipation zuwenden, sei ein cursorischer Blick auf den begrifflich-theoretischen Rahmen geworfen werden, auf den im Laufe dieser Erörterung Bezug genommen wird, nämlich die Gegenpole der entwicklungsorientierten und protektiven sowie der input- und output-orientierten Demokratietheorien.

Cunningham verortet den zentralen Unterschied zwischen entwicklungsorientierten und protektiven Theorien in ihren Konzeptionen der menschlichen Natur. Während zwischen diesen Positionen gemeinhin Einigkeit über die Wichtigkeit des Schutzes individueller Rechte und Freiheiten herrscht, führt die Entwicklungsorientierung zu einem stärkeren Fokus auf die aktive Einbindung der durchschnittlichen Bevölkerung und enthält ein gewisses Vertrauen in ihre Fähigkeiten und vor allem Potentiale.⁵⁰⁰ Protektive Theorien, wie sie paradigmatisch durch Schumpeterianische Ansätze exemplifiziert werden können, stehen dem Volk und dessen Partizipation dagegen pessimistisch gegenüber und sehen in reger Beteiligung eher Gefährdungspotential als Mehrwert.⁵⁰¹

Eine andere Differenzierung, die jedoch in eine ähnliche Kerbe schlägt, kann mit dem Input-Output-Modell von David Easton vorgenommen werden.⁵⁰² Den idealtypischen Gegensatz dieser Orientierungen veranschaulicht Salzborn pointiert mit der unterschiedlichen Priorisierung der Elemente des Demokratiebegriffs: Input-Theorien sind auf *Demokratie* ausgelegt, also die möglichst umfassende Partizipation und Repräsentation des Volkes, während die Output-Theorien auf *Demokratie* fokussieren, also auf die Optimierung stabiler Strukturen und möglichst effiziente und reibungslose Steuerung durch eine schmale politische Elite.⁵⁰³ Des weiteren weisen Input-Theorien ihrer Ausrichtung nach eine Priorisierung der Freiheit über Sicherheit auf, während diese Präferenz sich bei output-orientierten Theorien ins Gegenteil verkehrt.⁵⁰⁴

Nachdem die Grundbegrifflichkeiten dieser natürlich idealtypischen Positionen knapp etabliert wurden, zeigt sich bereits eine klare Tendenz, was die Ausrichtung unserer Autoren

⁵⁰⁰ Vgl. Cunningham: *Theories of Democracy*, 33.

⁵⁰¹ Vgl. Cunningham: *Theories of Democracy*, 33.

⁵⁰² Vgl. Salzborn, Samuel: *Demokratie: Theorien, Formen, Entwicklungen*. Baden-Baden: Nomos 2012, 48.

⁵⁰³ Vgl. Salzborn: *Demokratie*, 48, 51.

⁵⁰⁴ Vgl. Salzborn: *Demokratie*, 48.

angeht. Der große Wert, den alle drei auf den prozesshaften Charakter der Demokratie legen, wurde bereits sehr deutlich herausgearbeitet. Gerade diese Prozesse der öffentlichen Meinungsbildung und der Formierung von Zielen und geeigneten Mitteln der Umsetzung, mit all ihren Fluktuationen, Diskontinuitäten und Ineffizienzen, sind für sie der maßgebliche Ort menschlichen Wachstums. Der mündige Bürger ist für unsere Autoren sowohl Mittel als auch Zweck, ganz im Einklang mit der entwicklungs- und inputorientierten Tradition, und die Stoßrichtung politischer Partizipation und Aktion erfolgt für alle drei, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, sehr maßgeblich von unten nach oben und erfüllt erzieherische Funktionen. Wir wollen uns sogleich einem zentralen Lokus dieser Bottom-Up Partizipation demokratischer Bürgerinnen und Bürger zuwenden: der Assoziation.

5.2.2 Assoziationen als Korrektiv gegen Zentralisierung

Gegen die entindividualisierende Dynamik der überhandnehmenden Systemzusammenhänge verfechten alle unsere Autoren eine der Tendenz nach föderale, dezentrale und pluralistische Vision der weitestmöglichen Selbstregierung und -bestimmung lokaler Gemeinschaften und Zusammenschlüsse, gleichsam eine Multiplikation der konkreten und erfassbaren Polis-Öffentlichkeit innerhalb des staatlichen und abstrakten Ganzen. Die Assoziation ist das erste und basalste Mittel zu diesen Zwecken. Tocqueville sieht sie als formidables Korrektiv, das der Tendenz zur Isolierung in Amerika erfolgreich entgegenwirkt. Sein Begriff von Assoziation ist dabei sehr breit gefasst und ähnelt in seiner Bedeutung dem heutigen soziologischen Begriff der Gruppe.⁵⁰⁵ Dadurch verliert der Begriff also auch einiges an Schärfe. "Tocqueville calls almost any grouping of more than two people an association: marriage, [...] a private club, a joint business venture, a political party, a township, a nation, even the human race."⁵⁰⁶ Diese definitorische Breite sollte also im Gedächtnis behalten werden. Jedenfalls bringt der sonst so kritische Beobachter der amerikanischen Gesellschaft nichts als Lob und Bewunderung für die dort so zahlreichen, blühenden und aktiven Assoziationen auf. Neigt er sonst selten dazu, die amerikanische Demokratie als klares Vorbild und Modell zukünftiger Demokratien in Europa darzustellen, sieht er in diesem Aspekt der dort wirksamen Kultur ganz essentielle Instrumente zur Verhinderung der von ihm so düster antizipierten Zentralisierung. Weit davon entfernt, eine Rückkehr zu den aristokratischen Machtpolen zu fordern, setzt er seine

⁵⁰⁵ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 25.

⁵⁰⁶ Mansfield: Tocqueville, 25.

Hoffnung in die Assoziationen, die diese Rolle der überkommenen Aristokratie übernehmen können, ohne dabei dieselben Nachteile aufzuweisen. Die Freiheit und Gleichheit der einzelnen Mitglieder bleiben in der Assoziation intakt, während dennoch ihre Einflussbereiche durch den Zusammenschluss signifikant expandieren.⁵⁰⁷ “[S]imple citizens by associating together can constitute very wealthy, very influential, very strong beings, in a word *aristocratic persons*.”⁵⁰⁸

Auch Dewey erkennt (vermutlich) ganz unabhängig von Tocqueville die enorme Rolle von assoziativen Vereinigungen an und konkretisiert diese in seinen Ausführungen. Gruppen und Zusammenschlüsse, so argumentiert er in ganz ähnlicher Weise wie Tocqueville, nehmen in der modernen, demokratischen Gesellschaft die Rolle und Funktion ein, die früher von Individuen eingenommen wurden.⁵⁰⁹ Dieser Potenz der kooperativen Aktion, für Dewey unter anderem in Gewerkschaften, Verbänden, Großunternehmen und Interessensvereinigungen aller Art exemplifiziert, folgt allerdings ein Schock der Theorie selbstregulierter und selbstregierender Individuen auf den Fuß: „massed activity has a potency which individual effort can no longer claim.”⁵¹⁰ Somit scheint im modernen Kontext ein für alle mal die relative Bedeutungslosigkeit des isolierten Individuums festgeschrieben und das Prinzip der Kooperation, das Dewey mit der Brüderlichkeit der französischen Formel gleichsetzt⁵¹¹, wird zum obersten Gebot und Mittel für wirkmächtige Partizipation der Einzelnen. Die Assoziation kombiniert die Anstrengungen und Ambitionen der Mitglieder und bildet eine Brücke von konkreten individuellen Anliegen und der abstrakten, gesamtgesellschaftlichen Ebene. Als solche erfüllt sie auch einen erzieherischen Effekt auf das Denken der individuellen Mitglieder, der von Tocqueville und Dewey gleichermaßen postuliert wird.

Tocqueville sieht in den Assoziationen, und dabei vor allem in der Gemeinde, in der er die kleinste und einzig gleichsam natürlich auftretende Form der Assoziation verortet⁵¹², ein enormes Potential zur Entschärfung der negativen Folgen des Individualismus und der entsolidarisierten Gleichheit. Die Gemeinde bietet nicht nur ein konstruktives Objekt der Ambitionen und Leidenschaften der Vielen⁵¹³, sondern lehrt die Menschen auch durch die

⁵⁰⁷ Vgl. Tocqueville: DA, 1267.

⁵⁰⁸ Tocqueville: DA, 1268. (eigene Hervorhebung)

⁵⁰⁹ Vgl. Dewey: FC, 63.

⁵¹⁰ Dewey: FC, 63.

⁵¹¹ Vgl. Dewey: FC, 22.

⁵¹² Vgl. Tocqueville: DA, 101.

⁵¹³ Vgl. Tocqueville: DA, 112.

unmittelbare Erfahrung gemeinsamer und koordinierter Aktion und Selbstregierung, über eigene, egoistische Interessen und Selbstbezogenheiten hinauszugehen. Der Trotz und Stolz der isolierten Gleichen, sich irgendetwas oder irgendjemandem unterzuordnen, werden hier gedämpft, das Individuum lernt, in der Unterordnung keine Demütigung, sondern ein nützliches und potentes Instrument zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu sehen.⁵¹⁴ Dieser Lernprozess entfaltet sich anhand von scheinbar banalen, aber ganz konkreten und dennoch individuelle Kapazitäten überschreitenden Vorhaben wie dem Bau einer Straße, also Themen von relativ eingeschränkter politischer Tragweite, die daher auch ohne viel Gefahr getrost der lokalen Organisation und Durchführung anvertraut werden können. In diesen Dingen fordert Tocqueville daher weitest mögliche lokale Autonomie zur Selbstverwaltung. Der anrichtbare Schaden ist von begrenztem Ausmaß und die Vorteile sind enorm, denn gerade in den kleinen und alltäglichen Dingen sei die Freiheit oft wichtiger als in den großen, während Bevormundung und Fremdbestimmung in diesen kleinsten Belangen kontinuierlich an der Bevölkerung nage und die menschliche Seele ungleich nachhaltiger degradiere.⁵¹⁵ Durch die freiwillige Unterordnung in einen Zusammenschluss zu gemeinsamen Zwecken sieht Tocqueville folglich die Grundbedingung für eine bessere und umfassendere Nutzung der persönlichen Freiheit. Der Einzelne kann sich zugleich an der Freiheit wie an seiner Geselligkeit erfreuen. „He has learned, as if in primary school, that he can obey and still be free.“⁵¹⁶ Deshalb sieht Tocqueville in starken und aktiven Gemeinden die Wurzel einer freien Gesellschaft insgesamt, wobei er erneut auf die Grundschulanalgie zurückgreift.

“Town institutions are to liberty what primary schools are to knowledge; they put it within the grasp of the people; they give them a taste of its peaceful practice and accustom them to its use. Without town institutions, a nation can pretend to have a free government, but it does not possess the spirit of liberty.”⁵¹⁷

Auf einen weiteren und ganz pragmatischen Aspekt der Selbstregierung und aktiven Partizipation verweist Tocqueville in Bezug auf Gesetzgebung: Zwar seien die amerikanischen Gesetze, an deren Ausgestaltung die Bevölkerung beteiligt ist, aus diesem Grund oftmals von mittelmäßiger Qualität, aber ihr populärer Ursprung verleihe ihnen dafür eine umso größere

⁵¹⁴ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 22f.

⁵¹⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 1259.

⁵¹⁶ Mansfield: Tocqueville, 22.

⁵¹⁷ Tocqueville: DA, 102.

Legitimität.⁵¹⁸ Er bringt an dieser Stelle kontraktualistische Elemente in seine Argumentation ein:

“[H]owever annoying the law, the inhabitant of the United States submits without trouble, not only as a work of the greatest number, but also as his own; he considers it from the point of view of a contract to which he would have been a party.”⁵¹⁹

Die möglichst intensive Partizipation an der Ausgestaltung der Regeln des menschlichen Zusammenlebens bedingt demnach eine stärkere Identifikation und somit größeren Respekt vor eben diesen Regeln. Es soll an dieser Stelle nur am Rande auf einen interessanten blinden Fleck in Tocquevilles Bestandsaufnahme der Universalität politischer Partizipation in Amerika hingewiesen werden. So postuliert er an eben dieser Stelle: “In the United States, except for slaves, servants, and the poor provided for by the towns, there is *no one* who is not a voter and who, as such, does not indirectly contribute to the law.”⁵²⁰ Es ist beinahe schon amüsant verblüffend, dass Tocqueville die weibliche Hälfte der Bevölkerung hier scheinbar nicht einmal in Betracht zieht, während er sich anderer Ausschlüsse augenscheinlich bewusst ist. Mit Mill könnte man allerdings die zynische Erwiderung wagen, die Frauen seien wohl in der Kategorie der Sklaven und Bediensteten miteingeschlossen.⁵²¹ Tatsächlich sind Tocquevilles Ideen der angemessenen Rolle der Frau ein ganz eigenes und vertracktes Kapitel, das jedoch bedauerlicherweise den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Obwohl John Dewey sich nicht explizit auf Tocqueville bezieht, lassen sich doch einige bemerkenswerte Parallelen in seinem Konzept der Assoziationen feststellen. Auch für Dewey stellt die Gemeinde die kleinste natürliche Einheit politischer Aktion dar, wobei mit ‚natürlich‘ in diesem Fall die Möglichkeit zur direkten und persönlichen Kommunikation zwischen den Mitgliedern gemeint ist.⁵²² Die Selbstregierung der Gemeinde, exemplifiziert in der Face-to-Face Praxis der Town Hall Meetings, ist auch nach Dewey ein geeignetes Mittel für die Handhabung lokaler Angelegenheiten wie dem Bau von Straßen und Schulgebäuden sowie der allgemeinen Verwaltung der Einkünfte des Bezirks und erfüllt auch für ihn eine maßgebliche Rolle in der Einübung politischer Verantwortungsübernahme und somit in der Vorbereitung für die Partizipation auf höherer und komplexerer Ebene, in weiter reichenden

⁵¹⁸ Vgl. Tocqueville: DA, 392.

⁵¹⁹ Tocqueville: DA, 394.

⁵²⁰ Tocqueville: DA, 394. (eigene Hervorhebung)

⁵²¹ Siehe z.B. Mills beißende Sozialkritik in *Subjection of Women*, 323: “There remain no legal slaves, except the mistress of every house.”

⁵²² Vgl. Dewey: FC, 159.

Angelegenheiten.⁵²³ Hier zieht Dewey aber auch eine klare Grenze: Lokale Partizipation ist kein Allheilmittel in einer Welt globaler Zusammenhänge und kann nicht zwingend die in einer solchen geforderten Einsichten und Fähigkeiten kultivieren.⁵²⁴ Als Schule der Solidarität und Überwindung der individualistischen Selbstbezogenheit erfüllen Gemeinden und Assoziationen im Allgemeinen allerdings auch nach Dewey eine essentielle Funktion. Das dialektische Verhältnis von Freiheit und Einordnung, das sich in ihnen vollzieht, beschreibt er folgendermaßen:

“Individuals can find the security and protection that are prerequisites for freedom only in association with others - and then the organization these associations take on, as a measure of securing their efficiency, limits the freedom of those who have entered into them.”⁵²⁵

Dies enthält einerseits das auch von Tocqueville beschriebene konstruktive Moment gemeinsamer Aktion durch freiwillige Unterordnung, Begrenzung der Freiheit aus freien Stücken zur Erreichung eines höheren Ziels, das in Isolation unmöglich wäre. Andererseits birgt es aber auch die Gefahr, dass solche Organisationen ihrerseits so mächtige Eigendynamiken entwickeln, dass sie diese zentrale Funktion der Kooperation bei gleichzeitiger Wahrung der Freiheit seiner Elemente unterminieren. Die Organisationen, seien es Institutionen, Unternehmen, Verbände oder Parteien, verraten dann die ursprüngliche Funktion der Assoziation, die immer eine freie und zweckgebundene sein sollte, niemals ein Selbstzweck.⁵²⁶ Solche Organisationsformen sind mit Dewey als gleichsam molluskisch zu charakterisieren: „soft individuals within and a hard constrictive shell without”.⁵²⁷ Individuen, so warnt er, treten mittlerweile in Assoziationen ein, die zu bloßen Organisationen verkrustet sind, und werden so wieder Opfer rigider Umstände und Rahmenbedingungen, was den freiwilligen Charakter, der den Kern des Assoziations-Gedanken ausmacht, radikal kompromittiert.⁵²⁸ Es wird sehr deutlich, dass Deweys Kritik sich hier explizit an ökonomische Systeme und Organisationen richtet, eine Gefahr, die er als vernachlässigt ansieht. Fast spottend diagnostiziert er die Blindheit vieler seiner Zeitgenossen für diese sich formierenden und erhärtenden Systeme der Beherrschung.

⁵²³ Vgl. Dewey: FC, 46.

⁵²⁴ Vgl. Dewey: FC, 46.

⁵²⁵ Dewey: FC, 166.

⁵²⁶ Vgl. Dewey: FC, 166.

⁵²⁷ Dewey: FC, 166.

⁵²⁸ Vgl. Dewey: FC, 167.

“Persons acutely aware of the dangers of regimentation when it is imposed by government remain oblivious of the millions of persons whose behaviour is regimented by an economic system through whose intervention alone they obtain a livelihood.”⁵²⁹

Dewey relativiert daher die Befugnisse und Relevanz von Organisationen, sie können bestenfalls als Mechanismen dienen, durch welche (authentische) Assoziationen agieren.⁵³⁰ Solche Assoziationen im ursprünglichen Sinne stehen allerdings immer vor der schwierigen Gratwanderung, Stärke, Stabilität und Kontinuität zu bieten, womit sie ihrer Funktion als Machtzentrum und einflussnehmendem Akteur gerecht werden, und zugleich aber Flexibilität und Spielraum für Veränderung zuzulassen, um die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses sowie experimentelle Offenheit dabei zu wahren. Die Etablierung solcher Assoziationen als Institutionen der Freiheit postuliert Dewey demnach zurecht als zentrale Herausforderung für die Demokratie.⁵³¹

5.2.3 Partizipation als Modus der Entwicklung und Mündigkeit

Wie bereits deutlich wurde, fungiert die selbstverwaltete Gemeinde nach Tocqueville und Dewey als eine Art lebensweltliche Schule der mündigen Bürgerschaft, in welcher die Sitten und innersten Gewohnheiten der Menschen ihren Ursprung nehmen. Im radikalen Kontrast dazu steht die Abgabe und Auslagerung persönlicher und lokaler Verantwortlichkeiten und Aktivitäten an eine zentralisierte, paternalistische Macht. Bei Tocqueville taucht diese sowohl als moderner Zentralstaat als auch als wohlwollender Despot auf. Die negativen Folgen auf die Entwicklung der Bevölkerung in einem solchen Zustand wurden bereits dargelegt. In ihm werden passive und unfreie Geister kultiviert, die nichts mehr als innerhalb ihres Zuständigkeits- und Einflussbereiches betrachten⁵³²; “subjects are still found [...], but citizens are seen no more.”⁵³³ Während zentrale, akribisch geplante und organisierte Verwaltung also zweifellos mehr Effizienz und Sicherheit mit sich bringen würde, überwiegen für Tocqueville die Vorteile einer weniger als perfekten Selbstverwaltung der Bürgerschaft bei weitem.

“Incontestably the people often direct public affairs very badly; but the people cannot get involved in public affairs without having the circle of their ideas expand, and without seeing their minds emerge from their ordinary routine.”⁵³⁴

⁵²⁹ Dewey: FC, 167.

⁵³⁰ Vgl. Dewey: FC, 166.

⁵³¹ Vgl. Dewey: FC, 167.

⁵³² Vgl. Tocqueville: DA, 157.

⁵³³ Tocqueville: DA, 157.

⁵³⁴ Tocqueville: DA, 398.

Der Vorzug gegenüber einer noch so perfekten und noch so wohlwollenden Despotie liegt für Tocqueville genau in dieser langfristigen Kultivierung einer aktiven und interessierten Bevölkerung und damit ganz pragmatisch der Multiplikation möglicher Quellen der Aktivität. Darin ist die Demokratie dem Despotismus stets überlegen: "it does not do each thing as well, but it does more things."⁵³⁵ Jede Bürgerin und jeder Bürger, jede Gemeinde und jeder Zusammenschluss wird zur Quelle eigener, wenn auch kaum perfekter, Initiative, Innovation und Unternehmung. Die Akkumulation dieser oft äußerst mittelmäßigen Einzelleistungen sowie deren kooperative Zusammenführung in Assoziationen aller Art leisten somit zwangsläufig unendlich mehr, als ein einzelner und noch so wohlwollender Despot sich erträumen könnte. Die Größe der Demokratie besteht daher für Tocqueville gerade nicht in dem, was durch öffentliche und professionalisierte Administration vollbracht wird, sondern in all dem, was ohne sie und außerhalb von ihr zur Umsetzung gebracht wird.⁵³⁶

Die Funktion der aktiven Partizipation als zentraler Modus der Einübung von Mündigkeit und Selbstregierung ist auch bei John Stuart Mill ein prominentes und wiederkehrendes Motiv und auch bei ihm findet sich ein ganz ähnlicher Argumentationsgang über die inhärente Mangelhaftigkeit paternalistischer Herrschaftsformen. Er bezieht sich in seinen *Considerations* konkret auf eine alte britische Redensart, nach welcher die despotische Monarchie die beste Form der Regierung wäre, wenn man nur einen guten Despoten garantieren könnte, und identifiziert diese Auffassung als eklatanten Irrglauben.⁵³⁷ Selbst wenn es möglich wäre, und dies verneint er natürlich, einen tatsächlich nicht nur makellosen, sondern sogar allwissenden Monarchen garantieren zu können, so hätte dessen Regierung dennoch ungünstigere Konsequenzen als eine noch so mangelhafte demokratische. Denn wie würde eine solche Herrschaft aussehen? "One man of superhuman mental activity managing the entire affairs of a mentally passive people."⁵³⁸ Unter solchen Bedingungen lägen die mentalen und aktiven Fähigkeiten des größten Teils der perfekt administrierten Bevölkerung brach.⁵³⁹ Gegen eine protektive oder auch output-orientierte Auffassung der Demokratie verfißt Mill hier also den intrinsischen Wert eines aktiven Volkes gegenüber einem passiven, die Überlegenheit aktiver Charaktere und Individuen über passive und duldsame, sowohl in

⁵³⁵ Tocqueville: DA, 399.

⁵³⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 399.

⁵³⁷ Vgl. Mill: CRG, 59.

⁵³⁸ Mill: CRG, 61.

⁵³⁹ Vgl. Mill: CRG, 61.

der Kultivierung intellektueller sowie praktischer Exzellenz, als auch für die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt.⁵⁴⁰ Aller Fortschritt und alle Exzellenz sind die Früchte aktiver Anstrengungen. Die Herausbildung eines solchen „striving, go-ahead character“⁵⁴¹, der Herausforderung und Rückschläge nicht scheut und sich selbst zu helfen weiß, in so vielen Menschen wie möglich ist demnach in höchstem Maße wünschenswert, ja gar oberste Pflicht einer guten Regierungsform.⁵⁴² Ohne öffentliche Verantwortung fallen die Menschen dagegen in ihr uninspiriertes und routinegeleitetes Privatleben zurück, wo ihre Ambitionen jegliche Größe und Erhabenheit einbüßen.⁵⁴³ Teilhabe und Involvierung fördern also nicht nur intellektuelle und praktische Fertigkeiten der Selbstregierung, sondern fungieren auch als “school of public spirit”.⁵⁴⁴ Sie animiert uns, unterschiedliche Perspektiven und Interessen einzunehmen und zu bedenken, als unsere eigenen, über das Gemeinwohl zu rasonieren, uns zu informieren und zu bilden.⁵⁴⁵ Möglichkeiten zu einer solchen Einbindung bestehen für Mill nicht nur in der Bekleidung öffentlicher Ämter, der Wahrnehmung der Jurypflicht und natürlich der gewissenhaften Nutzung des Wahlrechts, sondern auch vor allem in der

“utmost possible publicity and liberty of discussion, whereby not merely a few individuals in succession, but the whole public, are made, to a certain extent, participants in the government, and sharers in the instruction and mental exercise derived from it.”⁵⁴⁶

Auch ganze Klassen können in Mills Augen durch die Einbeziehung in Prozesse politischer Partizipation einen größeren Grad an Bildung erlangen. Nicht zuletzt aus diesem Grund setzt er sich dafür ein, die Arbeiterklasse keinesfalls mit Rekurs auf ihren mangelhaften Bildungsstand auszuschließen, sondern sie gerade als Gegenmaßnahme für diese in die Prozesse politischer Mitbestimmung einbinden.⁵⁴⁷ Durch diese Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen erlerne auch die einfachste Arbeiterschaft, sich mit weitläufigen Faktoren und Ereignissen zu befassen und werde so ihren geistigen Horizont erweitern.⁵⁴⁸ Ein Ausschluss dagegen würde nicht nur nichts am geistigen Niveau der Arbeiterschichten ändern, sondern sie auch eines Gemeinschaftsgefühls berauben: Sie hätten

⁵⁴⁰ Vgl. Mill: CRG, 75-77.

⁵⁴¹ Mill: CRG, 81.

⁵⁴² Vgl. Mill: CRG, 81f.

⁵⁴³ Vgl. Mill: CRG, 85.

⁵⁴⁴ Mill: CRG, 86.

⁵⁴⁵ Vgl. Mill: CRG, 86.

⁵⁴⁶ Mill: CRG, 135.

⁵⁴⁷ Vgl. Ten: Democracy, Socialism, and the working classes, 372, 377.

⁵⁴⁸ Vgl. Mill: CRG, 191.

schließlich den Eindruck, die gesellschaftlichen Belange, von denen sie ausgeschlossen sind, betreffen sie nicht.⁵⁴⁹ Jemandem also das Wahlrecht vorzuenthalten, der eigentlich dieselben Interessen an gesellschaftlichen Belangen hat und ebenso die Konsequenzen politischer Entscheidungen tragen muss wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft, wäre demnach ein großes Unrecht.⁵⁵⁰ Unmittelbar nach dieser Feststellung verweist Mill allerdings auf bestimmte Ausschlüsse, die er nun doch als gerechtfertigt ansieht.⁵⁵¹ Auf diese Ausschlüsse, nämlich derer, die nicht einmal über elementare Bildung verfügen, sowie derer, die sich nicht selbst erhalten können oder ihre Steuerpflicht umgehen, wurde bereits hingewiesen. Für Mill kommt die Verantwortung also doch nicht ganz konsistent *mittels* der Partizipation, sondern fungiert hier als eine *Voraussetzung* für das Recht zur Partizipation. Wer sich bestimmten Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten entzieht, darf von der Partizipation ausgeschlossen werden. An dieser Stelle drängt sich natürlich die Frage auf, warum Mills Entwicklungsorientierung gerade hier endet. Nachdem er die Vorzüge und die edukativen und veredelnden Effekte der Partizipation so ausführlich in den Himmel gelobt hat, rechtfertigt er hier den Ausschluss genau derjenigen Gesellschaftsgruppen, die eine solche Veredelung und Erziehung seiner eigenen Ansicht nach wohl am bittersten notwendig hätten. Genau die Mängel an gesellschaftlichem Verantwortungsgefühl und Sinn für Öffentlichkeit, die Mill hier den extrem Ungebildeten und den Empfängern staatlicher Hilfeleistung unterstellt, müssten nach seinem eigenen Argument schließlich am besten durch die Einbeziehung in die Partizipation korrigiert und abgemildert werden, während der Ausschluss nach seiner eigenen Theorie nur zur Verstärkung ihrer egoistischen Qualitäten beitragen müsste. Das, was die öffentliche Schule der Partizipation gerade lehren soll, wird also selektiv als Voraussetzung für den Besuch dieser Schule konstituiert. In diesem Punkt kompromittiert Mill also sein gesamtes, eigentlich schlagkräftiges, entwicklungsorientiertes Argument. Wir werden uns später noch etwas eingehender mit einer möglichen Erklärung für diese scheinbar paradoxe Denkweise beschäftigen.

Von diesen Ausschlüssen abgesehen bleibt die grundsätzlich enthusiastische Einstellung zur Partizipation allerdings eindeutig bestehen. Obwohl Mill oft ein atomistischer Individuums-Begriff attestiert wird, auch von Dewey⁵⁵², zeigt sich hier doch sehr deutlich die soziale

⁵⁴⁹ Vgl. Mill: CRG, 192.

⁵⁵⁰ Vgl. Mill: CRG, 193.

⁵⁵¹ Vgl. Mill: CRG, 194.

⁵⁵² Vgl. Dewey: LSA, 30f.

Dimension seines Denkens. Auch für Mill sind Individuen in gesellschaftliche und soziale Kontexte eingebunden und werden von diesen maßgeblich geprägt, im Guten wie auch im Schlechten. Atomistische und vereinzelte Individuen sind für ihn keinesfalls das anzustrebende Ideal, wie in den folgenden Ausführungen zum Allgemeinwohl noch deutlicher herausgearbeitet werden wird, sondern geradezu die Folge des Scheiterns einer demokratischen Gesellschaft in ihrer zentralsten und ureigensten Funktion der Einbindung in öffentliche Gestaltungs- und Verantwortungsgeflechte.⁵⁵³ Mill ist demnach klar als Vertreter eines entwicklungsorientierten Ansatzes zu identifizieren, was ihn tatsächlich zu einer Ausnahme unter den klassischen Proponenten der liberalen Demokratie macht.⁵⁵⁴ Besonders vor dem Hintergrund seines insgesamt optimistischen Menschenbildes ist dies allerdings weniger verwunderlich. Sein Zutrauen in das menschliche Entwicklungs- und Veredelungspotential ist, trotz seiner klar elitären Momente, bemerkenswert tiefgehend und stellt einen Kernaspekt seines Denkens dar. Die Entfaltung jedes Individuums zum persönlich bestmöglichen, die aktive Förderung und Entwicklung der "virtue and intelligence of the human beings composing the community"⁵⁵⁵ ist nicht nur ein wesentliches, sondern ein primäres Ziel guter Regierung nach Mill. Gegen eine bloße technokratische und wenn auch noch so effiziente Steuerung einer ignoranten Volksmasse bringt er dementsprechend klare Wort ins Feld.

"A government is to be judged by its action upon men and by its action upon things; by what it makes of the citizens, and what it does with them; its tendency to improve or deteriorate the people themselves, and the goodness or badness of the work it performs for them, and by means of them."⁵⁵⁶

In ähnlicher Weise wie Tocqueville vertritt Mill also die Auffassung, dass nur durch aktive Partizipation ein Gefühl gesellschaftlicher Verantwortung erst langfristig kultiviert und genährt wird: „Let a person have nothing to do for his country, and he will not care for it“⁵⁵⁷, deklariert er dazu paradigmatisch in den *Considerations*.

Auch für Mill stellt die Gemeinde den legitimen Ort für Experimente der Selbstverwaltung und Aktivität dar, ein Ort, wo auch die mittelmäßige Regierung von und durch Mittelmäßige

⁵⁵³ Siehe dazu genauer das Kapitel 5.4.3 Soziale und gesellschaftliche Verantwortung und Verpflichtung des Individuums, ab Seite 116.

⁵⁵⁴ Vgl. Cunningham: *Theories of Democracy*, 29, 33.

⁵⁵⁵ Mill: CRG, 41.

⁵⁵⁶ Mill: CRG, 46.

⁵⁵⁷ Mill: CRG, 63.

aufgrund der relativ begrenzten Objekte der Experimentation vollends gerechtfertigt ist. Auch für ihn ist es daher aus den genannten Gründen der Entwicklungsorientierung besser, so viele Orte und Gelegenheiten der Selbstverwaltung wie möglich zuzulassen. Nur ein kleiner Teil der öffentlichen Angelegenheiten kann getrost völlig einer zentralen Autorität übertragen werden.⁵⁵⁸ Neben dem idealistischen Argument der Entwicklung führt Mill für die Vorteile lokaler Selbstregierung allerdings auch ein weiteres und ganz praktisches an. Die lokale Bevölkerung kenne sich nämlich schlicht und einfach in den lokalen Bedürfnissen und Angelegenheiten besser aus als eine oft weit entfernte und in einer völlig anderen Lebenswelt verortete zentrale Verwaltungselite und hat auch das größte Interesse an der klugen und effizienten Lösung lokaler Probleme.⁵⁵⁹ Hier überträgt er gewissermaßen seinen Grundsatz, dass man jedem Individuum grundsätzlich immer zugestehen müsse, der beste Richter über die eigenen Interessen zu sein, auf die Ebene politischer Teilsysteme. Auch hier setzt Mill folgerichtig auf Überredung anstatt Zwang und definiert die legitime Funktion professioneller zentraler Autoritäten als Anbieter von Rat und Erfahrung. Die Wechselwirkung von Zentrum und Teilsystemen fasst Mill folgendermaßen zusammen:

“The authority which is most conversant with principles should be supreme over principles, while that which is most competent in details should have the details left to it. The principal business of the central authority should be to give instruction, of the local authority to apply it.”⁵⁶⁰

Macht kann also getrost lokalisiert werden, während Wissen und Expertise zentralisiert sein müssen, um ihre Wirkung effektiv entfalten zu können.⁵⁶¹ Hier wird also auch klar, dass die lokale Selbstregierung sich nicht außerhalb eines übergeordneten Rahmens bewegen kann. Es dürfen ebenso wenig grundsätzliche staatliche Prinzipien und Übereinkünfte im Namen lokaler Selbstbestimmung verletzt werden, wie die Rechte der Mitmenschen von einem Individuum im Namen seiner persönlichen Freiheit missachtet werden dürfen. Es gibt für Mill also eine anzustrebende Balance zwischen föderaler, dezentralisierter Selbstbestimmung und der Koordinierung und Lenkung auf staatlicher Ebene, wobei sich lokale Regierungen in irgendeiner Form in das staatliche Ganze einfügen.⁵⁶² So wie das Individuum in der Schule der Assoziation und der Selbstregierung lernt, die Aufrechterhaltung seiner freiwillig

⁵⁵⁸ Vgl. Mill: CRG, 317.

⁵⁵⁹ Vgl. Mill: CRG, 335-337.

⁵⁶⁰ Mill: CRG, 337.

⁵⁶¹ Vgl. Mill: CRG, 337f.

⁵⁶² Vgl. Mill: CRG, 97.

eingeschränkter Freiheit mit der Unterordnung in einen höheren Zusammenhang zu vereinbaren, so gilt dies demnach auch für die Assoziationen, die Gemeinden, die Bundesländer selbst. Sie müssen ihren Selbstbestimmungsanspruch in eine Balance mit legitimen Ansprüchen staatlicher und übergeordneter Ziele bringen. Dabei ist eine kontinuierliche Kommunikation zwischen Zentrum und Teilsystemen von Nöten, mit welcher ersteres nicht nur die Dissemination von Wissen und Expertise vorantreibt, sondern auch ihre Pflicht zur Intervention wahrnehmen kann, wenn durch lokale Aktionen ernsthafter Schaden angerichtet werden könnte, Minderheiten oder Rechte gefährdet werden und so fort.⁵⁶³ Mill nutzt die Schulmetapher ganz explizit, um die notwendige Balance zu verdeutlichen.

“A government which attempts to do every thing is aptly compared [...] to a schoolmaster who does all the pupils' tasks for them; he may be very popular with the pupils, but he will teach them little. A government, on the other hand, which neither does any thing itself that can possibly be done by any one else, nor shows any one else how to do any thing, is like a school in which there is no schoolmaster, but only pupil-teachers who have never themselves been taught.”⁵⁶⁴

Damit die Erziehung und Veredelung durch lokale Selbstregierung also fruchtvoll sein kann, muss dieser einerseits gewisse Grenzen gesetzt werden, andererseits muss sie, obwohl sie der Ort für Experimente sein muss, auch über bloßes Trial and Error hinausgehen und von Know-how und Erfahrungswerten der professionellen zentralen Autoritäten unterstützt werden. Eine gute zentrale Regierung stellt für Mill also Hilfe und Mittel zur Verwirklichung kompetenter Selbsthilfe zur Verfügung.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Partizipation nach unseren Autoren die Funktion einer Schule der Solidarität und Bürgerschaft erfüllt, und wesentlich mit der Methode des Einübens und Gewöhnens arbeitet. Dieser ‚Learning by Doing‘ Ansatz ist bei allen drei Philosophen stark ausgeprägt und wird auch in Bezug auf die Sozialstaatlichkeit von Relevanz sein: Was die Menschen zum Regieren bringt, lehrt sie das Regieren.⁵⁶⁵ Was sie zur Nutzung der Mündigkeit anregt, schult die Mündigkeit, was sie zur Reflexion und Mitgestaltung gesellschaftlicher Belange bewegt, entwickelt Solidarität und Verantwortungsgefühl. Mündigkeit und Solidarität sind demnach nicht die Voraussetzungen für die Partizipation, sondern ganz maßgebliche Resultate, die durch sie angestrebt und

⁵⁶³ Vgl. Mill: CRG, 338.

⁵⁶⁴ Mill: CRG, 341.

⁵⁶⁵ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 23.

erlangt werden können. Assoziationen können dabei zugleich als Symptom des modernen Agency-Verlusts, wie auch als Reaktion und Antwort darauf angesehen werden. Wo alle Individuen unabhängig, aber schwach sind, dort müssen sie lernen, sich zusammenzutun, sich gegenseitig aus freien Stücken zu helfen, um gemeinsame Ziele zu erreichen.⁵⁶⁶ Schon aus pragmatischen Gründen muss das demokratische Individuum sich also den Werten der Kooperation und Solidarität zuwenden, wenn es die Effekte individueller Entmachtung kompensieren will.

5.3 Scientific Inquiry als Überwindung des Antagonismus zwischen Autorität und Freiheit

Wie bereits angedeutet wurde, beklagt Dewey die Beschränkung der wissenschaftlichen Methode der intelligenten Inquiry auf strikt (natur-)wissenschaftliche Angelegenheiten sehr. In diesem eng umrissenen Feld hat sie ihren Wert bereits unter Beweis gestellt und in der kurzen Zeit ihrer Etablierung enormes geleistet.⁵⁶⁷ In dieser wissenschaftlichen Methode der freien Intelligenz, wie sie bereits im ersten Kapitel skizziert wurde, sieht Dewey nun die von ihm so oft propagierte Auflösung des Antagonismus zwischen Autorität und individueller Freiheit. Was die Methode so auszeichnet, ist gerade, dass beide Elemente sich in ihr vereinen und ineinandergreifen.

„The contribution the scientific inquirer makes is collectively tested and developed and, in the measure that it is cooperatively confirmed, becomes a part of the *common fund of the intellectual commonwealth*.“⁵⁶⁸

Somit profitiert die Methode also von individueller Pluralität, Originalität und Variation, während sie ihrem Prozess nach dennoch zutiefst öffentlich ist und auf die Herstellung intersubjektiv nachvollziehbarer Übereinkünfte abzielt.⁵⁶⁹ Die individuellen Beiträge und Leistungen gehen in dem größeren, gemeinschaftlichen „intellectual commonwealth“ auf, der seinerseits als Basis für die zukünftigen Leistungen von Individuen fungiert. In dieser Konstellation wird dem Individuum seine Handlungsfähigkeit zurückgegeben, gerade indem es nicht als Gegenpol zur Kollektivität der gesamtgesellschaftlichen Masse konstituiert, sondern als in einer gegenseitig förderlichen und wohlwollenden Wechselwirkung mit dieser

⁵⁶⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 898.

⁵⁶⁷ Vgl. Dewey: Authority and Social Change, 141.

⁵⁶⁸ Dewey: Authority and Social Change, 142. (eigene Hervorhebung)

⁵⁶⁹ Vgl. Dewey: Authority and Social Change, 142.

verortet wird. Es wird Teil eines größeren Handlungszusammenhangs, innerhalb dessen er sich jedoch frei entfalten kann. Daher stellt Dewey die These auf, dass sein Modell einer kooperativen Intelligenz als vorläufiges Arbeitsmodell einer Vereinigung von Freiheit und Autorität angesehen werden kann.⁵⁷⁰ Ihre Rolle wäre dabei maßgeblich eine der Erschließung empirisch getesteter und intersubjektiv nachvollziehbarer Basiserkenntnisse über gesellschaftliche Probleme und deren eventuelle Lösung, soll also vor allem Mittel zur Verfügung stellen, deren sich die Öffentlichkeit im Bestimmen konkreter Lösungen bedienen kann.⁵⁷¹ Diese Denkfigur einer Synthese von Autorität und Freiheit durch kooperative, experimentelle Intelligenz findet bereits bei Mill, der dem Staat genau eine solche zentralisierende, nicht kontrollierend erzwingende, sondern ermöglichend unterstützende zuweist:

„What the State can usefully do, is to make itself a central depository, and active circulator and diffuser, of the experience resulting from many trials. Its business is to enable each experimentalist to benefit by the experiments of others; instead of toleration no experiments but its own.“⁵⁷²

Deweys Auffassung einer kooperativen Intelligenz sowie seine häufigen Denkfiguren des Experimentierens und der Diffusion von Wissen erscheint also in vielerlei Hinsicht von John Stuart Mill inspiriert, oder zumindest beeinflusst.

Was eine solche breite Implementierung der kooperativen Intelligenz betrifft, ist Dewey jedoch ernüchert. Die Kluft zwischen dem schmalen Bereich ihrer Anwendung und ihrer möglichen Reichweite in Bezug auf menschliche Beziehungen charakterisiert er als „outstanding and depressing“⁵⁷³, womit sie also bis zum heutigen Zeitpunkt weniger eine Lösung darstellt als ein noch zu lösendes Problem.

5.4 Gemeinwohl

Das Spannungsverhältnis zwischen dem Individuum und seinen jeweiligen Eigeninteressen und den gesamtgesellschaftlichen Interessen hat uns bereits in der Frage der Freiheit maßgeblich beschäftigt. Ging es dort noch eher darum, einen legitimen Raum der individuellen Freiheit und Unabhängigkeit abzustecken, gilt es nun vor allem, die sozialen

⁵⁷⁰ Vgl. Dewey: Authority and Social Change, 143.

⁵⁷¹ Vgl. Dewey: FC, 171f.

⁵⁷² Mill: OL, 306.

⁵⁷³ Dewey: Authority and Social Change, 143.

Pflichten und Verantwortlichkeiten des Individuums gegenüber der Gesellschaft herauszuarbeiten sowie nach der legitimen Rolle staatlicher Intervention zu fragen. Zunächst scheint es allerdings geboten, den seinerseits nicht unproblematischen Begriff des Gemeinwohls selbst kurz zu umreißen.

5.4.1 Gemeinwohl und Konflikt

Dem Begriff des Gemeinwohls kann leicht und oft zurecht eine Neigung zur Übergeneralisierung unterstellt werden, zur Konstruktion eines pseudo-monolithischen Interesse „des Volkes“, einer mythischen ‚volonté générale‘, zumindest aber die Vernachlässigung und Unterschätzung der Differenzen und Konflikte, die um die konkrete Definition des Gemeinwohls bestehen. Wenn im Folgenden also von Gemeinwohl gesprochen wird, so ist damit stets die im Grunde unkontroverse Auffassung gemeint, dass eine Gesellschaft so organisiert und ausgerichtet sein sollte, dass sie zum Wohl der Bevölkerung so viel wie möglich beiträgt und Schaden so gut wie möglich verringert oder begrenzt. In dieser basalen und inhaltlich noch weitgehend unbestimmten Form muss das Gemeinwohl als grundlegender Zweck der Demokratie anerkannt werden. Die tatsächlichen Kontroversen beginnen in der Regel erst bei der Frage der konkreten Umsetzung, also der geeigneten und legitimen Mittel zu diesem Zweck. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass es daher auch schon für Dewey völlig offensichtlich ist, dass eine substantielle und dauerhafte Bestimmung des Gemeinwohlbegriffs im Allgemeinen nicht zielführend ist. Dieser Gehalt des Gemeinwohls und auch die Mittel zu seiner Erreichung müssen ständigem Wandel und Deliberation unterliegen, immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Dabei geht es weder um Leugnung noch notwendigerweise um Reduktion der miteinander in Konflikt stehenden Interessen, die ja gerade überhaupt erst die Notwendigkeit von Problemlösung und Politik markieren. Ein grundsätzlicher Konsens ist vielmehr in Bezug auf die legitimen Methoden und Prozesse der Konfliktaustragung eine zentrale Voraussetzung. Die brennende Frage ist demnach gerade, wie solche widersprüchlichen Ansprüche abgewogen werden sollen, sodass diese im weitest möglichen Interesse aller Mitglieder einer Gesellschaft, oder zumindest der größten Mehrheit, geschehe.⁵⁷⁴ Zu diesem Zweck muss die demokratische Methode der Konfliktaustragung eben diese Konflikte ins Licht der kritischen, öffentlichen Deliberation stellen, wo sie von

⁵⁷⁴ Vgl. Dewey: LSA, 56.

unterschiedlichsten Seiten beurteilt und abgewogen werden können.⁵⁷⁵ An dieser Stelle schließt sich also wieder der Kreis von der Freiheit der Diskussion hin zur gesamtgesellschaftlichen Solidarität. Die Konflikthaftigkeit als wesentliches Merkmal des Politischen muss mit größtmöglicher Freiheit der Diskussion im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen abgewogen werden, also einem breiten Prozess freier, kooperativer Intelligenz zugeführt werden. Jeder Konfliktlösungsversuch, der sich dagegen Mitteln des Zwanges und vor allem der Gewalt bedient, muss im demokratischen Kontext als fundamentales Scheitern betrachtet werden.⁵⁷⁶

Auf der anderen Seite hält Dewey den konflikthaften Aspekt, der dabei auch nur allzu oft als Ausrede benutzt wird, um friedliche und langwierige demokratische Prozeduren der Konfliktaustragung zu diskreditieren, für überbewertet. Tatsächlich, so postuliert er, waren historische und soziale Fortschritte in der Regel mehr das Ergebnis von Kooperation als Konflikt und die kooperative Austragung von Konflikten gilt ihm geradezu als Maßstab für den Entwicklungsstand einer Zivilisation. „ [I]t is no exaggeration to say that the measure of civilization is the degree in which the method of cooperative intelligence replaces the method of brute conflict.“⁵⁷⁷ Für Dewey steht im Gegensatz zu Konflikt also nicht unbedingt Konsens, sondern Kooperation, ein Gegensatz, den er dialektisch in die Konfliktbewältigung *durch* Kooperation auflöst.

Bei allen Unterschieden und Konflikten der Interessen ist das Eingeständnis und die Anerkennung der Wechselseitigkeit der Interessen in Bezug auf geteilte Ziele eine Grundvoraussetzung solidarischen, demokratischen Handelns und Gestaltens. Dies markiert für Dewey nicht nur im Allgemeinen den Unterschied zwischen menschlichen Gemeinschaften und tierischen, sondern erhebt auch die Demokratie zu etwas Umfassenderem als eine bloße Regierungsform. Sie wird, wie Suhr es formuliert, zu allererst eine Form des Zusammenlebens, und der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung.⁵⁷⁸ Die gesellschaftliche Öffentlichkeit muss sich der Aufgabe und Verantwortung bewusst sein, ihre eigenen Zwecke und Mittel zu definieren. Ähnlich wie das Individuum für Mill zur Wahl seiner eigenen Lebensumstände und Prioritäten angehalten ist und in dieser freien Wahl erst die vollste und angemessenste Entfaltung eigener Anlagen gewährleistet, ist dies für Dewey der Gesellschaft

⁵⁷⁵ Vgl. Dewey: LSA, 56.

⁵⁷⁶ Vgl. Dewey: LSA, 56.

⁵⁷⁷ Dewey: LSA, 57.

⁵⁷⁸ Vgl. Suhr : John Dewey zur Einführung, 104- 106.

als Ganzem aufgetragen. Kein institutioneller Rahmen und keine abstrakten Postulate von Freiheit und Gleichheit können uns von der Aufgabe der verantwortungsvollen (und niemals abgeschlossenen) Wahl der Werte und Zwecke, nach der wir als Gesellschaft leben und streben wollen, entheben. Dieser (in Deweys Sprachgebrauch) zutiefst moralische⁵⁷⁹ Aspekt der Demokratie darf niemals vergessen oder ausgelagert werden.

“Any doctrine that eliminates or even obscures the function of choice of values and enlistment of desires and emotions in behalf of those chosen weakens personal responsibility for judgement and for action. It thus helps create the attitudes that welcome and support the totalitarian state.”⁵⁸⁰

Die Gesellschaft ist also bei Dewey ebenso zur Freiheit und somit zur radikalen Verantwortung und andauernder Selbstbestimmung verdammt, wie das Individuum bei Mill, wenn sie autoritären und totalitären Versuchungen entschieden Stand halten soll. Dieser offene Prozess der kooperativen und stetigen Neubestimmung des Gemeinwohls ist also im Folgenden immer mitgemeint, wenn der Begriff bemüht wird.

5.4.2 Wohlverstandenes Eigeninteresse als Schnittstelle von Individuum und Gemeinwohl

Einen anderen und pragmatischeren Vorschlag, wie man Eigeninteresse und Gemeinwohl zusammen denken kann, hat Tocqueville mit seinem zugleich simplen wie eingängigen Prinzip des wohlverstandenen Eigeninteresses geprägt. Er unterscheidet zunächst zwischen dem in allen Zeitaltern existierenden Egoismus und dem Individualismus als neuem und genuin demokratischem Phänomen.⁵⁸¹ Den Unterschied zwischen diesen beiden Empfindungen charakterisiert er folgendermaßen:

“Egoism is a passionate and exaggerated love of oneself, which leads man to view everything only in terms of himself alone and to prefer himself to everything. Individualism is a considered and peaceful sentiment that disposes each citizen to isolate himself from the mass of his fellows and to withdraw to the side with his family and his friends; so that, after thus creating a small society for his own use, he willingly abandons the large society to itself.”⁵⁸²

In der Demokratie werden die Bindungen zu einzelnen und konkreten Personen, wie sie im feudal-aristokratischen Kontext vorherrschend waren, schwächer, während abstrakte und umfassendere Bindungen Fuß fassen können. Dies kann nun einerseits den Ausgangspunkt für

⁵⁷⁹ Vgl. Dewey: FC, 172.

⁵⁸⁰ Dewey: FC, 172.

⁵⁸¹ Vgl. Tocqueville: DA, 881-883.

⁵⁸² Tocqueville: DA, 882.

die bereits behandelte Fragmentierung und Isolation, andererseits aber auch die Keimzelle einer Ausweitung der Solidarität auf gesamtgesellschaftliche Ebene darstellen. Auf Tocquevilles eigene diesbezügliche Ambivalenz wurde bereits verwiesen. So sieht er mit dem Schwinden der aristokratischen Bindungen durchaus die Möglichkeit zu einer vielleicht weniger leidenschaftlichen, dafür universelleren und milderer Solidarität:

“In democratic centuries, men rarely sacrifice themselves for each other; but they show a general compassion for all the members of the human species. You do not see them inflict useless evils, and when, without hurting themselves very much, they can relieve the sufferings of others, they take pleasure in doing so; they are not disinterested, but they are mild.”⁵⁸³

Ein stiller allgemeiner Konsensus des Rechts auf halbwegs annehmbare Umstände, ein mildes Wohlwollen, zieht ein, auch wenn wenige sich zur feurigen Verteidigung oder Erringung eben solcher aufraffen werden. Tocqueville prägt hier ein sehr nüchtern-pragmatisches Argument für ein solch mildes gegenseitiges Wohlwollen. Gerade weil die Schwäche der Individuen so rasant voranschreitet, wird die gegenseitige Reziprozität zum unumgehbaren Instrument der Überwindung jener Fragilität.

“Equality of conditions, at the same time that it makes men feel their independence, shows them their weakness; they are free, but exposed to a thousand accidents, and experience does not take long to teach them that, although they do not habitually need the help of others, some moment almost always occurs when they cannot do without that help.”⁵⁸⁴

Wie schon im Zusammenhang mit den Assoziationen gezeigt wurde, stellt die Kooperation mit anderen demnach keinen Antagonismus zur individuellen Freiheit dar, sondern wirkt als positive Kraft zur Affirmierung und Einbettung eben dieser. Die Solidarität, die Tocqueville hier beschreibt, ist demnach also keineswegs eine selbstlose, aufopfernde oder pathetische, sondern gerade zutiefst an rationale Erwägungen des eigenen Interesses geknüpft. Wir helfen und unterstützen einander, weil wir dasselbe für uns selbst wünschen und weil eine Gesellschaft der Kooperation und Reziprozität in unserem eigenen Sinne ist.⁵⁸⁵ Tocqueville spricht deshalb auch von der Kunst, das eigene Wohl mit dem seinen Mitbürger in Übereinstimmung zu bringen.⁵⁸⁶ Hier spielt die Partizipation erneut eine zentrale Rolle für das Erlangen dieser Einsicht:

⁵⁸³ Tocqueville: DA, 993.

⁵⁸⁴ Tocqueville: DA, 1006.

⁵⁸⁵ Vgl. Tocqueville: DA, 1006.

⁵⁸⁶ Vgl. Tocqueville: DA, 919.

“When citizens are forced to occupy themselves with public affairs, they are necessarily drawn away from the middle of their individual interests and are, from time to time, dragged away from looking at themselves. From the moment when common affairs are treated together, each man notices that he is not as independent of his fellows as he first imagined, and that, to gain their support, he must often lend them his help.”⁵⁸⁷

An die Stelle individualistischer Isolation tritt ein Bewusstsein aller „that they cannot do without the population that surrounds them.”⁵⁸⁸ Die daraus abgeleitete Einstellung bezeichnet Tocqueville als „doctrine of interest well understood“⁵⁸⁹, gleichsam eine noblere und differenziertere Auffassung der ursprünglichen Doktrin des Eigeninteresses atomistisch gedachter Individuen. In Amerika sieht er diese heilsame Doktrin weit verbreitet.

„[T]hey show with satisfaction how enlightened love of themselves leads them constantly to help each other and disposes them willingly to sacrifice for the good of the State a portion of their time and their wealth.”⁵⁹⁰

Wieder erfüllen die Assoziationen eine zentrale Funktion für die Herausbildung dieser Doktrin. “Associations draw men from the private ease of individualism into public activity, engaging their self-interest and their ambition while promoting the common good.”⁵⁹¹ In diesem Konzept kann also ein früher Versuch gesehen werden, die Pole kruder individualistischer Interessensbefriedigung und sozialer Ordnung miteinander zu vereinbaren.⁵⁹² Im Gegensatz zu kommunitaristischen Argumenten fordert Tocqueville keinesfalls idealistische und als unrealistisch sowie moralisierend anfechtbare Werte wie Altruismus und Selbstlosigkeit ein, sondern versucht viel mehr, die Verfolgung persönlicher Interessen in eine konstruktive und gesellschaftsverträgliche Richtung zu lenken.⁵⁹³ Nicht durch die Ausrottung unserer individuellen Interessen und Freiheiten, sondern durch ihre Reflexion und Nuancierung bringen wir sie aus freien Stücken in Einklang mit dem, was wir als Gemeinwohl betrachten und was demnach auch unseren Interessen entgegenkommt. Durch eine solche Auslegung der Doktrin des Eigeninteresses werden deren problematische Implikationen entschärft, gerade dadurch, dass Schwächen, wie inhärente Selbstbezogenheit, gegen sich selbst gewendet

⁵⁸⁷ Tocqueville: DA, 889.

⁵⁸⁸ Tocqueville: DA, 889.

⁵⁸⁹ Tocqueville: DA, 920.

⁵⁹⁰ Tocqueville: DA, 921.

⁵⁹¹ Mansfield: Tocqueville, 68.

⁵⁹² Vgl. Tocqueville: DA, 920.

⁵⁹³ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 26.

werden.⁵⁹⁴ Auf diese Weise propagiert Tocqueville Solidarität nicht *trotz*, sondern *durch* (wohlverstandenes) Eigeninteresse.⁵⁹⁵

5.4.3 Soziale und gesellschaftliche Verantwortung und Verpflichtung des Individuums

An dieser Stelle bietet es sich an, genauer auf John Stuart Mill und seine Konzeptionen zu Gemeinwohl und gesellschaftlicher Verantwortung einzugehen und den gegen ihn erhobenen Vorwurf eines atomistischen Individuums-Begriffs endgültig zu entkräften. In *On Liberty*, der Schrift, die am bereitwilligsten als ein Plädoyer für die individuelle und vornehmlich negative Freiheit des Einzelnen vor den Ansprüchen und Interventionen von Staat und Gesellschaft ausgelegt wird, postuliert Mill nämlich explizit ein soziales Prinzip⁵⁹⁶, das dem der individuellen Freiheit nicht grundlegend feindlich gegenübersteht, sondern mit diesem in einem sinnvollen und ausgeglichenen Verhältnis stehen muss. Er selbst betont den individuellen Aspekt nur deshalb so stark, weil er in seinem eigenen Kontext des viktorianischen Englands diesen als zugunsten des sozialen marginalisiert sieht, nicht etwa um den ewigen und indiskutablen Primat des einen über das andere zu etablieren.⁵⁹⁷ (Was ohnehin mit seiner Fehlbarkeitsthese kollidieren würde) Demensprechend kritisieren auch Schefczyk und Schramme diese Auslegung Mills als Proponenten isolierter Individuen und erkennen auch spezifisch in *On Liberty* stattdessen seine Auffassungen einer „Gemeinschaft von gegenseitig interessierten und sich helfenden, charakterlich eigenständigen und selbstbewussten Individuen.“⁵⁹⁸

Zweitens ist kaum zu übersehen, dass Mills häufige Lobpreisung bürgerlicher und sozialer Verantwortungs- und Pflichtgefühle in einem unauflösbaren Widerspruch zu einem primär seine eigenen Interessen verfolgenden isolierten Individuums steht. In den *Considerations* dazu beispielhaft:

“Whenever the general disposition of the people is such that each individual regards those only of his interests which are selfish, and does not dwell on, or concern himself for, his share of the *general interest*, in such a state of things good government is impossible.”⁵⁹⁹

⁵⁹⁴ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 28, 68.

⁵⁹⁵ Vgl. Mansfield: Tocqueville, 68.

⁵⁹⁶ Vgl. Mill: OL, 264.

⁵⁹⁷ Vgl. Mill: OL, 264.

⁵⁹⁸ Schefczyk; Schramme: Einleitung, 1.

⁵⁹⁹ Mill: CRG, 41. (eigene Hervorhebung)

Auch die Entwicklung des Individuums ist für ihn maßgeblich von sozialen Faktoren, Beziehungen und Zugehörigkeiten beeinflusst, weshalb er gerade so bemüht um eine Definition der legitimen Ausmaße solcher Einflussnahme ist.⁶⁰⁰ Entgegen Deweys Feststellung, Mill erkenne die Rolle sozialer Einflüsse und Umstände zwar an, sehe sie allerdings immer nur als äußerlich wirkende Mechanismen und Limitationen, nicht als positive Kräfte für die innerlichste Entwicklung⁶⁰¹, kann zum Beispiel Mills mehrfacher und inbrünstiger Appell an die essentielle Rolle der Erziehung in Anschlag gebracht werden, obwohl Mills Fokus zweifellos stärker auf der individuellen Freiheit und Unabhängigkeit von sozialen Kontexten liegt, als es bei Tocqueville und Dewey der Fall ist. Sein Menschenbild beinhaltet dennoch einen klar moralischen Aspekt, einen Aufforderungscharakter, seine Freiheit und sein Potential im Sinne des Gemeinwohls auszubilden und einzusetzen. Solidarität ist demnach ein zentrales Moment in Mills Konzeption eines vorbildlichen demokratischen Individuums, ja gar einer glücklichen Existenz, auch wenn er eisern an seiner Überzeugung festhält, dass niemand zu diesem Glück gezwungen werden kann.⁶⁰²

“[A] person who cares for other people, for his country, or for mankind, is a happier man than one who does not; but of what use is it to preach this doctrine to a man who cares for nothing but his own ease or his own pocket? He can not care for other people if he would. It is like preaching to the worm who crawls on the ground how much better it would be for him if he were an eagle.”⁶⁰³

Nach Mill wäre also eine klare Wertschätzung für Solidarität zu postulieren, bei gleichzeitigem Zugeständnis der Freiheit zu Unsolidarität im Sinne individueller Wahl. Eine demokratische Gesellschaft muss es demnach aushalten können, dass einige ihrer Mitglieder sich gegen eine solidarische und anständige Lebensweise entscheiden werden. Dieser Aspekt der Nicht-Erzwingbarkeit authentischer Solidarität wird also scheinbar oft zu vorschnell als Gleichgültigkeit Mills gegenüber diesem Gut interpretiert. Die freie Wahl erhält hier Priorität, nicht weil sie intrinsisch wertvoller wäre als Solidarität und Verantwortung, sondern aus dem sehr schlichten Grund, dass letztere sich äußerer Kontrolle weitgehend entziehen. Negative Freiheit der Lebensbestimmung kann erzwungen und eingefordert werden, Solidarität als positive, substantielle Möglichkeit aber nicht. Für den Wert solidarischer Lebensführung kann

⁶⁰⁰ Vgl. Robson, John: “Civilization and Culture as moral Concepts”. In: Skorupski, John (Hg.): The Cambridge Companion to Mill. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 338-371, 338f.

⁶⁰¹ Vgl. Dewey: LSA, 30.

⁶⁰² Dieser Aspekt der Nicht-Erzwingbarkeit scheint oft zu vorschnell mit Gleichgültigkeit verwechselt zu werden.

⁶⁰³ Mill: CRG 152f

im Sinne Mills also immer nur Überzeugungsarbeit geleistet werden, auf dass das Bekenntnis zu einer solchen auch nicht zu einem toten Dogma verkomme.

Ein gewisses Minimum an zumindest formaler Solidarität ist allerdings auch nach Mill durchaus einforderbar, nämlich in Form der finanziellen Beteiligung aller an den Angelegenheiten aller. So erwähnt Mill, wieder ausgerechnet in *On Liberty*, dass der Mensch der Gesellschaft, in der er lebt, durchaus etwas schuldet. Auch nach Mill ist daher die Etablierung einer solidarischen Gemeinwohlorientierung gegenüber förderlichen Kultur, wie sie auch von Dewey vorgeschlagen wird, ein legitimes Anliegen, wofür eine Gesellschaft auch konkrete Anstöße und Anreize setzen kann.⁶⁰⁴ Auch hier zeigt sich wieder sehr klar Mills ‚Learning by Doing‘ Ansatz, wie anhand der folgenden beiden durchaus drastischen Beispiele veranschaulicht werden kann.

Erstens tritt Mill in dieser Hinsicht für eine Maßnahme ein, die uns aus heutiger Sicht äußerst problematisch anmuten muss, nämlich für das öffentliche Wahlverfahren anstatt des geheimen. Wenn nämlich geheim gewählt werde, so würde im einzelnen Menschen dadurch die Auffassung gestärkt „that the suffrage is given to him for himself — for his particular use and benefit, and not as a trust for the public.“⁶⁰⁵ Ganz entgegen eines Dogmas isolierter Eigeninteressen will er hier also sogar die freie, individuelle Wahl Kriterien der öffentlichen Rechenschaft unterordnen, um ein Einüben gesamtgesellschaftlicher Verantwortlichkeit zu begünstigen. Das Wahlrecht ist für ihn weniger ein Recht als vielmehr eine Pflicht, die es verantwortlich im Hinblick auf das Gemeinwohl wahrzunehmen gilt. Wer dagegen nur im Sinne puren Eigeninteresses wählt, der erweist sich dieses Rechtes als unwürdig, was Mill aufs Schärfste verurteilt:

“Instead of opening his heart to an exalted patriotism and the obligation of public duty, it [secret voting] awakens and nourishes in him the disposition to use a public function for his own interest, pleasure, or caprice; the same feelings and purposes, on a humbler scale, which actuate a despot and oppressor.”⁶⁰⁶

Eine demokratische Gesellschaft, die nur oder überwiegend aus solchen despotischen Individuen besteht, scheint kaum möglich. Genau eine solche wird jedoch für Mill durch den

⁶⁰⁴ wobei natürlich immer kritisch danach gefragt werden kann, ob solche Lösungen nicht in gewissem Maße zirkulär gedacht werden, also genau das schon voraussetzen, was eigentlich geschaffen werden soll, ob also nicht schon eine größtenteils solidarische Bürgerschaft notwendig wäre, um die Grundlage für eine solidarische, demokratische Kultur zu bilden und vice versa.

⁶⁰⁵ Mill: CRG, 230.

⁶⁰⁶ Mill: CRG, 231.

geheimen Wahlmodus genährt, da hierbei niemand für seine Wahlentscheidung öffentlich Rechenschaft ablegen muss, sich seinen niederen und privaten Interessen völlig hingeben kann, ohne sich dadurch wenigstens die moralische Geringschätzung seiner Zeitgenossen zuzuziehen. Mit dieser Forderung verstößt Mill nicht nur gegen unsere heute vorherrschenden Vorstellungen demokratischer Wahlverfahren, sondern auch gegen die Linie der Philosophical Radicals, die ihn für dieses Engagement auch scharf verurteilten.⁶⁰⁷ Früher, an deren Seite ein Verfechter der geheimen Wahl, erkennt Mill die Vorteile einer solchen grundsätzlich an. Die große Leistung der geheimen Wahl sieht er in der Entbindung der Wählenden von Verantwortlichkeiten gegenüber bestimmter Autoritäten, die gerade in Zeiten extremer Ungleichheit und Abhängigkeit nicht nur legitim, sondern notwendig sein kann. Die große Kehrseite besteht aber in der Erosion der Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit und dem Gemeinwohl.⁶⁰⁸ Der Modus der Wahl ist für Mill also eine Abwägungssache. "When the voters are slaves, any thing may be tolerated which enables them to throw off the yoke. The strongest case for the ballot is when the mischievous power of the Few over the Many is increasing."⁶⁰⁹ Selbst dann wäre die geheime Wahl also eher ein notwendiges Übel als ein echtes Gut. Für seine eigene Zeit postuliert Mill dagegen eine Verschiebung der Prioritäten: Die Möglichkeiten solcher autoritärer Beeinflussung seien durch den Fortschritt schon wesentlich beseitigt worden, während die schlechte Wahl durch Egoismus mittlerweile zum größeren Übel angewachsen sei.⁶¹⁰ Die Wählerschaft, so Mills provokante These, ist in diesen Umständen längst nicht mehr passives Instrument der herrschenden Oligarchie, „[t]he electors themselves are *becoming* the oligarchy."⁶¹¹ Hier wird erneut Mills Überzeugung, die auch im Einklang mit Tocqueville steht, dass das Volk keine inhärente moralische Überlegenheit an sich besitzt, sehr deutlich. Ein egoistisch regierendes souveränes Volk, das sich nicht vor der Öffentlichkeit zu verantworten braucht, gerade unter dem Vorwand, dass es ja die Öffentlichkeit *sei*, ist in seinen Augen fast ähnlich schädlich wie ein egoistisch regierender Despot. Eine „majority of knaves“⁶¹² ist eben auch keine erstrebenswerte Quelle der Souveränität.

⁶⁰⁷ Vgl. Ten: Democracy, Socialism, and the working classes, 374.

⁶⁰⁸ Vgl. Mill: CRG, 233f.

⁶⁰⁹ Mill: CRG, 234.

⁶¹⁰ Vgl. Mill: CRG, 235f.

⁶¹¹ Mill: CRG, 238. (eigene Hervorhebung)

⁶¹² Mill: CRG, 245.

Während wir aus heutiger Sicht diesem Mill'schen Vorschlag auf institutioneller Ebene nicht folgen können, so enthält er doch eine interessante grundsätzliche Präposition: Dass nämlich die Notwendigkeit der geheimen Wahl in gewissem Maße als Problemsymptom einer demokratischen Gesellschaft angesehen werden kann und im Gegenteil, freie Offenlegung und Diskussion des eigenen Wahlverhaltens als Indikator positiver Entwicklungen gelten kann und somit auch ein durchaus anzustrebendes Ideal darstellen kann. Einer grundsätzlich geheimen Wahl auf der institutionellen Ebene sollte also reger Raum für aktive Diskussion auf kultureller Ebene gegenüberstehen.⁶¹³ Vielleicht wird es also nie eine Demokratie geben, die so fortgeschritten ist, dass sie die geheime Wahl überflüssig und die öffentliche unproblematisch macht, die zunehmende Normalisierung einer freiwilligen offenen Diskussion der eigenen Wahlentscheidungen stellt jedoch ein realistisches und in weiten Teilen auch erreichtes Ziel dar, auf das demokratische Kultur hinarbeiten sollte. Es bleibt zu hoffen, dass damit die Vorteile der geheimen Wahl mit den Vorteilen und edukativen Effekten, die Mill sich vom Ablegen öffentlicher Rechenschaft erhofft, bestmöglich vereinbart werden könnten.

Der zweite Aspekt, der uns Mills ‚Learning by Doing‘ Paradigma sowie seine hohe Bewertung des Gemeinwohls verdeutlicht, besteht in seinem, ebenfalls aus heutiger Sicht fragwürdigen, Vorschlag, einzelne Individuen aus der demokratischen Gemeinschaft der Wahlberechtigten und somit Mitgestaltenden auszuschließen, wenn diese ihre eigenen Pflichten und Verantwortlichkeiten vernachlässigen. Hier bewertet Mill den Aspekt habituierten Beitrags zum Gemeinwohl so stark, dass er sogar bereit ist, denen, die dies versäumen, individuelle Partizipationsrechte zu entziehen. Denn authentische Solidarität kann, wie bereits erwähnt, nicht erzwungen werden, ein formaler Minimalbeitrag zum Gemeinwohl in Form von Steuern allerdings schon. Dies führt zu Mills scheinbar kontraintuitiver Forderung, die Besteuerung bis auf die ärmsten Klassen auszuweiten, was er damit begründet, dass dies zu einer habituierten Identifikation der eigenen Interessen mit jenen der Gesellschaft beitrage, also das kultiviere, was Tocqueville als wohlverstandenes Eigeninteresse definiert.⁶¹⁴ Was Stendhal schon vor Mill über die Liebe sagte, kann demnach für die Solidarität gleichermaßen postuliert werden: Wenn man so handelt, als wäre man solidarisch, so ist es wahrscheinlicher, dass man es auch

⁶¹³ Schule als relativ geschützter und dennoch öffentlicher Raum wäre klar als ein solcher Lokus freiwilliger Offenlegung und Diskussion von Wahlentscheidungen zu konstituieren, wobei der politischen Bildung aber auch der politischen Philosophie in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zukommt.

⁶¹⁴ Vgl. Mill: CRG, 197.

tatsächlich bald sein wird. Das Verhalten und die damit etablierte Gewohnheit gehen der inneren Einstellung gleichsam voraus und bringen diese hervor. Somit kann Mill also, mit seinem Plädoyer für möglichst breite Beteiligung zugunsten gemeinsamer Angelegenheiten, wenn auch flankiert von seiner problematischen Entwertung derer, die an dieser nicht teilnehmen (können), als Advokat für eine, aus heutiger Sicht vielleicht rudimentäre, Sozialstaatlichkeit ausgelegt werden, was uns zum nächsten großen Abschnitt unserer Betrachtungen führt.

5.4.4 Wohlfahrts- und Interventionsstaat: Verantwortung und Befugnisse des Staates

Während zuvor primär die Verantwortung des Individuums gegenüber dem Gemeinwohl im Fokus stand, muss nun auch die umgekehrte Perspektive beleuchtet werden: Verpflichtungen, Befugnisse und Verantwortungen des Staates beziehungsweise der Gesellschaft als Gesamtzusammenhang gegenüber seinen einzelnen Gliedern. Da Mill uns die Überleitung in dieses Thema geleistet hat, wollen wir unsere Untersuchung auch mit ihm beginnen und den Blick auf einen paradoxen Aspekt seines sozialstaatlichen Denkens richten. Einerseits setzt sich Mill nämlich durchaus für staatliche organisierte Wohlfahrt aus, tritt auch als Verfechter der Armengesetze auf.⁶¹⁵ Zugleich aber scheint er denjenigen, denen eine solche gerade zu Gute kommen würde, eine gewisse Verachtung und Geringschätzung entgegenzubringen, würde ihnen ohne Skrupel das Wahlrecht aberkennen. Mills Verurteilung des Empfangs staatlicher Unterstützung scheint sich aus zweierlei Quellen zu speisen. Die erste und offensichtlichere besteht in seiner, aus heutiger Sicht nicht mehr in diesem Ausmaß haltbaren, Auffassung, Armut und Bedürftigkeit seien im Wesentlichen durch Selbstverschulden zugezogen und somit auch aus eigener Anstrengung überwindbar. Die zweite allerdings ist weniger augenscheinlich, ergibt sich aber folgerichtig aus dem Paradigma des ‚Learning by Doing‘. Wenn nämlich durch die regelmäßige Abgabe eines Teils der privaten Einkünfte zugunsten des Gemeinwohls die Solidarität und Verantwortlichkeit eingeübt wird, was wird dann im Umkehrschluss von einem stetigen *Empfang* aus gemeinschaftlichen Geldmitteln eingeübt, wenn nicht Egoismus, Passivität und Abhängigkeit; eine Kombination von Dispositionen, die Mill im höchsten Grade missfallen. Mill setzt sich also für wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen ein, hofft dabei allerdings stark darauf, dass diese nur als vorübergehende Notlösungen in Anspruch genommen werden.

⁶¹⁵ Vgl. Kuenzle, Schefczyk: John Stuart Mill zur Einführung, 183.

Vielleicht ist der von ihm vorgeschlagene Ausschluss vom Wahlrecht dabei gerade als zusätzliche Motivation intendiert, sich diesem Zustand der Abhängigkeit möglichst schnell wieder zu entziehen, zur „normal condition of a human being“⁶¹⁶ zurückzukehren. Nach seinem eigenen Ansatz des Einübens durch Handeln bleibt dieser Vorschlag jedoch trotzdem letzten Endes paradox, da dies nach eigenen Angaben ja gerade zu einer weiteren Reduktion des Verantwortungsgefühls führen müsste.

Dies bietet uns eine willkommene Überleitung zu Tocqueville, der in seiner Aufarbeitung der sozialen Frage ähnliche Gedanken unterhält wie Mill, diese aber noch expliziter herausgearbeitet und aus ihnen auch entsprechend drastischere Schlüsse zieht. Im Gegensatz zu Mill, der zwar eine andauernde und (wie er oft anzunehmen scheint) bewusste Entscheidung für ein Leben in Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung sehr kritisch gegenübersteht, diese aber letztlich als immer gegebene Möglichkeit der Entscheidungsfreiheit auch nicht mit dem Hungertod vergelten möchte, stellt sich Tocqueville tatsächlich entschlossen gegen jegliche Form staatlich organisierter Armenfürsorge und Unterstützung. Während viele dieser Motive mit seiner grundsätzlichen Skepsis gegenüber zentraler Kontrolle und Regulierung korrelieren und auch in *Democracy in America* wiederholt anklingen⁶¹⁷, skizziert er seine diesbezüglichen Bedenken ausführlicher und expliziter in seinen kurzen Schriften über den Pauperismus. In diesen verweist er auf das Problem der Urbanisierung und der damit verbundenen Verelendung ganzer Schichten. Paradoxe Weise ist diese Form der extremen Armut daher ein umso verbreiteteres Phänomen, je entwickelter eine Gesellschaft eigentlich ist, während agrarisch geprägte Lebensformen zumindest im Normalfall für die eigene Lebenserhaltung aufkommen können.⁶¹⁸ Das vernichtende Urteil dieser Schriften⁶¹⁹, wie Manfred Füllsack resümiert, lautet demnach: „Armut ist ein Zivilisationsphänomen“.⁶²⁰ Tocqueville erkennt dabei scharfsinnig die besonders verwundbare Position, in welcher sich das städtische Proletariat befindet, gänzlich abhängig von günstigen ökonomischen Bedingungen, stärker als andere Klassen „abrupten und nicht

⁶¹⁶ Mill: CRG, 199.

⁶¹⁷ Vgl. z.B. Tocqueville: DA, 1224, 1226

⁶¹⁸ Vgl. de Tocqueville, Alexis: Das Elend der Armut. Über den Pauperismus. Herausgegeben von Manfred Füllsack (u.a.), übersetzt von Michael Tillmann. Berlin: Avinus 2007, 10, 20

⁶¹⁹ Es handelt sich um zwei unterschiedliche Schriften, die im Abstand von mehreren Jahren verfasst wurden, wobei sich der erste Teil maßgeblich der Problematisierung, der zweite wesentlich möglichen Lösungen widmet.

⁶²⁰ Füllsack, Manfred: „Armut als Konstrukt. Nachwort zu Alexis de Tocquevilles Mémoires sur le paupérisme“. In: de Tocqueville, Alexis: Das Elend der Armut. Über den Pauperismus. Herausgegeben von Manfred Füllsack (u.a.), übersetzt von Michael Tillmann. Berlin: Avinus 2007, 67-100, 67.

beeinflussbaren Schicksalsschlägen ausgesetzt.“⁶²¹ England, als erstes und einziges Land Europas zu diesem Zeitpunkt, begegnet diesem Problem mit flächendeckender staatlicher Armenhilfe. Tocqueville zieht England folgerichtig als Beispiel heran, anhand dessen er allerdings verdeutlichen möchte, dass dieser Gedanke der staatlichen Unterstützung zwar auf den ersten Blick edel und groß erscheint, letztlich aber in „schönen Illusionen“⁶²² bestünde, die der Realität nicht standhalten. Die „unglückseligen Folgen“⁶²³ dieser Gesetze bestehen nach Tocqueville wesentlich in deren Ausnutzung und Missbrauch und damit verbunden die Förderung von Faulheit, Abhängigkeit und Passivität einiger auf Kosten des aktiveren, fleißigen und großzügigen Teils der Bevölkerung.⁶²⁴ Er postuliert eine grundsätzliche menschliche Tendenz zur Faulheit, und zwei grundsätzliche Impulse, die den Menschen gegen diese zur Arbeit veranlassen, „das Überleben und die Verbesserung der Lebensbedingungen“⁶²⁵, wobei zweiteres nur auf eine Minderheit Wirkung entfalte. Es ist demnach leicht ersichtlich, warum aus seiner Perspektive eine staatliche Wohlfahrt, durch die Sicherung des Überlebens, die Motivationsquellen des gemeinen Menschen zum Versiegen bringen würde. Tocqueville ist sich dabei der Problematik bewusst, dass es eben durchaus auch unverschuldete Armut gibt und weiß: „Nichts lässt sich so schwer bestimmen wie die feine Unterscheidung zwischen einem unverdienten und einem durch eine lasterhafte Lebensführung hervorgerufenen Unglück.“⁶²⁶ Gegen eine staatliche Regulierung und Versorgung plädiert er nun zunächst, indem er die Vor- und Nachteile im Vergleich zu privater Wohltätigkeit abwägt. Die eine, private Form der Wohltätigkeit, die für das Christentum in der Nächstenliebe besteht, ist für Tocqueville so alt wie die Menschheit selbst.⁶²⁷ Durch solche private und unmittelbare Almosen entstanden laut ihm noch echtes Mitleid und echte Dankbarkeit in den Beteiligten, ein „wertvolles Band zwischen Reich und Arm“.⁶²⁸ Ganz im Gegensatz bei der gesetzlich verordneten Armenhilfe:

„Der Reiche, den das Gesetz, ohne ihn vorher zu fragen, eines Teils seines Überflusses beraubt, betrachtet den Armen lediglich als einen gierigen Fremden, der von dem Gesetzgeber zur Aufteilung seines Besitzes angehalten wird. Der Arme empfindet seinerseits keinerlei

⁶²¹ Tocqueville: Über den Pauperismus, 18.

⁶²² Tocqueville: Über den Pauperismus, 22f.

⁶²³ Tocqueville: Über den Pauperismus, 25.

⁶²⁴ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 26.

⁶²⁵ Tocqueville: Über den Pauperismus, 25.

⁶²⁶ Tocqueville: Über den Pauperismus, 26.

⁶²⁷ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 22.

⁶²⁸ Tocqueville: Über den Pauperismus, 30.

Dankbarkeit für eine Wohltat, die ihm nicht verweigert werden darf und die ihn andererseits aber auch nicht zufrieden stellen kann.“⁶²⁹

Demnach ist paradoxerweise die private Wohltätigkeit nach Tocqueville solidaritätsstiftend, während die staatliche Wohlfahrt entsolidarisiert und Animositäten schürt.

Interessanter erscheint aber ein anderes Argument, das er fast beiläufig gegen ein staatlich garantiertes Recht auf materielle Sicherheit in Anschlag bringt. So argumentiert er, die Vorstellung von Rechten sei zwar durchaus edel und erhaben und stelle Bittsteller und Bittgewährer scheinbar auf Augenhöhe. Aber, so Tocqueville weiter, das Recht des Armen auf Unterstützung berge letztlich im Gegensatz zu anderen Rechten die Besonderheit, dass es die Gefühle derjenigen, die das Recht in Anspruch nehmen, erniedrige, anstatt sie zu erhöhen,⁶³⁰ denn „was bedeutet eine Bewilligung dieses Rechts anderes als das offene Eingeständnis seiner Not, Schwäche und Verwahrlosung?“. ⁶³¹ Sonstige Rechte werden nämlich laut Tocqueville gerade aufgrund persönlicher Leistung eingeräumt, dieses jedoch aufgrund persönlichen Scheiterns. Durch das gesetzlich festgeschriebene Armenrecht befürchtet er daher auch die dauerhafte Festschreibung dieser Demütigung und Unterlegenheit, die ungleich degradierender und umfassender wirke, als dies bei privater Fürsorge der Fall sei. Dieses Argument muss genauer untersucht werden. Zunächst scheint Tocqueville an dieser Stelle einige Begrifflichkeiten sehr unscharf zu nutzen und miteinander zu vermengen. So entspricht sein Begriff des „Rechts“ hier weniger unserer heute gängigen Auffassung von Rechten als unveräußerliche Grundrechte, sondern eher dem, was wir gemein als *Vorrecht* oder verdienten Privileg bezeichnen würden. Die Rechte auf Freiheit und Leben, dem wir heute das Recht auf materielle Grundsicherung hinzufügen, werden genauso wenig mit Hinblick auf persönlichen Verdienst gewährt, sondern sind ja gerade ihrem Wesen nach voraussetzungsfrei.

Weiter wirft dieser Argumentationsstrang die Frage auf, warum nun genau die Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge in höherem Maße erniedrigen sollte als die von privater Hand und vor allem, gesetzt den Fall, dass diese Analyse zutreffend wäre, warum dies nicht eine umso größere Motivation der Betroffenen zur Folge haben sollte, sich aus dieser demütigenden Situation schnellst möglichst wieder zu befreien. Eine zumindest teilweise Beantwortung dieser Fragen besteht in der auch bei Tocqueville vorherrschenden Vorstellung des „Learning

⁶²⁹ Tocqueville: Über den Pauperismus, 30.

⁶³⁰ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 29.

⁶³¹ Tocqueville: Über den Pauperismus, 29.

by Doing“. Er beklagt die Effekte auf die Sittlichkeit, aber auch die Freiheit, die von der ständigen Überwachung und Kontrolle, die Nebeneffekte der staatlichen Wohlfahrt darstellen, einhergehen.⁶³² So sei durch die Handhabung der Fürsorge durch die jeweiligen Gemeinden eine Immobilisierung der von diesen Leistungen Profitierenden gegeben, die an die Zustände bäuerlicher Schollengebundenheit erinnerten.⁶³³ Auch heute sind uns diese minutiösen Kontroll- und Demütigungsmechanismen (ob intendiert oder unintended sei dahingestellt) im Umgang mit sozial Bedürftigen durchaus nicht unbekannt. Je länger man in solch dauerhafter Unmündigkeit und Abhängigkeit existiert, muss dies sich also langfristig auf die grundsätzliche Fähigkeit zu einem mündigen und selbstbestimmten Leben auswirken und so in einen Teufelskreis münden.

Was schlägt Tocqueville nun also konkret im Sinne einer wohlüberlegten Wohltätigkeit, die den Empfangenden tatsächlich nützlich ist, anstatt sie in ihrer elenden Position festzuhalten, vor? Neben der individuellen Nächstenliebe setzt er auf assoziative Bemühungen, mit welchen gemeinnützig wirkende Individuen sich zum Zwecke einer Verstetigung und Ausweitung der Hilfeleistungen zusammenschließen.⁶³⁴ Man könnte an dieser Stelle ironisch bemerken, dass dies gerade die Grundidee der staatlichen Fürsorge ausmache, wobei hier für Tocqueville wohl die ganz klare intentionale Entscheidung einer solchen Assoziation den zentralen Unterschied zur staatlich verordneten und mehr oder weniger unfreiwilligen Armenhilfe markiert.

Weiter relativiert er seine grundsätzliche Ablehnung einer solchen erzwungenen und zentral organisierten Hilfeleistung in Bezug auf „unvermeidbare[...] Notlagen“⁶³⁵, wie der Versorgung von Kindern, der Alten und Gebrechlichen, der psychisch und physisch Kranken sowie im Falle öffentlicher Katastrophen. Kurz gesagt also, in allen Fällen, wo eine Selbstverschuldung von vornherein ausgeschlossen werden kann. Es muss also explizit betont werden, dass nach dieser Beschreibung ein grundlegendes öffentliches Sozial- und vor allem Gesundheitswesen völlig legitim erscheint. Tocquevilles Skepsis gilt ganz der verstetigten, dauerhaften staatlichen Unterstützung spezifisch im Bereich verarmter, aber erwachsener und gesunder Individuen, in welchem er die Gefahr des Missbrauchs als so prävalent bewertet (und vermutlich überbewertet).

⁶³² Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 32.

⁶³³ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 32.

⁶³⁴ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 38.

⁶³⁵ Tocqueville: Über den Pauperismus, 38.

Zu diesem besonderen Zwecke müssen also Alternativen gefunden werden, denn, das gesteht auch Tocqueville, private Armenhilfe greift in der modernen Industriegesellschaft zu kurz und kann unmöglich das einzige Mittel darstellen.⁶³⁶ Stattdessen müssten weitere Mittel und Wege gefunden werden, wie auch den unteren Schichten der Gesellschaft der Zugang zu eigenem Grundbesitz und Eigentum erleichtert werden kann, dem Tocqueville eine zentrale Rolle für die Ausbildung von Sparsamkeit, Tatkraft und weitsichtiger Disziplin zuschreibt.⁶³⁷

Dieses Problem ist besonders für eine städtische Bevölkerung schwieriger zu lösen als für eine bäuerliche, wo mit Maßnahmen zur Teilung des Grundbesitzes vergleichsweise leicht Abhilfe geschafft werden kann.⁶³⁸ Zu einer Teilung des Industriebesitzes analog zu Grundbesitz schlägt Tocqueville demnach vor, man könnte die Arbeiterschaft zu Miteignern ihrer Fabriken machen und sie proportional an den Gewinnen beteiligen. Allerdings erkennt er auch an, dass Vorschläge dieser Art bei der Unternehmerschaft für gewöhnlich auf eher mäßigen Enthusiasmus stoßen.⁶³⁹ Eine andere Möglichkeit sieht er in assoziativen Bemühungen der Arbeiterschaft selbst, ihre Arbeit schlicht ohne die Kapitalisten selbstständig und genossenschaftlich zu organisieren, wobei er allerdings auf das bisherige empirische Scheitern solcher Unternehmungen hinweist. Dennoch sieht er die Umsetzbarkeit einer solchen Organisation als zunehmend wahrscheinlicher an und erkennt in solchen Assoziationen enormes Potential für zukünftige Entwicklungen.⁶⁴⁰

Vorerst aber, so überlegt er weiter, könnte man zumindest der Arbeiterschaft durch ihre Löhne den Aufbau eigenen Besitzes erleichtern, etwa durch die Förderung lohngestützter Spartätigkeit, der dafür geeigneten Einrichtung von Sparkassen sowie der Einführung simpler und sicherer Methoden, um Kapital aus Erspartem zu generieren und ertragreich anzulegen.⁶⁴¹ Hier wird also klar, dass Tocqueville in diesem Bereich sehr radikal auf individuelle Eigeninitiative und höchstens staatliche Hilfe zur Selbsthilfe setzt. Besonders interessant ist dies vor dem Hintergrund seiner späteren politischen Karriere, in welcher er sich genau mit solchen realpolitischen Fragen der Armutproblematik konfrontiert sah. Setzte er auch hier zunächst auf diese radikal-liberale Strategie der Selbsthilfe, so schien im Laufe

⁶³⁶ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 40.

⁶³⁷ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 47.

An dieser Stelle drängt sich die Assoziation zu einem viel belächelten Ausspruch des amtierenden österreichischen Bundeskanzlers auf, das beste Mittel gegen Altersarmut sei der Erwerb von Eigentum.

⁶³⁸ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 48.

⁶³⁹ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 52.

⁶⁴⁰ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 52f.

⁶⁴¹ Vgl. Tocqueville: Über den Pauperismus, 53.

des Vorabends des Revolutionsjahres 1848 eine zeitweise Kehrtwende in seinem Denken einzusetzen.⁶⁴² Sichtlich in Reaktion auf die steigenden sozialen Spannungen, aber auch aufgrund seiner Lektüre sozialistischer Autoren wie Charles Fourier und Robert Owen, die ihrerseits auch eine große Wirkung auf Mill entfalteten⁶⁴³, sprach er sich plötzlich im Parlament für ein staatliches Sozialhilfeprogramm als notwendige Ergänzung der Demokratie aus, was ihn allerdings nicht davon abhielt, in seiner folgenden Amtsperiode als Abgeordneter der Nationalversammlung gegen sämtliche sozialpolitische Maßnahmen dieser Art zu votieren.⁶⁴⁴ Das Verhältnis Tocquevilles zum Wohlfahrtsstaat bleibt also, gelinde ausgedrückt, ein ambivalentes.

5.4.5 Wiederauflebender Liberalismus und Wohlfahrt

“Earlier liberalism regarded the separate and competing economic action of individuals as the means to social well-being as the end. We must reverse the perspective and see that socialized economy is the means of free individual development as the end.”⁶⁴⁵

Als Kontrast zu Tocquevilles Vision wollen wir uns zuletzt mit John Deweys Plädoyer für umfassende Implementierung wohlfahrtsstaatlicher Prinzipien beschäftigen, wobei allerdings auch nicht völlig unerwähnt bleiben soll, dass auch John Stuart Mill sich in seiner unvollendeten Spätschrift über den Sozialismus dafür ausspricht, sozialistische Prinzipien als grundsätzlich denkbare und legitime Möglichkeit anzuerkennen und gar postuliert: “society is fully entitled to abrogate or alter any particular right of property which on sufficient consideration it judges to stand in the way of the public good.”⁶⁴⁶ Wir wollen uns nun allerdings auf Dewey fokussieren, der sich mit diesem Thema, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise der 1930er Jahre, eingehender beschäftigt hat. Eben in diesem Kontext sieht Dewey die akute Notwendigkeit, die liberal-demokratischen Mittel zur Gewährleistung der liberalen Grundideale der Freiheit, Entfaltung und kooperativen Intelligenz im Lichte neuer Herausforderung und Umstände radikal zu überdenken.⁶⁴⁷ Er

⁶⁴² Vgl. Füllsack: Armut als Konstrukt, 77.

Vgl. Buchsteil; Hummel: Demokratietheorie und Methode, 251.

⁶⁴³ Vgl. Mill: Mill: Chapters on Socialism, 748.

⁶⁴⁴ Vgl. Füllsack: Armut als Konstrukt, 77f.

Vgl. Buchsteil; Hummel: Demokratietheorie und Methode, 251.

⁶⁴⁵ Dewey: LSA, 63.

⁶⁴⁶ Mill: Chapters on Socialism, 753.

⁶⁴⁷ Vgl. Dewey: LSA, 39, 64.

verurteilt die klassische Laissez-Faire Doktrin dabei als längst ausgedientes Relikt eines vorwissenschaftlichen Zeitalters, das in der konsequenten Vernachlässigung des sozialen Aspekts der Demokratie die Verwirklichung der ursprünglichen liberalen Ideale gleichsam sabotiert und verzögert hat.⁶⁴⁸ Dieses empirische Scheitern muss zur Kenntnis genommen werden, um stattdessen einen zeitgemäßen und mutigen, ‚wiederauflebenden‘ Liberalismus aufzurichten, der für experimentelle Erprobung neuer Mittel offen ist und so die in Verruf gekommenen liberalen Ideale zu rehabilitieren.⁶⁴⁹ Anstatt des Individuums müsse nun die Schaffung einer sozialen Organisation im Zentrum stehen, die die breiteste mögliche Dissemination und Anwendung der wissenschaftlichen Errungenschaften und Erkenntnisse sowie materieller Ressourcen im Sinne des Gemeinwohls und der freien Entfaltung aller Individuen zu leisten hat.⁶⁵⁰ Die Sicherung einer materiellen Grundlage wird dabei also ganz explizit eingefordert und zwar gerade als Mittel zum Zweck der Ermöglichung freier, individueller Lebensgestaltung und der Bereitstellung möglichst gleicher Ausgangsmöglichkeiten zu diesen.

⁶⁴⁸ Vgl. Dewey: *Authority and Social Change*, 143.

Vgl. Dewey: *LSA*, 52, 54.

⁶⁴⁹ Vgl. Cunningham: *Theories of Democracy*, 161.

Vgl. Dewey: *LSA*, 39.

⁶⁵⁰ Vgl. Dewey: *LSA*, 40, 54.

6 Conclusio: das demokratische Projekt

“[T]he task of democracy is forever that of creation of a freer and more humane experience in which all share and to which all contribute.”⁶⁵¹

Dieses Resumé zieht John Dewey in seinem Essay *Creative Democracy – The Task Before Us*, und in der Tat: Ein ambitioniertes Projekt ist es, das noch vor uns liegt. Wir konnten im Laufe dieser Untersuchung nur einen Bruchteil dessen genauer beleuchten, was es bedeuten kann, demokratische Ideale der Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu denken und als gesellschaftliche Werte und Ziele ernst zu nehmen. Wir konnten innerhalb dieser limitierten Aufarbeitung schon feststellen, auf wie mannigfaltige und vielschichtige Art und Weise diese drei Pole ineinandergreifen, sich gegenseitig ergänzen, aber auch relativieren. Die Freiheit kollidiert in vielerlei Hinsicht mit Grundanliegen und Tendenzen der Gleichheit, kann diese allerdings auch davor bewahren, in Monotonie und Uniformismus abzurutschen, indem sie eindringlich an den Aspekt der individuellen Entfaltung von Einzigartigkeit erinnert, der mit einem Anspruch auf Gleichheit unbedingt einhergehen sollte. Der Gleichheitsgedanke verleiht der Freiheit dagegen erst ihre universale Qualität, verwandelt sie von einem Privileg Einzelner zu einem gleichen Recht für alle. In dieser Konstellation der freien und gleichen Bürgerschaft liegt schließlich erst die Möglichkeit zur Ausweitung einer gleichsam tribalistischen und selektiven Solidarität zu einer abstrakten, gesamtgesellschaftlichen, universellen. “All the bonds of race, class, country are loosening; the great bond of humanity is tightening”,⁶⁵² wirft Tocqueville diese Entwicklung voraus, wobei der Aufzählung heute wohl auch noch Geschlecht hinzuzufügen wäre. Negative Freiheit, als notwendiger abstrakter Minimalraum persönlicher Unabhängigkeit, muss in gewissem Maße mit der solidarischen Bereitschaft zur Schaffung fairer und annäherungsweise gleicher Grundbedingungen für die tatsächliche und konkrete Entfaltung individueller Potentiale und Lebensentwürfe komplementiert werden und Solidarität kann sich ihrerseits nur in einer Atmosphäre der Freiheit, in freien Assoziationen, mittels freier Diskussion und Partizipation entwickeln und entfalten. Sie entzieht sich wohl am deutlichsten der äußeren Kontrolle und muss daher letztlich als eine Möglichkeit, wenn auch eine stark zu präferierende und zu befürwortende, aufgefasst werden. Hier erweisen sich alle

⁶⁵¹ Dewey: *Creative Democracy*, 343.

⁶⁵² Tocqueville: *DA*, 1281.

unsere Autoren als Verfechter entwicklungs- beziehungsweise inputorientierter Zugänge, indem sie die Rolle aktiver Partizipation und Teilhabe als maßgebliches Instrument zur Herausbildung bürgerlicher Mündigkeit sowie gesamtgesellschaftlicher Verantwortung hervorheben. Zwar kann diese niemals erzwungen, durch Mittel aktiver Diskussion und Partizipation aber bestmöglich befördert werden. Auch die Gleichheit darf nicht als um jeden Preis zu erzwingender Selbstzweck fetischisiert und vor allem nicht als eine "equality of natural gifts"⁶⁵³ missverstanden werden. Gerade im Sinne einer freien Entfaltung der individuellen Potentiale fordern daher alle unsere Denker ein grundlegend meritokratisches Prinzip ein, „that, above all, merit, and not birth, is the only rightful claim to power and authority.“⁶⁵⁴ Dass aber auch diese meritokratisch-liberalen Ideale überhöht und verzerrt werden können, wenn sie sich zu weit von Zwecken des Gemeinwohls entfernen, besonders aber wenn ökonomische Leistung und Exzellenz zum einzig gültigen Maßstab angehoben werden, hat nicht zuletzt Dewey besonders eindrücklich mit seinem Plädoyer für einen wiederauflegenden Liberalismus bewiesen.

Zum besseren Verständnis der Spannungsfelder zwischen Konflikt und Konsens, direkter Partizipation und repräsentativen Institutionen sowie Eliten und Mehrheiten konnten unsere Philosophen uns ebenfalls wertvolle Beiträge leisten, wenn auch keine endgültigen Lösungen. Im Gegenteil wurde herausgearbeitet, wie eine demokratische Geisteshaltung neben einem egalitären und solidarischen Impetus auch maßgeblich von einem grundsätzlichen Verzicht auf absolute Wahrheitsansprüche gekennzeichnet sein muss, einer Offenheit für Revision im Lichte neuer Information und Erfahrung. In diesem Sinne ist die Demokratie, trotz ihrer normativen Komponente, auch von einer grundlegend wissenschaftlich-empirischen Haltung in Bezug auf ihre Mittel und Zwecke durchdrungen und scheint ihren Siegeszug also nicht bloß zufällig zusammen mit der modernen Wissenschaft angetreten zu haben.

Darüber hinaus lässt sich ein weiteres Moment identifizieren, ohne das eine demokratische Geisteshaltung kaum vorstellbar scheint, nämlich ein zumindest grundsätzlicher Vertrauensvorschuss in die menschliche Fähigkeit zur vernunftgeleiteten Gestaltung des eigenen Lebens und der Gesellschaft. Dies geht zugleich allerdings mit einer ebenso grundsätzlichen, aber zunächst unaufgeregten Anerkennung der irrationalen, egoistischen und gefährlichen Aspekte der menschlichen Natur einher und ist somit keinesfalls mit blindem

⁶⁵³ Dewey: FC, 63.

⁶⁵⁴ Mill: The Subjection of Women, 325.

Vertrauen oder romantisch-verklärtem Optimismus zu verwechseln. Diesen Aspekten soll gerade beigegeben werden, sei es durch Erziehung oder durch Umlenkung in produktive Richtung, wie es Tocqueville beispielsweise mit seinem Konzept des wohlverstandenen Eigeninteresses unternommen hat, oder durch die Beschränkung möglichen Schadens durch kluge Institutionen und festgeschriebene Grundrechte. Das demokratische Menschenbild könnte also pointiert mit ‚Hope for the best, prepare for the worst‘ charakterisiert werden, eine zögernde Hoffnung und Zuversicht in die edelsten menschlichen Aspekte und Potentiale einerseits, ein realistisches Bewusstsein für die Existenz der schlimmsten und ihrer Eindämmung andererseits. In diesem Sinne ist die Demokratie mehr als bloße Regierungsform, sondern wird zur distinkten Geisteshaltung und, wie Dewey es formuliert “a way of life controlled by a working faith in the possibilities of human nature.”⁶⁵⁵

Abschließend kann also darüber hinaus nur wenig postuliert werden, was allgemeine oder dauerhafte Gültigkeit beanspruchen könnte, da gerade in dieser stetigen inhaltlichen Unbestimmtheit beziehungsweise Neubestimmbarkeit ein so wesentliches Kernelement der Demokratie zu bestehen scheint. Nur ein Absolut steht fest, nämlich dass die Demokratie als Zweck immer auf demokratische Mittel und Methoden zurückgreifen muss, “methods of consultation, persuasion, negotiation, communication, co-operative intelligence”⁶⁵⁶, anstatt auf jene von Manipulation, Zwang oder Gewalt. Ein weitreichendes Einverständnis in Bezug auf diese grundlegenden Methoden zur Aushandlung demokratischer Güter und Wahrheiten ist demnach ungleich wichtiger als eine Übereinkunft in Bezug auf spezifische und konkrete Wahrheiten und Güter.⁶⁵⁷ Darin liegt schlussendlich das Anstrengende und vielleicht zeitweise Frustrierende, aber auch das Herausfordernde und Inspirierende der Demokratie, nämlich in ihrem Prozesscharakter, ihrer ständigen Unabgeschlossenheit und radikalen Offenheit. Eine stetige Absage an allgemeingültige Lösungen, eine stetige Einladung zu Umgestaltung und Erneuerung, „to work hard to attain the type of grandeur and happiness that is appropriate to us.”⁶⁵⁸ Das Projekt der Demokratie ist somit ein seinem Wesen nach ewig unabgeschlossenes. Es ist selbst ein anhaltendes Experiment der Gesellschaftsgestaltung, das sich bislang in vielerlei Hinsicht bewährt und als lohnend erwiesen hat, allerdings auch noch vielen Herausforderungen und zum Teil unlösbaren

⁶⁵⁵ Dewey: Creative Democracy, 341.

⁶⁵⁶ Dewey: FC, 175.

⁶⁵⁷ Vgl. Hook: The philosophical Heritage of the Atlantic Democracies, 264.

⁶⁵⁸ Tocqueville: DA, 1283.

Paradoxien gegenübersteht. So selbstverständlich sie uns aus heutiger Sicht manchmal vorkommen mag, so kontingent und fragil ist sie dennoch schlussendlich, denn sie führt sich nicht selbstständig fort, wie uns das 20. Jahrhundert eindringlich bewiesen hat, sondern erfordert in jeder Generation aufs Neue die Zustimmung zur Fortführung, das Einverständnis, dass sich eine Beibehaltung dieses Experiments noch immer lohnt. Dewey beendet seine Abhandlung über *Freedom and Culture* mit der folgenden Feststellung:

“At the end as at the beginning the democratic method is as fundamentally simple and as immensely difficult as is the energetic, unflagging, unceasing creation of an ever-present new road upon which we can walk together.”⁶⁵⁹

Diese Abhandlung konnte hoffentlich einen Beitrag zum besseren Verständnis der dieser demokratischen Methode inhärenten Schwierigkeiten und Paradoxien leisten, vor allem aber hoffentlich auch überzeugende Gründe herausarbeiten, warum sich diese kontinuierliche Anstrengung zur Fortführung des demokratischen Projekts immer noch lohnt.

⁶⁵⁹ Dewey: FC, 176.

7 Fachdidaktik

Nachdem der fachphilosophische Umriss unter Rückgriff auf drei Denker im Besonderen geleistet wurde, soll in diesem Abschnitt eine fachdidaktische Umsetzung zentraler behandelte Themen kontempliert werden. Zunächst werden kurze allgemeine Überlegungen zur Rolle und Aufgabe des Philosophie-Unterrichts angestellt, wobei besonders die Verbindung zur politischen Bildung hervorgehoben und herausgearbeitet wird. Im Anschluss werden didaktische Grundüberlegungen zur vorgestellten Unterrichtssequenz angestellt, bevor diese schließlich in Form von Planungsmatrizen dargelegt wird.

7.1 Politische Philosophie: An der Schnittstelle zur politischen Bildung

Sowohl die Philosophie, beziehungsweise der Psychologie- und Philosophieunterricht, wie auch die politische Bildung sind ihrem Wesen nach breit gefächert und somit anschlussfähig für interdisziplinäre und fächerübergreifende Bezugspunkte. Tatsächlich kann kein Fach als gänzlich politikfrei angesehen werden,⁶⁶⁰ weshalb der politischen Bildung spezifisch als Unterrichtsprinzip⁶⁶¹ eine zentrale Rolle für die (Mit-)Reflexion dieser Bezüge zukommt. Dabei erscheint die Philosophie, insbesondere die politische, als besonders naheliegende Schnittstelle und bietet zahlreiche Möglichkeiten zur intensiven Umsetzung politischer Bildung als Unterrichtsprinzip. „Das Fach ist aufgrund der vielfältigen Inhalte und Methoden an sich interdisziplinär“,⁶⁶² wie auch im aktuellen Lehrplan vermerkt wird, teilt vor allem aber auch wesentliche Bildungsziele und -ideale mit politischer Bildung im Besonderen.

Zum einen ist die thematische Schnittstelle ganz offensichtlich. Die politische Philosophie beschäftigt sich seit jeher mit Fragen der Herrschaft und Legitimierung derselben, Fragen der staatsbürgerlichen Tugend sowie gesellschaftlichen Verpflichtungen und Werten und überschneidet sich somit stark mit den fachwissenschaftlichen Kategorien politischer Bildung nach Gerhard Himmelmann, die bei Wolfgang Sander auch als (Basis-)Konzepte auftauchen,

⁶⁶⁰ Vgl. Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag 2008, 135.

⁶⁶¹ Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Unterrichtsprinzipien: Politische Bildung.

⁶⁶² Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen. Fassung vom 09.06.2018.

Online unter:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>
[13.6.2018].

darunter Konflikt, Interessen, Macht, Organisation und Institution, Legitimität oder auch Verantwortung.⁶⁶³ Im Besonderen in der thematischen Fokussierung auf Demokratie, welche nach Himmelmann gar als didaktisches Zentrum und eigentliches epochales Schlüsselproblem der politischen Bildung konstituiert werden kann⁶⁶⁴, scheint die Schnittstelle sehr fruchtbar. Eine methodisch-didaktische Gemeinsamkeit lässt sich in der disruptiven, irritierenden Intention und Wirkungsweise der beiden Gegenstände verorten. Weder die Philosophie noch die politische Bildung können den Lernprozess vorrangig als möglichst reibungslosen Aneignungsprozess von Wissen und Fertigkeiten ansehen. Beide haben gerade den Anspruch, den Lernenden auch Unannehmlichkeiten zu bereiten, Denkprozesse durch kognitive Dissonanz und Irritation anzustoßen. „Erwartungshaltungen müssen enttäuscht, Gewohnheiten gekränkt, Selbstverständliches erschüttert werden“.⁶⁶⁵ Nicht zuletzt soll dabei auch die Motivation für die mühsameren und fordernden Aspekte philosophischen und politischen Denkens und Lernens erzeugt werden.⁶⁶⁶ Es geht um das Aufwerfen von Fragen, die an sich schon auf nähere Reflexion drängen und nach Lösungen verlangen, wobei diese nicht immer im Laufe des Erarbeitungsprozesses gefunden werden können. Im Gegenteil mündet die genaue und hinterfragende Auseinandersetzung nicht selten in neue Fragen, Unklarheiten und Aporien. Dieses Lernen an der Aporie und Irritation kann als philosophisches Vermächtnis bis auf die sokratische Methode des unerbittlichen Zweifels zurückgeführt werden. Neben der Hebammenkunst Sokrates', die im pädagogischen Kontext oft stark in ihrem hervorbringenden, positiven Effekt betont wird, sollte nämlich nicht vergessen werden, dass dieser eben auch mit einem Zitterrochen oder einer Steckfliege verglichen wurde, sein Gegenüber lähmen und erschüttern konnte, die Sphäre des Selbstverständlichen aufbrach und damit zum Einhalten und Nachdenken provozierte.⁶⁶⁷ Zwar gab es in der Philosophiegeschichte nur allzu viele Beispiele für die Bestrebung, genau dieser sokratischen, permanenten Unsicherheit durch die Formulierung endgültiger Wahrheiten und Systeme zu entfliehen, gerade die Tradition des Pragmatismus, der auch einer unserer drei Autoren angehört, hat sich jedoch genau dieser Aspekte wieder angenommen und sie erneut zum

⁶⁶³ Vgl. Himmelmann, Gerhard: Demokratie Lernen: als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag 2001, 27f.

Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 100-103.

⁶⁶⁴ Vgl. Himmelmann: Demokratie Lernen, 8.

⁶⁶⁵ Rehfus, Wulff D.: Didaktik der Philosophie. Grundlage und Praxis. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwan: 1980, 177.

⁶⁶⁶ Vgl. Rehfus: Didaktik der Philosophie, 186.

⁶⁶⁷ Vgl. Suhr: John Dewey zur Einführung, 97-100.

wesentlichen Bestandteil des Philosophierens erhoben. Im Mittelpunkt der pragmatischen Philosophie steht gerade „das Versprechen der Veränderungsmöglichkeit und Erneuerung“⁶⁶⁸ und somit eine radikale Absage an die mannigfaltigen Ambitionen, philosophische, aber auch politische Fragen substantiell und endgültig zu beantworten. Nicht umsonst hat sich deshalb gerade der Pragmatismus in jüngerer Vergangenheit zu einer zentralen Bezugstheorie der politischen Bildung, aber auch zu einer der wichtigsten Basistheorien der Demokratie im Allgemeinen entwickelt.⁶⁶⁹ Denn einer so aufgefassten Philosophie, wie man sie nicht nur Dewey, sondern durchaus auch Tocqueville und Mill zuschreiben kann, kommt damit die wesentliche Aufgabe zu, als Methode der Reflexion über tatsächliche gesellschaftliche Probleme, Konflikte und Werte zu fungieren.⁶⁷⁰ Mit dem Fokus auf diesen Aspekten der Philosophie als ergebnisoffenes Rasonieren sowie Antizipieren und Gestalten einer noch kontingenten Zukunft kann augenscheinlich viel für eine zeitgemäße Demokratiebildung beigetragen werden. Suhr bringt diesen anwendungs- und problemorientierten Aspekt treffend auf den Punkt, wenn er sagt: „Philosophie ist [...] das Nachdenken darüber, was das Erkannte von uns verlangt“.⁶⁷¹

Diese Aspekte der Irritation, des Gewährwerdens von Nichtwissen, Widersprüchen und Ergebnisoffenheit sind, wie bereits angedeutet, auch wesentliche Momente der politischen Bildung.⁶⁷² Im Beutelsbacher Konsens von 1977 wurden richtungsweisend das Kontroversitätsgebot und Überwältigungsverbot als zentrale Prinzipien des Politikunterrichts festgeschrieben.⁶⁷³ Politische Bildung hat keine vorherbestimmten Meinungen und Gesinnungen zu vermitteln, sondern verschreibt sich der Befähigung der Schülerinnen und Schüler, eigene Meinungen und Urteile selbstständig und hinterfragt zu bilden. Zu diesem Zweck gilt der zweite Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses, nämlich dass alles, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, im Unterricht ebenfalls kontrovers erscheinen muss beziehungsweise kontrovers behandelt und diskutiert werden muss.⁶⁷⁴ In dieser Hinsicht kann also der Philosophieunterricht entscheidende Beiträge leisten und Impulse setzen, kann zur

⁶⁶⁸ Reichenbach, Roland: Philosophie der Bildung und Erziehung. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer 2007, 21.

⁶⁶⁹ Vgl. Himmelmann: Demokratie Lernen, 30f.

⁶⁷⁰ Vgl. Reichenbach: Philosophie der Bildung und Erziehung, 142.

⁶⁷¹ Suhr: John Dewey zur Einführung, 90.

⁶⁷² Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 86.

⁶⁷³ Vgl. Germ: Konzeptuelles Lernen in der Politischen Bildung, 17.

Vgl. Hellmuth; Klepp: Politische Bildung, 65.

Vgl. Himmelmann: Demokratie Lernen, 13.

⁶⁷⁴ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 28.

Kontemplation, zum Einhalten, zur Re-Evaluation eigener Auffassungen Anlass geben und mit einem Fokus auf sokratische Skepsis, die ironischerweise von der damaligen, wohl unserer heutigen Begriffsbestimmung nicht mehr gerecht werdenden, Demokratie als Bedrohung wahrgenommen wurde, einen wichtigen Beitrag zu einer toleranten, anti-dogmatischen und anti-fundamentalistischen demokratischen Geisteshaltung leisten.⁶⁷⁵

Schließlich ergibt sich, wie sich bereits andeutet, eine wesentliche Überschneidung der Zielsetzungen von Philosophie- und Politikunterricht, nämlich in Bezug auf die zentrale (und große) Ambition, die Herausbildung von staatsbürgerlicher Mündigkeit und einer kritisch-reflexiven Grundhaltung in Schülerinnen und Schülern bestmöglich anzustoßen. Mündigkeit und Partizipationsfähigkeit sind dabei in sich wesentliche didaktische Prinzipien der politischen Bildung.⁶⁷⁶ Dies beinhaltet nicht nur ein gewisses Verhältnis zu Gesellschaft und Politik, sondern gerade auch zu sich selbst. Rehfus weist der Philosophie beispielsweise ganz explizit die Funktion zu, zur Bewältigung der Identitätskrise der modernen Gesellschaft beizutragen,⁶⁷⁷ und zwar maßgeblich durch die Schaffung von Autonomie und Selbstbewusstsein im Sinne eines reflexiven Verhältnisses zu sich selbst, in „Wissen um die eigenen Propositionen, Handlungen, Werke, Dispositionen und Intentionen“.⁶⁷⁸ Das Ziel der Philosophie muss im Wesentlichen in Aufklärung bestehen, und zwar im Sinne einer Disposition und Haltung,⁶⁷⁹ die bei individuellen Schülerinnen und Schülern beginnt, sich aber auf die gesamtgesellschaftliche Dimension ausdehnt. Ekkehart Martens spricht auch von einem „nachdenkliche[n] Verhältnis zu sich selbst und zu der Umwelt, in der [man] wirkt“.⁶⁸⁰ Dieser Fokus auf autonomes Denken und Urteilen überschneidet sich indessen stark mit dem Fokus der politischen Bildung auf Urteilsfähigkeit.⁶⁸¹ Besonders in Bezug auf die Handlungsorientierung politischer Bildung und ihr starkes Augenmerk auf aktiv-partizipative Aspekte, die vielleicht auch als Reaktion auf lange Versäumnisse in diesem Bereich angesehen werden können, gibt es aber doch etwas klarzustellen: Der Fokus der Philosophie liegt im Vergleich dazu auf den kontemplativeren Aspekten. Sie kann vornehmlich zur *Befähigung* zur

⁶⁷⁵ Vgl. Reichenbach: Philosophie der Bildung und Erziehung, 22f.

⁶⁷⁶ Vgl. Germ: Konzeptuelles Lernen in der Politischen Bildung, 46.

⁶⁷⁷ Vgl. Rehfus: Didaktik der Philosophie, 10, 165.

⁶⁷⁸ Rehfus: Didaktik der Philosophie, 164.

⁶⁷⁹ Vgl. Reichenbach: Philosophie der Bildung und Erziehung, 90.

⁶⁸⁰ Martens, Ekkehard: Dialogisch-pragmatische Philosophiedidaktik. Hannover (u.a.): Hermann Schroedel Verlag: 1979, 73.

⁶⁸¹ Vgl. Germ: Konzeptuelles Lernen in der Politischen Bildung, 19.

Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 75.

aktiven Handlung und Partizipation beitragen, kann die Wahrnehmung und Umsetzung aber nur als Nebenprodukt der Auseinandersetzung betrachten. Hierbei handelt es sich allerdings eher um einen vorausgeschickten Hinweis als um eine wirkliche Abgrenzung, wird genau diese Auffassung ohnehin auch im Diskurs über politische Bildung immer wieder vertreten. So verweist auch Himmelmann ganz klar auf die Problematik einer auf das Ideal des Aktivbürgers ausgelegten Unterrichtspraxis, nicht zuletzt deshalb, weil im Vergleich zu dieser idealisierten Messlatte selbst grundsätzlich engagierte, tolerante und sozial empfindsame Schülerinnen und Schüler schon als ‚politikverdrossen‘ gelten müssen.⁶⁸² Zurecht gibt Himmelmann hier zu bedenken, ob nicht reflektierte Zuschauer, urteilsfähige Beobachter sowie informierte und „potenziell interventionsfähige Bürger“,⁶⁸³ mit denen ein friedfertiges Zusammenleben möglich ist, nicht genauso legitime Ziele politischer Bildung sein können und sollten, solange grundsätzliche demokratische Rechte und Rahmenbedingungen von diesen respektiert werden. Auch Sander problematisiert die Tendenzen der republikanischen demokratiethoretischen Tradition, die im Angesicht ihres (stehts unbefriedigend erfüllten) Ideals tugendhafter und stehts involvierter Aktivbürgerschaft nur allzu leichtfertig in Kulturpessimismus, Verfallsnarrative und politisch hilflose Zivilisationskritik verfallen.⁶⁸⁴ „In der Demokratie gibt es eine Vielzahl legitimer Bürgerrollen, die von der Politik als Beruf bis zur Wahlenthaltung aus Protest reichen können und die im Lauf des Lebens eines Erwachsenen auch wechseln können,“⁶⁸⁵ postuliert er deshalb ganz deutlich. Ursula Frost gibt sogar zu bedenken, ob wir nicht auch Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung als mögliche Folgen eines mündigen Urteils akzeptieren müssen.⁶⁸⁶ An dieser Stelle wäre wohl eine Differenzierung vorzunehmen: Einerseits muss eine bewusste und begründete Entscheidung, sich nicht aktiv politisch zu beteiligen, als legitime Option akzeptiert werden.⁶⁸⁷ „Es gehört zur Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie, selbst zu bestimmen, wie sie als Bürgerinnen und Bürger leben wollen.“⁶⁸⁸ Dort allerdings, wo der Rückzug aus dem Politischen aus Gefühlen der Ohnmacht und Orientierungslosigkeit entspringt, ist die politische Bildung

⁶⁸² Vgl. Himmelmann: Demokratie Lernen, 20f.

⁶⁸³ Himmelmann: Demokratie Lernen, 18.

⁶⁸⁴ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 46f.

⁶⁸⁵ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 49.

⁶⁸⁶ Vgl. Frost, Ursula: „Einführung in die Thematik“. In: Ursula Frost/ Markus Rieger-Ladich (Hg.): Demokratie setzt aus. Gegen die sanfte Liquidation einer politischen Lebensform. Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh 2012, 11.

⁶⁸⁷ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 49.

⁶⁸⁸ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 50.

durchaus gefordert und solle eine informierende, befähigende und auch ermutigende Rolle zur Findung der je eigenen Bürgerrolle einnehmen.⁶⁸⁹ Dementsprechend muss auch im Unterricht Raum und Möglichkeit zur Erprobung verschiedener Rollen gegeben werden. Zu einer solchen Auffassung der politischen Bildung als Befähigung und vielleicht auch Anstiftung zu Freiheit und Autonomie kann die Philosophie in jedem Fall zahlreiche Beiträge leisten.

Die beschriebenen Aspekte mögen auf den ersten Blick selbstverständlich erscheinen, müssen aber dennoch auch heute noch (und wieder) emphatisch betont und re-affirmiert werden, nicht zuletzt in Reaktion auf die anhaltende Tendenz der Vermessung, Verwertung und Steuerung von Bildungsprozessen. Diese tritt, wie kritische Stimmen immer wieder bemerken, nicht bloß zufällig zusammen mit einer politischen Tendenz auf, öffentliche Entscheidungen und Deliberation zunehmend mit Verweis auf vermeintliche Sachzwänge zurückzudrängen. In dieser Hinsicht weist Konrad Paul Liessmann zurecht darauf hin, dass hinter dem zunächst attraktiv anmutenden Bild des flexiblen, kompetenzorientierten, lebenslangen Lernalters längst eine Aufforderung zur bereitwilligen Anpassung an sich zunehmend verselbstständigende und ständig wechselnde Anforderungen der Märkte beziehungsweise einer ominösen und kaum noch zugänglichen Zukunft steckt.⁶⁹⁰ In dieser Fokussierung auf scheinbar kontingente, nicht mehr zu antizipierende Anforderungen und Probleme der Zukunft *an uns* gerät ein ganz wesentlicher Aspekt und ureigener Motivationsgrund von Bildung überhaupt zunehmend in den Hintergrund: Die Ambition, die Zukunft und die Welt nach *unseren* Vorstellungen und Anforderungen zu gestalten. In dieser Hinsicht ist es also tatsächlich paradox, und würde wohl bei Mill und Dewey gleichermaßen Beunruhigung hervorrufen, „da[ss] zu den gängigsten Redewendungen eines Zeitgeistes, der sich einem liberalen Weltbild verpflichtet fühlt, der Satz gehört: Es gibt keine Wahl.“⁶⁹¹ Ganz im Sinne Deweys wäre eine solche pseudo-liberale Verbrämung scheinbarer Alternativlosigkeiten radikal zu kritisieren. Auch Sander bedauert die angedeuteten Entwicklungen eines Bildungssystems, in welchem Schülerinnen und Schüler allzu oft „Gleichgültigkeit gegenüber den Inhalten statt ernsthaftem, irritierendem Lernen“⁶⁹² erfahren, „Homogenisierung statt Förderung von Individualität; Orientierung an Kontrolle und Überprüfbarkeit statt Ermutigung, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und

⁶⁸⁹ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 49f.

⁶⁹⁰ Vgl. Liessmann, Konrad Paul: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien: Paul Zsolnay Verlag: 2006, 8.

⁶⁹¹ Liessmann: Theorie der Unbildung, 173.

⁶⁹² Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 107.

ungewöhnliche Wege zu gehen“.⁶⁹³ In einer modernen politisch-philosophischen Bildung wäre deshalb, auch im Sinne unserer Autoren, der Aspekt der Wahl wieder dezidiert in den Vordergrund zu rücken. Methodisch wie inhaltlich wäre damit eine zentrale Intention einer solchen Bildung die Befähigung, ja die Anstachelung zur Wahl im weitesten Sinne: zwar auch als Befähigung zur Teilnahme an demokratischen Wahlen, aber auch zur Wahl des eigenen Lebenswegs sowie Diskussion, Entwurf und Wahl von gesellschaftlichen Regeln, Werten, Zielen und Mitteln. Als Gegenstände eignen sich Philosophie und politische Bildung in besonderem Maße zu diesem Zweck, enthalten sie doch beide ihrem Wesen nach dezidiert widerständige und kritische Momente, die sich einer Vermessung und Vernützlichung von vornherein widersetzen. Ganz in diesem Sinne lautet nach Sander der zentrale Auftrag politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft schlicht: „Anstiftung zur Freiheit“,⁶⁹⁴ und Freiheit ist gerade selten reibungslos und steuerbar, ja enthält immer auch Brüche, Risiken und Abgründe. Gerade deshalb ist Anstiftung und Ermutigung vonnöten, um auch diese unsicheren, ambivalenten und konflikthaften Momente politischen (und philosophischen) Denkens, Lernens und Handelns zu tolerieren:

„das Anderssein der anderen auszuhalten etwa, im Dissens und in einer Minderheitenposition leben zu können, Kompromisse schließen zu können, Geduld und Ausdauer zu entwickeln, um andere von der eigenen Position zu überzeugen, die Souveränität, sich unter Umständen von anderen überzeugen zu lassen.“⁶⁹⁵

Bildung ist noch immer im Wesentlichen ein „Aufklärungsprojekt“⁶⁹⁶ und somit niemals abgeschlossen. Als solches ist sie einerseits wesentlicher Bestandteil der modernen Demokratie, ist jedoch auch auf diese angewiesen, „denn nur die Demokratie kann politisch mündige Bürgerinnen und Bürger wünschen und ertragen.“⁶⁹⁷ Als wesentlich demokratisches Aufklärungsprojekt steht sie auch auf ebenso tönernen Beinen wie die Demokratie selbst, auch wenn diese uns zeitweise fast selbstverständlich anmutet. Demokratische Projekte sind ihrem Wesen nach eben immer bloß Experiment, niemals ein für alle Mal beschlossen und vollendet, sondern von fortlaufender Zustimmung abhängig und müssen somit in jeder Generation wieder aufs Neue geprüft, verteidigt und affirmiert werden, um fortzubestehen.

⁶⁹³ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 107.

⁶⁹⁴ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 43.

⁶⁹⁵ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 54.

⁶⁹⁶ Reichenbach: Philosophie der Bildung und Erziehung, 106.

⁶⁹⁷ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 53.

7.2 Vorschlag einer Unterrichtssequenz

Es versteht sich von selbst, dass im Rahmen des Schulunterrichts nur sehr selektiv und mit einem signifikanten Maß an didaktischer Reduktion auf die im fachphilosophischen Teil behandelten Themen eingegangen werden kann. Die getroffene Auswahl versteht sich folglich als möglicher Vorschlag und wurde auch im Hinblick auf mögliche Aktualitäts- und Lebensweltbezüge der Schülerinnen und Schüler getroffen. Zunächst werden grundsätzliche philosophie- und politikdidaktische Überlegungen skizziert, die für die ausgearbeitete Planung von besonderer Relevanz sind. Anschließend wird die insgesamt sieben Einheiten umfassende Unterrichtssequenz in Form von Planungsmatrizen vorgestellt. Die Umsetzung der Sequenz ist in regulären Einzelstunden möglich, bietet sich aber in besonderem Maße auch für Doppelstunden, beispielsweise im Rahmen des Wahlpflichtfach-Unterrichts an.

7.2.1 Didaktische Überlegungen und Grundlegung

Die vorgestellte Sequenz steht ganz im Zeichen einer politisch-philosophischen Bildung, wie sie eingangs beschrieben wurde, wie sie aber auch zum Teil in den aktuellen österreichischen Lehrplänen verankert ist. Dort wird sowohl die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu dialog- und kritikfähigen Individuen betont, als auch auf die Rolle von Kooperation, Verantwortung und sozialer Sensibilität als Grundlagen der Demokratie verwiesen.⁶⁹⁸ Die Sequenz fokussiert dabei ganz klar auf den Bildungsbereich „Mensch und Gesellschaft“⁶⁹⁹, unter welchem auch die Herausbildung einer toleranten Grundhaltung der Jugendlichen gefordert wird, worunter konkret das „Entwickeln persönlicher Einstellungen, Urteilsvermögen, Kritikfähigkeit, Zivilcourage, respektvoller Umgang mit anders Denkenden und die Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln“⁷⁰⁰ subsummiert werden. Der didaktische Grundsatz des exemplarischen Lernens zieht sich durch die gesamte Planung, da gerade breite und umfassende Themen wie die Demokratie ein Lernen und Reflektieren an ausgewählten Beispielen unerlässlich machen.⁷⁰¹ Die Betonung der Vernetzung, wie sie im Lehrplan explizit gefordert wird, scheint vor allem durch die fokussierte Verbindung mit politischer Bildung, sowohl auf der fächerübergreifenden sowie kompetenzübergreifenden

⁶⁹⁸ Vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

⁶⁹⁹ Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

⁷⁰⁰ Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

⁷⁰¹ Vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

Ebene, gewährleistet.⁷⁰² Inhaltlich ist die Sequenz im Kompetenzmodul 7 zu verorten und darin einerseits unter der Rubrik Grundfragen der Ethik, insbesondere „Werthaltungen in privaten, politischen und ökologischen Fragen entwickeln und begründen“⁷⁰³, enthält andererseits aber auch die Anwendung von Methoden des Philosophierens sowie die reflektierte Auseinandersetzung mit Wissen aus verschiedenen Fachgebieten.⁷⁰⁴

Breitenstein und Rohbeck formulieren weitere philosophische Kompetenzen, die für die gestaltete Sequenz von Bedeutung sind. Zunächst wäre Textkompetenz zu nennen, welche sowohl die Auseinandersetzung mit philosophischen Texten beinhaltet als auch die selbstständige Textproduktion und somit die eingeübte argumentative Entfaltung von Gedanken.⁷⁰⁵ Textlektüre ist „unverzichtbarer Bestandteil des Philosophie- und Ethikunterrichts“⁷⁰⁶ und nimmt auch in der folgenden Planung eine wichtige Rolle ein. Der Fokus der Textarbeiten liegt dabei vor allem auf den Aspekten des Verstehens und der Beobachtung. Es soll also auch der kulturelle Zusammengang der Entstehung der Texte und somit die vermeintliche Intention der Autoren reflektiert werden, anschließend allerdings auch nach aktuellen Bezügen und Anknüpfungsmöglichkeiten gefragt werden.⁷⁰⁷ Auch der kritische Aspekt im Sinne des Erkennens und Aufzeigens von Widersprüchen und Defiziten in Texten spielt jedoch eine wichtige Rolle, ebenso wie kreative Aspekte, die vor allem in den relativ frei gestalteten Schreibphasen der Sequenz zum Tragen kommen.⁷⁰⁸

Die Urteilskompetenz, die sich indes mit dem gleichnamigen Kompetenzbereich der politischen Bildung überschneidet⁷⁰⁹, fordert methodisches Wissen zur Lösung, oder zumindest Erkennung ethischer Probleme und dient somit der Entwicklung der politischen Kultur und der individuellen Persönlichkeit gleichermaßen.⁷¹⁰ Die politische Handlungsfähigkeit ist dabei stark mit der Urteilsfähigkeit verknüpft und ist in weitläufiger Auslegung ebenfalls ein konstitutives Element der vorgeschlagenen Planung. Sander zählt zu diesem Bereich beispielsweise selbstständiges Anfertigen von Notizen, die Beteiligung an

⁷⁰² Vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

⁷⁰³ Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

⁷⁰⁴ Vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne.

⁷⁰⁵ Vgl. Peggy H. Breitenstein, Peggy H.; Rohbeck, Johannes (Hg.): Philosophie. Geschichte – Disziplinen – Kompetenzen. Stuttgart: J.B. Metzler 2011, 406.

⁷⁰⁶ Rohbeck, Johannes: Didaktik der Philosophie und Ethik. 3. durchg. Auflage. Dresden: Thelem 2013, 52.

⁷⁰⁷ Vgl. Rohbeck: Didaktik der Philosophie und Ethik, 69.

⁷⁰⁸ Vgl. Rohbeck: Didaktik der Philosophie und Ethik, 69.

⁷⁰⁹ Vgl. Germ: Konzeptuelles Lernen in der Politischen Bildung, 19.

⁷¹⁰ Vgl. Breitenstein; Rohbeck: Philosophie, 406.

Diskussionen und individuelles öffentliches Auftreten und Artikulieren.⁷¹¹ In offenen und produktionsorientierten Erarbeitungsphasen wird Raum zur Selbstorganisation der Schülerinnen und Schüler gegeben. Gerade in der politischen Bildung wird oft „Selbsttätigkeit und Kooperation, die Arbeit an offenen Problemen und ernsthaften Aufgaben, Kompetenzentwicklung statt Stoffvermittlung“⁷¹² gefordert, wobei diese Dichotomisierung von Problem- und Stofforientierung mit Rehfus durchaus hinterfragt werden kann, denn „Probleme ohne Stoffe sind leer, Stoffe ohne Probleme blind.“⁷¹³ Das wort-wörtliche Nachdenken philosophischer Texte und Ideen zur Initiierung philosophischer Lernprozesse⁷¹⁴ nimmt daher in der Planung eine durchaus prominente Rolle ein, soll aber in weiterer Folge durchaus zum Weiter-Denken, zu Kritik, Vernetzung und Anwendung anregen.

Schließlich kommt die Sequenz auch der sozialen Kompetenz sehr entgegen.⁷¹⁵ Der dialogische, diskursive, auch konflikthafte Austausch von Positionen, die Toleranz von Dissens und die Gewinnung einer kritischen Distanz zur eigenen Position sind maßgebliche Momente in weiten Phasen der Unterrichtsplanung, insbesondere in den Diskussionen, der Debatte sowie im sokratischen Gespräch. Letzteres wird an dieser Stelle auch nicht mit dem unbedingten Ziel eines übergreifenden Konsenses aufgefasst, der seinerseits ohnehin auch nur ein vorläufiger sein könnte. Ein reflektierter Dissens wäre ein ebenso legitimes mögliches Resultat.⁷¹⁶

In der politischen Bildung ist weiter der Bezug auf Basiskonzepte üblich. Diese können nach Sander als „Knotenpunkte in Netzwerken politischen Wissens und Denkens“⁷¹⁷ charakterisiert werden. Die Basiskonzepte, die im Rahmen der vorgeschlagenen Planung von zentraler Bedeutung sind, wären vor allem Macht, Öffentlichkeit und Gemeinwohl, aber auch weitere Konzepte wie Pluralismus und schließlich natürlich Demokratie.⁷¹⁸ Dabei kann es auch problematische Deutungen von Basiskonzepten geben. Sander nennt als Beispiel für eine solche dezidiert die Konzeption von Gemeinwohl als Vorstellung einer Regierung politischer Experten, die jenseits der Politik entscheidet, was ‚das Beste‘ für das Land ist.⁷¹⁹ Dieser Aspekt

⁷¹¹ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 91f.

⁷¹² Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 10.

⁷¹³ Rehfus: Didaktik der Philosophie, 172.

⁷¹⁴ Vgl. Rehfus: Didaktik der Philosophie, 201.

⁷¹⁵ Vgl. Breitenstein, 406.

⁷¹⁶ Vgl. Didaktik der Philosophie und Ethik, 56, 118f.

⁷¹⁷ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 103..

⁷¹⁸ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 100-103

⁷¹⁹ Vgl. Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 104.

sowie die Problematisierung solcher Vorstellungen spielt vor allem in der fünften Einheit zur Epistokratie eine offensichtliche Rolle, wobei allerdings nicht suggeriert werden soll, dass es im Gegensatz zu solchen Deutungen ein einziges und konsensuell ‚richtiges‘ Konzeptverständnis gäbe. Für alle Basiskonzepte gilt grundsätzlich, dass es mehrere legitime Deutungen geben kann, wenn auch nicht jede Deutung als fachlich akzeptabel gelten kann.⁷²⁰ Die begrifflich-abstrakte Herausarbeitung des Konzepts ‚Demokratie‘ durch die je einzelnen Schülerinnen und Schüler ist schlussendlich augenscheinlich eine der zentralen Intentionen der Unterrichtssequenz.

7.2.2 Planungsmatrizen

Einheit 1: Einstieg, Kritik an der Demokratie, Tocqueville über Demokratie

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
10	Einstieg ins Thema, Sammeln von Assoziationen, Zuordnung zur Subdisziplin der politischen Philosophie	Einstieg Erhebung von und Anknüpfen an Vorwissen und Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler (ab sofort mit SuS abgekürzt)	Brainstorming mit Answer Garden	Smartphones, Answer-Garden
5	Video von The School of Life: "Why Socrates hated Democracy" Sokrates' Kritik an der Demokratie und die demokratische Verurteilung Sokrates' zum Tode	Erzeugen von kognitiver Dissonanz SuS werden mit Kritik der Demokratie konfrontiert und identifizieren zentrale Argumente SuS erkennen problematische Aspekte der (historischen) Volksherrschaft SuS können die philosophische Skepsis gegenüber der Demokratie historisch nachvollziehen	Video	Video: Why Socrates hated Democracy ⁷²¹ (4:12)
5	Besprechung des Videos, Überleitung zu Tocqueville als Beobachter und Kritiker der Demokratie	Klärung von Kommentaren und Fragen Überleitung zu Tocqueville	Unterrichtsgespräch (ab sofort abgekürzt mit UG)	
10	Einführung in Alexis de Tocqueville Historische und biografische Verortung, zentrale Aspekte des Demokratie-Werks: Fokus auf Sitten, Gleichheit als unaufhaltsame Entwicklung, Demokratie verstehen, um sie klug auszugestalten	SuS erhalten einen biografisch-historischen Einblick zu Tocqueville und „Über die Demokratie in Amerika“ Orientierungswissen zur Bewältigung der Textarbeit SuS üben aktives Zuhören und erstellen selbstständige Notizen/ Mitschriften	L-Vortrag, selbstständige Mitschrift durch SuS	PPT-Präsentation mit Bildern und kurzen Zitaten zur Veranschaulichung

⁷²⁰ Sander: Politik entdecken – Freiheit leben, 104

⁷²¹ The School of Life: Why Socrates hated Democracy. In: Youtube (28.11.2016) Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=fLJBzhcSWTk> [13.6.2018].

10	Textarbeit zu je einer Textpassage aus Demokratie in Amerika: Zentralisierung, Tocqueville Paradox, Mittelmäßigkeit, Individualismus, Tyrannei der Mehrheit	Erarbeitung ausgewählter Konzepte und Ideen Tocquevilles SuS setzen sich selbstständig mit einem Textabschnitt auseinander SuS üben sich im Textverständnis	Lesen und Markieren/ Notizen in Einzelarbeit	Texte und Arbeitsblätter ⁷²²
20	Diskussion und Bearbeitung der Aufträge in Gruppen, Erstellung/Planung eines Denkblatts: Zentrale Aussage des Textes, Aktualität, aktuelle Beispiele, Lösungsvorschläge	SuS tauschen sich über den Textabschnitt aus und bearbeiten die Aufträge kooperativ SuS stellen Aktualitätsbezüge zum Text her Vorbereitung auf Präsentation	Gruppenarbeit, Diskussion in Gruppen	Texte und Arbeitsblätter, Denkblatt (A3)

Einheit 2: Fortsetzung: Tocqueville über Demokratie

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
10	Fortsetzung der Gruppendiskussion Fertigstellung des Denkblatts	SuS bringen ihre Diskussion zu Ende und bereiten die Präsentation vor	Gruppenarbeit	Texte und Arbeitsblätter Denkblatt (A3)
30	Präsentation in Stationen Ergänzung der Denkblätter durch die Besucher der Stationen	SuS präsentieren selbstständig ihre Ergebnisse SuS erhalten Einblick in die Ergebnisse der anderen Gruppen und könnten Ergänzungen vornehmen	Stationenbetrieb, „Marktplatz des Wissens“	Denkblätter
10	Kompilierung der Denkblätter als Wandzeitung Abschließende Besprechung, Diskussion	Sammlung aller ergänzten Denkblätter als Ergebnissicherung Klärung von Fragen, Kommentaren, Unklarheiten	UG, bei Bedarf Diskussion im Plenum	Denkblätter

Einheit 3: Der perfekte Despot und die Vorzüge der Demokratie

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
5	Gedankenexperiment: der perfekte Despot	Einstieg, Aktivierung	Gedankenexperiment Geheime Abstimmung durch Zettel	Zettel zur Abstimmung, Ergebnisse an der Tafel auswerten
7	Einführung zu John Stuart Mill, historischer Kontext Überleitung: Mills Antwort zu dieser Frage	Historische und biografische Kontextualisierung Orientierungswissen für Textarbeit	L-Vortrag Selbstständige Mitschrift durch SuS	PPT mit Bildern und Eckdaten
20	Textarbeit: Mill über die Repräsentativregierung als beste Form der Regierung und die Unterlegenheit des perfekten Despoten	Eigenständige Auseinandersetzung der SuS Einübung von Textverständnis und -reflexion	Textarbeit in Einzelarbeit	Handout: John Stuart Mill aus „Betrachtungen über die repräsentative Demokratie“ ⁷²³

⁷²² Siehe Unterrichtsmaterialien im Anhang.

⁷²³ Siehe Unterrichtsmaterialien im Anhang.

9	Besprechung, Vergleich der Titel, Vergleich mit Tocquevilles Ausführungen zur Zentralisierung, Bewertung des Arguments	Austausch über die Textreflexion Klärung von Fragen, Kommentaren, Unklarheiten SuS können zu Mills Argumentation Stellung beziehen	UG	Zitat als PPT-Folie
9	entwicklungsorientierte und protektive Theorien, Zuordnung Mills zur entwicklungsorientierten Tradition Besprechung der Vor- und Nachteile Verweis auf Mills Glaube an Bildung zur Entwicklung und Entfaltung menschlicher Potentiale, Verweis auf seine eigene ‚Bildungskarriere‘	Grober theoretischer Rahmen für die Verortung von Demokratietheorien Reflexion der Vor- und Nachteile SuS erkennen die entwicklungsorientierte Stoßrichtung des Mill-Texts, Rückbezug auf Mills eigene Prägung und Mills Bildungsbegriff	UG SuS erstellen eine Tabelle im Heft	Mitschrift der SuS, Tafel

Einheit 4: Freiheit

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
5	Einstieg: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit als demokratische Formel Aber: was ist eigentlich Freiheit?	Einstieg, Aktivierung von fächerübergreifendem Vorwissen: Französische Revolution, Begriffsproblematisierung	UG	Unterstützende PPT
3	Video: Philosophisches Kopfkino: Freiheit	Denkanstoß, sehr kompakte Einführung der Unterscheidung von negativer und positiver Freiheit	Video	Video: Philosophisches Kopfkino – Freiheit ⁷²⁴ (2:28)
5	Mills Schadensprinzip aus „Über die Freiheit“	Schadensprinzip als eine mögliche philosophische Definition der Freiheit	L-Vortrag	Zitat in PPT
25	Freiheit und das Schadensprinzip	Reflexion des Schadensprinzips und des Freiheitsbegriffs im Ganzen SuS beteiligen sich aktiv am Gespräch Konsens oder vernünftiger Dissens	Sokratisches Gespräch mit Leit- und Teilfragen	Tafel für sich ergebende neue Leitfragen oder (Teil)-Lösungen
8	Verfassen eines philosophischen Lexikon-Eintrags über Freiheit	SuS ziehen ihr eigenes Fazit aus dem Sokratischen Gespräch	Philosophisches Schreiben: Lexikon- Eintrag	Heft /Mitschrift
4	Freiwillige tragen ihre Einträge vor	SuS tauschen ihre Versionen aus	Vorlesen, UG	Heft/ Mitschrift

⁷²⁴ 3sat: Philosophisches Kopfkino – Freiheit. In: 3sat Mediathek (1.1.2017)

Online unter: <https://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=29131> [13.6.2018].

Einheit 5: Demokratie und Eliten, Epistokratie

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
4	Survey zu 3 Fragen: Demokratie als beste Regierungsform Präferenz für Epistokratie Präferenz für starken Mann/ Autoritarismus Besprechung und Überleitung zur Studie	Einstieg, Aktivierung, Erhebung von Voreinstellungen	Kahoot! Survey	Kahoot! Smartphones
5	Vergleich mit Studie ⁷²⁵ Verhältnismäßige Attraktivität der Exptertokratie	SuS können ihre Ansichten in Vergleich mit dem Studien-Ergebnis setzen Vergleich der Ergebnisse Reflexion der Attraktivität von Expertokratie	UG	Grafiken als PPT ⁷²⁶ Zustimmung zu Demokratie, Expertokratie und dem ‚starken Führer‘
6	„Epistokratie“-Vorschlag von Jason Brennan Lange historische Tradition der Vorstellung von Platons Philosophenkönigen bis Churchill	Vorbereitung auf Interview Verweis auf historische Prävalenz der Vorstellung des inkompetenten Volkes	L-Vortrag	Churchill- Zitat als PPT (Das beste Argument gegen die Demokratie ist ein fünfminütiges Gespräch mit einem durchschnittlichen Wähler)
17	Gekürztes Interview mit Jason Brennan, Identifikation als protektives Argument	Erarbeitung eines aktuellen Arguments für „Philosophenherrschaft“ Identifikation als protektive Auffassung Reflexion und Beurteilung	Schrittweises Vorlesen durch SuS, Analyse und Diskussion im Plenum	Handout: Jason Brennan über „Epistokratie“
10	John Dewey über die Rolle von Eliten und Experten: die Analogie des drückenden Schuhs, Historischer Kontext	Historisch-biografische Kontextualisierung von Dewey Einblick in Deweys anti-elitäre Argumentation, Zusammenhang mit Lippmanns Argumenten	UG	PPT mit Bildern und Textpassagen
8	Verfassen eines philosophischen Essays oder Tagebucheintrages zum Thema Eliten, Epistokratie oder ‚Wählerführerschein‘	SuS reflektieren selbstständig über das Thema und artikulieren ihre Gedanken schriftlich Eigene Positionierung/ Beurteilung	Philosophischer Essay oder Tagebuch-Eintrag ins Heft	Heft / Mitschrift

Einheit 6: Debatte zum ‚Wählerführerschein‘

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
5	Wiederholung und Anknüpfung Vorbereitung auf Pro und Contra- Debatte	Wiederholung der Vorstunde, Anknüpfung Aufträge zur Vorbereitung der Debatte und Gruppenbildung Ernennung von Rollen,	UG	

⁷²⁵ SORA: NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich. In: SORA(April 2017) Online unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017_SORA-Praesentation_Demokratiebewusstsein.pdf, 6 [13.6.2018].

⁷²⁶ Siehe Unterrichtsmaterialien im Anhang.

		Umstellung der Tische		
15	Vorbereitung auf Debatte in Gruppen Pro- und Contra Gruppe, gemischte Gruppen	SuS diskutieren und sammeln Argumente für oder gegen die Einführung SuS antizipieren Gegenpositionen, Beobachtungsaufträge an Unbeteiligte	Gruppenarbeit Instruktion durch LP	Notizen / Heft
5	ModeratorIn eröffnet, leitet Erhebung der Publikumsmeinung ein und hält Ergebnisse an der Tafel fest, eröffnet die Debatte	Etablierung der aktuellen Meinungslage zum debattierten Thema	Moderation durch Schüler/ Schülerin, Abstimmung	Tafel
10	Pro- und Contra Debatte	SuS können Positionen argumentativ vertreten, die nicht zwingend ihre eigenen sind SuS verfolgen die Debatte aktiv und notieren ihre Beobachtungen	Pro und Contra Debatte	Notizen / Mitschrift
3	Beendigung der Debatte, erneute Abstimmung und Auswertung an der Tafel	SuS äußern erneut ihr Urteil zur debattierten Frage Erhebung von Veränderungen Ermittlung der überzeugenderen Seite	Moderation durch Schüler/ Schülerin, Abstimmung	Tafel
12	„Debriefing“ Besprechung Diskussion des Ergebnisses Feedback an Debattierende	SuS können ihre Rollen wieder ablegen, ihre Erfahrungen teilen und reflektieren Austausch zum Ablauf der Debatte, Nicht-Debattierende teilen ihr Feedback/ ihre Beobachtungen mit	UG Diskussion im Plenum	

Einheit 7 Abschluss: Demokratie als Lebensweise?

Zeit	Inhalt	Ziele	Methode	Material/Medien
5	John Deweys Formulierung der Demokratie als Lebensweise, Kultur und Geisteshaltung, nicht nur Regierungsform Historischen Hintergrund	Einstieg, Denkipuls Vorbereitung auf Erarbeitungsphase	L-Vortrag Erarbeitung des historischen Hintergrunds im UG	Zitate als PPT
25	Demokratie als Lebensweise, Kultur und Geisteshaltung: jetzt und in Zukunft Think- Pair-Share (8 min Think, 8 min Pair, 9 min Square)	SuS beschäftigen sich selbstständig mit dem Thema und tauschen anschließend ihre Gedanken in Paar- und Gruppenarbeit aus, Aktives Verstehen und Abwägen der eigenen Argumente und der der anderen	„Think- Pair-Share“ mit Leitfragen, Erstellen von Notizen zur Präsentation	Notizen / Mitschrift
15	Diskussion, Vorstellung der Ergebnisse	Freie Diskussion, Austausch der erarbeiteten Gedanken, Reflexion und Abwägung	Diskussion im Plenum	Notizen / Mitschrift
5	Deweys Vorschlag einer wissenschaftlichen Haltung als wesentlicher Bestandteil demokratischer Kultur und Einstellung	Abschließender Vorschlag für einen möglichen Bestandteil einer demokratischen Geisteshaltung Rückbezug auf Dewey Betonung des Elements der Offenheit, Revidierbarkeit, Transformation	U-Gespräch mit Zitat	Zitate als PPT

Literaturverzeichnis

Bilakovics, Steven: *Democracy without Politics*. Cambridge (MA)/London: Harvard University Press 2012.

Breitenstein, Peggy H.; Rohbeck, Johannes (Hg.): *Philosophie. Geschichte – Disziplinen – Kompetenzen*. Stuttgart: J.B. Metzler 2011.

Buchsteil, Hubertus; Hummel, Siri: „Demokratiethorie und Methode. Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill.“ In: Blum, Harald; Krause, Skadi (Hg.): *Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie*. Paderborn: Wilhelm Fink 2016, 225-259.

Cunningham, Frank: *Theories of Democracy. A Critical Introduction*. London/New York: Routledge 2002.

Dewey, John: “Authority and Social Change”. In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey. The Later Works, 1925-1953*. Volume 11: 1935-1937. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, 130-145.

Dewey, John: “The Challenge of Democracy to Education”. In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey. The Later Works, 1925-1953*. Volume 11: 1935-1937. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, 181-190.

Dewey, John: “Creative Democracy – The Task Before Us”. In: Hickman, Larry A.; Alexander, Thomas M. (Hg.): *The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy*. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, 340-343.

Dewey, John: “Democracy is Radical”. In: Hickman, Larry A.; Alexander, Thomas M. (Hg.): *The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy*. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, 337-339.

Dewey, John: *Freedom and Culture*. New York: G.P. Putnam’s Sons 1939.

Dewey, John: “Liberalism and Social Action”. In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey. The Later Works, 1925-1953*. Volume 11: 1935-1937. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, 1-65.

Dewey, John: “Philosophy and Democracy”. In: Hickman, Larry A.; Alexander, Thomas M. (Hg.): *The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy*. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, 71-78.

Dewey, John: *The Public and its Problems. An Essay in Political Inquiry*. Herausgegeben und mit einer Einleitung von Melvin L. Rogers. Athens: Swallow Press 2016.

Drolet, Michael: „Freiheit und assoziatives Leben“. In: Blum, Harald; Krause, Skadi (Hg.): *Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie*. Paderborn: Wilhelm Fink 2016, 91-112.

Friedrich der Große: „Regierungsformen und Herrscherpflichten“. In: Volz, Gustav Berthold (Hg.), *Friedrich der Große. Historische, militärische und philosophische Schriften, Gedichte und Briefe*. Köln: Anaconda 2006, 351-363.

Frost, Ursula: „Einführung in die Thematik“. In: Frost, Ursula; Rieger-Ladich, Markus (Hg.): *Demokratie setzt aus. Gegen die sanfte Liquidation einer politischen Lebensform*. Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh 2012.

Füllsack, Manfred: „Armut als Konstrukt. Nachwort zu Alexis de Tocquevilles Mémoires sur le paupérisme“. In: de Tocqueville, Alexis: *Das Elend der Armut. Über den Pauperismus*. Herausgegeben von Manfred Füllsack (u.a.), übersetzt von Michael Tillmann. Berlin: Avinus 2007, 67-100.

Germ, Alfred: *Konzeptuelles Lernen in der Politischen Bildung. Theoriebildung – Fachdidaktische Umsetzung – Praxisbeispiele*. Wien: LIT 2015.

Hellmuth, Thomas; Klepp, Cornelia: *Politische Bildung. Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele*. Wien (u.a.): Böhlau 2010.

Hereth, Michael: *Tocqueville zur Einführung*. Hamburg: Junius 1991.

Hickman, Larry A.; Alexander, Thomas M.: „Introduction“. In: Hickman, Larry A.; Alexander, Thomas M. (Hg.): *The Essential Dewey, Volume 1: Pragmatism, Education, Democracy*. Bloomington (u.a.): Indiana University Press 1998, ix-xiii.

Hidalgo, Oliver: „Tocqueville im Spiegel aktueller (Post-)Demokratietheorien – Ambivalenz, Agonalität, Antinomien“. In: Blum, Harald; Krause, Skadi (Hg.): *Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie*. Paderborn: Wilhelm Fink 2016, 323-341.

Himmelmann, Gerhard: *Demokratie Lernen: als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag 2001.

Hook, Sidney: „The democratic Way of Life“. In: Talisse, Robert B.; Tempio, Robert (Hg.): *Sidney Hook on Pragmatism, Democracy, and Freedom: The Essential Essays*. Amherst: Prometheus 2002, 275-288.

Hook, Sidney: „The philosophical Heritage of the Atlantic Democracies“. In: Talisse, Robert B.; Tempio, Robert (Hg.): *Sidney Hook on Pragmatism, Democracy, and Freedom: The Essential Essays*. Amherst: Prometheus 2002, 250-266.

Höffe, Otfried: „Ein systematischer Rückblick auf John Stuart Mills Denken“. In: In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (Hg.): *John Stuart Mill: Über die Freiheit* (Klassiker Auslegen, Band 47), Berlin: de Gruyter 2015, 181-193.

Kuenzle, Dominique; Schefczyk, Michael: *John Stuart Mill zur Einführung*. Hamburg: Junius 2009.

Liessmann, Konrad Paul: *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*. Wien: Paul Zsolnay Verlag: 2006.

Mansfield, Harvey C.: *Tocqueville. A Very Short Introduction*. Oxford/New York: Oxford University Press 2010.

Martens, Ekkehard: *Dialogisch-pragmatische Philosophiedidaktik*. Hannover (u.a.): Hermann Schroedel Verlag: 1979.

Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Das kommunistische Manifest*. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. Vorwort von Max Adler. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1919.

McDermott, John J.: "Introduction". In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey. The Later Works, 1925-1953*. Volume 11: 1935-1937. Carbondale (u.a.): Southern Illinois University Press 1987, xi-xxxii.

Mill, John Stuart: *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*. Herausgegeben von Kurt L. Shell, übersetzt von Hannelore Irle-Dietrich. Paderborn: Schöningh 1971.

Mill, John Stuart: "Chapters on Socialism". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume V: Essays on Economics and Society*. London: Routledge 1996, 703-753.

Mill, John Stuart: *Considerations on Representative Government*. Waiheke Island: Floating Press 2009.

Mill, John Stuart: "De Tocqueville on Democracy in America [I]". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII: Essays on Politics and Society*. London: Routledge 1996, 47-90.

Mill, John Stuart: "De Tocqueville on Democracy in America [II]". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII: Essays on Politics and Society*. London: Routledge 1996, 153-204.

Mill, John Stuart: "On Liberty". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII: Essays on Politics and Society*. London: Routledge 1996, 213-310.

Mill, John Stuart: "The Subjection of Women". In: Robson, J.M. (Hg.): *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XXI: Essays on Equality, Law and Education*. Toronto: University of Toronto Press 1984, 259-340.

Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp 2017.

Nolla, Eduardo: "Editor's Introduction". In: de Tocqueville, Alexis: *Democracy in America*. Herausgegeben von Eduardo Nolla, übersetzt von James T. Schleifer. Indianapolis: Liberty Fund 2012, xlvii- cxlix.

Pelinka, Anton: „Populismus. Zur Karriere eines Begriffes“. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hg.): *Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?* Wien: New Academic Press 2012, 9-20.

Priester, Karin: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt/New York: Campus 2007.

Rehfus, Wulff D.: *Didaktik der Philosophie. Grundlage und Praxis*. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwan: 1980.

Reichenbach, Roland: *Philosophie der Bildung und Erziehung. Eine Einführung*. Stuttgart: Kohlhammer 2007.

Riley, Jonathan: „The Right to Liberty“. In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (Hg.): *John Stuart Mill: Über die Freiheit* (Klassiker Auslegen, Band 47), Berlin: de Gruyter 2015, 11-32.

Robson, John: „Civilization and Culture as moral Concepts“. In: Skorupski, John (Hg.): *The Cambridge Companion to Mill*. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 338-371.

Rogers, Melvin L.: „Introduction: Revisiting the Public and Its Problems“. In: Dewey, John: *The Public and its Problems. An Essay in Political Inquiry*. Herausgegeben und mit einer Einleitung von Melvin L. Rogers. Athens: Swallow Press 2016, 1-43.

Rohbeck, Johannes: *Didaktik der Philosophie und Ethik*. 3. durchg. Auflage. Dresden: Thelem 2013.

Ryan, Alan: „Mill in a liberal landscape“. In: Skorupski, John (Hg.): *The Cambridge Companion to Mill*. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 497-540.

Salzborn, Samuel: *Demokratie: Theorien, Formen, Entwicklungen*. Baden-Baden: Nomos 2012.

Sander, Wolfgang: *Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag 2008.

Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas: „Einleitung“. In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (Hg.): *John Stuart Mill: Über die Freiheit* (Klassiker Auslegen, Band 47), Berlin: de Gruyter 2015, 1-10.

Skorupski, John: „Introduction: The fortunes of liberal Naturalism.“ In: Skorupski, John (Hg.): *The Cambridge Companion to Mill*. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 1-34.

Suhr, Martin: *John Dewey zur Einführung*. Hamburg: Junius 2005.

Talisse, Robert B.: *A Pragmatist Philosophy of Democracy*. New York/London: Routledge 2007.

Ten, Chin Liew: "Democracy, Socialism, and the working classes". In: Skorupski, John (Hg.): *The Cambridge Companion to Mill*. Cambridge: Cambridge University Press 1998, 372-395.

de Tocqueville, Alexis: *Democracy in America*. Herausgegeben von Eduardo Nolla, übersetzt von James T. Schleifer. Indianapolis: Liberty Fund 2012.

de Tocqueville, Alexis: *Das Elend der Armut. Über den Pauperismus*. Herausgegeben von Manfred Füllsack (u.a.), übersetzt von Michael Tillmann. Berlin: Avinus 2007.

de Tocqueville, Alexis: *Über die Demokratie in Amerika*. Ausgewählt und herausgegeben von J.P. Mayer. Stuttgart: Reclam 1985.

Werz, Nikolaus: „Einleitung. Populismus und Populisten“. In: Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*. Wiesbaden: Springer 2003, 7-14.

Online-Literatur und Quellen

3sat: *Philosophisches Kopfkino – Freiheit*. In: 3sat Mediathek (1.1.2017)
Online unter: <https://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=29131> [13.6.2018].

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: *Unterrichtsprinzipien: Politische Bildung*. In: Bundesministerium Bildung Wissenschaft und Forschung (6.4.2018)
Online unter: https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.html [13.6.2018].

Decker, Franz: *Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (26.1.2012)
Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/75850/populismus-und-der-gestaltwandel-des-demokratischen-parteienwettbewerbs?p=all> [13.6.2018].

The Economist Intelligence Unit: *Democracy Index 2017. Free speech under attack*. (London u.a., 2018)
Online unter: http://pages.eiu.com/rs/753-RIQ-438/images/Democracy_Index_2017.pdf [13.6.2018].

Festenstein, Matthew: *Dewey's Political Philosophy*. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy (6.2.2014)
Online unter: <https://plato.stanford.edu/entries/dewey-political/> [13.6.2018].

Hartleb, Florian: *Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?* In: Bundeszentrale für politische Bildung (26.1.2012)
Online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75856/populismus-als-totengraeber-oder-moegliches-korrektiv-der-demokratie?p=all> [13.6.2018].

Macleod, Christopher: *John Stuart Mill*. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy (25.8.2016).
Online unter: <https://plato.stanford.edu/entries/mill/> [13.6.2018].

Priester, Karin: *Wesensmerkmale des Populismus*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (26.1.2012)

Online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all> [13.6.2018].

Rechtsinformationssystem des Bundes: *Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen*. In: Rechtsinformationssystem des Bundes (9.6.2018)

Online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568> [13.6.2018].

Sasse, Sabine im Interview mit Brennan, Jason: *Demokratische Entscheidungen sind nicht unbedingt richtige Entscheidungen*. In: Tagesspiegel (20.4.2017)

Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/philosoph-jason-brennan-demokratische-entscheidungen-sind-nicht-unbedingt-richtige-entscheidungen/19690810-all.html> [13.6.2018].

The School of Life: *Why Socrates hated Democracy*. In: Youtube (28.11.2016)

Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=fLJBzhcSWTk> [13.6.2018].

SORA Institut: *NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich*. In: SORA (April 2017)

Online unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017_SORA-Praesentation_Demokratiebewusstsein.pdf [13.6.2018].

Abstract

Diese Arbeit widmet sich der ambitionierten Frage, wie und unter welchen Gesichtspunkten Demokratie konzipiert und gedacht werden kann, welche Vorzüge und Risiken sie beinhalten mag und wie die ihr innewohnenden Spannungsfelder konstruktiv ausgestaltet werden können. Wie genau Freiheit, Gleichheit und Solidarität ineinandergreifen, ob sie erzwing- und einforderbar sind und inwiefern sie auch kollidieren können, ist dabei von zentralem Interesse. Die Leitlinie zu diesem Unterfangen bilden die Ausführungen von Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und John Dewey, die unter ständigem Rückbezug auf diese konstitutiven demokratischen Kategorien im Laufe des fachphilosophischen Teils verglichen und abgewogen werden. Allen gemeinsam ist dabei eine wesentlich entwicklungsorientierte Ausrichtung und in Verbindung damit ein Fokus auf aktive und multipolare Partizipation auf individueller wie institutioneller Ebene. Mündigkeit und Gemeinsinn fungieren demnach nicht als Voraussetzungen zur politischen Partizipation, sondern gehen im Gegenteil als Resultat erst aus dieser hervor, wobei Mill diese Auffassung nicht ganz konsequent vertritt, indem er den Ausschluss spezifischer Gesellschaftsgruppen für legitim erklärt. Ebenfalls teilen alle drei Autoren eine grundsätzliche Abneigung gegen Dogmatismus und Absolutheitsansprüche jeglicher Art. Mill und Dewey im Besonderen fühlen sich einer empirisch-wissenschaftlichen Weltsicht verpflichtet, welche als genuin demokratische Geisteshaltung expliziert wird, infolge dessen die Demokratie vor allem als Experiment und unabschließbares, lediglich fortführbares Projekt zu konstituieren wäre.

Daran wird weiter eine fachdidaktische Reflexion und Aufarbeitung für den Philosophieunterricht angeschlossen, wobei insbesondere die Schnittstelle zwischen der politischen Philosophie und politischer Bildung herausgearbeitet wird. Maßgebliches Ziel der so vorgeschlagenen philosophisch-politischen Bildung besteht in der Befähigung, Ermutigung und Anstiftung zur mündigen Urteilsbildung und Lebensgestaltung. Ob die dargelegte Unterrichtsplanung diesem Anspruch gerecht werden kann, wird in der Praxis herauszufinden sein.

Abstract

This thesis concerns itself with the ambitious question of how and under which aspects democracy may be conceptualized, which advantages and risks it might entail and how its inherent areas of conflict could be devised constructively. How exactly liberty, equality and solidarity interrelate to and depend on one another, whether they can be enforced or demanded and to what extent they can also collide is of vital interest in this regard. The guiding line for this endeavour will be provided by the considerations of Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill and John Dewey, which will be compared and pondered with constant reference to these constitutive democratic categories. All three share a substantially developmental outlook and in relation to it a focus on active, multipolar participation, both on the individual and institutional level. Thus, civic maturity and public spirit are not conceptualized as preconditions for political participation but, on the contrary, emerge as results from it. Mill does not apply this notion consistently, however, as he declares the exclusion of specific societal groups to be legitimate. Furthermore, all three authors share a fundamental distaste for dogmatism and absolutist claims of all sorts. Mill and Dewey in particular are committed to an empirical-scientific world-view, which is construed as a genuinely democratic attitude and mindset, consequently leading to the constitution of democracy, foremost as an experiment and a never finished but merely continuable project. Additionally, a didactical reflexion and conceptualisation for educational purposes is provided, in which the intersection between political philosophy and political or civic education in particular is emphasised and explored. A significant aim of this proposed philosophic-political education consists in the enablement, encouragement and instigation to autonomous and responsible judgement and conduct of life. Whether the proposed sequence for school contexts can do justice to this intention will have to be ascertained in practical implementation.

Unterrichtsmaterialien

Das Tocqueville Paradox⁷²⁷

Alexis de Tocqueville beschreibt in seinem Werk vielfach die psychologischen und soziologischen Effekte der Gleichheit und der Demokratie auf die Bevölkerung. Seine folgenden Ausführungen sind in dieser Hinsicht besonders interessant und werden bis heute als „Tocqueville Paradox“ bezeichnet:

Man darf sich nichts darüber vormachen, da[ss] die demokratischen Institutionen den Neid im menschlichen Herzen sehr stark entwickeln helfen. Nicht so sehr deshalb, weil sie jedem die Möglichkeit geben, sich den anderen anzugleichen, als vielmehr weil sie unaufhörlich diejenigen scheitern lassen, die das versuchen. Die demokratischen Institutionen rufen den Gleichheitstrieb wach und schmeicheln ihm, ohne ihn doch jemals befriedigen zu können. Die vollkommene Gleichheit entschlüpft den Händen des Volkes immer in dem Augenblick, da es sie zu erhaschen meint, sie befindet sich, mit einem Worte Pascals, auf ewiger Flucht; das Volk erhitzt sich in der Suche nach diesem Gut, das um so kostbarer ist, als es nahe genug liegt, um es zu kennen, und fern genug, um es niemals zu genießen. Das Volk ist bewegt durch die Möglichkeit eines Erfolges, gereizt durch dessen Ungewi[ss]heit, es fällt in Aufruhr, Ermüdung und schließlich Bitterkeit. Das Volk beurteilt daher alles, was in irgendeinem Punkt über ihm steht, als Hindernis seiner Wünsche, und es gibt kein noch so legitimes Vorrecht, durch das es sich nicht beleidigt fühlte.

Der Ha[ss] der Menschen gegen das Privileg wird um so größer, je seltener und unbedeutender die Privilegien werden, so da[ss] man zu sagen versucht ist: die demokratischen Leidenschaften entbrennen in den Zeiten besonders heftig, in denen sie am wenigsten Nahrung finden. Die Ursache dieser Erscheinung habe ich schon angedeutet. Sind alle gesellschaftlichen Bedingungen ungleich, so verletzt keine noch so große Ungleichheit den Blick des Betrachters; inmitten allseitiger Gleichförmigkeit dagegen wirkt die kleinste Verschiedenheit anstößig; der Anblick wird um so unerträglicher, je weiter die Gleichförmigkeit fortgeschritten ist. Es ist daher ganz natürlich, da[ss] die Gleichheitsliebe zusammen mit der Gleichheit wächst; man nährt sie, indem man sie befriedigt.

Auf diesen Effekt führt Tocqueville auch die von ihm beobachtete Melancholie und ständige Rastlosigkeit zurück, die er in Amerika, trotz des hohen materiellen Wohlstands, beobachtete.

⁷²⁷ de Tocqueville, Alexis: Über die Demokratie in Amerika. Ausgewählt und herausgegeben von J.P. Mayer. Stuttgart: Reclam 1985, 113f 314f. (eigene Kürzung)

Das Tocqueville Paradox

Arbeitsaufträge:

Einzelarbeit:

- Lest euch den Textausschnitt aufmerksam durch. Markiert euch dabei zentrale Begriffe und Passagen oder macht euch Notizen.

In der Gruppe:

- Besprecht und diskutiert den Textausschnitt und vergleicht eure Notizen. Geht in der Diskussion vor allem auf folgende Aspekte ein:
 - Fasst die zentralen Aussagen des Textes zusammen.
 - Beurteilt, wie zutreffend Tocquevilles Ausführungen für euch erscheinen und überlegt euch auch mögliche Kritik und Gegenargumente.
 - Sammelt Beispiele (historisch, literarisch oder aktuell), die eurer Meinung nach zu Tocquevilles Ausführungen passen (oder ihm widersprechen).
 - Reflektiert, ob ihr selbst schon einmal die von Tocqueville beschriebenen Effekte erlebt habt.
 - Ist vollkommene Gleichheit eurer Meinung nach erreichbar und wäre das wünschenswert?
- Sammelt eure Überlegungen auf einem Denkblatt und lasst dabei genügend Platz für Ergänzungen.

Alexis de Tocqueville über den Despotismus der Zentralisierung⁷²⁸

Ich bin der Ansicht, die Art der Unterdrückung, die den demokratischen Völkern droht, wird mit nichts, was ihr in der Welt vorausging, zu vergleichen sein; [...]

Ich will entwerfen, unter welchen neuen Zügen der Despotismus sich in der Welt einstellen könnte: Ich sehe eine unübersehbare Menge ähnlicher und gleicher Menschen, die sich rastlos um sich selbst drehen, um sich kleine und gewöhnliche Freuden zu verschaffen, die ihr Herz ausfüllen. Jeder von ihnen ist, ganz auf sich zurückgezogen, dem Schicksal aller anderen gegenüber wie unbeteiligt: seine Kinder und seine besonderen Freunde sind für ihn die ganze Menschheit; [...] er lebt nur in sich und für sich selbst, und wenn ihm auch noch eine Familie bleibt, so kann man doch zumindest sagen, ein Vaterland hat er nicht mehr.

Über diesen Bürgern erhebt sich eine gewaltige Vormundschaftsgewalt, die es allein übernimmt, ihr Behagen sicherzustellen und über ihr Schicksal zu wachen. Sie ist absolut, ins einzelne gehend, pünktlich, vorausschauend und milde. Sie würde der väterlichen Gewalt gleichen, hätte sie – wie diese – die Vorbereitung der Menschen auf das Mannesalter zum Ziel; sie sucht aber, im Gegenteil, die Menschen unwiderruflich in der Kindheit festzuhalten; sie freut sich, wenn es den Bürgern gut geht, vorausgesetzt, da[ss] diese ausschließlich an ihr Wohlergehen denken. Sie arbeitet gern für ihr Glück; aber sie will allein daran arbeiten und allein darüber entscheiden; sie sorgt für ihre Sicherheit, sieht und sichert ihren Bedarf, erleichtert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte, leitet ihre gewerblichen Unternehmungen, regelt ihre Erbfolge und teilt ihren Nachla[ss]; könnte sie ihnen nicht vollends die Sorge, zu denken, abnehmen und die Mühe, zu leben?

Auf diese Weise macht sie den Gebrauch des freien Willens immer überflüssiger und seltener, beschränkt die Willensbetätigung auf ein immer kleineres Feld und entwöhnt jeden Bürger allmählich der freien Selbstbestimmung. [...]

So breitet der Souverän, nachdem er jeden Einzelnen der Reihe nach in seine gewaltigen Hände genommen und nach Belieben umgestaltet hat, seine Arme über die Gesellschaft als Ganzes; er bedeckt ihre Oberfläche mit einem Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln [...]; er bricht den Willen nicht, sondern er schwächt, beugt und leitet ihn; er zwingt selten zum Handeln, steht vielmehr ständig dem Handeln im Wege; er zerstört nicht, er hindert die Entstehung; er tyrannisiert nicht, er belästigt, bedrängt, entkräftet, schwächt, verdummt und bringt jede Nation schließlich dahin, da[ss] sie nur noch eine Herde furchtsamer und geschäftiger Tiere ist, deren Hirte die Regierung. [...]

Umsonst wird man diese Bürger, die man von der Zentralgewalt so abhängig gemacht hat, von Zeit zu Zeit die Vertreter dieser Gewalt wählen lassen; dieser so wichtige, aber so kurze und seltene Gebrauch ihres freien Willens wird es nicht verhindern, da[ss] sie nach und nach die Fähigkeit einbüßen, selbstständig zu denken, zu fühlen und zu handeln, nicht verhindern, da[ss] sie so allmählich unter das Niveau der Menschheit absinken. [...]

Es ist wirklich schwer einzusehen, wie Menschen, die der Gewohnheit, sich selbst zu regieren, vollständig entsagt haben, imstande sein könnten, diejenigen gut auszuwählen, die sie regieren sollen; und man wird niemanden glauben machen, eine freiheitliche, tatkräftige und weise Regierung könnte jemals aus den Stimmen eines Volkes von Knechten hervorgehen.

⁷²⁸ Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, 343-347. (eigene Kürzung)

Alexis de Tocqueville über den Despotismus der Zentralisierung

Arbeitsaufträge:

Einzelarbeit:

- Lest euch den Textausschnitt aufmerksam durch. Markiert euch dabei zentrale Begriffe und Passagen oder macht euch Notizen.

In der Gruppe:

- Besprecht und diskutiert den Textausschnitt und vergleicht eure Notizen. Geht in der Diskussion vor allem auf folgende Aspekte ein:
 - Fasst die zentralen Aussagen des Textes zusammen.
 - Beurteilt, wie zutreffend Tocquevilles Ausführungen für euch erscheinen und überlegt euch auch mögliche Kritik und Gegenargumente.
 - Sammelt Beispiele (historisch, literarisch oder aktuell), die eurer Meinung nach zu Tocquevilles Ausführungen passen (oder ihm widersprechen).
- Sammelt eure Überlegungen auf einem Denkblatt und lasst dabei genügend Platz für Ergänzungen.

Alexis de Tocqueville über Mittelmäßigkeit und Monotonie⁷²⁹

Tocqueville weist in seinem Werk mehrfach auf die ausgleichende Wirkung der Demokratie hin, negativer ausgedrückt: auf ihren Hang zur Mittelmäßigkeit. So bemerkt er über demokratische Gesellschaften:

trifft man hier weniger Glanz an als in einer Aristokratie, so wird man hier doch auch weniger Elend finden; hier wird es weniger höchsten Genu[ss] geben, dafür allgemeineren Wohlstand; Gelehrsamkeit wird weniger groß, Unwissenheit seltener sein; die Gefühle werden weniger kraftvoll und die Gewohnheiten gemäßiger sein; man wird mehr Fehler, aber weniger Verbrechen beobachten.

Begeisterung und Glaubenseifer werden fehlen; für Bildung und Erfahrung aber werden die Bürger zuweilen große Opfer bringen; [...]

Die Nation wird, im ganzen genommen, weniger glanzvoll, weniger ruhmreich, vielleicht sogar weniger stark dastehen; aber die Mehrheit der Bürger wird sich hier größeren Wohlstandes erfreuen, und das Volk wird sich friedliebend zeigen, nicht weil es glaubt, es könne ihm nicht noch besser gehen, sondern weil es einsieht, da[ss] es ihm gut geht.

Weiter stellt er eine zweite Tendenz zur Uniformität der Interessen fest:

Nichts scheint geeigneter, die Neugierde zu erregen und zu nähren, als der Anblick der Vereinigten Staaten. Die Vermögen, die Ideen, die Gesetze wechseln fortwährend. Es ist, als sei die unbewegte Natur selbst beweglich, so sehr verändert sie sich täglich unter der Hand des Menschen.

Auf die Dauer aber erscheint der Anblick dieser so betriebsamen Gesellschaft einförmig, und nachdem der Betrachter einige Zeit lang dieses so bewegte Bild angeschaut hat, langweilt er sich.

In den aristokratischen Völkern verharrt jeder einigermaßen fest innerhalb seines Bereiches; die Menschen aber sind einander außerordentlich unähnlich; sie haben von Grund auf verschiedenartige Leidenschaften, Ideen, Gewohnheiten und Neigungen. Nichts rührt sich, alles ist ungleich.

In den Demokratien dagegen gleichen sich die Menschen alle, und sie tun ungefähr dasselbe. [...] Die amerikanische Gesellschaft erscheint stark bewegt, weil die Menschen und die Dinge ständig wechseln; sie erscheint einförmig, weil es stets die gleichen Veränderungen sind.

Die Menschen, die in demokratischen Zeiten leben, haben viele Leidenschaften; aber die meisten ihrer Leidenschaften münden in die Liebe zum Reichtum, oder sie entspringen ihr. [...]

Da die früheren Dinge nicht mehr in Ansehen stehen, unterscheiden Geburt, Stand, Beruf die Menschen nicht oder kaum mehr voneinander; es bleibt nur das Geld, das sehr sichtbare Unterschiede zwischen ihnen schafft und einige über jeglichen Vergleich hinaushebt. [...]

Diese unaufhörliche Wiederkehr der gleichen Leidenschaft ist eintönig; die besonderen Verfahren, die diese Leidenschaft zu ihrer Befriedigung anwendet, sind es ebenfalls. [...]

Was ich von Amerika sage, gilt übrigens für fast alle Menschen unserer Tage. Die Menschheit büßt im Kern ihre Vielfältigkeit ein; in allen Winkeln der Welt findet man die gleiche Art des Tuns, des Denkens und des Fühlens.

⁷²⁹ Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, 24f, 263-265. (eigene Kürzung)

Alexis de Tocqueville über Durchschnittlichkeit und Monotonie

Arbeitsaufträge:

Einzelarbeit:

- Lest euch den Textausschnitt aufmerksam durch. Markiert euch dabei zentrale Begriffe und Passagen oder macht euch Notizen.

In der Gruppe:

- Besprecht und diskutiert den Textausschnitt und vergleicht eure Notizen. Geht in der Diskussion vor allem auf folgende Aspekte ein:
 - Fasst die zentralen Aussagen des Textes zusammen.
 - Beurteilt, wie zutreffend Tocquevilles Ausführungen für euch erscheinen und überlegt euch auch mögliche Kritik und Gegenargumente.
 - Sammelt Beispiele (historisch, literarisch oder aktuell), die eurer Meinung nach zu Tocquevilles Ausführungen passen (oder ihm widersprechen).
- Sammelt eure Überlegungen auf einem Denkblatt und lasst dabei genügend Platz für Ergänzungen.

Alexis de Tocqueville über Individualismus⁷³⁰

Individualismus ist ein neuer Ausdruck, den eine neue Anschauung schuf. Unsere Väter kannten nur den Egoismus.

Der Egoismus ist eine leidenschaftliche und übertriebene Eigenliebe, die den Menschen bestimmt, alles nur auf sich zu beziehen und sich selbst allem vorzuziehen.

Der Individualismus ist eine überlegte und friedliche Anschauung, die jeden Staatsbürger geneigt macht, sich von der Masse zu isolieren und sich mit seiner Familie und seinen Freunden abseits zu halten; so überlässt er gern die große Gesellschaft sich selbst, nachdem er sich eine kleine Gesellschaft zum eigenen Gebrauch geschaffen hat. [...]

Der Egoismus ist ein Laster, das ebenso alt ist wie die Welt. Er ist an keine besondere Staatsform gebunden. Der Individualismus ist demokratischen Ursprungs und seine Entwicklung droht mit der fortschreitenden Gleichheit zu wachsen. [...]

Da alle Staatsbürger aristokratischer Gesellschaften eine genau umgrenzte und dauernde Stelle innehaben und sich in einer hierarchischen Ordnung befinden, ergibt sich, dass jeder über sich jemand findet, dessen Protektion er benötigt, und unter sich einen anderen, dessen Hilfeleistung er fordern kann. Hier sind die Menschen also immer eng mit einem Etwas verknüpft, das sie an die Gemeinschaft bindet, und sind infolgedessen oft geneigt, sich selbst zu vergessen. Allerdings ist es richtig, dass in diesen Zeiten der allgemeine Begriff des Nächsten sehr verschwommen ist und dass man kaum daran denkt, sich für die Menschheit aufzuopfern. Dagegen opfert man sich oft für bestimmte Menschen auf.

In demokratischen Jahrhunderten hingegen, wo die Pflichten des Individuums gegenüber dem Menschengeschlecht deutlicher sind, wird die Hingabe an einen einzelnen Menschen seltener. Das Band menschlicher Gefühlsverbindungen dehnt sich und wird locker. [...]

Da jede Klasse sich anderen annähert und sich mit ihnen vermischt, werden ihre Mitglieder einander gleichgültig, ja fast fremd. Die Aristokratie hatte aus allen Staatsbürgern eine große Kette geschmiedet, deren Glieder vom Bauern bis zum König reichten; die Demokratie zerreißt die Kette und isoliert jedes Glied. [...]

So sorgt die Demokratie nicht nur dafür, dass ein jeder seine Ahnen vergisst, sondern sie verbirgt ihm auch die Nachfolger und entfremdet ihn auch seinen Zeitgenossen; ständig wirft sie ihn auf sich selbst zurück und droht, ihn gänzlich in die Einsamkeit seines eigenen Herzens einzusperren.

Diese negativen Auswirkungen des Individualismus sind aber laut Tocqueville in Amerika erfolgreich eingedämmt worden. Unter anderem folgendermaßen:

Die freiheitlichen Institutionen der Amerikaner sowie die von ihnen so oft bemühten politischen Rechte erinnern jeden Mitbürger in tausendfacher Weise daran, dass er in einer Gemeinschaft lebt. Sie weisen ihn immer auf jene Idee hin, dass es Pflicht und Interesse des Menschen ist, sich seinen Nächsten nützlich zu erweisen; [...] Zunächst kümmert man sich aus Notwendigkeit um das Allgemeinwohl, dann freiwillig; was Berechnung war, wird zur Neigung; je mehr man sich daran gewöhnt hat, für das Wohl seiner Mitbürger zu arbeiten, desto größer wird die Lust, ihnen zu dienen.

⁷³⁰ Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, 247, 238-240. (eigene Kürzung)

Alexis de Tocqueville über Individualismus

Arbeitsaufträge:

Einzelarbeit:

- Lest euch den Textausschnitt aufmerksam durch. Markiert euch dabei zentrale Begriffe und Passagen oder macht euch Notizen.

In der Gruppe:

- Besprecht und diskutiert den Textausschnitt und vergleicht eure Notizen. Geht in der Diskussion vor allem auf folgende Aspekte ein:
 - Fasst die zentralen Aussagen des Textes zusammen.
 - Beurteilt, wie zutreffend Tocquevilles Ausführungen für euch erscheinen und überlegt euch auch mögliche Kritik und Gegenargumente.
 - Sammelt Beispiele (historisch, literarisch oder aktuell), die eurer Meinung nach zu Tocquevilles Ausführungen passen (oder ihm widersprechen).
- Sammelt eure Überlegungen auf einem Denkblatt und lasst dabei genügend Platz für Ergänzungen.

Alexis de Tocqueville über die Tyrannei der Mehrheit⁷³¹

Ich halte den Grundsatz, da[ss] im Bereich der Regierung die Mehrheit eines Volkes das Recht habe, schlechthin alles zu tun, für gottlos und abscheulich, und dennoch leite ich alle Gewalt im Staat aus dem Willen der Mehrheit ab. Widerspreche ich mir damit selbst?

Es gibt ein allgemeines Gesetz, das nicht bloß von der Mehrheit irgendeines Volkes, sondern von der Mehrheit aller Menschen, wenn nicht aufgestellt, so doch angenommen worden ist. Dieses Gesetz ist die Gerechtigkeit. Das Recht eines jeden Volkes findet seine Grenze an der Gerechtigkeit. [...]

Wenn ich daher einem ungerechten Gesetz den Gehorsam verweigere, spreche ich keineswegs der Mehrheit das Recht ab, zu befehlen; ich appelliere lediglich von der Souveränität des Volkes an die Souveränität der Menschheit. [...]

Was ist denn die Mehrheit im ganzen genommen anderes als ein Individuum mit Ansichten und Interessen, die meistens denen eines anderen Individuums, genannt Minderheit, zuwiderlaufen? Wenn man nun aber einräumt, ein Mensch, dem man unumschränkte Machtvollkommenheit zugesteht, könne diese gegen seine Gegner mi[ss]brauchen, warum gibt man das dann nicht auch für eine Mehrheit zu? Haben die Menschen, indem sie sich zusammenschlossen, ihr Wesen geändert? Sind sie Hindernissen gegenüber geduldiger, seit sie stärker geworden sind?

Ich persönlich glaube das nicht; und niemals werde ich die Befugnis, schlechterhin alles zu tun, die ich einem Einzelnen unter meinesgleichen versage, einer Mehrheit zugestehen. [...]

Ich halte die Allmacht für in sich schlecht und gefährlich. Ihre Ausübung scheint mir die Kräfte jedes Menschen zu übersteigen; und nur Gott kann, soweit ich sehe, gefahrlos allmächtig sein, da seine Weisheit und seine Gerechtigkeit jederzeit ebenso groß sind wie seine Macht. Es gibt auf Erden keine an sich selbst so ehrwürdige, keine mit so geheiligtem Recht ausgestattete Macht, da[ss] ich sie unkontrolliert handeln und ungehindert herrschen lassen wollte. Sobald ich daher sehe, da[ss] man das Recht und die Möglichkeit, schlechthin alles zu tun, irgendeiner Macht zugesteht, man mag sie nun Volk oder König, Demokratie oder Aristokratie nennen, man mag sie in einer Monarchie oder in einer Republik ausüben, sobald ich das sehe, sage ich: Das ist der Keim zur Tyrannei, und ich werde versuchen, unter anderen Gesetzen zu leben.

Was ich der demokratischen Regierung, wie man sie in den Vereinigten Staaten organisiert hat, am meisten zum Vorwurf mache, ist nicht ihre Schwäche, wie viele Leute in Europa behaupten, sondern im Gegenteil ihre unwiderstehliche Kraft. Und was mich in Amerika am meisten abstößt, ist nicht die dort herrschende äußerste Freiheit, sondern der geringe Schutz gegen die Tyrannei. Erfährt in den Vereinigten Staaten ein Mensch oder eine Partei eine Ungerechtigkeit, an wen sollen sie sich wenden? An die öffentliche Meinung? Gerade sie bildet die Mehrheit. An die gesetzgebende Gewalt? Sie repräsentiert die Mehrheit und gehorcht ihr blind. An die ausführende Gewalt? Sie wird von der Mehrheit ernannt und ist deren gehorsames Werkzeug. An das Militär? Das Militär ist lediglich die bewaffnete Mehrheit. An die Geschworenen? Das Geschworenenkollegium ist die Mehrheit mit dem Recht, Urteile zu fällen: in manchen Staaten werden die Richter sogar von der Mehrheit gewählt.

Stellen wir uns dagegen eine gesetzgebende Gewalt vor, die die Mehrheit repräsentiert, ohne notwendig der Sklave von deren Leidenschaften zu sein; eine ausführende Gewalt, die eine angemessene Macht besitzt, und eine richterliche Gewalt, die von den anderen beiden Gewalten unabhängig ist; auch dann haben wir eine Demokratie, aber für die Tyrannei wird es kaum noch Chancen geben.

⁷³¹ Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, 145-148. (eigene Kürzung)

Alexis de Tocqueville über die Tyrannei der Mehrheit

Arbeitsaufträge:

Einzelarbeit:

- Lest euch den Textausschnitt aufmerksam durch. Markiert euch dabei zentrale Begriffe und Passagen oder macht euch Notizen.

In der Gruppe:

- Besprecht und diskutiert den Textausschnitt und vergleicht eure Notizen. Geht in der Diskussion vor allem auf folgende Aspekte ein:
 - Fasst die zentralen Aussagen des Textes zusammen.
 - Beurteilt, wie zutreffend Tocquevilles Ausführungen für euch erscheinen und überlegt euch auch mögliche Kritik und Gegenargumente.
 - Sammelt Beispiele (historisch, literarisch oder aktuell), die eurer Meinung nach zu Tocquevilles Ausführungen passen (oder ihm widersprechen).
 - Sollte die Mehrheit in einer Demokratie alles bestimmen können oder sollte es Grenzen geben? Wenn ja, welche?
- Sammelt eure Überlegungen auf einem Denkblatt und lasst dabei genügend Platz für Ergänzungen.

John Stuart Mill aus „Betrachtungen über die repräsentative Demokratie“⁷³²

*Lies den ganzen Textabschnitt zuerst mindestens einmal genau durch.
Fasse die zentrale Aussage jedes Absatzes kurz in eigenen Worten zusammen
Gib dem Textabschnitt einen Titel, den du für passend hältst.*

Vermutlich solange es in England Freiheit gibt, war es üblich, davon zu reden, da[ss] die despotische Monarchie die beste Regierungsform sei, vorausgesetzt, ein guter Despot verfüge über die Macht. Ich halte dies für eine grundverkehrte, höchst schädliche Auffassung vom Wesen der guten Regierung; sollen nicht all unsere Betrachtungen über Regierungssysteme wertlos sein, gilt es zunächst, diese Annahme zu widerlegen.

Sie beruht auf der Voraussetzung, da[ss] absolute Macht in der Hand eines hervorragenden Mannes mit Sicherheit eine sittliche und vernünftige Erfüllung aller Regierungsaufgaben gewährleistet. So würden gute Gesetze geschaffen und durchgeführt, schlechte verbessert; nur die besten Männer stiegen in Vertrauenspositionen auf; die Rechtsprechung wäre so vortrefflich, die Verteilung der öffentlichen Lasten so gleichmäßig und gerecht, jeder Zweig der Verwaltung würde so integer und zweckmäßig geführt, wie es die Verhältnisse des Landes sowie der Grad seiner intellektuellen und sittlichen Entwicklung zuließen. Um der Argumentation willen bin ich bereit, das alles zuzugestehen [...].

Was hätten wir dann? Einen einzigen Mann von übermenschlicher geistiger Aktivität, der sämtliche Belange eines geistig passiven Volkes regelt. Denn dessen Passivität ist mit der bloßen Idee absoluter Macht bereits impliziert. Die Nation als Ganzes ebenso wie die Individuen, die sie ausmachen, haben keinerlei Stimme bei der Entscheidung über das eigene Schicksal, jede Willensäußerung hinsichtlich ihrer kollektiven Interessen unterbleibt. Alles wird für sie von einem Willen entschieden, der nicht ihr eigener ist; Ungehorsam ihm gegenüber ist nach dem Gesetz ein Verbrechen.

Welcher Menschentypus entsteht unter einem solchen Regime? Welche Entwicklung nehmen Denken und Selbsttätigkeit des Menschen? [...] Die breite Öffentlichkeit [...] steht allen wichtigeren Fragen der Praxis uninformiert und interesselos gegenüber; wo sie überhaupt etwas darüber weiß, handelt es sich um ein dilettantisches Wissen, so wie jemand, der nie ein Werkzeug in der Hand gehabt hat, auch nicht mehr als eine dilettantische Kenntnis der mechanischen Künste besitzen kann.

Ein Volk unter einem despotischen Regime ist aber nicht allein in seiner geistigen Entwicklung behindert. Auch seine sittlichen Kräfte verkümmern. [...] Handeln ist die Nahrung des Gefühls: selbst die familiäre Zuneigung lebt von freiwilligen Diensten, die man sich gegenseitig erweist. Wer nichts für sein Land zu tun braucht, wird sich auch nicht verantwortlich fühlen.

⁷³² Mill, John Stuart: Betrachtungen über die repräsentative Demokratie. Mill, John Stuart: Betrachtungen über die repräsentative Demokratie. Herausgegeben von Kurt L. Shell, übersetzt von Hannelore Irle-Dietrich. Paderborn: Schöningh 1971. Paderborn: Schöningh 1971, 59-61. (eigene Kürzung)

Mr. Brennan, Sie plädieren in Ihrem Buch für eine Epistokratie, eine sogenannte Philosophenherrschaft, in der nur noch gebildete, politisch informierte Bürger wählen dürfen.

Wenn man sich die Modelle ansieht, wie Demokratien nach philosophischen Vorstellungen funktionieren sollten und dann die empirischen Daten, wie es in Wirklichkeit zugeht, besteht ein großes Missverhältnis. Klar ist, dass die Qualität unserer Regierungen zum großen Teil von der Qualität der Wähler abhängt. Aber die meisten von ihnen sind schlecht informiert und wissen kaum etwas über Politik. Als Ergebnis hat man dann eine schlechte Regierung. Die Folge sind womöglich Kriege, Mauern oder eine schlechte Sozialpolitik.

Sie folgen Platon, der das Volk für zu dumm, irrational und unwissend hielt, um sich eine gute Regierung zu geben. Aber sind die meisten heute nicht besser informiert als vor 2500 Jahren?

Platon hatte keine Daten, um seine Behauptungen zu stützen, aber wir haben sie, ganz besonders in den USA. Trotzdem lag Plato größtenteils richtig. Die Leute sind nicht unbedingt inkompetent, aber sie haben keinen Anreiz, sich anders zu verhalten. In der Wirtschaftslehre nennen wir das rationale Ignoranz. Die Leute entscheiden sich nur, Informationen zu konsumieren und zu behalten, wenn es für sie nützlich oder interessant ist.

Wie erklären Sie sich diese Ignoranz?

In einer Demokratie zählt die individuelle Wahl so wenig, dass es keinen Unterschied macht, ob man wählt oder nicht. Da die Menschen das wissen, haben sie keinen Anreiz. Und der durchschnittliche Wähler weiß wenig, bis zur vollkommenen Ignoranz.

Diese Gruppe nennen Sie Hobbits.

Genau, wie in „Herr der Ringe“. Hobbits scheren sich nicht um die Außenwelt, sie interessieren sich nur für ihre eigenen Bedürfnisse. In einer modernen Demokratie ist das Gegenstück dazu der Nichtwähler. Der hat keine stabile Ideologie, keine starken Meinungen, beschäftigt sich nicht mit Politik und partizipiert nicht daran. Eine weitere Kategorie sind die Hooligans. Sie sind voller Vorurteile und nehmen keine abweichenden Meinungen an. Sie umgeben sich nur mit Leuten, die ihrer Meinung sind und sehen Vertreter anderer Parteien als hassenswerte Feinde.

Die dritte Gruppe sind die Vulkanier, wie Sie sie in Anlehnung an Mr. Spock in „Star Trek“ nennen.

Ein Idealtyp. Rationale, leidenschaftslose Denker, die sich vorbehaltlos für das beste Argument entscheiden.

[...]

Wer fällt denn die Entscheidung darüber, wer schlau genug ist, um wählen zu dürfen?

Darauf gibt es zwei Antworten: Eine ist, dass in einer Form der Epistokratie niemand wählen darf, bis er oder sie die Qualifikation dafür erworben hat. Es gibt darüber hinaus noch viele weitere Arten der Epistokratie, in der wortwörtlich jede einzelne Person ein Wahlrecht hat, man aber statistische Methoden verwendet, in denen die Wählerstimmen nach dem jeweiligen Wissenslevel bewertet werden.

[...]

Auf der anderen Seite sagen Sie, dass politische Teilhabe die Menschen nicht klüger und aktiver, sondern dümmer und träger macht.

Ja. Ich will erklären, was politische Teilhabe mit uns macht: Der britische Ökonom John Stuart Mills glaubte, die meisten Leute seien Hobbits, aber wenn sie sich politisch beteiligen, werden sie Vulkanier. Der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter hatte die Hypothese, dass die meisten von uns Hobbits seien und durch politische Teilhabe Hooligans werden. Wir studieren das nun seit 65 Jahren, und es sieht so aus, als ob Schumpeter recht hatte: Je mehr sich Leute politisch beteiligen, desto mehr werden sie wie Hooligans, desto wütender und hasserfüllter werden sie. Politik ist ein dreckiges Geschäft, warum sollte sich jeder damit befassen müssen?

⁷³³ Sasse, Sabine im Interview mit Brennan, Jason: Demokratische Entscheidungen sind nicht unbedingt richtige Entscheidungen. In: Tagesspiegel.de. (20.4.2017)

Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/philosoph-jason-brennan-demokratische-entscheidungen-sind-nicht-unbedingt-richtige-entscheidungen/19690810-all.html> [13.6.2018].